



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Kosovo/Kosova in der albanisch-serbischen und der internationalen Auseinandersetzung“

Verfasser

Wieland Schneider

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juni 2008

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 313 456

Studienrichtung laut Studienblatt: Geschichte (Stzw: LA Geschichte u. Sozialkunde)

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 5 |
| 2. Vorbereitung des serbischen Vorgehens gegen die Albaner | 9 |
| 2.1. Die Medien und die Intellektuellen leisten Vorarbeit – das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste 1986 | 9 |
| 2.1.1. Kritik der Medien und Intellektuellen an der Verfassung von 1974 | 9 |
| 2.1.2. Die Unruhen im Kosovo 1981 und die antialbanische Kampagne in Serbien | 11 |
| 2.1.3. Das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste | 15 |
| 2.2. Der politische Aufstieg des Slobodan Milošević | 18 |
| 2.3. Die Aufhebung der Autonomie des Kosovo | 24 |
| 2.4. Die Feiern auf dem Amselfeld 1989 – die nationalen Mythen bei Serben und Albanern | 26 |
| 3. Der albanische Widerstand | 42 |
| 3.1. Die Serbisierung des Kosovo und der nicht-militärische Widerstand der Albaner – der Aufbau der Parallelstrukturen | 42 |
| 3.1.1. Widerstand durch Protestaktionen | 44 |
| 3.1.2. Widerstand durch legislative Maßnahmen und die Einrichtung eines „Schattenstaates“ | 48 |
| 3.1.3. Widerstand durch innere Stabilisierungsmaßnahmen und den Aufbau von Parallelstrukturen | 50 |
| 3.2. Der militärische Widerstand – der Aufstand der UÇK und die serbische Reaktion | 54 |
| 3.2.1. Die Ursprünge der UÇK – der Beginn des bewaffneten Widerstandes | 54 |
| 3.2.2. Die Großoffensiven der UÇK und die serbischen Repressionsmaßnahmen | 60 |
| 3.2.3. UÇK versus FARK – der Machtkampf unter den Kosovo-Albanern | 64 |
| 3.2.4. Serbiens Propagandakrieg gegen die UÇK | 66 |

| | |
|---|-----|
| 3.2.5. Kampf gegen „Kollaborateure“ und serbische Zivilisten | 68 |
| 4. Internationale Versuche zur Beendigung des Konflikts im Kosovo | 70 |
| 4.1. Versäumnisse bei den Verhandlungen von Dayton | 70 |
| 4.1.2. Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina | 71 |
| 4.1.3. Die Dayton-Verhandlungen und die Rehabilitierung Miloševićs | 73 |
| 4.2. Erste diplomatische Versuche nach Beginn des UÇK-Aufstandes | 76 |
| 4.3. Das Holbrooke-Milošević-Abkommen | 92 |
| 4.4. Die OSZE-Mission im Kosovo | 101 |
| 4.4.1. Die schwierigen Ausgangsbedingungen der Mission | 101 |
| 4.4.2. Das Massaker von Račak/Reçak | 105 |
| 4.5. Die Verhandlungen von Rambouillet | 109 |
| 4.6. Der Nato-Einsatz | 123 |
| 4.6.1. Die militärische Strategie der Nato | 123 |
| 4.6.2. Militärische und politische Probleme des Einsatzes | 124 |
| 4.6.3. Die Massenvertreibungen im Kosovo und der PR-Krieg zwischen Nato und Serbien | 127 |
| 4.6.4. Miloševićs Krieg an der „Heimatfront“ | 133 |
| 4.6.5. Das Einlenken Miloševićs | 136 |
| 5. Das internationale Protektorat Kosovo/Kosova | 140 |
| 5.1. Der Einmarsch der Nato – der Kosovo wird ein internationales Protektorat | 140 |
| 5.1.2. Die internationale militärische Präsenz im Kosovo | 143 |
| 5.1.3. Die internationale zivile Präsenz im Kosovo | 146 |
| 5.2. Neue Konflikte zwischen Serben und Albanern | 150 |
| 5.2.1. Der Exodus der Serben und der Kampf um Mitrovica | 150 |
| 5.2.2. Serbiens Kosovo-Politik nach dem Machtwechsel in Belgrad | 157 |
| 5.3. Internationale Präsenz versus albanische Eigenständigkeitsbestrebungen | 163 |
| 5.3.1. Die Entwaffnung der UÇK | 164 |
| 5.3.2. Die neuen Kosovo-Institutionen im Widerstreit mit der internationalen Präsenz | 165 |
| 5.3.3. Standards vor Status | 168 |
| 5.4. Die Märzunruhen 2004 | 170 |

| | |
|---|-----|
| 6. Die Suche nach dem finalen Status des Kosovo | 174 |
| 6.1. Der Bericht von Kai Eide | 174 |
| 6.2. Die Wiener Kosovo-Gespräche und der Kosovo-Plan von Martti Ahtisaari | 176 |
| 7. Schlussfolgerungen | 191 |

1. Einleitung

„Niemand hat den Glauben an den Traum verloren, unter den freien Nationen zu stehen. Der Tag ist gekommen: Von diesem Moment an ist Kosovo stolz, unabhängig und frei.“ Mit diesen Worten verkündete Premierminister Hashim Thaçi am 17. Februar 2008 im Parlament in Priština/Prishtina¹ die Unabhängigkeit des Kosovo.² Zuvor hatte das Parlament mit der Zustimmung von 109 Abgeordneten eine Deklaration verabschiedet, wonach der Kosovo in Zukunft ein „unabhängiger und souveräner Staat“ sei. Elf Abgeordnete, darunter die der Kosovo-Serben, boykottierten die Sitzung.³ Die Unabhängigkeitserklärung von Kosovo⁴, wie die Kosovo-Albaner ihren Staat nennen, und die darauf folgende Anerkennung durch die USA und die wichtigsten EU-Staaten setzen den Schlusspunkt einer langen Entwicklung. Sie markieren nicht nur das – vorläufig – letzte Kapitel im Zerfallsprozess des von Tito geschaffenen Jugoslawien. Sie sind auch ein albanischer Sieg in einem serbisch-albanischen Territorialkonflikt, dessen Anfänge bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreichen.

Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte dieser Konflikt einen neuen Höhepunkt erreicht: mit Massakern, Vertreibungen und schließlich einer internationalen Intervention. Erst dieser erste Kampfeinsatz in der Geschichte der Nato konnte den offenen Krieg im Kosovo stoppen, die Feindseligkeiten zwischen Albanern und Serben gingen jedoch weiter. Die Schaffung eines unabhängigen Kosovo mit Hilfe der USA und des Großteils der EU-Staaten konnte nun zwar zur vorläufigen Entschärfung des Konflikts beitragen, da die Albaner damit endlich ihre Ziele erreicht haben. Völlig gelöst ist der Konflikt aber weiterhin nicht. Die Führung Serbiens denkt nämlich nach wie vor nicht daran, die Unabhängigkeit ihrer einstigen Provinz Kosovo zu akzeptieren. Während am 17. Februar 2008 in Priština die neue Eigenstaatlichkeit gefeiert wurde, herrschten in den Serben-Enklaven im Kosovo Trauer, Wut und Beunruhigung. In Belgrad protestierte nicht nur die Regierung gegen die Abspaltung des Kosovo. Auch tausende Menschen gingen aus Unmut über den Verlust des „alten serbischen Stammlandes“ auf die Straße. Bei Ausschreitungen am Abend des 21. Februar wurde die US-Botschaft angezündet.⁵ Denn vor allem die USA hatten sich für die Eigenstaatlichkeit des Kosovo stark gemacht; Russland ist nach wie vor dagegen.

¹ Der Einfachheit halber werden im Folgenden bei Ortsnamen meist nur die serbischen Bezeichnungen angegeben. Lediglich bei der Erstnennung innerhalb eines Kapitels werden serbisch/albanische Doppelbezeichnungen verwendet.

² Die Presse (Roser, Thomas): „Von diesem Moment an ist Kosovo frei“, 18. Februar 2008, S. 3

³ Reuters: Kosovo erklärt sich für unabhängig, 17. Februar 2008; MDF60971

⁴ Der Einfachheit halber wird im Folgenden meist die Bezeichnung „Kosovo“ verwendet.

⁵ APA: Kosovo-Protest in Belgrad von Ausschreitungen überschattet, 21. Februar 2008, APA07222102

Der serbisch-albanische Konflikt um Kosovo ist längst Teil einer internationalen Auseinandersetzung. Wie die folgende Arbeit zeigt, wurden die Fronten in dieser Auseinandersetzung schon zur Zeit des Regimes von Serbiens Machthaber Slobodan Milošević gezogen: Hier die USA und die Briten, die 1999 das militärische Eingreifen der Nato zugunsten der Albaner anführten und sich in den Jahren danach am massivsten für die Unabhängigkeit des Kosovo einsetzten. Dort die Russen, die als Verbündete Serbiens sowohl gegen den Nato-Einsatz als auch gegen die Unabhängigkeit des Kosovo opponierten und beides als völkerrechtswidrig geißelten. Und in der Mitte einige europäische Staaten, die sich bereits rund um den Nato-Einsatz schwertaten, klar Position zu beziehen – und sich auch jetzt schwertaten, als es galt, einen unabhängigen Kosovo anzuerkennen. Auffallend dabei ist, dass Russland heute in einer weitaus stärkeren Position zu sein scheint als noch während der Nato-Angriffe auf Jugoslawien.

Wirklich virulent wurde der albanisch-serbische Konflikt um den Kosovo erstmals, als Serbien im Zuge der Balkan-Kriege 1912/13 die Kontrolle über den – damals schon mehrheitlich von Albanern besiedelten – Kosovo übernahm. Mit der Eroberung durch serbische Truppen gingen schwere Gewalttaten wie das massenhafte Niederbrennen albanischer Dörfer einher. In der Folge versuchte Serbien, mit einem Kolonisierungsprogramm den slawischen Bevölkerungsanteil im Kosovo zu vergrößern. In den dreißiger Jahren begann man in Belgrad dabei an immer härtere Maßnahmen zu denken: Der serbische Wissenschaftler Vasa Čubrilović schlug 1937 in einem Memorandum eine großangelegte „Umsiedlung“ eines Teils der Kosovo-Albaner in die Türkei und nach Albanien vor.⁶

Mit der Zerschlagung des Königreichs Jugoslawien durch die Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg verschoben sich die Machtverhältnisse im Kosovo aber zugunsten der Albaner. Der Großteil der albanischen Siedlungsgebiete im Kosovo und in Westmazedonien wurde mit dem italienisch besetzten Albanien zu einem Großalbanien zusammengefügt. Der Norden des Kosovo kam unter deutsche Militärverwaltung, ein kleiner Teil rund um Kačanik wurde von den Bulgaren kontrolliert. Nachdem Italien 1943 aus der Allianz mit Deutschland ausgetreten war, rückte die Wehrmacht auch in den bisher italienisch kontrollierten Teil des Kosovo und in Albanien ein. Albanische Gruppen gingen während der italienischen beziehungsweise der deutschen Herrschaft gegen Serben im Kosovo vor. Es kam zur Vertreibung slawischer Kolonisten.⁷

⁶ Vgl.: Sundhaussen, Holm: Geschichte Serbiens – 19. bis 21. Jahrhundert, Köln/Weimar 2007 / Malcom, Noel: Kosovo – A short History, Oxford 2002 / Reuter, Jens/Clewing: Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000.

⁷ Ebenda

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Machtübernahme der Tito-Partisanen in Jugoslawien wurde der Kosovo erneut Serbien angegliedert, und zwar als autonomes Gebiet Kosovo und Metohija (Kosovo i Metohija, Kosmet). Die guten Kontakte des jugoslawischen Staatschefs Josip Broz Tito zu Albaniens kommunistischem Führer Enver Hoxha wirkten sich zunächst positiv auf die Lage der Kosovo-Albaner aus. Von jugoslawischer Seite war sogar über eine Balkanföderation nachgedacht worden, die aus Jugoslawien, Albanien und Bulgarien bestehen sollte. 1948 kam es aber zum Bruch zwischen Tito und Hoxha. Die Albaner im Kosovo gerieten nun gleichsam unter Generalverdacht, mit dem neuen Feind Albanien zu kollaborieren. Für das repressive Vorgehen gegen die Kosovo-Albaner war vor allem der Chef der jugoslawischen Geheimpolizei, der Serbe Aleksandar Ranković, verantwortlich. Erst nach dessen Sturz 1966 verbesserte sich die Lage der Kosovo-Albaner wieder. Eine weitere Verbesserung trat ein, nachdem der Kosovo weitgehende Autonomierechte durch die Verfassung von 1974 erhalten hatte. Dafür wuchs nun die Unzufriedenheit unter serbischen Nationalisten.⁸

Eine wichtige Weichenstellung in der albanisch-serbischen Auseinandersetzung um den Kosovo stellt die Machtübernahme Slobodan Miloševićs in Serbien dar. Von da an bewegte sich alles auf einen militärischen Konflikt zu. Die folgende Arbeit beschreibt, wie es zu dieser militärischen Auseinandersetzung kam, und wie sich vor allem die serbische Seite darauf vorbereitet hatte. Der erste Teil der Arbeit zeigt auf, wie serbische Intellektuelle schon viele Jahre vor der Machtübernahme Miloševićs und der Aufhebung der Autonomie des Kosovo den Boden für ein hartes Vorgehen gegen die Albaner aufbereitet hatten, und welche Rolle die nationalen Mythen beider Seiten in der Auseinandersetzung spielten.

In der Folge wird beschrieben, mit welchen Maßnahmen die Kosovo-Albaner auf die Repressionen des Milošević-Regimes reagierten. Dabei geht es auch um die Frage, warum die Albaner erst so spät begannen, militärischen Widerstand zu leisten. Untersucht wird zudem, warum die ersten internationalen Versuche zur Lösung des Kosovo-Problems so lange auf sich warten ließen und anfangs nicht von Erfolg gekrönt waren. Vor allem die internationalen Bemühungen zur Lösung des Konflikts werden in der Arbeit einer genauen Analyse unterzogen. Da alle diplomatischen Lösungsversuche nichts fruchteten, startete die Nato schließlich Luftangriffe auf Jugoslawien. In der Folge wird aufgezeigt, wie es zu diesen Angriffen kam und dabei die These von der großangelegten Verschwörung der Westmächte gegen Serbien widerlegt.

⁸ Ebenda

Erst das Einschreiten der Nato brachte Milošević zum Einlenken und beendete den militärischen Konflikt im Kosovo. Das Eingreifen der Nato verschob aber auch die Machtverhältnisse in der Provinz unumkehrbar zugunsten der Albaner. Diese nutzten diese Position, um die Serben zu vertreiben. Die Arbeit geht der Frage nach, warum der Kosovo auch nach dem Einmarsch der Nato und dem Rückzug der serbischen Truppen keine staatliche Unabhängigkeit erhielt und zeigt auf, wie der Konflikt dadurch weiter brisant blieb. Auch die erst spät begonnenen Verhandlungen zwischen Serben und Albanern über die Zukunft des Kosovo blieben ohne Erfolg. Serben und Albaner waren nicht bereit, sich auf einen Kompromiss zu einigen. Die Arbeit zeigt, dass die Argumente, die von albanischer und serbischer Seite für, beziehungsweise gegen eine Eigenstaatlichkeit des Kosovo ins Treffen geführt werden, seit der Ära Miloševićs weitgehend dieselben geblieben sind: Von kosovo-albanischer Seite wird vorgebracht, aufgrund der langjährigen Unterdrückungspolitik Serbiens keine Oberhoheit Belgrads mehr akzeptieren zu können – und sei diese auch nur symbolisch. Deshalb könnte man nur die Unabhängigkeit akzeptieren. Dass Milošević seit Oktober 2000 nicht mehr an der Macht ist, änderte daran nichts. Auch nicht, dass Belgrad angeboten hatte, sich nicht mehr in die internen Belange der Kosovo-Albaner einzumischen.

Die serbische Regierung wiederum beruft sich – wie auch schon zu Zeiten Miloševićs – auf das Völkerrecht und das Recht Serbiens auf seine Souveränität und territoriale Integrität. Auch wenn sich die Methoden zur Konfliktlösung seit dem Sturz Miloševićs geändert haben, an der grundsätzlichen Ablehnung einer Unabhängigkeit für den Kosovo hielten auch Serbiens demokratische Main-Stream-Politiker weiter fest. Vor allem Politiker wie Premier Vojislav Koštunica greifen bei ihrer Begründung auch immer wieder ins Reich der nationalen serbischen Mythologie zurück, und auf Argumente, die von serbischen Intellektuellen in ähnlicher Form bereits in den achtziger Jahren zu hören waren.

2. Vorbereitung des serbischen Vorgehens gegen die Albaner

2.1. Die Medien und die Intellektuellen leisten Vorarbeit – das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste 1986

2.1.1. Kritik der Medien und Intellektuellen an der Verfassung von 1974

Bereits in den siebziger Jahren hatten serbische Intellektuelle (Historiker, Akademiker anderer Disziplinen, Schriftsteller, politische Funktionäre) damit begonnen, offen über die angebliche Benachteiligung der Serben in Jugoslawien zu klagen. Damit stellten sie auch die politische Struktur des Vielvölkerstaates in Frage. Was den Unmut der Intellektuellen besonders erregte, waren die Verhältnisse, die die Verfassung von 1974 geschaffen hatte. Diese hatte für eine starke Dezentralisierung Jugoslawiens gesorgt. Zahlreiche Kompetenzen waren vom Gesamtstaat den einzelnen Republiken übertragen worden. Die Bundesinstitutionen standen de facto nicht mehr über denen der Republiken und begnügten sich vor allem ab den achtziger Jahren mit der Rolle des Vermittlers zwischen den Republikinteressen. Staatschef Tito war es aufgrund seiner übermächtigen Stellung noch gelungen, die Republikführungen zu kontrollieren. Die kollektive Präsidentschaft, die nach Titos Tod 1980 die Leitung des Gesamtstaates übernahm, war dazu aber kaum mehr willens oder in der Lage. Die Macht der Partieliten in den Republiken wuchs damit weiter an. Den Republikkadern gelang es, sich ihre eigenen Herrschaftsbereiche zu schaffen, in denen sie weitgehend autonom agieren konnten.

Die Verfassung von 1974 hatte aber nicht nur die Kompetenzen der Republiken gestärkt, sondern auch dem Kosovo und der Vojvodina mehr Rechte innerhalb Serbiens eingeräumt. Beide Provinzen wurden de facto zu unabhängigen Einheiten und konnten eigene Deputierte in die gesamtstaatlichen Institutionen entsenden. Die Kompetenzen der autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina kamen nun fast denen der Republiken gleich – mit Ausnahme des Sezessionsrechts, das in der Präambel zur 74-er Verfassung nur den sechs Staatsnationen (Serben, Kroaten, Slowenen, Muslime, Montenegriner, Mazedonier) zuerkannt worden war. Intellektuelle und Teile der Republikführung in Belgrad erboste vor allem, dass die Zugriffsmöglichkeiten Serbiens auf den Kosovo stark verringert worden waren. Der Kosovo – und damit seine albanische Bevölkerungsmehrheit – hatten eine weitgehende Autonomie erhalten. Und die Albaner missbrauchten diese aus serbischer Sicht zur Unterdrückung der Kosovo-Serben.

Zudem wurde von serbischen Politikern und Intellektuellen bekräftelt, dass durch die vergrößerte Macht der Republiken und Provinzen die „Aufsplitterung der serbischen Nation“ innerhalb Jugoslawiens eine neue Dimension erhalten habe. Solange Jugoslawien zentralistisch geführt wurde, sei es kein so großes Problem gewesen, dass Teile der serbischen Nation außerhalb der Republik Serbien (etwa in Kroatien oder Bosnien) leben müssen. Die neue Machtfülle der Republiken habe jedoch viele Serben zu einer (unterdrückten) Minderheit innerhalb des Herrschaftsbereiches anderer Nationen – allen voran der Kroaten – gemacht, lautete der Vorwurf. Der Wunschzustand, wonach alle Serben in einem Staat und unter einer gemeinsamen Führung leben sollten, sei damit nicht mehr gegeben.⁹

Einer, der sich bereits sehr früh mit derartiger Kritik hervorgetan hatte, war der Schriftsteller und spätere jugoslawische Präsident Dobrica Ćosić. In der 1991 vom serbischen Informationsministerium herausgegebenen Schrift „Yugoslavia and the Serbian Question“ fasste Ćosić seine wichtigsten Kritikpunkte nochmals zusammen. So heißt es unter anderem: *„The 1974 Constitution brought the Province of Kosovo certain rights and attributes of a sovereign state. This extremely well organised separatist movement is convulsing Yugoslavia and exhausting Serbia. It wants integration with Albania, or rather, the creation of a Greater Albania; (. . .) In actual fact, the Constitution of 1974 created in the territory of Yugoslavia, in Kosovo and Metohija, another Albanian state.“*¹⁰

Zudem beklagte Ćosić, dass Serbien durch die 74-er Verfassung innerhalb Jugoslawiens unterdrückt und quasi unter die „Vormundschaft“ seiner eigenen Provinzen Vojvodina und Kosovo gestellt worden sei. Damit seien die Serben in ihrer Begeisterung für die jugoslawische Idee betrogen worden:

*„But the 1974 Constitution turned this Yugoslavism into a historical error, into a great swindle. The dictated constitution of 1974, with its confederal basis, threatened the historical and ethnic integrity and identity of the Serbian nation, placing it in a subservient position within the Yugoslav federation (confederation), and placing the Republic of Serbia under the political tutelage of its own provinces, Vojvodina and Kosovo, which means of the Albanian national minority.“*¹¹

Wegen seines ständigen Ansprechens nationaler Themen war Ćosić bereits Ende der sechziger Jahre aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Auslöser dafür war

⁹ Bieber, Florian: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević, Wien 2005, S. 67 und folgende

¹⁰ Ćosić, Dobrica/Ministry of Information: Yugoslavia and the Serbian Question, Belgrade 1991, S. 11

¹¹ Ćosić: Yugoslavia and the Serbian Question, S. 14

eine kritische Rede zur Nationalitätenpolitik vor dem ZK der serbischen Kommunisten im Jahr 1968 gewesen. 1977 erzürnte Ćosić erneut die KP – und zwar mit seiner Festrede anlässlich seiner Aufnahme in die Serbische Akademie der Wissenschaft und Künste (SANU). Unter dem Titel „Literatur und Geschichte heute“ stellte er den Kampf Serbiens im I. Weltkrieg mit dem Widerstand der Partisanen im II. Weltkrieg gleich, klagte erneut über die „Unterdrückung“ des serbischen Volkes und darüber, dass die Serben zwar jeden Krieg gewonnen aber in Friedenszeiten immer verloren hätten – ein deutlicher Seitenhieb auf die angebliche Schlechterstellung der Serben durch die Verfassung von 1974.¹²

Seine Jugoslawien-kritischen und serbisch-nationalen Äußerungen brachten Ćosić zwar Probleme bei der Publizierung politischer Schriften. Seine Romane durften aber weiterhin erscheinen, wenn auch ihre Veröffentlichung immer herbe Kritik der Parteimedien nach sich zog. Schwerwiegende persönliche Konsequenzen wie etwa eine Inhaftierung musste Ćosić aber nie erdulden. Dafür hatte er genügend Freunde und Verbündete in höchsten Kreisen der serbischen Republik- und Parteiführung. Auch die SANU stärkte Ćosić den Rücken. Die Akademie war mittlerweile, neben dem serbischen Schriftstellerverband, zu einer der wichtigsten Kämpferinnen für die „Rechte des serbischen Volkes“ in Jugoslawien geworden.

2.1.2. Die Unruhen im Kosovo 1981 und die antialbanische Kampagne in Serbien

Größeres öffentliches Interesse erhielt die Kritik der Intellektuellen erst mit den Unruhen im Kosovo 1981. Im März 1981 hatte zunächst nur eine Handvoll kosovo-albanischer Studenten an der Universität von Priština/Prishtina protestiert - angeblich gegen das schlechte Mensa-Essen. Rasch weiteten sich die Demonstrationen aus, und die Forderungen der Studenten wurden immer politischer. Schließlich verlangten die Demonstranten eine eigene Republik Kosovo innerhalb Jugoslawiens. Am 26. März 1981 beendete die Polizei die Proteste mit Gewalt, Dutzende Studenten wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. (*Zu den Unruhen im März 1981: siehe auch Kapitel 3.1.1. „Widerstand durch Protestaktionen“*). Die Zusammenstöße, die zahlreiche Menschenleben forderten, rückten das Thema Kosovo in der serbischen Öffentlichkeit nun immer stärker ins Zentrum des Interesses. Jetzt griff ein breites Publikum jene Kritikpunkte auf, die von den

¹² Bieber: Nationalismus in Serbien, S. 76 u. f.

Intellektuellen schon seit Jahren ohne Unterlass vorgebracht worden waren: die angebliche Unterdrückung der Kosovo-Serben durch die Albaner; und die fehlenden Möglichkeiten Belgrads, den Albanern Einhalt zu gebieten – Möglichkeiten, die Serbien durch die 74-er Verfassung und die Autonomie des Kosovo genommen worden seien.

Die serbischen Medien starteten im Zuge der Ausschreitungen von 1981 eine regelrechte Kampagne gegen die Kosovo-Albaner. In den folgenden Jahren berichteten sie von einem „Genozid“, den die Albaner angeblich an den Serben verübten und veröffentlichten zahlreiche Horrorgeschichten über Morde, Brunnenvergiftungen, Grabschändungen und Massenvergewaltigungen an serbischen Frauen und Mädchen.¹³ Für besonderes Aufsehen sorgte dabei der Fall des serbischen Bauern Djordje Martinović. Er war im Mai 1985 mit Verletzungen in ein Krankenhaus in Priština eingeliefert worden. Dort gab er an, von maskierten Albanern überfallen und mit einer Bierflasche vergewaltigt worden zu sein. Zwar konnten die genauen Umstände des Vorfalls nicht geklärt werden. Der Fall Martinović wurde in Serbien aber als Beweis für ein angeblich gezieltes Vertreibungsprogramm der Kosovo-Albaner hochgespielt. Ein 485-Seiten starkes Buch über den Vorfall fand reißenden Absatz.¹⁴ Den hauptsächlich aus Albanern bestehenden Behörden der autonomen Provinz Kosovo warfen die serbischen Medien vor, die Verbrechen an den Kosovo-Serben nicht zu verfolgen beziehungsweise mit den albanischen Übeltätern unter einer Decke zu stecken. Alle Albaner hätten sich gleichsam verschworen und zwar mit dem Ziel, einen serbenfreien Kosovo zu schaffen.

Viele Autoren halten jedoch die serbischen Darstellungen von organisierten albanischen Übergriffen gegen Serben für Gräuelpromaganda oder zumindest für maßlos übertrieben. Die Publizistin und langjährige Balkan-Korrespondentin Christine von Kohl hat eigenen Angaben zufolge Anfang der neunziger Jahre, als sie für die Helsinki Föderation arbeitete, in Belgrad Einsicht in die serbischen Unterlagen über die albanischen Untaten von 1967 bis 1987 erhalten. Kohls Resümee: *„Das war ein äußerst mageres Papier. Es war absolut nichtig.“*¹⁵ In einem gemeinsam mit Wolfgang Libal verfassten Buch über den Kosovo zitiert Kohl auch eine Studie serbischer Juristen und Soziologen, die sich kritisch mit dem Albaner-Bild in Serbien auseinandersetzten. Die Studie war im Herbst 1990 veröffentlicht worden und führte unter anderem die offiziellen Zahlen angezeigter Vergewaltigungen an. Demnach wurden zwischen 1979 und 1987 nur 9,6 Prozent der

¹³ Eine Auflistung angeblicher albanischer Übergriffe auf Serben, siehe: Jevtić, Atanasie: Leidenschronik der Serben in Kosovo und Metochien (1941 – 1989), aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989, S. 474 - 494

¹⁴ Malcolm, Noel: Kosovo – A short History, Oxford 2002, S. 338

¹⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): Schutz der Serben vor „Genozid“ – Kosovo-Krise als Schlüssel zur Macht, 16. Oktober 1998, S. 7

angezeigten sexuellen Übergriffe im Kosovo von Albanern an serbischen und montenegrinischen Frauen verübt.¹⁶ Medien der anderen jugoslawischen Republiken sowie auch einige bedeutende jugoslawische beziehungsweise serbische Kommunisten bezeichneten bereits Anfang der achtziger Jahre die Darstellung der Lage im Kosovo durch serbische Medien als Hetzkampagne gegen die Albaner und warnten vor einem Wiederaufflammen des serbischen Nationalismus.¹⁷

Genaueres Augenmerk widmeten die serbischen Medien der Abwanderung von Serben und Montenegrinern aus dem Kosovo. Serbische Quellen sprechen von 200.000 Personen, die seit Mitte der sechziger Jahre einer gezielten Vertreibung durch die Albaner zum Opfer gefallen seien. Der Münchner Historiker Konrad Clewing konstatiert hingegen in den Jahren 1961 bis 1991 eine serbische Netto-Abwanderung von 39.037 und eine montenegrinische Netto-Abwanderung von 6205 Personen.¹⁸ Er verweist zudem auf eine 1985/86 von der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Srpska Akademija Nauka i Umetnosti, SANU) durchgeführte Befragung, die bei Auswanderern aus dem Kosovo drei wesentliche Motive für das Verlassen der Provinz ergeben habe:

1. Tatsächliche Diskriminierung
2. Subjektiv empfundene, objektiv aber nur bedingt gegebene Diskriminierung
3. Fehlende wirtschaftliche Lebensperspektive

Unter die erste Kategorie fielen vor allem psychologisch wirksame Momente wie erlittene Beschimpfungen durch Albaner und Gefühle des Bedroht-Seins (kaum aber Morde oder Massenvergewaltigungen wie von serbischen Medien behauptet). Unter die zweite Motivgruppe fielen etwa der Zwang, für Jobs auch Albanischkenntnisse vorweisen zu können bzw. die bevorzugte Einstellung von Albanern im öffentlichen Dienst. Die dritte Kategorie, die fehlende Lebensperspektive, war laut der von Clewing zitierten Studie das Hauptmotiv für ein Verlassen des Kosovo. Viele Serben und Montenegriner sahen im reicheren Serbien offenbar bessere Chancen auf Arbeitsplätze und somit wirtschaftlich bessere Lebensbedingungen als in Jugoslawiens „Armenhaus“ Kosovo.¹⁹

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich die serbische Bevölkerung des Kosovo seit dem Ende der sechziger Jahre zwar mit Sicherheit einem Druck durch die albanische Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt sah. Die serbischen Darstellungen von gezielten

¹⁶ Von Kohl, Christine/Libal, Wolfgang: Kosovo – gordischer Knoten des Balkan, Wien 1992, S. 99

¹⁷ Bieber: Nationalismus in Serbien, S. 98, 99

¹⁸ Clewing, Konrad: Mythen und Fakten zur Ethnostruktur des Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick; aus: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000, S. 58 u. f.

¹⁹ Ebenda

Massenvertreibungen und einem „Genozid“ an den Kosovo-Serben waren jedoch maßlos übertrieben und Teil einer antialbanischen Gräuelpopaganda.

In Serbien fiel diese Kampagne aber auf äußerst fruchtbaren Boden. Ein guter Gradmesser für die wachsende antialbanische und nationalistische Stimmung war das Begräbnis des ehemaligen Innenministers und Geheimpolizeichfs Aleksandar Ranković in Belgrad im August 1983. Ranković hatte einst zum engsten Führungskreis um Tito gehört, war aber 1966 in Ungnade gefallen und abgesetzt worden. Nun, bei seinem Begräbnis, gedachten mehrere zehntausend Serben des Serben Ranković, der aus ihrer Sicht ein Gegengewicht zu den mächtigen Slowenen und Kroaten an der jugoslawischen Staatsspitze dargestellt hatte. Sie gedachten des Mannes, der mit eiserner Hand die Kosovo-Albaner niedergehalten hatte. Und der schließlich das Schicksal aller „serbischen Helden“ erlitten habe: Er sei verraten worden, in diesem Fall von Tito. Unter den ausländischen Beobachtern der Trauerfeier war auch der Journalist Wolfgang Libal. In seinem Buch „Das Ende Jugoslawiens“ hat er seine Erinnerungen an das Begräbnis niedergeschrieben:

„Als wir zum Friedhofseingang kamen, glaubten wir vor die Tore eines übervollen Fußballstadions geraten zu sein, in dem ein großes Länderspiel stattfinden sollte. Eine ungeheure Menschenmenge versuchte in den Friedhof zu gelangen (. . .) Nichts gemahnte an eine Trauerfeier, die Szene erinnerte eher an eine politische Manifestation unter freiem Himmel. Die schrillen, hysterischen Schreie ‚Marko! Marko‘ – so der Deckname des Verstorbenen in der illegalen Partei und der Partisanenbewegung – heizten die Atmosphäre zusätzlich auf. (. . .) Es müssen 40.000 bis 50.000 Menschen gewesen sein, die Ranković auf seinem letzten Weg das Geleit geben wollten.“²⁰

²⁰ Libal, Wolfgang: Das Ende Jugoslawiens – Chronik einer Selbstzerstörung, Wien 1991, S. 115

2.1.3. Das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste

Gemeinsam mit Vertretern der Kosovo-Serben hatten serbische Intellektuelle seit Anfang der achtziger Jahre immer wieder Petitionen an die serbische Führung gerichtet und darin gefordert, den angeblichen „Genozid“ an den Serben in der autonomen Provinz Kosovo zu beenden. Doch wirkliches Aufsehen erregten Serbiens nationalistisch eingestellte Intellektuelle erst mit dem sogenannten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Srpska Akademija Nauka i Umetnosti, SANU). Dieses war 1986 noch vor der geplanten Veröffentlichung offenbar von der Geheimpolizei entwendet und den Medien zugespielt worden. Teile des Textes wurden mit Kommentaren versehen zuerst in „Večernje novosti“ und dann in einer Reihe anderer Zeitungen in ganz Jugoslawien abgedruckt. Die Autoren selbst veröffentlichten es offiziell erst Anfang der neunziger Jahre, gemeinsam mit einem langen Einleitungstext, in dem sie über eine „böswillige Missinterpretation“ der 1986 publizierten Teile des Memorandums klagen. Sie wenden sich vor allem gegen den Vorwurf, die Denkschrift der SANU sei quasi die Anleitung für ein „großserbisches Projekt“ und damit für die Kriege in Jugoslawien gewesen.²¹

Das Memorandum besteht aus zwei Teilen. Der erste beschäftigt sich mit der „Krise in der jugoslawischen Wirtschaft und Gesellschaft“, der zweite mit dem „Status Serbiens und der serbischen Nation“. Das Memorandum ist gleichsam eine Zusammenfassung der Kritik, die von Intellektuellen (allen voran von Ćosić) aber auch von Teilen der serbischen Parteiführung schon seit den siebziger Jahren immer wieder geäußert worden war: Es beklagt die angebliche wirtschaftliche und politische Schlechterstellung Serbiens durch die Verfassung von 1974 sowie den „Genozid“ an den Serben im Kosovo.

Bereits im ersten Teil der Schrift heißt es, dass die Dezentralisierung zum Niedergang der jugoslawischen Wirtschaft geführt habe. Den Republiken Kroatien und Slowenien wird vorgeworfen, ihren ökonomischen Aufschwung nur für eigene nationale Interessen zu nutzen und überdies Serbien auszubeuten.²² Deshalb wird auch eine Änderung der Verfassung von 1974 gefordert. Zudem wird kritisiert, dass die Serben auf mehrere Republiken aufgeteilt sind und überdies in den Republiken keine ausreichenden nationalen Rechte genießen würden. So heißt es unter dem Punkt „Self-determination of nations“:

*„Over the past two decades, the principle of unity has become weakened and overshadowed by the principle of national autonomy, which in practice has turned to the **sovereignty** of the*

²¹ Mihailović, Kosta / Krestić, Vasilije: Memorandum of the Serbian Academy of Sciences and Arts – Answers to Criticisms, Belgrade 1995, S. 77 - 92

²² Mihailović/Krestić: Memorandum; S. 95 - 119

federal units (the republics, which as a rule are not ethnically homogeneous). (. . .) Not all the national groups were equal: the Serbian nation for instance, was not given the right to have its own state. The large sections of the Serbian people who live in other republics, unlike the national minorities, do not have the right to use their own language and script; they do not have the right to set up their own political or cultural organisations (. . .).”²³

Aus dieser Passage kann auch indirekt der Wunsch nach der Vereinigung aller Serben in einer Republik bzw. einem Staat herausgelesen werden. Kritiker des Memorandums sehen darin bereits den ersten Hinweis auf ein „großserbisches Projekt“, das serbische Politiker dann in den neunziger Jahren mit Waffengewalt umzusetzen versuchten.

Im zweiten Teil des Memorandums wird nochmals genauer auf die angebliche Diskriminierung der Serben in Jugoslawien eingegangen. So wird etwa behauptet, die Serben seien in Kroatien schon seit Jahren einer „Assimilation“ ausgesetzt. In erster Linie konzentrieren sich die Autoren aber auf die angeblich so prekäre Lage der Serben im Kosovo. Den Albanern wird vorgeworfen, mit den Unruhen 1981 und den damaligen Forderungen nach einer eigenen Republik den Serben einen „offenen Krieg“ erklärt zu haben. Dem kommunistischen System Jugoslawiens (und auch Serbiens) hingegen wird ein klares Versagen beim Schutz des serbischen Volkes im Kosovo attestiert. So heißt es:

„The expulsion of the Serbian people from Kosovo bears dramatic testimony to their historical defeat. In the spring of 1981, open and total war was declared on the Serbian people, which had been carefully prepared for in advance in various stages of administrative, political and constitutional reform. This open war has been going on for almost five years. (. . .) Moreover, we are still not looking this war in the face, nor we are calling it by its proper name.”²⁴

Und weiter: *“The physical, political, legal and cultural genocide of the Serbian population in Kosovo and Metohija is a worse defeat than any experienced in the liberation wars waged by Serbia from the First Serbian Uprising in 1804 to the uprising of 1941.”²⁵*

Kosovo wird als „vitale Frage“ für die gesamte serbische Nation bezeichnet, verbunden mit der klaren Forderung an Jugoslawiens bzw. Serbiens Führung, die Situation in der Provinz endlich im Sinne der Serben zu bereinigen:

„The present-day situation in Kosovo can not longer be fobbed off with empty words, convoluted, unreadable resolutions, or vague political platforms; it has become a matter of

²³ Mihailović/Krestić: Memorandum; S. 117, 118

²⁴ Mihailović / Krestić: Memorandum; S. 127

²⁵ Ebenda; S. 128

Yugoslav concern. (. . .) Kosovo's fate remains a vital question for the entire Serbian nation. If it is not resolved with the correct outcome of the imposed war; (. . .) if objective and permanent conditions for the return of the expelled nation are not created, then this part of the Republic of Serbia and Yugoslavia will become an European issue, with the gravest possible unforeseeable consequences."²⁶

Letzten Endes waren in dem Memorandum nur Positionen niedergeschrieben worden, die von serbischen Intellektuellen und Medienleuten ohnehin schon seit Jahren immer wieder geäußert worden waren; Positionen, für die es offenbar in großen Teilen der serbischen Bevölkerung auch Unterstützung gab. Wegen der großen Verbreitung des Memorandum-Entwurfs durch die Medien war die Aufregung dieses Mal aber groß – vor allem in den anderen jugoslawischen Republiken aber auch in Serbiens nördlicher Provinz Vojvodina. Das Memorandum wurde von den Kritikern als gefährliches serbisch-nationalistisches Pamphlet verurteilt. Die Parteiführung der Vojvodina war zudem sehr verärgert über jene Stellen in der Denkschrift, in denen die Autoren den Sinn der Autonomie der Vojvodina anzweifeln. Aber auch in serbischen Medien und in der serbischen Führung sorgte das Memorandum zunächst noch für Kritik, bei letzterer vor allem auch deshalb, weil sie direkt von den Autoren der Denkschrift angegriffen wurde. Serbiens Präsident Ivan Stambolić verurteilte das Memorandum – zumindest offiziell – als antijugoslawisch.²⁷

Das Memorandum wie auch andere nationalistisch gefärbte Texte serbischer Wissenschaftler und Schriftsteller waren einerseits das Spiegelbild einer immer stärker werdenden Strömung in Serbien. Andererseits verstärkten sie wiederum diese Strömung, da sie den antialbanischen und nationalistischen Ansichten eine quasi wissenschaftliche und moralische Legitimation verliehen. Eine ebenso große, wenn nicht sogar größere Wirkung erzielten die zahlreichen Zeitungsartikel und Medienberichte über die „barbarischen“ Albaner, die die Serben im Kosovo angeblich mit Raub, Mord und Vergewaltigung auszurotten versuchten. Dadurch wurden alte Vorurteile von der „unzivilisierten Natur“ der albanischen Nation genährt. Gemeinsam mit den Analysen serbischer Historiker konstruierten die serbischen Medien ein Bild von den Albanern als ein Volk, das schon seit Jahrhunderten Serben massakrierte, serbische Häuser und Höfe plünderte und der serbischen Nation das heilige Land Kosovo entreißen wolle. All die Berichte über Gräueltaten führten zu einer „Entmenschlichung“ der Albaner in den Augen der serbischen Öffentlichkeit – eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der späteren Polizeigewalt im Kosovo. So bereiteten

²⁶ Ebenda; S. 130

²⁷ Silber, Laura / Little, Allan: Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Graz 1995, S. 18, 19

serbische Intellektuelle und Journalisten bereits viele Jahre vor der Machtübernahme durch Slobodan Milošević und vor der Aufhebung der Autonomie des Kosovo den Boden für ein hartes Vorgehen gegen die Albaner auf.

2.2. Der politische Aufstieg des Slobodan Milošević

Die nationalistische und antialbanische Welle, die sich Anfang der achtziger Jahre in Serbien in Bewegung gesetzt hatte, spülte schließlich einen Mann an die Macht, der das Schicksal Jugoslawiens wesentlich mitbestimmen sollte: Slobodan Milošević, ehemals Banker und Direktor eines staatlichen Energiekonzerns namens „Tehnogas“. Milošević wurde zu dem serbischen Führer, der schließlich den langjährigen Forderungen serbischer Intellektueller nachkam und die Situation im Kosovo ohne Rücksicht auf die albanische Mehrheitsbevölkerung zu Gunsten Serbiens änderte. Er war aber auch jener Führer, der am Ende den Kosovo für Serbien verlor.

Folgende Verbündete ebneten Milošević den Weg an die Macht:

1. Teile des Apparats der serbischen KP und des Militärs
2. Die nationalistischen Intellektuellen
3. Die serbischen Medien
4. Die hunderttausenden Demonstranten der nationalen „Meetings“

Milošević stammte aus der Mitte der serbischen KP. Er war von Serbiens Parteichef und Präsidenten Ivan Stambolić über viele Jahre hinweg gefördert worden. Das hinderte ihn jedoch nicht daran, Stambolić schließlich zu stürzen. Und von Milošević kam später laut Erkenntnis eines serbischen Gerichtes sogar der Befehl zu Stambolićs Ermordung. Stambolić hatte seinen politischen Ziehsohn Milošević auch gegen Widerstände in der Partei auf den wichtigen Posten des serbischen Parteichefs gehievt. Er dachte, sein langjähriger treuer Gefolgsmann Milošević werde ihm den Rücken freihalten, während er sich selbst als serbischer Präsident auf die Ausarbeitung einer neuen Verfassung konzentrieren könne.

So übertrug er Milošević im April 1987 die Aufgabe, in den Kosovo zu reisen und dort mit Lokalpolitikern zusammenzutreffen. Milošević nutzte diesen Besuch für seinen ersten theatralischen Auftritt als Verteidiger des Serbentums. Vor dem „Haus der Kultur“ in Kosovo Polje, in dem der serbische Parteichef am 24. April 1987 mit örtlichen Funktionären

zusammentraf, hatten sich tausende wütende Kosovo-Serben versammelt. In Sprechchören klagten sie über Schikanen durch die Albaner. Schließlich warfen einige der serbischen Aktivisten Pflastersteine auf die Polizei, die Polizisten gingen mit Schlagstöcken auf die Demonstranten los. Das war das Zeichen für Miloševićs Einsatz. Er trat ins Freie und rief der Menge zu: „Niemand soll euch schlagen!“ Die Demonstranten antworteten mit „Slobo, Slobo“-Rufen. Der serbische Parteichef hörte sich die Sorgen der protestierenden Kosovo-Serben genau an und meinte dann:

*„Ihr solltet hier bleiben. Dies ist euer Land. Dies sind eure Wiesen und eure Gärten, eure Erinnerungen. Ihr werdet euer Land nicht aufgeben, nur weil es hart ist, hier zu leben, weil euch Ungerechtigkeit und Erniedrigung bedrücken. Es war nie ein Charakterzug der Serben und Montenegriner, vor Hindernissen zurückzustecken, zu demobilisieren in Zeiten des Kampfes. Ihr solltet hier bleiben um eurer Vorfahren und eurer Nachkommen willen. Sonst wären eure Vorfahren geschändet und eure Nachkommen enttäuscht. Damit will ich nicht sagen, dass ihr hier bleiben und weiterhin jene Zustände ertragen oder tolerieren sollt, die euch nicht passen. Im Gegenteil. Ihr sollt sie zusammen mit den fortschrittlichen Menschen hier, in Serbien und in Jugoslawien verändern.“*²⁸

Was auf den ersten Blick wie die spontanen Gefühlsregungen eines um die Kosovo-Serben besorgten Politikers wirkte, war von Milošević und seinen Anhängern genau geplant worden. Bereits vier Tage vor seinem großen Auftritt hatte Milošević den Kosovo besucht und kommunistische Funktionäre getroffen. Und schon damals waren aufgebrauchte Kosovo-Serben aufmarschiert. Milošević versprach, wiederzukommen. In den kommenden Tagen sandte er einen Vertrauten in den Kosovo, um mit den lokalen Serbenführern alles vorzubereiten. Beim zweiten Besuch am 24. April wurde dann nichts mehr dem Zufall überlassen. Die Pflastersteine, mit denen die Demonstranten den Polizeieinsatz provozierten, lagen schon bereit. Und der serbische Parteichef hatte diesmal Belgrader Medien im Schlepptau. Das serbische Fernsehen widmete denn auch Miloševićs theatralischem Eintreten für die Kosovo-Serben eine umfassende Berichterstattung. Miloševićs Freund Dušan Mitević sorgte als Vizechef des Fernsehens dafür, dass vor allem der Satz „Niemand soll euch schlagen“ und die eindringliche Rede an die Kosovo-Serben wieder und wieder ausgestrahlt wurden.²⁹

Der aufstrebende KP-Funktionär Milošević hatte offenbar genau die Worte gefunden, die viele Serben schon lange von ihren Politikern erwartet hatten. Und die Medien

²⁸ Zitiert aus: Silber/Little: Bruderkrieg, S. 26

²⁹ Silber/Little: Bruderkrieg, S. 24 – 28 / Bieber: Nationalismus in Serbien, S. 175 - 178

verbreiteten diese Botschaft nur allzu gerne. Milošević hatte damit einen Propagandacoup erzielt und erstmals gespürt, wie der serbische Nationalismus zur Mobilisierung der Massen genutzt werden konnte. Von Teilen der serbischen KP-Spitze musste sich Milošević für seinen Auftritt in Kosovo Polje aber Kritik gefallen lassen, vor allem von Dragiša Pavlović, dem Parteivorsitzenden der Belgrader Kommunisten. Unterstützung erhielt Pavlović dabei von Stambolić, der ebenfalls riet, in der Kosovo-Frage einen kühlen Kopf zu bewahren.³⁰

Milošević machte sich deshalb daran, diese beiden Gegner politisch auszuschalten. Das Forum dafür bot die Achte Sitzung des Zentralkomitees der serbischen KP am 23. und 24. September 1987. Nach einer fünfzigstündigen Monstersitzung setzten sich Milošević und seine Gefolgsleute durch: Pavlović wurde abgewählt, Stambolić wurde de facto entmachtet. Der einstige politische Ziehvater Miloševićs behielt zwar noch bis Dezember offiziell seine Funktionen, dann wurde er dieser jedoch enthoben. Serbiens neuer starker Mann hieß nun Slobodan Milošević.³¹ Er ging sofort daran, seine Macht mit einer umfangreichen Säuberungswelle in den serbischen Partei-, Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen zu festigen.

Der entthronte Ivan Stambolić verschwand zunächst in der politischen Versenkung. Im Jahr 2000, kurz vor dem Zusammenbruch des Milošević-Regimes, wurde Stambolić mächtigen Kreisen offenbar erneut gefährlich: Er wurde Ende August 2000 beim Joggen entführt und ermordet. Im Juli 2005 verurteilte ein Belgrader Gericht den früheren Kommandanten der serbischen Sonderpolizeieinheit „Rote Barette“, Milorad Ulemek alias „Legija“, unter anderem wegen des Mordes an Stambolić zu 40 Jahren Gefängnis. Das Gericht stellte zudem fest, dass „Legija“ das Verbrechen auf Befehl Miloševićs verübt habe.³² „Legija“ wurde zudem auch des Mordes am ersten „demokratischen“ Premier Serbiens, Zoran Djindjić, schuldig gesprochen.

Nachdem Slobodan Milošević 1987 die Macht in Serbien in die Hände bekommen hatte, konsolidierte er diese durch ein geschickt geschmiedetes Bündnis. Es gelang ihm sowohl Teile der alten kommunistischen Eliten als auch die oppositionellen antikommunistischen Intellektuellen auf seine Seite zu ziehen. Für nationalistische Intellektuelle wie Dobrica Ćosić war Milošević der erste aus der kommunistischen Nomenklatur, der es wagte, gegen Serbiens angebliche Schlechterstellung in Jugoslawien anzukämpfen. Serbische KP-Spitzenfunktionäre vor Milošević hätten darin einen Tabubruch und das Aushöhlen der viel beschworenen Ideologie von „Einigkeit und Brüderlichkeit“ in

³⁰ Doder, Duško/Branson, Louise: Milosevic – Portrait of a Tyrant, New York 1999, S. 44 u. f.

³¹ Ebenda

³² Austria Presse Agentur; APA03531807; 18. Juli 2005, 13:54:05 Uhr

Jugoslawien gesehen. Viele in den alten kommunistischen Eliten wiederum sahen in Milošević den Mann, dem es gelingen konnte, die Partei wieder in Einklang mit dem Willen des Volkes zu bringen. Er würde es schaffen, den schleichenden Machtverlust der KP zu stoppen – durch Überzeugung der Massen, aber auch notfalls durch Polizeigewalt. Später kam die Erwartung von Teilen der Jugoslawischen Volksarmee hinzu, Milošević könne durch seine Härte den Sezessionsbestrebungen der anderen Republiken Einhalt gebieten und Jugoslawien retten.

Florian Bieber konstatiert, dass in den späten achtziger Jahren Serbiens nationalistische Intellektuelle und die KP „schrittweise eine Symbiose“ eingegangen seien.³³ Er zitiert auch die serbische Milošević-Kritikerin Vesna Pešić, die diese Allianz als „antidemokratische Koalition“ bezeichnet. Pešić spricht von einem Bündnis „extremer nationalistischer Elemente“ in der Orthodoxen Kirche und der serbischen Intelligenzia mit dem konservativen KP-Parteiparat, der Armee und der Polizei. Erstere seien für die Formulierung einer nationalistischen Ideologie zuständig gewesen, letztere nutzten diese Ideologie, um ihre Machtpositionen zu behalten.³⁴

Um die neue Ideologie zu verbreiten, bediente sich das Regime der serbischen Medien. Eine wichtige Rolle kam dabei der Verlagsgruppe Politika zu. Nach Miloševićs Machtübernahme bei der Achten Sitzung des ZK wurde der Generaldirektor der Politika-Gruppe, Ivan Stojanović, sowie andere Medienvertreter sofort von ihren Posten verdrängt. Das Regime ersetzte sie durch willfährigere Personen.³⁵ Von da an wurden „Politika“ und „Politika Ekspres“ endgültig zu direkten Sprachrohren Miloševićs und seiner sogenannten „antibürokratischen Revolution“. Vor allem in der Kolumne „Echos und Reaktionen“ und mithilfe des Leserforums „Unter uns“ verbreitete „Politika“ negative Stereotype über andere Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien, sowie böswillige Gerüchte über die Gegner des neuen Machthabers in Belgrad.³⁶

„Politika“ wurde zu einer Speerspitze des Regimes. Doch auch in den anderen serbischen Medien fand nach der Achten Sitzung des ZK eine noch massivere Gleichschaltung der Kosovo-Berichterstattung statt. So konstatiert der britische Journalist Mark Thompson in seinem Buch über die Kriegspropaganda der Medien in Ex-Jugoslawien: *„From this point on, the Leagues (Anm.: League of Communists) media policy consisted of pressuring or forcing every significant organ of information and opinion to chorus the same*

³³ Bieber: Nationalismus in Serbien, 181 u. f.

³⁴ Ebenda

³⁵ Thompson, Mark: Forging War – The Media in Serbia, Croatia and Bosnia-Herzegovina, Avon 1994, S. 53 - 58

³⁶ Cvetičanin, Radivoj: Serbian Media in the Anti-Bureaucratic Revolution, aus: Čurgus Kazimir, Velimir / Štajner, Hari (Hg.): The War started at Maksimir – Hate Speech in Yugoslav Media, Belgrade 1997, S. 88 u. f.

*litany of complaints and demands. The phrasing varied slightly, according to the source and the intended audience: sometimes the Albanians were characterized as anti-Yugoslav counter-revolutionaries, sometimes as Muslim rapists of nuns. The upshot was always the same: Kosovo must be regained for Serbia; or, as Milošević put it, Serbia will be united or will not exist.”*³⁷

Und der serbische Medienexperte Radivoj Cvetićanin konstatiert: *“Thus, the media turned its back altogether on its professional obligation. But then, in the general delirium and intoxication of the swaying of the masses, the norms of professionalism were hardly of importance to anyone. (. . .) The Kosovo theme was the basis on which to build an entirely new ideology of journalism as a profession – in the given circumstances this had to be ‚patriotic‘. It was a journalism which approached national problems with a passion, and ‚died‘ for the nation in every line”*³⁸

Eine weitere Stütze Miloševićs waren seine tausenden Anhänger, die er vom Kosovo über Belgrad bis Novi Sad überall dort aufmarschieren ließ, wo er sie als Waffe zur Umsetzung seiner politischen Ziele brauchte. Milošević nutzte den Druck der Straße, um an die Macht zu kommen, Gegner auszuschalten bzw. einzuschüchtern und seine Macht zu konsolidieren.³⁹ Ihren Ursprung hatten die Massendemonstrationen der Milošević-Anhänger in Solidaritätskundgebungen für die Kosovo-Serben, den sogenannten „Versammlungen der Wahrheit“. Die Protestkundgebungen dienten aber auch als Ventil für die Unzufriedenheit vieler Serben mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Das neue Regime in Belgrad wusste diesen Unmut als „antibürokratische Revolution“ zu kanalisieren und gezielt gegen Funktionäre einzusetzen, die den neuen Machthabern in die Quere kamen. So brachten Milošević-treue Demonstranten im Oktober 1988 mit Massenprotesten die Parteiführung der Vojvodina zu Fall. Wenig später wurde auch die Führung Montenegros weg demonstriert. Sie wurde ebenso wie jene in Novi Sad durch Pro-Milošević-Regierungen ersetzt.⁴⁰

An der Spitze der Versammlungen, an denen meist zehntausende Menschen teilnahmen, standen die „Berufsdemonstranten“ aus dem Kosovo rund um Miroslav Šolević. Dieser hatte bereits bei Miloševićs großem Auftritt im Kosovo im April 1987 die Fäden gezogen. Die Großkundgebungen, die „Meetings“, wurden von den meisten serbischen Medien unterstützt. Medien und Schriftsteller verklärten die Proteste als „Dritten Serbischen

³⁷ Thompson: Forging War, S. 55

³⁸ Cvetićanin: Serbian Media in the Anti-Bureaucratic Revolution, S. 81

³⁹ Thomas, Robert: The Politics of Serbia in the 1990s, New York 1999, S. 44 u. f.

⁴⁰ Ebenda / Silber/Little: Bruderkrieg; S. 52 - 67

Aufstand“ (nach den beiden Aufständen gegen die Osmanen im 19. Jahrhundert). In dem 1989 vom serbischen Historiker Radovan Samardžić herausgegebenen Kosovo-Sammelband werden die Massenproteste als „Erwachen“ des serbischen Volkes gefeiert und als Widerstand gegen jene „bürokratischen und prinzipienlosen“ Parteifunktionäre, die die bisherige Konstruktion Jugoslawiens beibehalten wollten. So heißt es etwa:

*„Die Tragödie hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 eine allgemeinserbische rebellische Bewegung verursacht, (. . .) die bürokratischen Wände in Montenegro und der Vojvodina eingerissen, die bürokratische („prinzipienlose“) Koalition in Schrecken versetzt.“*⁴¹

Und weiter: *„Das jugoslawische politische Manöver wickelte sich (. . .) vor den Augen des ganzen serbischen Volkes ab, das während der Massenprotestversammlungen 1988 im großen und ganzen aus dem ideologischen Koma erwachte, den antiserbischen Protektionismus auf dem Niveau des ganzen Nachkriegsprozesses erkannte, sich seiner Kraft und seiner Möglichkeiten selbst bewusst wurde.“*⁴²

Auch der Begriff vom „Sich-Ereignen des Volkes“ wurde geboren. Damit sollte signalisiert werden, dass durch die Großkundgebungen die „Einheit des serbischen Volkes“ wiederhergestellt worden sei; und dass das Volk quasi spontan für seine Rechte auf die Straße gehe. In Wahrheit überließ das Regime aber nichts dem Zufall. Serbische Parteimitglieder, Reserveoffiziere sowie Teile der Armee und der Polizei waren an der Mobilisierung für die Proteste beteiligt. Und bei den Demonstrationen wurde Machthaber Milošević gezielt zum neuen Retter des serbischen Volkes hochstilisiert.⁴³ Er allein könne die Lage der Serben im Kosovo verbessern und die „ungerechte Dreiteilung“ Serbiens in Vojvodina, Restserbien und den Kosovo durch die 74-er Verfassung beenden.

⁴¹ Djuretić, Veselin: Kosovo und Metochien in Jugoslawien; aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989, S. 392

⁴² Djuretić: Kosovo und Metochien; 394, 395

⁴³ Bieber: Nationalismus in Serbien: 188 - 205

2.3. Die Aufhebung der Autonomie des Kosovo

Nachdem Milošević in der Vojvodina und in Montenegro ihm genehme Regierungen an die Macht gehievt hatte, nahm er wieder den Kosovo ins Visier. Mit dem Machtwechsel in Novi Sad und Titograd (Podgorica) hatte er die Voraussetzungen für seinen nächsten Schritt geschaffen: die Einschränkung bzw. Aufhebung der Autonomie der Vojvodina und des Kosovo. Dadurch sollte die alte serbisch-nationalistische Forderung erfüllt werden, die Verfassung von 1974 auszuhebeln und die Einheit Serbiens wiederherzustellen. Um dieses Vorhaben umzusetzen, galt es eine neue serbische Verfassung zu erlassen. Die Stimme der ausgewechselten Führung der Vojvodina war Milošević dafür sicher, und bundesweit konnte er sich auf die Unterstützung der neuen, ihm ergebenen Führung Montenegros verlassen. Für das Erlassen einer neuen Verfassung bedurfte es aber auch der Zustimmung des Kosovo-Parlaments. Deshalb setzte die Belgrader Regierung zunächst die Führung in Priština unter Azem Vllasi ab. Der Widerstand der Kosovo-Albaner ließ nicht lange auf sich warten. Speerspitze des Protests waren die Bergarbeiter der Trepča-Minen, die in einen Hungerstreik traten und ultimativ die Wiedereinsetzung Vllasis und der alten Führung forderten. *(Siehe auch: Kapitel 3. Der albanische Widerstand.)*

Serbiens Vorgehen in Montenegro, der Vojvodina und im Kosovo blieb aber nicht ohne Reaktion der anderen Republiken. Es zeigte sich nunmehr, wie stark bereits die Zentrifugalkräfte innerhalb Jugoslawiens wirkten. Kroatien und vor allem Slowenien blickten mit Sorge auf die Ambitionen Belgrads. Den nördlichen Republiken war klar, dass Serbien mit den Stimmen Montenegros, der Vojvodina und des Kosovo nun die Hälfte des jugoslawischen Staatspräsidiums kontrollierte. Der Widerstand gegen Serbiens Machzuwachs führte in Slowenien zu einer Soldarisierung mit den Kosovo-Albanern. So wandte sich Sloweniens Parteichef Milan Kučan massiv gegen Miloševićs Forderung, die Jugoslawische Volksarmee zur Niederschlagung der Proteste im Kosovo einzusetzen.⁴⁴ Höhepunkt der slowenischen Solidaritätsbezeugungen war eine Kundgebung im Laibacher Cankarjev Dom am 27. Februar 1989. Die gesamte slowenische Führung trat dabei auf. Kučan warnte vor einem verdeckten Staatsstreich, mit dem Belgrad das Antlitz Jugoslawiens verändern wolle. Und er bezeichnete die streikenden albanischen Kumpel im Bergwerk von Trepča als Verteidiger Jugoslawiens. Jože Školjič, der Vorsitzende der slowenischen Jugendorganisation, ging sogar so weit, die Lage der Kosovo-Albaner mit dem Leid der Juden im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen.

⁴⁴ Silber/Little: Bruderkrieg, 60 und folgende

Das Belgrader Fernsehen hatte die Veranstaltung in Laibach direkt in die serbischen Wohnzimmer übertragen. Die serbische Öffentlichkeit reagierte geschockt und empört. Das Regime nutzte diese Stimmung, um eine gewaltige Protestkundgebung zu organisieren. Die Demonstranten zogen vor das Bundesparlament in Belgrad, wo gerade die jugoslawische Führung tagte, um über das weitere Vorgehen im Kosovo zu beraten. Die wütende Menschenmasse vor dem Gebäude versetzte die drinnen tagenden Vertreter der Bundesinstitutionen in Angst und Schrecken. Milošević nutzte erneut den Druck der Straße, um Politik zu machen. Erst nachdem er zur Menge gesprochen hatte, gingen die Hunderttausenden Demonstranten nach Hause.⁴⁵ Milošević hatte damit in der Kosovo-Frage einen großen symbolischen Sieg über die Bundesinstitutionen errungen. Er hatte ihnen klar ihre Schwäche vor Augen geführt und deutlich gemacht, dass sie sich in die Vorgänge im Kosovo nicht mehr einzumischen hätten.

Im Februar 1989 wurde mittels zahlreicher Zusatzbestimmungen zur serbischen Verfassung die Autonomie der Provinz schrittweise aufgehoben. Am 23. März 1989 nahm das Kosovo-Parlament in Priština diese Verfassungsänderungen an – unter dem massiven Druck serbischer Sicherheitskräfte, die vor dem Gebäude aufmarschiert waren und „Beobachter“ in die Sitzung entsandt hatten. Bereits Wochen zuvor war im Kosovo der Ausnahmezustand verhängt worden. Hunderte Personen, darunter der abgesetzte Parteichef Azem Vllasi, wurden verhaftet. Am 28. März feierte die serbische Führung offiziell die Verfassungsänderungen und die „Wiederherstellung der Souveränität Serbiens“.⁴⁶ Durch die neuen Bestimmungen in der serbischen Verfassung wurden die Rechte, die der Kosovo und die Vojvodina durch die 74er Verfassung genossen hatten, sukzessive zurückgestutzt. Das serbische Verfassungsgericht erhielt die Macht, Bestimmungen in den Verfassungen beider Provinzen aufzuheben, wenn diese der Republikverfassung zuwiderliefen. Die Parlamente in Novi Sad und Priština verloren das absolute Vetorecht bei künftigen Änderungen der serbischen Republikverfassung. Ihnen wurde nur noch ein aufschiebendes Veto von sechs Monaten zugestanden. Belgrad zentralisierte zudem das gesamte Verwaltungssystem und die Gesetzgebung.⁴⁷

Am 26. Juni 1990 erließ das serbische Parlament schließlich ein „Gesetz über das Verfahren der Republikorgane bei außerordentlichen Umständen“ und beschloss, dieses auf den Kosovo anzuwenden.⁴⁸ Dieses Gesetz sollte einer ganzen Reihe von Maßnahmen gegen

⁴⁵ Silber/Little: Bruderkrieg, 62 bis 67 / Bieber: Nationalismus in Serbien, 216 - 218

⁴⁶ Malcolm, Noel: Kosovo – A short History, Oxford 2002, S. 344 / von Kohl, Christine/Libal, Wolfgang: Kosovo – gordischer Knoten des Balkan, Wien 1992, S. 116

⁴⁷ Marko, Joseph: Die staatsrechtliche Entwicklung des Kosovo/a von 1913 – 1995, aus: Marko, Joseph (Hg.): Gordischer Knoten Kosovo/a – Durchschlagen oder entwirren?, Baden-Baden 1999, S. 19 u. f.

⁴⁸ Ebenda

die Kosovo-Albaner die rechtliche Legitimation verleihen. Die albanischen Abgeordneten des Kosovo-Parlaments reagierten mit einer Unabhängigkeitserklärung, Belgrad löste daraufhin am 13. Juli das Parlament in Priština auf und setzte die Regierung der Provinz ab. Die Exekutivgewalt im Kosovo wurde einem Direktorium unter der Leitung des Vizepräsidenten des serbischen Parlaments, Momčilo Trajković, übertragen.⁴⁹ Damit hatte Belgrad endgültig die völlige Macht im Kosovo übernommen.

Im September 1990 wurde eine neue serbische Verfassung verabschiedet. Milošević hatte diese zuvor durch ein Referendum absegnen lassen, das jedoch von den Kosovo-Albanern boykottiert worden war. Die neue serbische Verfassung setzte endgültig einen Schlussstrich unter die Rechte und Kompetenzen, die dem Kosovo und der Vojvodina durch die Verfassung von 1974 gegeben worden waren.

2.4. Die Feiern auf dem Amselfeld 1989 – die nationalen Mythen bei Serben und Albanern

Nach der Aufhebung der Autonomie des Kosovo steuerten die von Slobodan Milošević orchestrierten nationalistischen Aufwallungen in Serbien dem Höhepunkt zu: Das Regime veranstaltete im Juni 1989 eine riesige Feier zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld. Im Vorfeld des Jahrestages waren bereits die Reliquien von Fürst Lazar aus Belgrad in den Kosovo gebracht worden. Auf dem Weg dorthin wurden die Gebeine des serbischen Nationalhelden in einer religiös verbrämten, nationalistischen Prozession durch zahlreiche serbische Städte (auch in Bosnien) geführt und dort aufgebahrt, nicht nur des historischen Gedenkens wegen, sondern als Mobilisierungsfaktor des serbischen Nationalismus.⁵⁰ So meinte etwa Bischof Jovan von Šabac und Valjevo in seiner Epistel zur Ankunft der Gebeine in seiner Diözese: *„From the times of Tzar Lazar and Kosovo the Serbs have created a Heavenly Serbia which has thus far become the largest state in Heaven. We need only recall the innocent victims of the most recent war, the million of Serbs (. . .), who have been killed and tortured in the most horrible manner or thrown into pits and caves by Ustashi criminals, to know the expanse of the Serbian kingdom in Heaven”*⁵¹

⁴⁹ Libal, Wolfgang: Das Ende Jugoslawiens – Chronik einer Selbsterstörung, Wien 1991, S. 133

⁵⁰ Bieber: Nationalismus in Serbien, 215

⁵¹ Zitiert aus: Milošević, Milan: The Happening of the People – How Media Fed Populism, aus: Čurgus Kazimir, Velimir/Štajner, Hari (Hg.): The War started at Maksimir – Hate Speech in Yugoslav Media, Belgrade 1997, S. 58

Am 28. Juni 1989, dem Jahrestag der Schlacht, eilten schließlich hunderttausende Serben auf das Amselfeld, um ihrem neuen Idol Milošević zu huldigen. Der starke Mann Serbiens reiste per Hubschrauber an und hielt in Gazimestan, dem Ort der Schlacht, eine flammende Rede. Er pries den Mut und die Opferbereitschaft der Vorfahren und beschwor die Einheit der Serben. Jene Passage seiner Rede, in der er von möglichen künftigen bewaffneten Kämpfen sprach, wurde später von vielen als Drohung gegen die anderen jugoslawischen Republiken beziehungsweise die Kosovo-Albaner und als „Ankündigung“ der Kriege in Jugoslawien gedeutet. Milošević sagte: *„Die Heldentat des Kosovo verbietet uns, zu vergessen, dass wir einmal mutig und ehrenhaft waren und einige der wenigen, die unbesiegt in die Schlacht gezogen sind. Sechshundert Jahre später befinden wir uns erneut in Kämpfen und im Streit. Diesmal sind es keine bewaffneten Kämpfe, aber solche Dinge können noch nicht ausgeschlossen werden.“*⁵²

Das Wichtige an den Feiern auf dem Amselfeld war, den Kosovo-Mythos wieder aufzuwärmen, um damit Vorgänge der Gegenwart in eine bestimmte Richtung interpretieren beziehungsweise das eigene politische Vorgehen im Kosovo und in Jugoslawien rechtfertigen zu können. So wurde bewusst versucht, den alten Mythos und die Realität von 1989 verschwimmen zu lassen. Milošević wuchs in den Augen seiner Anhänger dabei in die Rolle des Fürsten Lazar hinein. Und der neue Held der Serben verabsäumte es auch nicht, in seiner Rede während der Feierlichkeiten an den Verrat bei der Schlacht auf dem Kosovo Polje zu erinnern. Wer die „Verräter von heute“ sein sollten, war klar: Funktionäre in der Vojvodina, Serbien und Montenegro, die sich an dem von Milošević angeheizten, nationalistischen Treiben nicht beteiligen wollten.⁵³

Der Kosovo-Mythos lieferte dem wiedererstarkten serbischen Nationalismus und Milošević aber nicht nur die Themen Heldentum und Verrat. In dem Mythos ist auch ein weiterer wichtiger Aspekt enthalten, der schon in den Jahren vor Milošević massiv propagiert worden war: der serbische Opfermythos. Die serbische Nation sei im Laufe der Geschichte immer nur Opfer und nie Täter gewesen. Sie habe sich immer nur gegen grausame, übermächtige Feinde zur Wehr gesetzt: vom Heer des Sultans Murad auf dem Amselfeld, über die osmanischen Besatzer und deren „albanische Schergen“, und über die Habsburger bis hin zu den kroatischen Ustaše im Zweiten Weltkrieg. Verbrechen beziehungsweise die expansive Politik der eigenen Seite wurden bei dieser Geschichtsbetrachtung, die sich bei

⁵² Zitiert aus: Silber/Little: Bruderkrieg, 72

⁵³ Bieber: Nationalismus in Serbien, 409

serbischen Historikern und Intellektuellen vor allem ab den achtziger Jahren wieder regen Zuspruchs erfreute, ausgeblendet. So heißt es etwa in Samardžićs 1989 erschienenem Kosovo-Sammelband über den Einmarsch des serbischen Heeres in den Kosovo 1912:

*„Die Befreiungsmision des serbischen Heeres in Kosovo und Metochien im Jahr 1912 war nicht von Rachegefühlen für die jahrhundertelangen Verbrechen der Albaner, der türkischen antiserbischen Politik begleitet, noch ist nach dem Sieg Rache gefordert worden. Vergeltung wurde nur in Fällen geübt, wenn lokale albanische (. . .) Führungspersonen das Ehrenwort (Besa) brachen, und wenn sie hinterrücks serbische Soldaten angriffen und massakrierten.“*⁵⁴

Das massenhafte Niederbrennen albanischer Dörfer und die zahlreichen Gräueltaten an der albanischen beziehungsweise muslimischen Zivilbevölkerung werden geleugnet und Berichte darüber als „albanische Propaganda“ abgetan. Und zu den späteren Zwangsmaßnahmen im Kosovo beziehungsweise den Vertreibungen von Albanern und Muslimen heißt es in Samardžićs Sammelband:

*„Die serbischen Protagonisten des Kampfes um die Befreiung von der türkischen Sklaverei und der österreichisch-ungarischen, deutschen und bulgarischen Okkupation haben ihre Siegerposition weder in eine besondere serbische Politik, noch in eine Form der Organisation des Staates eingebaut, die zur Assimilation der Minderheiten führen würde. Außerdem haben sie die systematische Aussiedlung in die Türkei durch nichts angeregt, obwohl dies viele Kosovoer Türken und Albaner wegen der Religion und des Besitzes und aus Angst vor Vergeltung für die an Serben begangenen Verbrechen anstrebten.“*⁵⁵

Zu den serbischen und montenegrinischen Gebietsansprüchen an das osmanische Reich und die Reaktion der Albaner 1876- 1878 schreibt etwa der serbische Autor Dimitrije Bogdanović in seinem 1985 in Belgrad erschienen Buch „Knjiga o Kosovu“ (Buch über Kosovo), das als geistiges Unterfutter des neuen Nationalismus eine wesentliche Rolle spielte:

„Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die Kriegsziele Serbiens und Montenegros von 1876/77 nicht als Expansionismus und Vereinnahmung fremder nationaler Territorien angesehen werden können, weil es sich hier um die Befreiung eigener Territorien handelte. (. . .) Das Kriegsprogramm Serbiens und Montenegros zielte auf die Liquidierung einer Lage jahrhundertelanger Okkupation (. . .) ab, auf den Schutz und die Befreiung des serbischen Volkes, das einem systematischen Genozid ausgeliefert war. Das albanische Volk in

⁵⁴ Djuretić, Veselin: Kosovo und Metochien in Jugoslawien; aus: Samardžić: Kosovo und Metochien, 338

⁵⁵ Djuretić: Kosovo und Metochien, 337

Altserbien war kein neutraler Faktor. (. . .) Der Befreiungskampf gegen die Türkei richtete sich daher auch gegen die muslimischen Albaner.“⁵⁶

Dieser für sich selbst in Anspruch genommene Opferstatus wurde in den späten 80er- und dann in den 90er Jahren in Serbien dazu genutzt, eigenes aggressives Verhalten in Notwehr umzudeuten: Die Polizeigewalt gegen die Albaner wurde als notwendiges Übel verteidigt, um die „Unterdrückung“ der Serben im Kosovo zu beenden. Und die späteren Auseinandersetzungen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden als „Selbstverteidigungskriege“ der Serben gegen Neo-Ustaše und islamische Extremisten dargestellt.⁵⁷ So wurden etwa in einer im Februar 1992 herausgegebenen Publikation des serbischen Informationsministeriums ganz bewusst Parallelen zwischen der Zerstörung serbisch-orthodoxer Kirchen im faschistischen Ustaša-Staat und im Kroatien des Franjo Tudjman gezogen beziehungsweise dem neuen Staat Kroatien Genozid-Absichten gegenüber den Serben unterstellt:

„The present annihilation of cultural landmarks, Serbian Orthodox churches, in the territory of the Republic of Croatia, is a continuation of the vandalism that lasted from 1941 to 1945 in the Independent State of Croatia. (. . .) Its basic goal was then and remains today the destruction and assimilation of the Serbian people in the northwestern regions of Yugoslavia. In 1991, the Croatian regime merely renewed the earlier aspirations of the Fascist-Ustasha government which carried out the biological, cultural and spiritual genocide of the Serbian people.“⁵⁸

Der Kosovo-Mythos, dem nun auch von Milošević öffentlich gehuldigt wurde, erzählt von der Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1389 (nach altem Kalender 15. Juni), dem St. Veits Tag (Vidovdan). Er berichtet vom serbischen Fürsten Lazar, der als Verteidiger von Christentum und Abendland gegen das übermächtige osmanische Heer von Sultan Murad I. antritt. Lazar erscheint in der Nacht vor der Schlacht ein himmlischer Bote der Mutter Gottes. Dieser stellt den serbischen Fürsten vor die Wahl, ob er ein irdisches oder himmlisches Königreich erwerben will. Lazar entscheidet sich für das himmlische Königreich. Doch damit besiegelt er die Niederlage seines Heeres und das Ende seines irdischen Reichs. Der Mythos

⁵⁶ Zitiert aus: Clewing, Konrad: Mythen und Fakten zur Ethnostruktur des Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick; aus: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000, S. 23

⁵⁷ Bieber: Nationalismus in Serbien, 413 u. f.

⁵⁸ Davidov, Dinko: Cultural and spiritual Genocide of the Serbian People, aus: The Ministry of Information of the Republic of Serbia: War Damage sustained by Orthodox Churches in Serbian Areas of Croatia, Belgrade 1992, S. 7

erzählt auch vom furchtlosen Edelmann Miloš Kobilić (in späterer Schreibung Obilić), dem es durch eine List gelingt, sich dem Sultan zu nähern, ihn zu töten, und der für diese Heldentat sein eigenes Leben gibt. Und vom Verräter Vuk Branković, der während der Schlacht Lazar im Stich lässt und so die Niederlage gegen die Osmanen mit herbeiführt.

So sehr auch die Schlacht Stoff für zahlreiche bunte Legenden von Mut, Aufopferung und Verrat bietet, so spärlich sind die gesicherten historischen Fakten rund um das Ereignis. Fest steht, dass auf dem Amselfeld die Heere von Sultan Murad I. und Fürst Lazar Hrebeljanović zusammenstießen. Die Kämpfe waren schwer, sowohl Murad als auch Lazar kamen ums Leben. Murads Sohn Bayezit zog sich mit den Resten des Heeres ins osmanische Reich zurück, um seine Nachfolge zu sichern. Lazars Sohn Stephan Lazarević wurde später ein osmanischer Vasall. Alles andere ist historisch nicht gesichert und wird vom Nebel der Mythenbildung verhüllt. Es ist nicht klar, wie Murad und Lazar starben und ob die Schlacht nun tatsächlich eine verheerende Niederlage für Lazars Heer oder ein Unentschieden war.⁵⁹

Die Legendenbildung begann rund ein Jahrhundert nach der Schlacht. Der Mythos in seiner heutigen Form entstand erst im 17. bis 18. Jahrhundert, und mit dem Entstehen der serbischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert gewann er immer mehr an Bedeutung. Eines der zentralen Themen des Mythos ist das serbische Heldentum, vor allem verkörpert von Fürst Lazar. Er ist bereit zu sterben, um Serbien zu schützen. Als ihn die Mutter Gottes vor die Wahl stellt, opfert er sich und Serbien für ein himmlisches Königreich und wird damit zum Verteidiger des Christentums schlechthin. Und er bleibt trotz der Niederlage im Diesseits Sieger, da er für das serbische Volk ein Reich im Jenseits erobert hat. Hier werden auch deutlich Parallelen zum Leiden und Tod Christi ins Spiel gebracht. So wie Jesus versammelt im Mythos auch Lazar am Abend vor seinem Opfertod seine Gefährten, unter ihnen „Judas“ Vuk Branković.⁶⁰ Hier wird erneut der Opfer-Mythos schlagend: Die Serben als gekreuzigtes Volk, die sich – von allen im Stich gelassen – auf dem Amselfeld für das Christentum hinschlachten ließen; und denen dafür nie die nötige Dankbarkeit erwiesen worden ist. Diese Befindlichkeit der serbisch-nationalen Seele gibt auch der österreichische Journalist Malte Olschewski in seinem Buch „Der serbische Mythos“ wieder, in dem er immer wieder ein sehr romantisierendes Serben-Bild zeichnet:

„Lazar hatte überall Unterstützung gesucht. Das christliche Abendland hat ihn allein gelassen. Lazar hat sich und sein Heer geopfert. Er hat durch dieses gewaltige Opfer die Türken von einem schnellen Durchmarsch in Richtung Kroatien, Ungarn und Wien abgehalten. Das Amselfeld birgt in seinen Tiefen eine Dankesschuld, die Europa den Serben

⁵⁹ Malcolm: Kosovo, S. 61

⁶⁰ Bieber: Nationalismus in Serbien, 406, 407

abzustatten gehabt hätte. Ohne das serbische Opfer hätte Österreich in den folgenden Jahrhunderten wohl kaum die Türken zurückdrängen können. Daher sei, sagen die Serben, besonders Österreich zu Dank verpflichtet. Ohne die Serben, sangen die Guslaren, wäre Wien bald türkisch geworden. Das Amselfeld habe die bisher türkische Expansion nachhaltig gebremst. Europa habe durch dieses Opfer Zeit gewonnen.“⁶¹

Der Mythos von der Schlacht auf dem Amselfeld ist aber nicht nur eine Erzählung von Heldentaten und Opfertum. Er soll auch die territorialen Ansprüche auf den Kosovo untermauern: auf das „Kernland“ des Serbentums, in dem die Serben den Türken gegenübertraten, und das sie - laut Mythos – durch die Niederlage in der Schlacht verloren. So heißt es etwa im 1989 von Radovan Samardžić herausgegebenen Kosovo-Sammelband: *„Diese Provinz (Anm.: Kosovo), im weitesten Sinne gesehen, entwickelte sich mit der Zeit nicht allein zum kompakten Kern der mittelalterlichen serbischen Zivilisation, sondern auch zum gelobten Land der serbischen Geisteskultur, wo an den Höfen und in den Klöstern gemeinsam mit Frömmigkeit und theologischem Denken Literatur, Philosophie und - mit Vorbehalt gesprochen – Wissenschaft gepflegt wurden. (. . .) An erster Stelle liegt dem späteren Kosovo-Gelübde des serbischen Volkes auch die großartige und hehre Vorstellung von Kosovo als Mittelpunkt des serbischen Reiches zugrunde, wo sein größter geistiger und materieller Reichtum ruht. Alle Feinde des serbischen Volkes meinten, sie würden es seiner Führung berauben, ohnmächtig verstreuen und sich selbst fremd werden lassen, wenn man ihm Kosovo verheerte und nähme.“⁶²*

Für die Kosovo-Albaner bleibt in dieser Betrachtungsweise nicht viel Platz – es sei denn, sie akzeptieren, dass sie nur als geduldete „Gäste“ auf „altem serbischen Territorium“ leben und sich somit Serbien unterordnen müssen. Diese Einstellung kommt auch in der schon zuvor zitierten Stelle des „Knjiga o Kosovu“ von Dimitrije Bogdanović klar zum Ausdruck. In der Mythologie und der nationalistischen Geschichtsschreibung kämpft denn auch auf dem Amselfeld ein „nationales“ serbisches Heer gegen die türkischen Eroberer. Dass auf Seiten Lazars Albaner und auf Seiten Murads I. auch serbische Vasallen kämpften, passt dabei natürlich nicht ins Bild.⁶³

Das zeigte sich auch rund um die 600-Jahr-Feierlichkeiten der Schlacht auf dem Amselfeld. Der Vertreter Montenegros in der damaligen jugoslawischen Präsidentschaft,

⁶¹ Olschewski, Malte: Der serbische Mythos – Die verspätete Nation, München 1998, S. 95

⁶² Samardžić: Kosovo und Metochien; S. 7

⁶³ Zur Beteiligung von Albanern am Heer Lazars bzw. von Serben am Heer Murads, siehe: Malcolm: Kosovo, 62 - 64

Nenad Bućin, kritisierte die Vereinnahmung der Feiern durch Serbien und wies darauf hin, dass auch Albaner und andere Südosteuropäer an der Seite Lazars gekämpft hatten. Bućin handelte sich damit jedoch von Milošević-Gefolgsmann Borisav Jović eine Abfuhr ein: Es sei historisches Faktum, dass die Schlacht zwischen der serbischen und der türkischen Armee ausgetragen worden sei, so Jović. Und die Geschichte werde man nicht verfälschen.⁶⁴ Gerade für das Milošević-Regime wäre es zum damaligen Zeitpunkt völlig undenkbar gewesen, eine Darstellung zu akzeptieren, in der Albaner Verbündete des großen serbischen Helden Lazar waren. Die Albaner im Kosovo waren vom Regime bereits klar als Feind klassifiziert worden – ergo konnten sie nur Alliierte der Osmanen gewesen sein. Das Bild der Albaner als Helfershelfer der grausamen osmanischen Besatzung, die aus dem Leiden und der „Dezimierung“ der Serben unter dem türkischen „Joch“ Nutzen ziehen, wird in der serbisch-nationalistischen Geschichtsschreibung immer wieder bemüht. Die Schlacht auf dem Amselfeld ist demnach der Anfang vom Ende des „gelobten“ mittelalterlichen, serbischen Königreichs und ein Grundstein für den Aufstieg der Albaner im Kosovo.

Wirklich Oberhand erhalten die Albaner in dieser Darstellung aber erst durch die „Velika Seoba“, die „Große Auswanderung“ der Serben, im Jahr 1690. Im Zuge des Krieges gegen die Türken war ein habsburgisches Heer auf den Balkan vorgerückt. 1689 stießen rund 5000 Mann unter Eneo Piccolomini bis in den Kosovo vor. In der ganzen Region liefen Teile der örtlichen Bevölkerung zum österreichischen Heer über und stellten Hilfstruppen. Anfang 1690 zogen sich die habsburgischen Truppen wegen einer türkischen Gegenoffensive schließlich übereilt aus dem Kosovo zurück und mussten in der Folge das südserbische Niš und später sogar Belgrad aufgeben. Mit dem Rückzug der Österreicher flohen auch viele Serben und unter ihnen der Patriarch von Peć, Arsenije III. Crnojević, auf das Gebiet des Habsburger Reiches. Aus serbisch-nationaler Sicht hatten sich die unterdrückten Serben beim Einmarsch der Österreicher gegen die osmanischen Besatzer erhoben. Nach dem Rückzug der Österreicher habe der Patriarch von Peć einen großen Teil der orthodoxen Bevölkerung des Kosovo um sich geschart und in einem geradezu epischen Gewaltmarsch vor der türkischen Vergeltung in Sicherheit gebracht. Erst diese Flucht der Serben habe den Weg frei gemacht für den Vorstoß der Albaner in den Kosovo. Diese rissen demnach mit Gewalt das Land an sich und begannen, die verbliebenen Serben zu unterdrücken. So schreibt etwa der serbische Historiker Dušan T. Bataković:

„The hardest consequence of the Great Migration was demographic upheaval it caused, because once the Serbs withdraw from Kosovo and Metohia, Islamized Albanian tribes from

⁶⁴ Bieber: Nationalismus in Serbien; S. 408

the northern highlands started settling in the area, mostly by force (. . .). Supported (. . .) by the Turks and the Roman Curia, ethnic Albanians (. . .) in the coming centuries turned the entire region of Kosovo and Metohia into a bloody battleground, marked by tribal and feudal anarchy. The period following the Great Migration of Serbia marked the commencement of three centuries of ethnic Albanian genocide against Serbs in their native land.”⁶⁵

Und in Samardžićs Kosovo-Sammelband heißt es dazu:

„Auf dieses Schicksal (Anm.: der Serben) nahm maßgeblich auch die Tatsache Einfluss, dass damals das Vordringen albanischer Einwohner in diese Teile des Landes einsetzte. Die Serben büßten Schritt für Schritt das Kernland ihrer Zivilisation, den Mittelpunkt ihres mittelalterlichen Staates und den Kern ihres nationalen Siedlungsraumes ein. Damit wurde jedoch das Gelöbnis für Kosovo, wonach man im Zeichen dieser durch Blut geweihten Erde den Kampf bis zum Sieg weiterführen müsse, zum Herzstück des geistigen Lebens aller Serben.“⁶⁶

In der serbisch-nationalen Geschichtsauffassung sind die „Große Auswanderung“ und der darauf folgende „Landraub“ durch die Albaner eine der Haupterklärungen für die massive Präsenz von Albanern im „serbischen Stammland“ Kosovo. Autoren wie der Brite Noel Malcolm bezweifeln jedoch diese Darstellung. Auch Malcolm berichtet von einer Flüchtlingswelle nach Ungarn im Oktober 1690. Er zitiert aber eine Petition des Patriarchen Arsenije an Kaiser Leopold I., in der der Patriarch von 30.000 geflohenen Personen gesprochen habe. In einem späteren Schreiben habe Arsenije dann 40.000 Flüchtlinge erwähnt.⁶⁷ Spätere serbische Quellen sprechen hingegen von rund 37.000 geflohenen Großfamilien mit insgesamt bis zu 500.000 Menschen. Malcolm schreibt zudem, dass die genannten 30.000 bis 40.000 Flüchtlinge nur zu einem kleineren Teil aus dem Kosovo stammten. Der größte Teil dieser Menschen kam demnach vielmehr aus dem Gebiet zwischen Niš und Belgrad.⁶⁸ Patriarch Arsenije selbst floh laut Malcolms Quellenstudien 1690 nur mit einer Handvoll Getreuer aus dem Kosovo und führte keineswegs – hoch zu Ross – einen riesigen Flüchtlingszug an, wie in romantisierenden serbischen Darstellungen behauptet.⁶⁹ Malcolms Fazit: Von einem serbischen Massenexodus aus dem Kosovo 1690 könne keine Rede sein.

⁶⁵ Bataković, Dušan: The Kosovo Chronicles, Belgrade 1992, S. 48, 49

⁶⁶ Tričković, Radmila: Die große Aussiedlung der Serben, aus: Samardžić: Kosovo und Metochien, 139, 140

⁶⁷ Malcolm: Kosovo, 160, 161

⁶⁸ Ebenda

⁶⁹ Malcolm: Kosovo, 158

Malcolm weist auch darauf hin, dass keineswegs erst nach einer serbischen Massenflucht Albaner in den Kosovo eingedrungen seien, sondern es bereits zuvor eine massive albanische Präsenz in diesem Gebiet gegeben habe. So berichtet er, dass etwa die Stadt Prizren bereits zum damaligen Zeitpunkt eine überwiegend muslimische und albanischsprachige Bevölkerung gehabt habe. Und er erwähnt, dass dem albanischen Katholischen Erzbischof von Prizren, Pjetër Bogdani, und einem albanischen katholischen Priester namens Toma Raspasani führende Rollen bei der Organisation des pro-österreichischen Aufstandes zugekommen seien.⁷⁰ Das widerspricht serbischen Darstellungen, wonach es nach dem österreichischen Einmarsch 1689 im Kosovo zu einem „serbischen Volksaufstand“ gekommen sei und die Albaner – sofern überhaupt in der Gegend ansässig - in erster Linie die Türken unterstützt hätten. Andere serbische Quellen gestehen zwar ein, dass sich auch Albaner zunächst an der Revolte beteiligten, sie seien aber bald wieder zu den Türken übergelaufen.⁷¹

So wie Malcolm weist auch der Münchner Historiker Konrad Clewing darauf hin, dass die serbische Darstellung, wonach die Albaner erst nach der „Velika Seoba“ in den Kosovo eingewandert seien, völlig unhaltbar ist. Er zitiert aus zahlreichen Berichten aus dem 17. Jahrhundert, etwa aus denen päpstlicher Visitatoren. Aus diesen Schriften gehe hervor, dass bereits Anfang des 17. Jahrhunderts – also vor 1690 – Städte wie Prizren, Djakovica, aber auch Skopje eine albanischsprachige Mehrheit gehabt hätten. Er erwähnt auch einen Bericht des osmanischen Reisenden Evliya Çelebi, der 1660 in der Stadt Vuçitrn/Vushtrria bei Mitrovica auf eine albanische Mehrheit gestoßen sei. Und der Engländer Edward Brown wiederum schilderte, dass er bei seiner Reise durch das Gebiet „northward parts of Epirus, and west of Macedonia“ im Jahr 1669 auf Bewohner mit „unverständlicher albanischer Sprache“ gestoßen sei.⁷² Clewings Conclusio: *„So ist die Vorstellung von der Neuartigkeit der albanischen Siedlungspräsenz in Kosovo ab 1690 vollständig widerlegt. Um diese Zeit gab es dort vielmehr schon mindestens seit Jahrzehnten eine ausgesprochen gemischte Bevölkerung aus Albanern und Serben oder Serben und Albanern, deren Mehrheitsverhältnisse sich nicht bestimmen lassen“*⁷³

Die serbischen Mythen rund um den Kosovo sind in erster Linie ein Produkt des 19. Jahrhunderts, jener Zeit, in der bei den Serben – so wie bei vielen anderen Völkern Europas – der Nationalismus zum Leben erwachte, getragen vom Wunsch nach einem serbischen

⁷⁰ Malcolm: Kosovo, 148, 151

⁷¹ Siehe: Tričković: Die große Aussiedlung, 145 - 147

⁷² Clewing: Mythen und Fakten, 29 - 33

⁷³ Ebenda

Nationalstaat, den es gegen die osmanische Herrschaft durchzusetzen galt. Diese Mythen rund um den Kosovo wurden vor allem in den achtziger Jahren und zur Zeit des Milošević-Regimes wiederbelebt und wirken bis heute nach. Und sie sollen nach wie vor die serbischen Besitzansprüche auf das Gebiet untermauern. Der deutsche Autor Reinhard Lauer meint sogar, die Gefährlichkeit des Kosovo-Mythos liege darin, dass er „zum ideologischen Instrument einer faschistischen Gewalt- und Expansionspolitik gemacht werden kann.“⁷⁴ Serbische nationale Autoren wie Bataković sehen diese Gefahr naturgemäß nicht. Sie heben aber ebenfalls die Wichtigkeit der Kosovo-Legenden für die Gegenwart hervor, quasi als etwas, das das serbische Volk zusammenschweißt:

*„The Kosovo covenant – the choice of freedom and the celestial empire instead of humiliation and slavery in the temporal world – although irrational as a collective consciousness, is still one permanent connective tissue that imbues the Serbs with the feeling of national entity and lends meaning to its join efforts.“*⁷⁵

Nicht nur auf der serbischen, sondern auch auf der albanischen Seite ranken sich Mythen rund um den Kosovo. Viele der albanischen Behauptungen sind fast spiegelbildlich zu serbischen nationalistischen Darstellungen. So wie die serbische nimmt auch die albanische Seite für sich in Anspruch, seit jeher die Bevölkerungsmehrheit im Kosovo gestellt zu haben. So heißt es in der albanischen Literatur, die heutigen Albaner stammten von den antiken Illyrern ab, die bereits lange vor der Einwanderung der slawischen Stämme in Südosteuropa lebten. Diese These soll eine albanische Siedlungskontinuität auf dem Balkan seit der Antike untermauern. Demnach hätten im Kosovo die Albaner beziehungsweise ihre Vorfahren schon lange vor den Serben gelebt und somit gleichsam das „historische Vorrecht“ auf das Gebiet. So schreibt etwa der albanische Autor Skender Anamali in der Schriftenreihe „Kosova“:

*„The history of the Albanians in the early middle ages is a continuation of the history of the Illyrians of late antiquity. The Albanians, as descendants of the Illyrians, inhabited the same areas and inherited from the Illyrians their language and material and spiritual culture. This holds true of all the Albanian-inhabited regions, including Kosova and the other Albanian territories in what was Yugoslavia.“*⁷⁶

⁷⁴ Lauer, Reinhard: Das Wüten der Mythen – Kritische Anmerkungen zur serbischen heroischen Dichtung, aus: Lauer, Reinhard/Lehfeldt, Werner (Hg.): Das jugoslawische Desaster – Historische, sprachliche und ideologische Hintergründe, Wiesbaden 1995, S. 145

⁷⁵ Bataković: Kosovo Chronicles, 35

⁷⁶ Anamali, Skender: Kosova and the Ethnic Territories of the Former Yugoslavia in the Early Middle Ages, aus: The Institute of History – Prishtina / The Institute of History – Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 2/1993, Tirana 1993, S. 9

Darüber, ob die Albaner tatsächlich von den Illyrern abstammen, gibt es jedoch höchst unterschiedliche Ansichten.⁷⁷ Der Brite Noel Malcolm glaubt etwa über linguistische Untersuchungen einen solchen Konnex herstellen zu können, räumt aber auch ein, dass dieser nur schwer zu beweisen ist.⁷⁸ Vieles lässt zwar darauf schließen, dass das Albanische in einer vorrömischen, altbalkanischen Sprachtradition steht. Das Ansinnen, eine direkte Kontinuität zwischen einem Volk der Gegenwart und einem Volk der Antike herzustellen (und diesen Umstand zudem noch für politische Forderungen zu nutzen), muss aber grundsätzlich zurückgewiesen werden.

Von albanischer Seite wird überdies behauptet, die breite Bevölkerung im Kosovo habe quasi seit der Antike kontinuierlich aus Albanern bestanden, auch nach dem Auftreten der Serben. Im Mittelalter sei die albanische Mehrheitsbevölkerung nur von einer dünnen serbischen Oberschicht beherrscht und soziokulturell überschichtet gewesen.⁷⁹ Das wird von zahlreichen nichtalbanischen Autoren klar ins Reich der Mythologie verwiesen. So kommt etwa der deutsche Historiker Konrad Clewing zu dem Schluss, dass der albanische Ansatz einer permanenten Mehrheit im Kosovo gerade für die Zeit des Mittelalters nicht haltbar sei.⁸⁰ Das tut auch Malcolm. Er verweist auf die vornehmlich serbisch-orthodoxen Orts- und Personennamen, die in mittelalterlichen Quellen aufscheinen und kommt zu der Conclusio: *„The idea that the great mass of the Kosovo population, behind the cover of their Serbian Orthodox names, were Albanians who continued to speak Albanian, is simply not credible. If that were true, then the names of most of the towns and villages in Kosovo would have been Albanian; whereas in fact the great majority of them are Slav. Albanians have certainly had a continuous presence in the region. But all the evidence suggests that they were only a minority in medieval Kosovo.“*⁸¹

Als Folge der Behauptung, die Albaner hätten im Kosovo stets die Mehrheit gestellt, gibt es auch eine spezielle albanische Sichtweise der Revolten gegen die Osmanen 1689/90 nach dem Einmarsch des österreichischen Heeres. Während in der serbischen Literatur von einem „serbischen Aufstand“ die Rede ist (*siehe oben*), heißt es in der albanischen Geschichtsschreibung, dass die meisten Rebellen Albaner gewesen seien und Serben kaum

⁷⁷ Zur Ethnogenese der Albaner als „ungelöste Forschungsfrage“, siehe: Bartl, Peter: Albanien in der Vergangenheit – Vom Mittelalter zur osmanischen Herrschaft, aus: Jordan, Peter (Hg.) / Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut: Österreichische Osthefte – Albanien, Heft 1/2, Jahrgang 45, Wien 2003, S. 112, 113

⁷⁸ Malcolm: Kosovo, 28 - 40

⁷⁹ Clewing: Mythen und Fakten, 21 u. f.

⁸⁰ Ebenda

⁸¹ Malcolm: Kosovo, 56, 57

daran teilgenommen hätten.⁸² Aufgrund der vorliegenden Quellen ist jedoch davon auszugehen, dass sich sowohl Albaner als auch Serben gegen die Türken erhoben und den österreichischen Truppen angeschlossen hatten.

Eine wichtige Phase des „Erwachens“ des albanischen Volkes stellt für die albanisch-nationale Geschichtsschreibung die so genannte „Rilindje kombëtare“ dar, die „Nationale Wiedergeburt“ Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts. Laut albanischer Geschichtsschreibung forderte damals eine quasi homogene „nationale Befreiungsbewegung“ der Albaner von der Hohen Pforte den Zusammenschluss und die Autonomie der albanischen Gebiete innerhalb des osmanischen Reiches; und erkämpfte damit in weiterer Folge einen albanischen Staat – auch wenn dieser nur einen Teil der albanisch bewohnten Territorien beinhaltete. Als wichtiger, wenn auch teils mystifizierter Ausgangspunkt dieser Bewegung gilt die sogenannte „Liga von Prizren“. In der Stadt im südlichen Kosovo trafen am 10. Juni 1878 religiöse, politische und intellektuelle Führer der Albaner zusammen und stellten eine Reihe von Forderungen an das osmanische Reich und an die Großmächte, die sich gerade anschickten, auf dem Berliner Kongress wichtige Weichenstellungen für den Balkan zu treffen. Als eine ihrer ersten Handlungen gründeten die Teilnehmer bei dem Treffen in Prizren die „Liga“ – eine militärisch-politische Organisation, die in erster Linie verhindern sollte, dass albanisch besiedeltes Territorium von Nachbarländern des osmanischen Reiches besetzt wurde. Dabei ging es vor allem um jene Gebiete, die die Osmanen gemäß Friedensvertrag von San Stefano an Montenegro abtreten sollten. Dem Sultan gelobte die Liga aber weiterhin die Treue und wurde deshalb von den europäischen Großmächten zunächst nur als Marionette Konstantinopels gesehen.

Der intellektuelle Führer der Liga, Abdyl Frashëri, hatte bereits 1877 in der Stadt Ioannina, im heutigen Nordwesten Griechenlands, ein „Albanisches Komitee“ gegründet. Dieses sandte im Frühjahr 1877 ein Memorandum mit einer zentralen politischen Forderungen der „Rilindje“ an die osmanische Regierung: Das Komitee verlangte, dass alle von Albanern bewohnten Provinzen im osmanischen Reich in ein einziges Vilayet – eine osmanische Verwaltungseinheit – zusammengefasst werden. Dieses sollte von albanischen Beamten verwaltet werden. Weitere Forderungen waren die Einrichtung albanischer Schulen und die Aufstellung bewaffneter albanischer Kräfte innerhalb dieses Vilayets. Dieses geplante albanische Vilayet hätte jedoch nicht nur albanische, sondern auch slawische Einwohner gehabt. Anfangs von den Osmanen geduldet, gelang es der Liga 1880, die Kontrolle im gesamten Kosovo zu übernehmen. Als den Sultan Meldungen erreichten, wonach Frashëri als

⁸² Malcolm: Kosovo, 141

nächsten Schritt die völlige Unabhängigkeit der albanischen Territorien anstrebe, war für die Hohe Pforte die Grenze überschritten. Die Liga wurde 1881 von den Osmanen mit Waffengewalt zerschlagen.⁸³

Für die albanische Nationalbewegung gilt die „Liga von Prizren“ auch heute noch als wichtiger Kumulationspunkt des nationalen Strebens. Albanische Darstellungen, wonach es sich bei der Liga um eine homogene Befreiungsbewegung zur Beendigung des „türkischen Jochs“ gehandelt habe, werden jedoch etwa von Noel Malcolm in Frage gestellt. Er weist darauf hin, dass es der Liga und auch den anderen politischen Kräften der „Rilindje“ in erster Linie um verstärkte Selbstverwaltung innerhalb des osmanischen Reiches gegangen sei. Die konservativen Kräfte unter den Albanern hätten durch diese Autonomie vor allem ihre alten Sitten und Gesetze vor dem türkischen Reformprogramm schützen wollen. Zudem sei das osmanische Reich von der Liga zunächst auch als wichtiges Bollwerk gegen die Expansionsbestrebungen Serbiens und Montenegros gesehen worden, von denen albanisch bewohntes Territorium maßgeblich betroffen war, so Malcolm.⁸⁴

Aus Sicht der nationalen serbischen Geschichtsschreibung gelten „Rilindje“ bzw. die „Liga von Prizren“ als massiv antiserbische Bewegungen. Die damalige Forderung, alle albanisch bewohnten Vilayete zu vereinen, wird zudem als ideologischer Ursprung großalbanischer Bestrebungen gesehen. So schreibt etwa Dušan T. Bataković:

„Während der großen Ostkrise (1875 – 1878) entsteht die albanische nationale Bewegung, deren Grundlage die Nichtanerkennung der Rechte des serbischen Volkes in Kosovo und Metochien ist. (. . .) Die Autonomiebewegung war bei den muslimischen Massen in Kosovo und Metochien ein Synonym des Kampfes um die Erhaltung des anachronistischen Regimes, in dem es für das serbische Volk keinen Platz gab.“⁸⁵

Und über die „Liga von Prizren“ meint Bataković:

„In dem geplanten ‚Großalbanien‘ setzte man deren (Anm.: der Albaner) privilegierte Position voraus. (. . .) Die gesamte Tätigkeit der Albanischen Liga hatte einen ausgeprägten antiserbischen Charakter. Die Motive für deren Gründung und die Beschlüsse des Berliner Kongresses führten zu heftigen Verfolgungen der serbischen Bevölkerung.“⁸⁶

⁸³ Malcolm: Kosovo, 217 – 227 / Finger, Zuzana: Die albanische Nationsbildung, aus: Österreichische Osthefte – Albanien, 136 - 139

⁸⁴ Ebenda

⁸⁵ Bataković, Dušan T.: Der Eintritt in die europäische Interessensphäre; aus: Samardžić: Kosovo und Metochien; S. 231

⁸⁶ Bataković: Interessensphäre, 244 bzw. 247

Und weiter: „Die Gewalttaten gegen die Serben wurden dank der politischen Programme der Liga zu einer strategischen Orientierung in der albanischen nationalen Bewegung.“⁸⁷

Spiegelbildlich zur serbischen wird auch in der albanischen nationalen Geschichtsschreibung das eigene Volk stets als Opfer dargestellt, wenn auch hier kein so tief verwurzelter Opfermythos festzustellen ist wie bei den Serben. Für dieses Hervorstreichen der eigenen Opferrolle greift man auch auf albanischer Seite zur Waffe der massiven Manipulation. Konrad Clewing etwa erwähnt als Beispiel dafür den albanischen Autor und Mitarbeiter des Albanologischen Instituts in Priština/Prishtina, Daut Bislimi. In seinem 1995 in Priština erschienenen Buch „Politisch-militärische Gruppierungen im Kosovo“ behauptet Bislimi, im Ersten Weltkrieg seien 1.220.000 Albaner ermordet oder vertrieben worden. Seine Begründung: die Zahl der Albaner sei von 3 Millionen im Jahr 1912 auf 1.780.000 im Jahr 1919 reduziert worden. Bislimi vergleicht bei seinen „Opferberechnungen“ aber die Zahl der tatsächlichen Albaner 1919 mit der Zahl aller Einwohner der ehemaligen osmanischen Vilayete Kosova, Shkodra, Monastir und Janina 1912. In diesen Vilayeten, die Bislimi in Anlehnung an die „Rilindje“-Bewegung als „albanisches Territorium“ charakterisiert, lebten aber sehr viele Nicht-Albaner. Diese „fehlen“ deshalb in der späteren Auflistung der tatsächlichen Albaner und werden in Bislimis Statistik ganz einfach den albanischen Opfern zugerechnet.⁸⁸

Die Entstehung einer Art von neuem albanischen Opfermythos ist auch heute, nach dem jüngsten Kosovo-Krieg (1997 bis 1999), festzustellen. Dieser Mythos geht Hand in Hand mit dem Mythos des „sauberen Verteidigungskrieges“, der bei allen Streitparteien der Zerfallskriege in Ex-Jugoslawien anzutreffen ist. So ist es für die kosovo-albanische Öffentlichkeit nicht oder nur schwer zu akzeptieren, dass „Helden“ wie Ex-Premier Ramush Haradinaj für Kriegsverbrechen verantwortlich sein sollen. Eigene Gräueltaten gegen Kosovo-Serben werden fast völlig ausgeblendet. Als die früheren UÇK-Kommandeure Fatmir Limaj und Isak Musliu nach ihrem Freispruch vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag am 1. Dezember 2005 in die Kosovo-Hauptstadt Priština zurückkehrten, meinte Ex-Rebellenführer Hashim Thaçi, der Freispruch sei quasi der allgemeine Beweis dafür, dass die UÇK in ihrem Befreiungskampf keine Verbrechen begangen habe.⁸⁹ Dazu kommt als Teil des albanischen Heldenmythos die Überhöhung des Unabhängigkeitskrieges gegen Belgrad. Die Albaner hatten dabei zweifellos

⁸⁷ Bataković: Interessensphäre, 250

⁸⁸ Clewing: Mythen und Fakten, 24

⁸⁹ Die Presse (Illmeier, Gertraud): Freispruch für UÇK-Offiziere verärgert Belgrad, 3. Dezember 2005, S. 12

einen hohen Blutzoll zu leisten – vor allem die kosovo-albanische Zivilbevölkerung, aber auch die UÇK. Den Kampf hat die albanische Seite aber letzten Endes nicht auf dem militärischen, sondern auf dem politischen Schlachtfeld gewonnen. Den Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo erzielten die Albaner durch das Eingreifen der Nato und nicht durch die eigenen militärischen Aktionen. Der Untergrundkrieg hatte gezeigt, dass die UÇK den serbischen Einheiten zwar teils schmerzhaft Nadelstiche versetzen konnte. Es war der albanischen Rebellenarmee aber nicht gelungen, größere Gebiete unter ihrer Kontrolle zu halten, geschweige denn, die dort ansässige Bevölkerung zu schützen.

Sowohl bei den Albanern als auch bei den Serben kreisen Mythen und einseitige historische Darstellungen um den Kosovo. Dabei geht es stets um die Fragen: Wer war früher da? Wer hatte die längste Zeit die Mehrheitsbevölkerung im Kosovo gestellt? Wer musste größeres Leid im Kampf um seine angestammte Heimat erdulden? Und wer hat als Ergebnis der Antworten auf all diese Fragen das Vorrecht auf das umstrittene Territorium? Die kosovo-albanische Seite befindet sich in der bequemen Situation, ihre Ansprüche als quasi „logische Konsequenz“ einer kontinuierlichen Entwicklung darstellen zu können. Denn es ist davon auszugehen, dass es bereits 1912, als das Gebiet Serbien beziehungsweise Montenegro zufiel, im Kosovo eine albanische Bevölkerungsmehrheit gab – ein Zustand, der sich bis heute nur noch weiter verfestigt hat. Der deutsche Historiker Conrad Clewing schreibt etwa, es sei davon auszugehen, dass es zum Zeitpunkt der serbischen und montenegrinischen Machtübernahme im Kosovo einen albanischen Bevölkerungsanteil von 75 Prozent gegeben habe.⁹⁰ Und Clewing meint, dass die Albaner auch schon viele Jahre davor die Mehrheit im Kosovo innegehabt hätten:

„Richtig ist vielmehr, dass für die ganze Zeit, für welche wir dank der gestiegenen Aufmerksamkeit der zeitgenössischen Betrachter für derlei Fragen eine ausreichende Fülle an Angaben vorliegen haben, die Mehrheit der Bevölkerung albanisch war: von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. Wann dieser Zustand eingetreten ist, lässt sich dagegen beim heutigen Kenntnisstand nicht sagen. Es kann im frühen 19. Jahrhundert gewesen sein, aber auch schon in der frühen Neuzeit oder gar bereits am Ausgang des Mittelalters. (. . .)“⁹¹

Die serbische Seite befindet sich dagegen in der schwierigen Lage, erklären zu müssen, warum in ihr altes „Stammland“ Kosovo von einer albanischen Bevölkerungsmehrheit dominiert wird. Deshalb ist in der serbischen nationalen und nationalistischen Geschichtsbetrachtung immer davon die Rede, dass es gelte, die „alten, gerechten Zustände“

⁹⁰ Clewing: Mythen und Fakten, 49, 50

⁹¹ Clewing: Mythen und Fakten, 37, 38

im Kosovo wiederherzustellen. Sprich: die albanische Dominanz im Kosovo zu brechen. Die Führung in Belgrad hatte bereits vor den Amselfeldfeiern damit begonnen, dieses Ziel in die Tat umzusetzen.

3. Der albanische Widerstand

3.1. Die Serbisierung des Kosovo und der nicht-militärische Widerstand der Albaner – der Aufbau der Parallelstrukturen

Beginnend mit der Aufhebung der Autonomie und der Verhängung des Ausnahmezustands wurde im Kosovo von Belgrad schrittweise ein repressives Polizeiregime eingerichtet. Die albanischen Demonstrationen wegen der Verhängung des Ausnahmezustands und der Verfassungsänderungen im März 1989 schlugen die serbischen Sicherheitskräfte mit Gewalt nieder. Am 23. März verhaftete die Polizei rund 240 bekannte albanische Fabrikdirektoren, Wirtschaftsexperten, Künstler und Funktionäre. Viele der Festgenommenen wurden bei den Verhören misshandelt oder in Isolationshaft gesteckt. Insgesamt wurden in den letzten März- und ersten Apriltagen 1989 tausende Albaner festgenommen und zum Teil zu Strafen von 20 bis 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Allein in Uroševac stellten die Behörden 1032 Arbeiter vor Gericht, weil sie trotz der Einführung von „Sondermaßnahmen“ nicht zur Arbeit erschienen waren. 841 Arbeiter verloren ihre Jobs, wurden aus der Partei ausgeschlossen oder zu Geldstrafen verurteilt.⁹²

Eine der ersten Maßnahmen Belgrads nach der Wiedererlangung der Kontrolle über den Kosovo war die Übertragungen der Sicherheitsagenden an Belgrad. Zudem wurden massive Polizeikräfte aus Serbien und Montenegro in den Kosovo verlegt, die meisten albanischen Polizisten verloren hingegen ihre Posten. Eine wichtige Methode zur Einschüchterung der Bevölkerung waren regelmäßige Hausdurchsuchungen: Serbische Polizeieinheiten, meist begleitet von lokalen serbischen Paramilitärs, drangen in ein Dorf ein, trieben Männer und Frauen aus den Häusern und durchsuchten die Gebäude nach Waffen. Bei diesen Aktionen kam es regelmäßig zu willkürlichen Festnahmen und Gewaltakten gegen die Bevölkerung. Laut der albanischen Menschenrechtsorganisation „Rat zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten“ (KMDL NJ) gab es etwa im Jahr 1993 Razzien in 1994 Häusern und im Jahr 1994 in 3553 Häusern.⁹³ KMDL NJ macht die serbischen Behörden zudem für den Tod von 168 Kosovo-Albanern von 1989 bis 1996 verantwortlich. Die Opfer starben demnach an den Folgen polizeilicher Gewalt oder Folter, oder unter ungeklärten Umständen. Für letztere Todesfälle seien aber ebenfalls die serbischen Behörden verantwortlich, so die albanische Menschenrechtsorganisation.⁹⁴

⁹² Von Kohl, Christine / Libal, Wolfgang: Kosovo – gordischer Knoten des Balkan, Wien 1992, S. 118 u. f.

⁹³ Clark, Howard: Civil Resistance in Kosovo, London 2000, S. 78, 79

⁹⁴ Schmidt, Fabian: Menschenrechte, Politik und Krieg in Kosovo 1989 bis 1999; aus: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000, S. 194

Bei allem Polizeiterror ließen die serbischen Behörden den Kosovo-Albanern doch einen gewissen Freiraum. So waren etwa die Parallelstrukturen, die die Albaner nun zu errichten begannen, zwar immer wieder Ziel von Polizeiaktionen, zerschlagen wurden sie aber nie. Ibrahim Rugova, „Untergrundpräsident“ und Chef der „Demokratischen Liga des Kosovo“ (LDK), konnte offen politisch agieren und war hinsichtlich polizeilicher Verfolgung tabu. Das gleiche galt für andere LDK-Spitzenfunktionäre. Jeden Freitag hielten Rugova oder ein anderer LDK-Führer eine Pressekonferenz im PEN-Klub in Priština ab.⁹⁵ Selbst nach Beginn des UÇK-Aufstands blieb das LDK-nahe Informationsbüro in Priština geöffnet, in dem die Albaner ausländischen Journalisten offen ihre Sicht der Dinge darlegen konnten. Mit dem bewaffneten Eingreifen der Nato im März 1999 war es aber auch mit diesen kleinen Freiheiten vorbei. Rugova wurde – angeblich zu seinem eigenen Schutz – unter Hausarrest gestellt. Erst nach massiven diplomatischen Interventionen durfte er nach Italien ausreisen. Serbische Kräfte töteten den prominenten Menschenrechtsaktivisten Bajram Kelmendi. Der LDK-Spitzenfunktionär Fehmi Agani wurde auf der Flucht ins Ausland ermordet. Die Albaner machten serbische Einheiten für das Verbrechen verantwortlich. Belgrad bestritt dies stets und behauptete, Agani sei von der UÇK getötet worden.

Mit der Aufhebung der Autonomie des Kosovo gingen nicht nur umfangreiche polizeiliche Aktivitäten einher. Belgrad setzte auch zahlreiche Maßnahmen zur „Serbisierung“ der Provinz. Dabei wurde der Einfluss der Albaner in allen Lebensbereichen massiv zurückgedrängt. Das Milošević-Regime verfolgte damit vor allem zwei Ziele: Zum einen wurden Serben und loyale Albaner in alle wichtigen Positionen im Kosovo gehievt, um so Belgrads direkte Herrschaft über die Provinz zu sichern. Zum anderen sollte eine allgemeine Eindämmung des albanischen Elements im Kosovo erreicht werden – gemäß den Forderungen jener nationalistischen Kreise, die offen eine Umkehrung der ethnischen Verhältnisse im Kosovo zugunsten der Serben anstrebten.

Als rechtliche Basis der antialbanischen Maßnahmen dienten das „Programm zur Herstellung von Frieden, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Prosperität in der Autonomen Provinz Kosovo“ sowie das „Gesetz zur Regelung der Arbeit unter besonderen Bedingungen“. Mit beiden Verordnungen wurde die Einstellung serbischer und montenegrinischer Arbeiter und Angestellter gefördert, sowie die Entlassung albanischer Arbeiter und Angestellter bei geringsten Verfehlungen legitimiert. Für eine Kündigung reichte die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder das Benützen der albanischen Sprache am Arbeitsplatz. Zudem mussten Arbeiter mit der Unterschrift unter ein Dokument offiziell die

⁹⁵ Clark: Civil Resistance, 80

Verfassungsänderungen zur Aushebelung der Kosovo-Autonomie akzeptieren. Wer sich weigerte zu unterzeichnen, wurde entlassen. Etwa 70 Prozent aller in der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaft des Kosovo Beschäftigten verloren so ihre Jobs – darunter 1855 Ärzte und medizinische Angestellte. Neben Ärzten waren vor allem Polizisten, Richter, Lehrer und Universitätsprofessoren von den Kündigungen betroffen.⁹⁶ An den Schulen und Universitäten des Kosovo wurden serbische Lehrpläne eingeführt. Spezielle Verordnungen verboten es Albanern, im Kosovo Immobilien von Serben zu kaufen. Die Behörden gingen auch gegen die albanischsprachige Medienlandschaft vor. Das Verlagshaus der Zeitung „Rilindja“ wurde geschlossen, Fernsehübertragungen in albanischer Sprache auf 45 Minuten täglich beschränkt.⁹⁷

Die Kosovo-Albaner begegneten der serbischen Repression mit organisiertem Widerstand. Dieser bestand auch zu Beginn keineswegs nur aus gewaltfreien Mitteln, war aber noch nicht militärisch strukturiert. Organisierter militärischer Widerstand wurde erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre von der Untergrundarmee UÇK geleistet. Der nicht-militärische Widerstand gliederte sich vor allem in drei Bereiche:

1. Widerstand durch Protestaktionen
2. Widerstand durch legislative Maßnahmen und die Einrichtung eines „Schattenstaates“
3. Widerstand durch innere Stabilisierungsmaßnahmen und den Aufbau von Parallelstrukturen

3.1.1. Widerstand durch Protestaktionen

Albanischen Widerstand durch Protestaktionen gab es im Kosovo nicht erst seit der Aufhebung der Autonomie durch die serbische Regierung. Bereits 1981 war es in der Provinz zu Studentendemonstrationen gekommen, die sich rasch ausweiteten. Ursprünglich hatten sich die Proteste, die am 11. März begonnen hatten, gegen die schlechten Bedingungen an den Universitäten gerichtet, später wurden auch Parolen gegen die KP-Führung des Kosovo laut. Die Polizei reagierte mit Härte, die Kundgebungen entwickelten sich zu Massenunruhen, die mehrere Tage tobten. Die Demonstranten äußerten nun auch politische Forderungen: Sie verlangten, dass aus der autonomen Provinz Kosovo eine eigene jugoslawische Republik gemacht werde. Schließlich gingen die Behörden daran, mit massiver Gewalt die

⁹⁶ Schmidt: Menschenrechte, Politik und Krieg, 189 - 191

⁹⁷ Ebenda

Kundgebungen aufzulösen. Die Sicherheitskräfte, aber auch die Demonstranten, setzten Feuerwaffen ein. Offiziellen Angaben zufolge wurden zwei Milizionäre und elf Demonstranten getötet, 121 Personen wurden verwundet. Zahlreiche verletzte Demonstranten wiesen Schusswunden auf.

Die Behörden warfen den Teilnehmern an den Protesten „Konterrevolution“ vor. Zahlreiche Personen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Jugoslawiens KP stellte die Behauptung auf, das kommunistische Albanien stecke hinter den Unruhen. Von albanischer Seite wurden hingegen Polizeieinheiten aus Serbien beschuldigt, mit besonders hartem Vorgehen die Zusammenstöße provoziert zu haben: Serbisch-nationalistische Kreise hätten demnach versucht, die Lage im Kosovo zu destabilisieren, um so bessere Argumente zur Bekämpfung der ihnen verhassten Autonomie der Provinz zu haben.⁹⁸

Acht Jahre später, im März 1989, war der Kosovo erneut Schauplatz schwerer Ausschreitungen. Nachdem am 23. März das Provinzparlament in Priština unter dem Druck der Polizei den Verfassungsänderungen zur Einschränkung und späteren Aufhebung der Autonomie zugestimmt hatte, gingen im ganzen Kosovo zehntausende wütende Albaner auf die Straße. Die Demonstranten warfen Steine und Molotowcocktails auf die Polizei. Diese setzte Tränengas und Schlagstöcke ein. Auf beiden Seiten kamen auch Schusswaffen zum Einsatz. Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen in Podujevo/Podujeva und Umgebung. Dort lieferten einander albanische Aufständische und serbische Einsatzkräfte schwere Feuergefechte. Laut den Aufzeichnungen des albanischen Journalisten Blerim Shala schossen albanische Scharfschützen dabei sogar von den Minaretten der Moscheen auf serbische Hubschrauber. Die Aufständischen töteten den Kommandanten der lokalen Milizstation und hielten Podujevo drei Stunden lang unter ihrer Kontrolle, berichtet Shala in seinem Buch „Kosovo, Blut und Tränen“. ⁹⁹ Laut offiziellen Angaben starben bei den mehrtägigen Zusammenstößen 24 Personen, darunter zwei Polizisten. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sprach hingegen von 140 Toten und mehreren hundert Verletzten. ¹⁰⁰ In den nächsten Monaten kam es immer wieder zu Demonstrationen, die in Straßenschlachten endeten. Die Gewalt ging dabei nicht nur von der Polizei, sondern auch von den Demonstranten aus.

Parallel zu diesen Aktionen setzten die Albaner aber bereits auch auf spezielle Formen des gewaltlosen Widerstands. Das größte Aufsehen erregten die Aktionen der Bergarbeiter in den Trepča-Minen Ende 1988 und Anfang 1989. Auslöser für die Proteste der Kumpel war

⁹⁸ Kohl / Libal: Kosovo, 76 - 92

⁹⁹ Kohl / Libal: Kosovo, 116 u. f.

¹⁰⁰ Clark: Civil Resistance, 52, 53

die Absetzung der bisherigen Führung des Kosovo. Diese war von Milošević durch Belgrad-treue Albaner ersetzt worden. Die Bergarbeiter traten in den Streik und veranstalteten Protestmärsche nach Priština. Andere Arbeiter, Schüler und Studenten schlossen sich an. Am 19. November nahmen schließlich 250.000 Menschen an einer friedlichen Massenkundgebung in Priština teil. Am 20. Februar verschanzten sich 1300 Minenarbeiter unter Tag, viele davon traten sogar in den Hungerstreik. Als ihnen der Rücktritt der von Belgrad eingesetzten neuen Kosovo-Führung versichert wurde, beendeten die Arbeiter den Ausstand und verließen das Bergwerk. Doch sie waren getäuscht worden: die Milošević-treuen Funktionäre blieben im Amt.¹⁰¹ Die Albaner hatten jedoch mit diesen gewaltfreien Aktionen Aufmerksamkeit in ganz Jugoslawien erregt und vor allem in Slowenien Unterstützung für ihre Anliegen erworben.

Unter den Kosovo-Albanern bestand Uneinigkeit darüber, ob man auf friedliche Aktionen wie jene der Bergarbeiter von Trepča, oder auf gewaltsamen Widerstand wie bei den Unruhen in der ersten Hälfte von 1989 setzen sollte. Bereits Anfang 1990 gab es Kräfte im Kosovo, die für einen bewaffneten Aufstand plädierten. Und in den Jahren danach wurden erste Vorbereitungen für den Aufbau einer militärischen kosovo-albanischen Untergrundorganisation getroffen. (*Siehe Kapitel: 3.2. Der militärische Widerstand – der Aufstand der UÇK und die serbische Reaktion.*) Doch unter den Kosovo-Albanern setzte sich zunächst der Flügel durch, der auf nicht-militärischen Widerstand setzte. Zu diesem Flügel zählten eine Reihe von Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen wie der „Rat zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten“ (Këshilli për Mbrojtjen e të Drejtave dhe Lirive të Njeriut, KMDLNJ), sowie die größte politische Bewegung der Albaner, die Ende 1989 gegründete „Demokratische Liga des Kosovo“ (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK). Anfang 1990 wurde von diesen NGOs unter Mithilfe lokaler LDK-Funktionäre 400.000 Unterschriften für eine Deklaration „Für Demokratie, gegen Gewalt“ gesammelt. Die Proponenten der Aktion wollten ein Ende der Straßenschlachten und einen Übergang zu anderen Formen des Widerstands erreichen, was schließlich auch sukzessive umgesetzt wurde. Dabei handelte sich vor allem um symbolische Aktionen wie das gleichzeitige Einschalten der Werksirenen, Hupkonzerte albanischer Autofahrer zu einem zuvor vereinbarten Zeitpunkt, oder das Scheppern mit Schlüsseln zu Beginn der nächtlichen Ausgangssperre.¹⁰²

Der kosovo-albanische Intellektuelle und Politiker Shkëlzen Maliqi nennt vor allem zwei Gründe dafür, warum sich zunächst der Weg des unbewaffneten Widerstands

¹⁰¹ Kohl/Libal: Kosovo, 111 - 114

¹⁰² Clark: Civil Resistance, 57

durchsetzte: Zum einen habe man zeigen wollen, dass die Albaner eben nicht primitiv und brutal seien, wie von der serbischen Propaganda immer behauptet, sondern dass die Gewalt vielmehr von der serbischen Seite ausgehe. Zum anderen sei man durch die militärische Übermacht der Serben gezwungen gewesen, auf einen Aufstand zu verzichten.¹⁰³ Dieselbe Begründung kommt auch von Rugova: Mit der Gewaltfreiheit hätten die Albaner vor den Augen der Welt „europäische“ Reife bewiesen. Mit militärischem Widerstand hingegen wäre man nur den Serben in die Falle gegangen. Diese hätten immer wieder versucht, einen Aufstand zu provozieren, um einen Vorwand für ein noch massiveres Vorgehen gegen die gesamte albanische Bevölkerung des Kosovo zu haben.¹⁰⁴ Auch wenn es bereits Anfang der 90er Jahre Überlegungen für einen gewaltsamen Aufstand gab, so war den maßgeblichen Kräften unter den Kosovo-Albanern sehr wohl klar, dass eine militärische Konfrontation mit Serbiens übermächtiger Polizei- und Militärmaschinerie zu einer verheerenden Niederlage führen würde.

Diese Strategie behielt man auch in den kommenden Jahren bei, vor allem angesichts der abschreckenden Beispiele Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wo die serbische Seite auch vor Massenvertreibungen und massiver Gewalt gegen Zivilisten nicht zurückschreckte. Zudem hoffte man, mit „friedlichen“ Aktionen des zivilen Ungehorsams die Sympathien und damit die Unterstützung der Europäer und Amerikaner zu gewinnen. Das wird etwa in der Deklaration des LDK-Parteitags in Priština am 14. Juli 1994 klar zum Ausdruck gebracht. So heißt es in Punkt 2 der Deklaration:

*„The Albanians (. . .) do not seek a solution through war and bloodshed (. . .), but have chosen a peaceful road as the way to solve the question of Kosova. This peaceful road ensures the LDK and the Albanian political movement democratic legitimacy and international solidarity and support.“*¹⁰⁵

¹⁰³ Clark: Civil Resistance, 64 u. f.

¹⁰⁴ Ebenda

¹⁰⁵ Political Declaration issued by the Second Assembly of the Kosova Democratic Alliance held in Prishtina on 14 July, 1994 – Punkt 2, zitiert aus: The Institute of History - Prishtina / The Institute of History - Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 4/1994, Tirana 1994, S. 6

3.1.2. Widerstand durch legislative Maßnahmen und die Einrichtung eines „Schattenstaates“

Neben den verschiedensten Protestaktionen setzten die Kosovo-Albaner auf legislative Maßnahmen wie die Verabschiedung einer Verfassung und die Bildung eines „Schattenstaates“ bestehend aus Parlament, Regierung und Präsident. Diese Maßnahmen sollten Belgrad und dem Ausland demonstrieren, dass ein eigener Kosovo-Staat bereits Realität sei und nur noch der internationalen Anerkennung harre. Dieses Ansinnen wird auch in der Deklaration des LDK-Parteitages am 14. Juli 1994 deutlich. Dort ist gleich in Punkt 1 festgeschrieben:

*„The political will for an independent Kosova was clearly expressed in the Constitutional Declaration of 2 July, 1990, in the Constitution of 7 September, 1990, in the referendum of September, 1991, (. . .) in the parliamentary and presidential elections of May, 1992, and in the creation of new state institutions.“*¹⁰⁶

Der albanische Widerstand gegen die serbische Herrschaft wird in dieser Lesart gleichsam zum legitimen Widerstand eines eigenen, funktionierenden Staatsgebildes gegen ein fremdes Besatzungsregime.

Am 2. Juli 1990 bezeichnete eine Mehrheit der Abgeordneten des Kosovo-Parlaments die von Belgrad verordneten Verfassungsänderungen für null und nichtig und erklärte die Abspaltung von Serbien. Den Kosovo deklarierten die Abgeordneten als „unabhängige und gleichwertige Einheit“ innerhalb Jugoslawiens. Am 7. September 1990 trafen die Abgeordneten des mittlerweile von Belgrad aufgelösten Kosovo-Parlaments in Kaçanik zusammen, um ihren vorangegangenen Beschluss durch eine eigene Verfassung zu untermauern. In ihr wurde der Kosovo als eigene Republik innerhalb Jugoslawiens bezeichnet. Ein Jahr später war das alte Jugoslawien zerfallen, die bisherigen Republiken Slowenien und Kroatien hatten sich zu unabhängigen Staaten erklärt. Nun handelte auch das Kosovo-Parlament. Es adaptierte am 19. Oktober 1991 die Kaçanik-Verfassung und rief den Kosovo als unabhängigen Staat aus. So heißt es in Artikel 2 der Verfassung *„The Republic of Kosovo is a sovereign and independent state.“*¹⁰⁷ Bereits Ende September 1990 war im Kosovo ein Unabhängigkeitsreferendum abgehalten worden, bei dem sich 99,8 Prozent der

¹⁰⁶ Ebenda, Punkt 1

¹⁰⁷ The Constitution of the Republic of Kosova; zitiert aus: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 5/1995, Tirana 1995, S. 35 und folgende

Teilnehmer für die Eigenstaatlichkeit ausgesprochen hatten.¹⁰⁸ Eine internationale Anerkennung blieb jedoch aus.

In der Kaçanik-Verfassung werden Serben und andere Nicht-Albaner im Kosovo explizit als gleichberechtigte Staatsbürger angeführt. So heißt es in Artikel 1 der Verfassung: *„The Republic of Kosova is a democratic state of the Albanian people and members of other peoples and national minorities that are its citizens: Serbs, Muslims, Montenegrins, Croats, Turks, Romanies, and others who live in Kosovo”*¹⁰⁹

Den Volksgruppen und Minderheiten wird das Recht auf die Ausübung ihrer „nationalen Kultur“ eingeräumt, sowie das Recht auf Verwendung der eigenen Sprache vor Gericht, in der Verwaltung, im Bildungswesen usw. (Artikel 68, 77, 86 der Kaçanik-Verfassung)¹¹⁰ In den Teilen des Kosovo, in denen andere Volksgruppen lebten, würden Serbisch, Kroatisch und Türkisch als dem Albanischen gleichwertige offizielle Sprachen gelten, heißt es in der Verfassung (Artikel 11).¹¹¹ Das Festschreiben der Rechte der anderen Ethnien erfolgte just zu der Zeit, in der die Rechte der Albaner von Belgrad mit Notverordnungen und Polizeigewalt eingeschränkt wurden. Die Autoren der Verfassung wollten damit unter anderem jenes Bild konterkarieren, das die serbische Propaganda zeichnete: das Bild von den grausamen, wilden Albanern, die einen Genozid am serbischen Volk planten. Es sollte – wie schon durch den gewaltlosen Widerstand - klargestellt werden, dass die Albaner die „friedlichen, kultivierten Opfer“ und die Serben die „gewalttätigen, barbarischen Täter“ seien, und nicht umgekehrt.

In der Kaçanik-Verfassung wurde auch die innere Organisation des neuen Staates Kosovo festgeschrieben, den die Albaner nun als Parallelgebilde zur serbischen Provinzverwaltung aufzubauen begannen. An der Spitze stand ein Präsident (Artikel 14 der Kaçanik-Verfassung), die höchste Exekutivgewalt kam der Regierung zu (Artikel 15), die höchste gesetzgebende Gewalt dem Parlament des Kosovo (Artikel 13). Zudem legten die Verfassungsautoren die Schaffung eines eigenen Verfassungsgerichtshofs (Artikel 17) fest, sowie unabhängiger Gerichte (Artikel 16) und aller anderen Institutionen.¹¹²

Alle Wahlen, die von den serbischen Behörden ausgeschrieben wurden, boykottierten die Kosovo-Albaner von nun an ebenso wie die Volkszählung 1991. Die Botschaft an Belgrad und das Ausland war klar: Wir Kosovo-Albaner sind nicht Teil Serbiens, wir haben unseren eigenen Staat, der durch die Kaçanik-Verfassung legitimiert ist. Am 24. Mai 1992 fanden die

¹⁰⁸ Schmidt: Menschenrechte, Politik und Krieg, 189 - 194

¹⁰⁹ Constitution of Kosova, zitiert aus: Kosova 5/1995, 35 u. f.

¹¹⁰ Ebenda

¹¹¹ Ebenda

¹¹² Ebenda

ersten Parlaments- und Präsidentenwahlen dieses neuen „Staates“ Kosovo statt. Die serbischen Sicherheitskräfte hatten zwar damit gedroht, den „illegalen“ Urnengang zu verhindern, der Wahltag verlief aber trotzdem weitgehend ruhig. Die Polizei versuchte, in einigen Wahllokalen die Abstimmung zu stören. Ansonsten konnten die Wahlen, bei denen 22 Parteien antraten, weitgehend ungehindert durchgeführt werden. Großer Sieger wurde die „Demokratische Liga des Kosovo“ LDK. Die Partei erhielt 574.755 Wählerstimmen (76 Prozent) und damit 96 Mandate. Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Ibrahim Rugova, gewählt. Er war von der LDK aufgestellt worden, genoss als einziger Präsidentschaftskandidat aber auch die Unterstützung der anderen Parteien.¹¹³

Das Zusammentreten des neuen Parlaments wurde von den serbischen Behörden mit einem massiven Polizeiaufgebot verhindert. Zwar fanden bis Ende 1993 regelmäßig Geheimgespräche der Abgeordneten im Ausland statt. Im Kosovo selbst trat das Parlament aber kein einziges Mal zusammen. Ihm war es somit unmöglich, seine in der Kaçanik-Verfassung festgelegte Funktion wahrzunehmen. Die Kosovo-Albaner bildeten auch eine eigene, von der LDK-geführte Regierung. Viele der Ministernamen blieben zunächst geheim. Einige der Minister operierten vom Ausland aus, darunter Premier Bujar Bukoshi.¹¹⁴ Er widmete sich in seinem deutschen Exil vor allem dem Sammeln von „Spenden“ für die Finanzierung von Schattenstaat und Parallelstrukturen. Während des Krieges 1999 versuchte Bukoshi, eigene Kampfeinheiten aufzustellen, um das Monopol der UÇK auf den bewaffneten Widerstand zu brechen. *(Siehe auch Kapitel 3.2.3.: UÇK versus FARK – der Machtkampf unter den Kosovo-Albanern)*

3.1.3. Widerstand durch innere Stabilisierungsmaßnahmen und den Aufbau von Parallelstrukturen

Neben den politischen Institutionen des „Schattenstaates“ errichteten die Kosovo-Albaner Parallelstrukturen, die die Dinge des täglichen Lebens regeln und ein Funktionieren der albanischen Gesellschaft außerhalb der staatlichen serbischen Strukturen garantieren sollten. Das nahm viel Energie in Anspruch – Energie, die oft in internen albanischen Fehden vergeudet wurde. Um das umfassende Netzwerk politischen und zivilen Widerstands weben zu können, mussten daher Maßnahmen zur inneren Stabilisierung der kosovo-albanischen

¹¹³ Schmidt: Menschenrechte, Politik und Krieg; S. 191 und folgende

¹¹⁴ Ebenda

Gesellschaft getroffen werden. Die wichtigste davon war die Kampagne zur Beilegung der Blutrache. Anton Çetta vom albanologischen Institut in Priština schickte 1990 seine Studenten in die Dörfer, um bei den Familien für ein Ende der alten Fehden zu werben. Unterstützung erhielten sie dabei vom „Rat zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten“ (KMDLNJ). Schließlich gelang es zwischen 1990 und 1992, den Großteil der Fehden beizulegen. Das geschah meist auf öffentlichen Versöhnungsversammlungen. Die größte davon fand am 1. Mai 1990 in Verrat e Llukës im Westkosovo statt. Mehrere 100.000 Menschen nahmen daran teil. Çetta meinte später, dass die Kampagne gegen die Blutrache den Grundstein des zivilen Widerstands im Kosovo gelegt habe.¹¹⁵

Beim Aufbau der Parallelstrukturen konzentrierten sich die Albaner vor allem auf zwei Bereiche: das Bildungs- und das Gesundheitswesen. Die Entlassung zahlreicher albanischer Universitätsprofessoren und Lehrer sowie die Einführung einheitlicher serbischer Lehrpläne ließen gerade den Bildungsbereich zu einem wichtigen Schlachtfeld des albanischen Widerstands werden. Die meisten Lehrer weigerten sich, die von Belgrad oktroyierten Lehrpläne zu unterrichten. Sie trugen an den Schulen weiterhin auf Albanisch denselben Unterrichtsstoff wie bisher vor. Die serbischen Behörden reagierten mit Kündigungen, Verhaftungen, dem Streichen der Lehrergehälter und der Massenschließung höherer Schulen. Bis August 1991 waren 6000 albanische Lehrer höherer Schulen und 115 Grundschuldirektoren bzw. deren Stellvertreter von ihren Posten entfernt worden.¹¹⁶

Im Herbst 1991 gingen die serbischen Behörden dann noch einen Schritt weiter: Die albanischen Kinder wurden zu Beginn des Schuljahres am Betreten der Schulgebäude gehindert. Die Klassen würden nur für jene Albaner geöffnet, die die serbischen Lehrpläne akzeptierten, so die Forderung der Behörden. Für Grundschüler wurde diese Maßnahme schließlich wieder zurückgenommen. Sie durften weiterhin in ihrem bisherigen Schulgebäude unterrichtet werden - getrennt von den serbischen Kindern, die mit ihren serbischen Lehrern das neue Belgrader Curriculum studierten. Albaner, die eine höhere Schule besuchen wollten (15- 18 Jährige), mussten sich aber dem serbischen Lehrplan unterwerfen. Andernfalls blieb ihnen das Betreten der Schulgebäude untersagt.¹¹⁷

Mehr noch als die Schulen war die Universität von Priština ins Visier der serbischen Behörden geraten. Die Universität galt für das Regime als Hort des albanischen Separatismus und Aufrührertums. Man hatte in Belgrad nicht vergessen, dass die Unruhen von 1981 als Studentendemonstrationen begonnen hatten. So war besonders die Universität von

¹¹⁵ Clark: Civil Resistance, 60 - 64

¹¹⁶ Clark: Civil Resistance; S. 96 und folgende

¹¹⁷ Ebenda

Zwangsmaßnahmen wie Massenentlassungen von Professoren, dem Schließen von Instituten und dem Aussperren albanischer Studenten betroffen.

Angesichts dieser Repressalien entschlossen sich die Albaner zum Aufbau eines eigenen Bildungssystems. Moscheen, Privatwohnungen oder leerstehende Fabriken wurden in Klassenzimmer und Hörsäle umfunktioniert. Von 1992 bis 1998 waren 60 aller 66 höheren Schulen und 41 der 441 Grundschulen in derartigen provisorischen Gebäuden untergebracht. Alle Institute der Universität von Priština wurden in 250 Privathäuser übersiedelt.¹¹⁸ Im Jahr 1998 beispielsweise wurden 266.413 Grundschüler, 58.700 Schüler höherer Schulen und 16.000 Studenten im albanischen Parallelsystem ausgebildet.¹¹⁹ Die albanischen Lehrer und Professoren arbeiteten zunächst ehrenamtlich, später erhielten sie Gehälter aus den von der LDK im Kosovo und in der Diaspora eingehobenen Steuern und Spenden. Das getrennte Schulsystem trug mit dazu bei, dass sich die Segregation von Serben und Albanern im Kosovo verfestigte. Die Kinder und Jugendlichen hatten kaum noch Kontakt zu Gleichaltrigen der anderen Volksgruppe und erhielten in ihrem Unterricht naturgemäß die jeweiligen nationalen und nationalistischen Geschichtsbilder geboten. Dieses jahrelange Auseinanderleben ist ein nicht unwesentlicher Grund dafür, dass eine Versöhnung der verfeindeten Volksgruppen im Kosovo noch schwieriger ist als etwa in Bosnien.

Auch im Gesundheitswesen bauten die Albaner umfassende eigene Strukturen auf. Zahlreiche albanische Spitalsärzte hatten ihre Posten verloren. Und nicht wenige Albaner befürchteten, in den „serbisierten“ Krankenhäusern des Kosovo nicht ordentlich behandelt zu werden. Es ging die Angst um, serbische Ärzte könnten albanischen Patienten absichtlich körperlichen Schaden zufügen, sogar von geplanten Massensterilisationen war die Rede. Hintergrund dieser Befürchtungen war die angebliche Vergiftung albanischer Schulkinder im März 1990. Damals klagten viele Kinder über Atemnot, Magenkrämpfe und ähnliche Symptome. Während die Serben von einer Massenhysterie sprachen, behaupteten die Albaner, die serbischen Behörden hätten chemische Kampfstoffe in die Schulklassen geleitet.¹²⁰ Was damals wirklich geschah, konnte nie genau geklärt werden.

Entgegen aller Ängste wurden die Albaner im Kosovo von den serbischen Ärzten durchwegs korrekt betreut. Fälle gezielter Schädigung albanischer Patienten sind nicht bekannt. Schwere Erkrankungen konnten vor allem in den Anfängen des parallelen albanischen Gesundheitssystems weiterhin nur in den staatlichen „serbischen“ Spitälern behandelt werden. Und sogar die LDK rief im Jänner 1993 die albanische Bevölkerung dazu

¹¹⁸ Ebenda

¹¹⁹ Judah, Tim: Kosovo – War and Revenge, London 2002, S. 71

¹²⁰ Judah: War and Revenge, 72

auf, die staatlichen Impfprogramme für Kinder nicht zu boykottieren.¹²¹ Trotzdem blieb das Vertrauen der Albaner in das staatliche Gesundheitswesen äußerst gering. Dem Aufbau eines eigenen albanischen Gesundheitssystems wurde Priorität eingeräumt.

Hauptträgerin dieses parallelen Systems war die „Mutter-Theresa-Gesellschaft“. Sie schaffte es, ein ganzes Netzwerk von Gesundheitszentren und Spitälern über den Kosovo zu ziehen. Zudem verteilte sie Lebensmittel und Hilfsgüter an Bedürftige. Anfang 1998 unterhielt die „Mutter-Theresa-Gesellschaft“ bereits 91 Kliniken, darunter eine Entbindungsstation in Priština. Und rund 7000 Freiwillige versorgten bis zu 350.000 Menschen mit Hilfe.¹²² Erster Präsident der „Mutter-Theresa-Gesellschaft“ war Anton Çetta, der bereits die Kampagne zur Beendigung der Blutrache geleitet hatte. Die Hilfsorganisation verstand sich als parteiunabhängig, kooperierte aber mit der LDK.

An Rugovas Partei führte kein Weg vorbei. Sie war zu dieser Zeit die alles dominierende Kraft im Kosovo. Daneben gab es einige andere Proponenten des Widerstands, wie eben die „Mutter-Theresa-Gesellschaft“ oder den ebenfalls bereits erwähnten „Rat zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten“ (KMDLNJ). Eine intellektuelle Basis des Widerstands stellte zudem der Schriftstellerverband des Kosovo dar, wenn auch mit klaren Verbindungen zur LDK. So war Rugova vor seiner politischen Karriere Präsident des kosovarischen Schriftstellerverbandes gewesen. Dazu kamen einige LDK-unabhängige Parteien und Gruppierungen, die aus dem Umfeld der „Gesellschaft für eine jugoslawische demokratische Initiative“ hervorgegangen waren. Zu ihnen zählten etwa die später von Shkëlzen Maliqi geführte Sozialdemokratische Partei oder die „Parlamentspartei“ von Blerim Shala und Veton Surroi.

Den Weg des Widerstands gab aber klar die LDK vor. Die „Demokratische Liga des Kosovo“ hatte in der Zeit des nicht-militärischen Widerstands das parallele politische System des Kosovo (Präsident, Regierung, Parlament, Dorfchefs) fest in ihrer Hand und kontrollierte auch weitgehend die albanische Medienlandschaft. Dazu kam der massive Einfluss auf das parallele Bildungswesen. In den Schulen wurde die von der LDK vorgegebene Politik propagiert. Die Lehrer und Professoren erhielten ihre Bezahlung über Steuern und Spenden, die die LDK bei Kosovo-Albanern im In- und Ausland einhob.

Rugova war in diesen Jahren die dominierende Figur im Kosovo. Er hatte darauf gebaut, mit der Bildung paralleler, von Serbien unabhängiger Staats- und Gesellschaftsstrukturen soweit vollendete Tatsachen zu schaffen, dass eine Anerkennung des Kosovo als eigener Staat unausweichlich werde. Die dafür nötige internationale Sympathie

¹²¹ Clark: Civil Resistance, 106 - 108

¹²² Ebenda

und Unterstützung wollte er durch den Weg des nichtmilitärischen Widerstands der „schwachen, friedlichen Albaner“ gegen die „gewalttätigen serbischen Aggressoren“ erwerben. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht.

3.2. Der militärische Widerstand – der Aufstand der UÇK und die serbische Reaktion

Zwar hatten sich die Führung der LDK und die Mehrzahl der Kosovo-Albaner 1990 für einen nichtmilitärischen Weg des Widerstands entschieden. Trotzdem wurden bereits Anfang der neunziger Jahre Vorbereitungen für den Aufbau kosovo-albanischer militärischer Kräfte getroffen. 1993 und 1994 führten die serbischen Behörden im Kosovo eine Verhaftungswelle durch. Sie galt Albanern, die angeblich ein Verteidigungs- und Innenministerium als Teil des albanischen Parallelsystems aufbauen wollten. Unter den Festgenommenen waren LDK-Regionalfunktionäre sowie ehemalige Soldaten und Polizisten. Die Beweise, die die Staatsanwaltschaft vorlegte, waren dünn. Viele der Angeklagten widerriefen vor Gericht ihre Geständnisse und gaben an, ihre früheren Aussagen unter Folter gemacht zu haben. Die serbische Anklage warf dem ehemaligen Stabschef der Kosovo-Territorialverteidigung, Hajzer Hajzeraj, vor, das Amt des Untergrundverteidigungsministers übernommen zu haben, was dieser bestritt. Im Oktober 1999, nach der Vertreibung der serbischen Einheiten aus dem Kosovo, räumte Hajzeraj jedoch ein, dass Anfang der neunziger Jahre sehr wohl Pläne zur Heranbildung militärischer Strukturen existiert hatten. Er habe von der LDK-Führung den Auftrag erhalten, das Territorialverteidigungssystem des Kosovo wiederaufzubauen.¹²³

3.2.1. Die Ursprünge der UÇK – der Beginn des bewaffneten Widerstandes

Mit einem organisierten militärischen Widerstand der Kosovo-Albaner war Belgrad jedoch erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre konfrontiert. Das Rückgrat dieses Widerstands bildete die „Ushtria Çlirimtare e Kosovës“ (UÇK), die „Befreiungsarmee des Kosovo“. In ihrer Hochblüte 1998/1999 war die UÇK eine Massenbewegung; der Großteil ihrer Mitglieder kämpfte primär für ein Ende der serbischen Herrschaft im Kosovo. Die politischen Ursprünge der UÇK liegen jedoch in kleinen, fast sektiererischen Splittergruppen

¹²³ Clark: Civil Resistance, 64, 65 / Schmidt: Menschenrechte, Politik und Krieg, 196 - 198

und reichen zeitlich weit zurück. Die „Befreiungsarmee des Kosovo“ wuchs aus einer Reihe nationalkommunistischer Fraktionen zusammen, die bereits Ende der siebziger Jahre entstanden waren. Eine wichtige davon war die anfangs noch winzige „Bewegung für die Nationale Befreiung des Kosovo“ (MNLK), die 1978 von Jusuf Gërvalla gegründet wurde. 1979 schloss sich der Bewegung auch Jashar Salihu an, der Ende der neunziger Jahre für die UÇK das Sammeln von Spenden im Ausland organisierte. Salihu sagte später, dass die MNLK bereits damals an einen bewaffneten Aufstand und das Herausbrechen des Kosovo aus Jugoslawien gedacht habe. Auch ein Anschluss an das kommunistische Albanien sei erwogen worden. Allen sei jedoch auch klar gewesen, dass diese Vorhaben nur Fernziele sein konnten.¹²⁴

Im Jänner 1982 trafen die Gërvalla-Brüder in einem Ort nahe Stuttgart den Chef der kleinen Gruppe der Marxisten-Leninisten des Kosovo, Kadri Zeka. Bei dem Meeting wurde der Zusammenschluss beider Fraktionen zur „Volksbewegung für eine Republik Kosova“ (Lëvizja Popullore e Republikës së Kosovës, LPRK) vereinbart. Als die Gërvalla-Brüder und Zeka nach ihrer Unterredung das Haus verließen, wurden sie von Unbekannten erschossen. Die meisten Albaner waren überzeugt, dass der jugoslawische Geheimdienst für die Tat verantwortlich war. Es kursierte aber auch die Theorie, der albanische Geheimdienst könnte dahinterstecken. Albanien, damals noch unter Enver Hoxha, habe demnach ein zu eigenmächtiges Agieren der kosovo-albanischen Leninisten verhindern wollen.¹²⁵ Das kommunistische Albanien spielte für die kosovarischen Gruppen eine wichtige Rolle. Dort erhielten sie Unterstützung, Geld und später auch militärische Ausbildung. Der Enverismus, der von diesen Gruppen offiziell vertreten wurde, war denn auch in erster Linie ein Zugeständnis an Albanien. Ihre Hauptideologie lag vielmehr im Nationalismus, der zum Teil von großalbanischem Gedankengut geprägt war.¹²⁶ Und je breiter die Bewegung rund um die LPRK wurde, desto mehr wurde auch der kommunistisch-leninistische Anteil an ihrer Ideologie zurückgedrängt.

1989/90 trat die LPRK in Kontakt mit aufrührerischen Clans in Drenica, allen voran der Jashari-Familie. Die spätere UÇK-Ikone Adem Jashari und andere Militante gingen auf Vermittlung der LPRK nach Albanien, um sich einem militärischen Training zu unterziehen. Auch Kontakte zur LDK-Exilregierung von Bujar Bukoshi wurden geknüpft. Man versuchte zunächst, gemeinsam bewaffnete Einheiten aufzustellen. Bukoshi wollte die Ränge dieser Truppe vor allem mit ehemaligen Armeeoffizieren und Polizisten besetzen. Doch damit war

¹²⁴ Judah: War and Revenge, 104 u. f.

¹²⁵ Ebenda

¹²⁶ Judah: War and Revenge, 104 u. f.

die LPRK nicht einverstanden. Viele ihrer Aktivisten hatten bereits in den 80er Jahren gegen das herrschende System gekämpft. Damals war die Autonomie des Kosovo noch nicht aufgehoben worden; und jene albanischen Polizisten und Offiziere, die nun mit der LPRK gegen die Serben antreten sollten, waren damals Teil des Systems. Schließlich überwarfen sich die LPRK und Bukoshi. Die Zusammenarbeit wurde beendet.¹²⁷

Im August 1993 fand ein geheimes Treffen von etwa 100 LPRK-Aktivisten in Drenica statt. Dabei sollte über eine Unbenennung der Partei, den Verzicht auf die marxistische Ideologie sowie die Aufstellung einer Untergrundarmee beraten werden. Unstimmigkeiten führten schließlich zu einer Spaltung der Bewegung. Die eine neue Fraktion namens „Nationale Bewegung für die Befreiung des Kosovo“ (Lëvizja Kombëtare për Çlirimin e Kosovës, LKÇK) trat für eine stärkere Beibehaltung der marxistischen Ideologie und einen Volksaufstand in Form von Streiks und Massendemonstrationen ein. Die andere neue Fraktion, die „Volksbewegung Kosovos“ (Lëvizja Popullore e Kosovës, LPK), war für einen Untergrundkrieg. Sie traf nun erste Vorbereitungen für den Aufbau der „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UÇK).¹²⁸ In den folgenden Monaten wurden erste kleinere Anschläge verübt, für die entweder die LKÇK oder die LPK verantwortlich waren. Sabri Kiçmari, ehemaliger Exilsprecher der UÇK für Österreich und Deutschland, beschrieb die Geschehnisse von damals später so: *„Ein Teil der Mitglieder (Anm.: der LPK) gründete zusammen mit unabhängigen Leuten die UÇK. Im Sommer 1993 wurde ein zentraler Stab organisiert, der die Gruppen leiten sollte. In diesem Jahr gab es die erste Aktion: In Drenica wurden zwei serbische Polizisten getötet und drei weitere verletzt.“*¹²⁹

Kiçmari gehörte zu einer Gruppe junger Funktionäre, die mit dem Aufbau der militärischen Strukturen nun an Einfluss innerhalb der LPK gewannen. Dazu zählte auch der Studentenfürher Hashim Thaçi, der spätere politische Direktor der UÇK und Premierminister des Kosovo. Thaçi war in der Aufbauphase gemeinsam mit einer Handvoll anderer Funktionäre damit beauftragt worden, bereits bestehende Untergrundgruppen im Kosovo – wie etwa die Jasharis – miteinander zu vernetzen. Adem Jashari hatte mit seinen Verwandten und anderen Mitkämpfern immer wieder Angriffe auf Polizeipatrouillen unternommen, die sich in die Nähe seines Dorfes Donji Prekaz gewagt hatten.¹³⁰

Der LPK und ihrer im Aufbau befindlichen UÇK schlossen sich nun zunehmend junge Kosovo-Albaner an, deren Hauptziel eine Beendigung der serbischen Herrschaft im Kosovo

¹²⁷ Ebenda

¹²⁸ Judah: War and Revenge, 115

¹²⁹ Die Presse (Rathfelder, Erich): Die UÇK ist eine regelrechte Armee, 20. Februar 1999, S. 3

¹³⁰ Judah: War and Revenge, 115 u. f.

war. Zu ihnen zählte auch der spätere UÇK-Feldkommandant für Westkosovo und Kosovo-Premier Ramush Haradinaj. Dieser hatte 1991 den Kosovo verlassen und nach eigenen Angaben bereits damals in Albanien militärische Ausrüstung wie Handgranaten, kleine Bomben und Pistolen organisiert.¹³¹ 1994 schloss er sich dann der LPK und der UÇK an. In einer von Bardh Hamzaj verfassten Biografie, die als Interview angelegt ist, meint Haradinaj dazu: „(...) *I worked continuously through identifying groups and individuals who were prepared or ready to sacrifice for the fatherland. For this reason I approached the National Movement of Kosova (Lidhja Popullore e Kosoves-LPK) in 1994 when I became member of this organisation, but let me explain that I never agreed with the political line that this party followed, but I was part of the working groups that existed within this organisation; groups that worked endlessly to gather military knowledge and different intelligence; and in recruiting people for military operations in Kosova. I can say that since 1994 I belonged to the Kosovo Liberation Army UÇK.*”¹³²

In den nächsten Jahren konzentrierte sich die Untergrundtätigkeit der UÇK auf nadelstichartige Aktionen wie etwa Attentate auf Polizisten und „Kollaborateure“. Zudem ging die Organisation daran, Vorbereitungen für einen größeren Partisanenkrieg zu treffen. So kümmerten sich Thaçi und andere Funktionäre um das Auftreiben von Geld und Waffen im Ausland. Zunächst verfügte die UÇK nur über kleinere Mengen an Sprengstoff und leichten Feuerwaffen. Das reichte zwar für einzelne Überfälle und Attentate. Den geplanten großen Untergrundkrieg konnte man damit aber nicht führen. Das Problem des Waffenmangels sollte aber 1997 gelöst werden. In Albanien gingen – aufgestachelt von der sozialistischen Opposition – Zehntausende auf die Straße, um gegen den konservativen Präsidenten Sali Berisha zu protestieren. Unzählige Albaner hatten bei den sogenannten Pyramidenspielen ihre gesamten Ersparnisse verloren und warfen nun Berishas Regierung vor, von eben jenen Spielen profitiert haben. Bald eskalierten die Massendemonstrationen, es kam zu einer offenen Revolte. Öffentliche Gebäude wurden gestürmt, die Waffenbestände aus Armeekasernen und Polizeistationen geplündert. Plötzlich waren große Mengen an Militärgerät verfügbar und die UÇK füllte damit ihr Arsenal auf. So meinte etwa Haradinaj später über die Geschehnisse von damals: „*During this time there were a lot of problems in Albania, it was a time of much turbulences in Albania, and this situation created good*

¹³¹ Hamzaj, Bardh: A Narrative about War and Freedom – Dialog with the Commander Ramush Haradinaj, Prishtina 2000, S. 13, 14

¹³² Hamzaj: A Narrative about War and Freedom, 21, 22

conditions for us in terms of supplies. For the first time we managed to get mortar wings that we never had before." ¹³³

Zudem wurde die UÇK durch das veränderte politische Umfeld in Albanien begünstigt. Berisha musste wegen der Revolten die Macht abgeben und den Weg für eine neue sozialistische Führung frei machen. Berisha hatte zwar militärisches Training von UÇK-Kämpfern in Albanien erlaubt. Seine politische Unterstützung galt aber stets LDK-Exilpremier Bujar Bukoshi.¹³⁴ Die Sozialisten hegten hingegen größere Sympathien für die linke LPK und deren UÇK. Diese Präferenzen sollten noch länger bestehen bleiben. So klagte etwa Berisha 1999 während der Nato-Angriffe und massiver Kampfhandlungen im Kosovo darüber, dass Albaniens sozialistische Regierung ein neues Kosovo-Kabinettt unter Hashim Thaçi unterstütze und Rugovas LDK fallen gelassen habe. Ähnliche Vorwürfe kamen zu dieser Zeit auch von Kadri Balaj, dem damaligen Vertreter der LDK-Regierung in Tirana.¹³⁵

Mit den neuen Waffen aus Albanien hatten sich für die UÇK die technischen Voraussetzungen für einen größeren Untergrundkrieg deutlich verbessert. Während des Jahres 1997 hatte sich die Zahl der Angriffe auf Polizei und albanische „Kollaborateure“ bereits erhöht, doch die UÇK war zu diesem Zeitpunkt nach wie vor weit davon entfernt, eine Massenbewegung zu sein.¹³⁶ Um massivere Aktionen durchführen zu können, brauchte man mehr Kämpfer und eine große Zahl von Sympathisanten in den Dörfern. Diese Sympathisanten mussten den UÇK-Einheiten Unterschlupf gewähren und sie mit Nahrung versorgen. Um größere Unterstützung in der kosovo-albanischen Bevölkerung zu gewinnen, verstärkten die Funktionäre der Untergrundgruppe ihre Propagandatätigkeit.

Berühmtheit erlangte dabei der öffentliche Auftritt von uniformierten UÇK-Männern bei einem Begräbnis im Dorf Llausha in Drenica. Zwei der Kämpfer nahmen am Grab eines von serbischen Polizisten erschossenen Lehrers die Gesichtsmasken ab und hielten vor tausenden Trauergästen flammende Reden, in der sie zur Befreiung des Kosovo aufriefen. Ein Foto dieser Szene erschien zusammen mit einer Reportage tags darauf in der kosovarischen Zeitung Koha Ditore. Und Fernsehaufnahmen von der Trauerfeier samt UÇK-Ansprache wurden über Tirana in den ganzen Kosovo gesendet.¹³⁷ Der Untergrundorganisation war damit ein Propagandacoup gelungen. Ramush Hardinaj meinte später dazu: *„The decision for the UÇK to make a public appearance was taken right there and then by the people who were on*

¹³³ Hamzaj: A Narrative about War and Freedom, 32, 33

¹³⁴ Judah: War and Revenge, 115

¹³⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): Im Kosovo wird gekämpft, in Tirana laufen die Intrigen, 14. Mai 1999, S. 3

¹³⁶ Judah: War and Revenge, 119

¹³⁷ Judah: War and Revenge, 136 - 137

site. These people found out that they could benefit by getting the message across the population, because there was a lot of propaganda going on, a real propaganda war against the army by different organisations. So in order to tell the people of Kosova that the army consisted of their sons, and also for the population to have a better rapport with its army, this decision (Anm.: for a public appearance) was taken right there and then (. . .) I considered this a very powerful and very useful decision (. . .) “¹³⁸

Die UÇK hatte zum damaligen Zeitpunkt an der Propagandafront nicht nur gegen Belgrad zu kämpfen, sondern auch gegen die kosovo-albanische Führung. Die LDK-Spitze rund um Präsident Ibrahim Rugova betrachtete die vermehrten Aktivitäten des bewaffneten Untergrunds mit Missfallen. Rugova selbst schien zunächst von den Guerilla-Aktionen völlig überrascht, ja, er leugnete sogar die Existenz der UÇK und sprach von einer Intrige des serbischen Geheimdienstes: Belgrad wolle damit einen Vorwand für ein massives Vorgehen gegen die Albaner konstruieren. Auf die Frage, was er von der UÇK halte und davon, dass immer mehr junge Albaner gewaltsamen Widerstand leisten wollten, meinte Rugova etwa in einem Interview im Jänner 1998:

„Sicherlich verlieren viele junge Leute die Geduld. Das ist ihr Recht. Doch übersehen sie in ihrem Eifer die grundsätzliche politische Konstellation. Wir dürfen uns nicht in Abenteuer stürzen. Es könnte durchaus sein, dass die UÇK vom serbischen Geheimdienst gesteuert wird – die haben ja auch Leute, die albanisch sprechen. Ziel könnte die Vorbereitung einer größeren Intervention sein, und die Konsequenzen wären ein fürchterliches Blutbad.“¹³⁹

Rugova versuchte weiterhin, die Kosovo-Albaner auf dem Weg des nicht-militärischen Widerstands zu halten. Gerade unter den jungen Albanern machte sich aber immer mehr Ernüchterung über die mangelnden Erfolge dieser Linie breit. Vor allem der Umstand, dass bei den Bosnien-Friedensverhandlungen von Dayton 1995 auf die Kosovo-Albaner einfach „vergessen“ worden war, um Serbiens Machthaber Slobodan Milošević nicht unnötig zu provozieren, ließ die Zweifel an der Effizienz von Rugovas Weg wachsen. (Siehe auch Kapitel 4.1.: *Versäumnisse bei den Verhandlungen von Dayton*).

Zudem wurde die Autorität Rugovas und seiner LDK-Spitze Ende 1997 durch neue albanische Studentenproteste in Priština und anderen größeren Städten des Kosovo unterminiert. Die Studenten unter ihrem Führer Albin Kurti gingen auf die Straße, obwohl Rugova sie ausdrücklich ermahnt hatte, auf die Demonstrationen zu verzichten. Der Protest,

¹³⁸ Hamzaj: *A Narrative about War and Freedom*, 47 - 48

¹³⁹ Die Presse (Rathfelder, Erich): „Wir wünschen uns ein internationales Protektorat“, 28. Jänner 1998, S. 6

der sich eigentlich gegen die diskriminierende serbische Bildungspolitik richtete, wurde somit auch indirekt zum Protest gegen die verknöcherten, patriarchalischen Strukturen der LDK. Kurti war zwar ebenso wie Rugova für strikte Gewaltlosigkeit, sah aber den Kurs der LDK als zu passiv an.¹⁴⁰ Wachsende Kritik an Rugova kam 1997 auch von Intellektuellen wie dem Koha-Ditore-Herausgeber Veton Surroi oder dem prominenten Dissidenten Adem Demaqi. Demaqi wurde später zum politischen Sprecher der UÇK. Surroi, der ein humanistisches Weltbild vertrat, hielt sich zwar stets auf Distanz zur UÇK, bot dieser aber mit umfassenden Berichten in seiner Zeitung Koha Ditore eine wichtige Plattform und organisierte geheime Treffen westlicher Diplomaten mit UÇK-Vertretern. So arbeitete auch der wachsende Unmut vieler Intellektueller über die „Passivität“ der LDK und über deren hierarchische Strukturen letzten Endes für die UÇK.

3.2.2. Die Großoffensiven der UÇK und die serbischen Repressionsmaßnahmen

Anfang 1998 startete die serbische Polizei die ersten größeren Aktionen gegen UÇK-Widerstandsnester in Drenica. Zwar waren die Aktionen für Belgrad militärisch erfolgreich. Doch die exzessive Anwendung von Gewalt durch die serbischen Truppen sorgte im gesamten Kosovo und auch im Ausland für Empörung. Die UÇK konnte in ihrer Propagandaschlacht um die Unterstützung der Kosovo-Albaner ihre ersten großen „Helden“ und „Märtyrer“ vorweisen. Die serbischen Aktionen hatten am 28. Februar 1998 mit dem Angriff einer Polizeipatrouille auf führende UÇK-Männer im kleinen Dorf Likošane bei Ćirez begonnen. Nach einem ersten Feuergefecht forderten beide Seiten Verstärkung an. Trotz Hubschrauberunterstützung gelang es der serbischen Polizei nicht, die UÇK-Männer zu stellen, mehrere Polizisten starben. Auf der Jagd nach den Flüchtenden drangen Polizisten in Häuser in Likošane und Ćirez ein und töteten insgesamt 26 Albaner, darunter eine schwangere Frau.¹⁴¹

Am 5. März attackierten serbische Sicherheitskräfte das Dorf Donji Prekaz, die Hochburg des Jashari-Clans. Die Brüder Jashari waren in das Gefecht in Likošane wenige Tage zuvor verwickelt gewesen und standen ganz oben auf der Fahndungsliste der Polizei. Adem Jashari zählte zu den wichtigsten UÇK-Führern in Drenica, seine Familie hatte schon vor der offiziellen Gründung der Untergrundbewegung gewaltsamen Widerstand geleistet. Die Polizei umstellte die Häuser der Jasharis und schoss sie mit Artillerie in Brand. Die

¹⁴⁰ Clark: Civil Resistance, 149 - 157

¹⁴¹ Judah: War and Revenge; S. 138 und folgende

Aktion kostete nicht nur Adem Jashari das Leben, sondern auch fast seiner gesamten Familie. Insgesamt starben 58 Menschen, darunter 18 Frauen und zehn Kinder unter 16 Jahren.¹⁴² Der Tod Jasharis und seiner Mitkämpfer war zwar ein schmerzhafter militärischer Verlust für die UÇK, doch es gelang ihr, diese Niederlage in einen Propagandaerfolg umzumünzen. Rund um Adem Jashari und seine Gefolgsleute wurde ein Heldenmythos gewoben. Und der Umstand, dass die serbischen Sicherheitskräfte eine ganze Familie ausgelöscht hatten, ließ vor allem in Drenica den Ruf nach Rache lauter werden. Ramush Haradinaj meinte später zu den Auswirkungen des Jashari-Massakers: *„I am very sorry that all of them were killed. (. . .) But, I think, also, that for the state of consciousness that our people in Kosova had at that time, the sacrifice was necessary. (. . .) This act was maybe the determination zenith of which direction the population of Kosova was going to take; will it continue being in that confused state or will it wake up and realize that Serbia is our enemy and that there is a risk that we will disappear if we don't retaliate. And of course the solution was to retaliate.“*¹⁴³

Die Führungskader der UÇK, die einen größeren Aufstand eigentlich erst für 1999 geplant hatten, sahen den Zeitpunkt für ein massiveres Losschlagen gekommen. Zahlreiche neue Freiwillige schlossen sich nach den Vorfällen in Likošani und Donji Prekaz der Untergrundbewegung an. In Drenica wurden zum Schutz vor Polizeiangriffen albanische Dorfwehren aufgestellt, die sich – obwohl sie ursprünglich nicht unmittelbar zur Untergrundbewegung gehörten – ebenfalls UÇK nannten.¹⁴⁴ Die UÇK, die nach Schätzungen des serbischen Innenministeriums Anfang 1998 nur über maximal 2000 Mann verfügt hatte, wuchs nun beständig an.

Die immer größer werdende Untergrundarmee wies jedoch keineswegs straff organisierte Strukturen auf. Es gab drei Hauptwiderstandszentren innerhalb des Kosovo, die weitgehend autonom voneinander operierten: die Region Drenica, die Region um Mališevo/Malisheva und die Region um Djakovica/Gjakova an der Grenze zu Albanien.¹⁴⁵ Alle Versuche, diese drei Zentren unter eine einheitliche Kommandostruktur zu stellen, waren zunächst nicht besonders erfolgreich. Zwar gab es so etwas wie einen Generalstab der UÇK. Er bestand jedoch vor allem aus politischen Funktionären und kaum aus Personen mit professionellen militärischen Kenntnissen, kritisierte etwa später Ramush Haradinaj, Feldkommandant im Westkosovo. Die Regionalkommandanten seien zudem nicht Mitglieder

¹⁴² Ebenda

¹⁴³ Hamzaj: A Narrative about War and Freedom, 50

¹⁴⁴ Judah: War and Revenge, 141

¹⁴⁵ Reuter, Jens: Zur Geschichte der UÇK, aus: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000, S. 173 und folgende

des Generalstabs gewesen.¹⁴⁶ Im Zweifelsfall entschieden die Regionalkommandeure deshalb nach eigenem Gutdünken und nicht nach den Vorgaben der zentralen Gremien.

Erst als Reaktion auf die schweren Rückschläge im Sommer und Herbst 1998 wurde die UÇK stärker zentralisiert. Neben dem bereits bestehenden „Obersten Hauptquartier“ wurde nun ein „Operatives Hauptquartier“ geschaffen. Dort versuchten Ex-Offiziere aus der jugoslawischen Volksarmee, den Krieg zentral zu planen.¹⁴⁷ Spannungen mit Feldkommandanten blieben jedoch weiterhin aufrecht. Dazu kamen immer wieder Differenzen zwischen den militärischen und den politischen Führungsstrukturen der UÇK. Eine besser funktionierende zentrale Kommandostruktur erhielt die UÇK erst im Frühjahr 1999, als Agim Çeku, militärischer Vollprofi und Ex-Generalleutnant der kroatischen Streitkräfte, das militärische Oberkommando der Rebellenarmee übernahm.

Nach den serbischen Aktionen in Drenica Anfang 1998 verlagerten sich die Kämpfe in die Grenzregion zu Albanien. Die UÇK versuchte nun verstärkt, für den beginnenden Aufstand im Kosovo Kämpfer, Waffen und Nachschub aus Albanien heranzuschaffen; die serbischen Sicherheitskräfte versuchten, das zu verhindern. Es kam zu Gefechten direkt an der Grenze sowie in Dörfern rund um Deçani/Deçan und Djakovica. Belgrad setzte dabei nicht nur Polizeitruppen ein, sondern griff zunehmend auf Armeeeinheiten zurück. Diese lieferten vor allem Unterstützung mit schweren Waffen. Die Serben gingen vermehrt dazu über, ganze Dörfer mit Artillerie zu beschießen.¹⁴⁸

Ab Mai wurden die Kämpfe bei Deçani intensiver. 20.000 Menschen flohen aus der Stadt. Zudem entbrannten Gefechte um die Verbindungsstraßen von Peć/Peja nach Priština und von Peć nach Djakovica, die zuvor immer mehr unter die Kontrolle der UÇK gefallen waren. Die serbischen Einheiten griffen unter dem Einsatz von Panzern albanische Dörfer entlang der Straße Peć – Djakovica an und vertrieben die Einwohner aus ihren Häusern. Die Taktik des „Säuberns“ ganzer Dörfer wurde auch im Grenzgebiet zu Albanien immer massiver eingesetzt. Die serbischen Kräfte versuchten hier, einen zehn Kilometer breiten, entvölkerten Sicherheitsstreifen einzurichten, um den Waffenschmuggel und das weitere Einsickern von UÇK-Kämpfern zu unterbinden.¹⁴⁹ Dieses Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und die damit stetig wachsende Zahl von kosovo-albanischen Flüchtlingen brachten Slobodan Milošević nun wachsende internationale Kritik ein. (*Siehe Kapitel 4.2. Erste diplomatische Versuche nach Beginn des UÇK-Aufstandes*).

¹⁴⁶ Hamzaj: A Narrative about War and Freedom, 74 -77

¹⁴⁷ Ebenda

¹⁴⁸ Troebst, Stefan: The Kosovo War, Round One: 1998, aus: Südost-Europa – Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jahrgang 1999, München 1999, S. 171 und folgende

¹⁴⁹ Ebenda / Feichtinger, Walter: Die militärstrategische und operative Entwicklung im Konfliktverlauf; aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000, S. 104 u. f.

Trotz der serbischen Gegenoffensiven war die UÇK im Juni/Juli 1998 weiter auf dem Vormarsch. Die wichtige Verbindungslinie Peć – Priština fiel de facto unter die Kontrolle der Untergrundarmee. Zudem gelang es den kosovo-albanischen Kräften, auf der Straße von Priština nach Prizren immer wieder Checkpoints zu errichten. In Drenica, im West- und im Zentralkosovo gelangte immer mehr Territorium unter die Kontrolle der UÇK. Eines ihrer wichtigsten Zentren war die Stadt Mališevo/Malisheva.¹⁵⁰ Die Bewohner serbischer Dörfer im Zentralkosovo wurden von der Rebellenarmee vertrieben. Bei Junik, das ebenfalls unter UÇK-Kontrolle stand, hatten sowohl albanische Untergrundkämpfer als auch serbische Soldaten Erdbunker und Laufgräben ausgehoben und lieferten einander einen Stellungskrieg. Zudem startete die UÇK Angriffe auf strategisch wichtige Einrichtungen wie Kohleminen. Sie nahm Städte wie Orahovac/Rahovec in offenen Feldschlachten und versuchte, diese auch zu halten.¹⁵¹ Die UÇK war endgültig dazu übergegangen, ihre ursprüngliche Hit-and-Run-Strategie durch konventionelle Kampfführung zu ersetzen. Ohne kompetente zentrale Führung und ohne ausreichende Bewaffnung hatte die „Befreiungsarmee“ bei dieser Art des Krieges aber auf Dauer keine Chance gegen die viel besser ausgerüsteten und gut organisierten jugoslawischen Streitkräfte. Als Belgrad im Sommer die große Gegenoffensive gegen die „befreiten Zonen“ startete, konnte die UÇK dem auch nur wenig entgegensetzen.

Am 22. Juli eroberten serbische Einheiten Orahovac zurück – nur wenige Tage nach der Inbesitznahme der Stadt durch die UÇK. Anschließend wurden die UÇK-Befestigungen an den Verbindungsstraßen Peć-Priština und Prizren-Priština zerschlagen. Damit gerieten diese wichtigen Bewegungslinien wieder vollständig unter serbische Kontrolle, die „befreiten Gebiete“ wurden in zwei Teile geteilt. Ende Juli fiel die Stadt Mališevo, in der die UÇK ihr Hauptquartier hatte. Im Spätsommer eroberten die serbischen Einheiten dann die letzten Hochburgen der Rebellenarmee in Drenica und im Westen des Kosovo, darunter die Stadt Junik. Die UÇK hatte ihre „befreiten Gebiete“ verloren und musste sich erneut in unwegsames Gelände zurückziehen.¹⁵² Bei den Rückeroberungen der zuvor von der UÇK gehaltenen Städten und Ortschaften brannten serbische Einheiten massenhaft Häuser nieder und verübten immer wieder Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung, tausende Albaner flohen in die Wälder. Die Berichte über immer neue Massaker ließen den internationalen Druck auf Belgrad wachsen.

Mit dem Holbrooke-Milošević-Abkommen und einem teilweisen, von einer OSZE-Mission überwachten Rückzug der serbischen Einheiten flauten die Kämpfe zunächst ab. Die

¹⁵⁰ Die Presse (Rathfelder, Erich): Kein Zutritt für die Serben im „Befreiten Gebiet Malisheve“, 23. Juni 1998, S. 3

¹⁵¹ Troebst: The Kosovo War, 176 u. f.

¹⁵² Ebenda

UÇK nutzte die Atempause, um sich zu erholen, umzugruppieren und erneut weite Landstriche des Kosovo unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Rebellen starteten immer wieder neue Überfälle, die serbischen Truppen schlugen mit aller Härte zurück. So gewannen die Kämpfe unter den Augen der OSZE-Beobachter wieder an Intensität. Belgrad und die UÇK bereiteten sich auf den großen militärischen Showdown im Frühjahr 1999 vor. *(Siehe 4.3. Das Holbrooke-Milošević-Abkommen und 4. 4. Die OSZE-Mission im Kosovo).*

Die serbische Großoffensive, die bereits vor dem Nato-Einsatz gegen Jugoslawien begonnen hatte und mit dem Start der Nato-Luftschläge intensiviert wurde, drängte die UÇK erneut in eine extrem defensive Position. Die Rebellenarmee konnte nur wenige Widerstandsnester in abgelegenen Gebieten des Kosovo halten. Das Gros der UÇK-Einheiten wurde nach Albanien beziehungsweise ins Grenzgebiet zwischen dem Kosovo und Albanien zurückgedrängt. *(Siehe 4.6. Der Nato-Einsatz)* Vor allem in den Flüchtlingslagern in Albanien rekrutierte die UÇK unter den Vertriebenen neue Kämpfer. Von Albanien aus startete sie in Abstimmung mit der Nato auch immer wieder Vorstöße in den Kosovo.

3.2.3. UÇK versus FARK – der Machtkampf unter den Kosovo-Albanern

Just in dieser Phase brach der politische Streit zwischen UÇK und Rugovas LDK wieder voll aus. Rugova war durch seinen von den Serben verhängten Hausarrest und seinen umstrittenen Auftritt im serbischen Fernsehen politisch kaltgestellt. *(Siehe 4.6. Der Nato-Einsatz)*. Nun trat LDK-Exilpremier Bujar Bukoshi auf den Plan, um zu vereiteln, dass die UÇK vollends die Macht unter den Kosovo-Albanern übernimmt. Bereits bei den Friedensverhandlungen in Rambouillet war eine Kosovo-Übergangsregierung vereinbart worden, die im Wesentlichen aus UÇK und LDK bestehen sollte. Am 2. April 1999 ließ die UÇK verlautbaren, dass ein Übergangskabinett unter Premier Hashim Thaçi, dem politischen Direktor der UÇK, gebildet worden sei. Bukoshi bezeichnete die Regierungsbildung als einseitigen Schritt der UÇK und machte klar, dass er Thaçis Kabinett nicht anerkennen werde.¹⁵³

Wegen der militärischen Probleme der UÇK versuchte Bukoshi nun sein über sein altes Projekt FARK wieder an Terrain zu gewinnen. FARK steht für „Forcat e Armatosura të Republikës së Kosovës“ („Streitkräfte der Republik Kosovo“). Bukoshi hatte schon in den

¹⁵³ Reuter: Zur Geschichte der UÇK, 181

Jahren davor Ahmet Krasniqi als „Verteidigungsminister“ der Exilregierung mit der Aufstellung eigener Truppen beauftragt. Am 21. September 1998 wurde Krasniqi in Tirana von Unbekannten erschossen.¹⁵⁴ Die Gefahr eines Bürgerkrieges unter den Kosovo-Albanern schien in der Luft zu hängen, da Teile der LDK die UÇK für das Attentat verantwortlich machten. Diese Spannungen hielten weiter an, doch die FARK erreichte nie die Mannstärke, um der UÇK notfalls militärisch Paroli bieten zu können. Es gelang ihr auch nie, die Geschehnisse im Kosovo maßgeblich zu beeinflussen. Mit dem Beginn des Nato-Einsatzes schickte Bukoshi wieder verstärkt FARK-Kämpfer über Nordalbanien in den Kosovo. Diese Männer waren vor allem frühere Offiziere und Unteroffiziere der Jugoslawischen Volksarmee. Die UÇK wehrte sich zum Teil mit Waffengewalt gegen die FARK-Kämpfer. Viele der Spezialisten, die Bukoshi geschickt hatte, wurden aber letzten Endes von der Untergrundarmee in die UÇK-Einheiten integriert. Bukoshis Versuch, parallele Streitkräfte aufzubauen, misslang.

Bukoshi weigerte sich auch, die Gelder, die seine Regierung bei den Exilalbanern eingehoben hatte, an die UÇK weiterzugeben. Die UÇK hatte zwar einen eigenen Spenden- bzw. Steuerfond mit dem Namen „Vendlindja Therret“ („Die Heimat ruft“). Wegen der Eskalation im Kosovo während der Nato-Angriffe verlangte die UÇK-Führung von Bukoshi nun ultimativ die Herausgabe seiner Gelder. Der LDK-Exilpremier dachte jedoch nicht daran. Hashim Thaçi schimpfte ihn deshalb öffentlich „Verräter“ und drohte ihm mit Konsequenzen. Der Streit setzte sich auch nach dem Abzug der Serben und dem Nato-Einmarsch im Kosovo fort. So meinte Thaçi etwa im Juni 1999 in einem Zeitungsinterview:

*„Mit Herrn Bukoshi werden sich unsere Rechtsorgane beschäftigen. Er hat das Geld, das unsere Bevölkerung für die Befreiung Kosovas und für humanitäre Zwecke gespendet hat, blockiert. Dadurch hat er mitgeholfen, dass es so viele Opfer gab.“*¹⁵⁵

Bukoshi wiederum versuchte, den Streit mit Thaçi und der UÇK um die Fonds herunterzuspielen und forderte, dass die Rebellenarmee unter politische Kontrolle gestellt werden müsse, da nur seine Regierung eine demokratische Legitimation besitze.¹⁵⁶ Doch Bukoshis Bemühungen waren vergeblich. Mit dem Abzug der serbischen Einheiten aus dem Kosovo war die Zeit seiner LDK-Exilregierung endgültig abgelaufen. Zwar blieb die LDK

¹⁵⁴ Ebenda

¹⁵⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): „Teil der Russen im Kosovo war an Aktionen gegen Zivilisten beteiligt“, 14. Juni 1999, S. 4

¹⁵⁶ Die Presse (Schneider, Wieland): Exil-Premier Bukoshi: „Teilung des Kosovo wäre Sieg für Milošević“, 28. Mai 1999, S. 5

weiterhin stimmenstärkste Partei. Die UÇK und ihre Nachfolgeparteien wurden jedoch zur maßgeblichen politischen Kraft im neuen Kosovo.

3.2.4. Serbiens Propagandakrieg gegen die UÇK

Von serbischer Seite wurde die UÇK von Beginn an als eine Mischung aus Mafiaorganisation und terroristischer Vereinigung dargestellt, die von großalbanischer Ideologie bzw. von Islamismus angetrieben werde. Albanern an sich und der UÇK im Speziellen wurde die Verwicklung in kriminelle Geschäfte wie Frauen- und Drogenhandel vorgeworfen. Der Erlös aus diesen Machenschaften werde unter anderem zum Ankauf von Waffen benützt. So heißt es in einer serbischen Propagandaschrift aus dem Jahr 1998:

*„The Albanian terrorists use, for the purchase of armament (. . .), important funds earned in the illegal sales of narcotics in a number of Western Europe countries and in the USA. The Albanian Narco-Mafia has an extremely powerful smuggling network in the world, mainly consisting of Albanians from Kosovo and Metohija.“*¹⁵⁷

Bei dem Verwurf, die Untergrundarmee sei in die organisierte Kriminalität verwickelt, scheint es sich aber nicht nur um serbische Propaganda zu handeln. Auch ausländische Medien bringen die UÇK und ihre Kommandeure wie Hashim Thaçi oder Ramush Haradinaj immer wieder mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung. So schrieb etwa der deutsche Autor Jürgen Roth 2005 in einem Artikel für die Schweizer „Weltwoche“ von politisch-kriminellen Netzwerken, die sich über den gesamten Kosovo ziehen würden. Roth zitiert dabei aus einem angeblichen Geheimbericht des deutschen Bundesnachrichtendienstes BND vom 22. Februar 2005, wonach Thaçi und Haradinaj „Key Player“ des Drogen- und Waffenhandels seien.¹⁵⁸ Die Vorwürfe, die UÇK beziehungsweise verschiedene Führer der Untergrundarmee seien ins organisierte Verbrechen verstrickt, klingen plausibel. Belgrad stellte die UÇK aber auch als eine über den Kosovo hinaus gefährliche Terrorvereinigung dar. Dabei griffen die serbischen Stellen auch zur Behauptung, der Kampf der Kosovo-Albaner sei religiös-islamisch beziehungsweise islamistisch motiviert. So heißt es in der Propagandaschrift „Facts“:

„The attacks against Christians originated in the Islamic fanaticism which is spreading increasingly in Kosovo and Metohija, backed by the ‘missionaries’ coming from Islamic

¹⁵⁷ The federal Secretariat of Information: The Autonomous Province of Kosovo and Metohija – Facts, Belgrade 1998, S. 64

¹⁵⁸ Weltwoche (Roth, Jürgen): Rechtsstaat? Lieber nicht!, Nr. 43. 2005, S. 48 - 50

countries. They not only spread hatred against the Serbs and their religious courses, but also against the non-Moslem Albanians. Almost all Albanian politicians in Kosovo act as 'good and faithful' Moslems. They address the faithful during the sermons in mosques, emphasizing that the struggle for their objectives is at the same time the struggle for Islam - Jihad." ¹⁵⁹

Zwar mögen auch im Kosovo Söldner aus Tschetschenien oder diversen islamischen Ländern an der Seite der Albaner gekämpft haben. (Wenn auch in weitaus geringerem Maße als in Bosnien-Herzegowina). Die aus linken, atheistischen Zirkeln entstandene LPK/UÇK und die politische Klasse der Kosovo-Albaner per se in die Nähe des politischen Islam beziehungsweise des Dschihaddismus zu rücken, ist aber ein Auswuchs der serbischen Propaganda. Die Autoren der vorliegenden Propagandaschrift gehen sogar so weit, die hohen Geburtenraten bei den Albanern mit „radikalem Islam“ zu erklären.

„The radicalized Islamic dogma prescribes bearing of children as a priority objective in order to outnumber other peoples and religions – and that explains the demographic boom in this territory” ¹⁶⁰

Zudem trachtete die serbische Seite danach, den „terroristischen Charakter“ der Verbrechen der UÇK hervorstreichen. Dabei wurde nicht nur auf die Überfälle auf serbische Polizisten, sondern vor allem auf zahlreiche Morde an Albanern hingewiesen, die den Kampf der Untergrundarmee nicht unterstützt hätten. So heißt es in „Facts“:

„In their actions, the terrorists killed civilians, women, children and elder people (. . .) The murders were committed in cruel and ruthless ways, often in front of the members of the families or in front of the peasants, in order to scare the population, and in order to make them participate in terrorists' actions. (. . .) In the time period between January 1st, and October, 31st of the current year (Anm.: 1998) the Albanian terrorists killed (. . .) a total of 152 citizens out of whom 69 or 45,3 % are Albanians – loyal to Serbia and to Yugoslavia.” ¹⁶¹

Von den Gräueltaten und Unterdrückungsmaßnahmen der serbischen Sicherheitskräfte ist in der Propagandaschrift freilich nichts zu lesen.

¹⁵⁹ Kosovo and Metohija – Facts, 23 - 24

¹⁶⁰ Ebenda

¹⁶¹ Kosovo and Metohija – Facts, 47

3.2.5. Kampf gegen „Kollaborateure“ und serbische Zivilisten

Lässt man die Übertreibungen durch die serbische Propaganda weg, ist jedoch trotzdem unbestritten, dass die UÇK für Verbrechen verantwortlich war. So wurden in ihrem Kampf gezielt albanische „Kollaborateure“ umgebracht sowie serbische Zivilisten verfolgt und vertrieben. Die Ermordung von Kollaborateuren wurde etwa vom damaligen UÇK-Auslandssprecher für Österreich und Deutschland, Sabri Kiçmari, 1999 in einem Interview offen zugegeben: *„Angesichts der Infiltrationsversuche musste die UÇK nicht nur gegen die serbischen Polizisten und Armeeangehörigen kämpfen, sondern auch gegen Albaner, die mit den serbischen Sicherheitsdiensten zusammenarbeiteten. Der Generalstab hat diese Kollaborateure überprüft und, nachdem deren Schuld als erwiesen galt, den Befehl gegeben, Anschläge auf sie zu verüben.“*¹⁶²

Die Anklageschriften des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien (ICTY) in Den Haag gegen ehemalige UÇK-Führer lassen darauf schließen, dass das Vorgehen gegen angebliche Kollaborateure keineswegs so kontrolliert und gezielt war, wie Kiçmari zu insinuieren versuchte. So ist in der Anklage gegen den ehemaligen UÇK-Feldkommandeur im Westkosovo und späteren Kosovo-Premier Ramush Haradinaj und gegen dessen beide Mitkämpfer Idriz Balaj und Lahi Brahimaj von Folter, Inhaftierung und Tötung von Kosovo-Albanern die Rede, die nach Ansicht der UÇK mit den Serben zusammengearbeitet hatten. Aus dabei konkret angeführten Fällen geht hervor, dass die Auswahl der „Kollaborateure“ durch die Angeklagten weitgehend willkürlich vorgenommen worden ist.¹⁶³ Zudem wurde Haradinaj und seinen Untergebenen vorgeworfen, im Zeitraum von 1. März 1998 bis 30. September 1998 in dem von ihnen kontrollierten Gebiet nicht nur gegen „Kollaborateure“ unter Albanern und Roma vorgegangen zu sein, sondern auch die dort ansässige serbische Bevölkerung vertrieben zu haben. So heißt es unter Punkt 39 der Anklageschrift: *„By mid-April 1998, much of the Serb population living in the Dukagjin Operational Zone had fled the area following acts of violence and persecution directed against Serb civilians by KLA (UÇK, Anm) forces.“*¹⁶⁴

Ähnliche Vorwürfe wurden von der Anklage des Tribunals auch gegen die ehemaligen UÇK-Kämpfer Fatmir Limaj, Isak Musliu und Haradin Bala erhoben. Dabei ging es vor allem um die Misshandlung und Ermordung von Gefangenen in einem UÇK-Gefängnis in

¹⁶² Die Presse (Rathfelder, Erich): „Die UÇK ist eine regelrechte Armee“, 20. Februar 1999, S. 3

¹⁶³ The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – The Prosecutor of the Tribunal against Ramush Haradinaj, Idriz Balaj, Lahi Brahimaj; Revised second amended indictment; Case No: IT-04-84-PT; zu finden auf der Homepage des Tribunals: www.un.org/icty

¹⁶⁴ Ebenda

Lapušnik, 25 Kilometer westlich von Priština, von Mai bis Juli 1998. Auch hier sollen die Opfer serbische Zivilisten und kosovo-albanische „Kollaborateure“ gewesen sein.

Einer der schwersten Vorwürfe: zwölf Gefangene aus Lapušnik sollen bei der Räumung des Gefängnisses rund um den 26. Juli 1998 im Wald exekutiert worden sein. Limaj und Musliu - beide Vertraute von Hashim Thaçi – wurden am 30. November 2005 in erster Instanz freigesprochen. Das Haager Tribunal sah es nicht als erwiesen an, dass die beiden für die Vorgänge in Lapušnik die Verantwortung trugen. Das Gericht stellte aber sehr wohl fest, dass es in dem Gefängnis zu Verbrechen gekommen war. Haradin Bala erhielt als einer der Aufseher dafür 13 Jahre Haft.¹⁶⁵ Ramush Haradinaj wurde im April 2008 vom Vorwurf der Kriegsverbrechen freigesprochen. Einer seiner Mitkämpfer erhielt aber wegen der Folter von Gefangenen mehrere Jahre Haft.

Auch nach dem Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo 1999 machten sich UÇK-Kämpfer schwerer Übergriffe gegen serbische Zivilisten und Angehörige der Roma-Minderheit schuldig. Zudem wurden zahlreiche religiöse Objekte niedergebrannt. (*Siehe auch Kapitel 5.2.1. Der Exodus der Serben und der Kampf um Mitrovica*). Auch das zeigt, dass die Untergrundarmee ihren Kampf nicht nur gegen Soldaten und Polizisten, sondern auch ganz gezielt gegen Zivilisten führte. Um die serbische Herrschaft im Kosovo auch langfristig zu beenden, wurde alles angegriffen, was Belgrad als mögliches Argument für diese Herrschaft und eine serbische Präsenz im Kosovo anführen konnte: also auch Kulturgüter, Kirchen und Menschen.

Für Aufregung sorgte im April 2008 ein Buch, das die frühere Anklägerin des ICTY, Carla del Ponte, veröffentlicht hatte. In „La Caccia“ („Die Jagd“) ist von Gerüchten die Rede, die UÇK habe 1999 etwa 300 Kosovo-Serben nach Albanien verschleppt, um sie dort zu töten und ihre Organe zu verkaufen. Für eine Anklage in Den Haag hätten die damaligen Informationen aber nicht gereicht. Im Kosovo sprach man nach Veröffentlichung des Buches von „Verleumdung“ und „unbegründeten Vorwürfen“.¹⁶⁶

Mit ihrem Aufstand setzte die UÇK den nicht-militanten Flügel der Kosovo-Albaner, Serbien und auch die internationale Gemeinschaft unter Druck. Die Untergrundarmee hatte ein für allemal klargemacht, dass der Status Quo im Kosovo nicht beibehalten werden konnte und es einer politischen Reaktion bedurfte. Auch wenn der UÇK-Aufstand zunächst für die Albaner in der totalen Katastrophe zu enden schien, brachte er den Kosovo langfristig der Unabhängigkeit einen großen Schritt näher.

¹⁶⁵ Siehe: www.un.org/icty

¹⁶⁶ Die Presse (Roser, Thomas): Aufregung um angeblichen Organ-Handel der UÇK-Rebellen, 15. April 2008, S. 7

4. Internationale Versuche zur Beendigung des Konflikts im Kosovo

4.1. Versäumnisse bei den Verhandlungen von Dayton

Zwar gab es nach 1990 vereinzelt Warnungen, die Spannungen im Kosovo könnten sich zu einem bewaffneten Konflikt auswachsen. In Summe waren in der internationalen Diplomatie aber kaum Ansätze vorhanden, das Kosovo-Problem an der Wurzel zu packen und tatsächlich zu lösen. Die Badinter-Kommission der Europäischen Gemeinschaft zur Klärung der Staatennachfolge in Jugoslawien erkannte 1991 die autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina nicht als souveräne Teile der jugoslawischen Föderation an. Folglich wurde ihnen auch nicht das Recht zugebilligt, einen eigenen Staat zu bilden. 1992 rangen sich die EG-Staaten dazu durch, Belgrad aufzufordern, dem Kosovo den Autonomiestatus zurückzugeben. In der Deklaration von Lissabon im Juni 1992 sprach der Europäische Rat vom „legitimen Streben der Einwohner des Kosovo nach Autonomie“. Und in der Deklaration von Edinburgh im Dezember 1992 wurde verlangt, dass die „Autonomie Kosovos innerhalb Serbiens“ wiederhergestellt werden müsse. Auf konkrete politische oder diplomatische Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen wurde jedoch verzichtet.¹⁶⁷

Der Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, warb bereits anfangs der neunziger Jahre im Ausland massiv für die Sache der Kosovo-Albaner. Mit Hilfe der Albanian-American-Civic-League, der Lobby der 350.000 US-Albaner, wurden im April 1990 Auftritte Rugovas und Veton Surrois im US-Kongress organisiert.¹⁶⁸ Bei einer weiteren USA-Reise im Februar 1993 legte Rugova dann einen „Aktionsplan für Frieden im Kosovo“ vor, bestehend aus zehn Punkten. Darin wird etwa in Punkt 1 die umgehende Stationierung einer „signifikanten Zahl von UN- und NATO-Friedenssoldaten“ und in Punkt 2 die Schaffung eines UN-Protectorats im Kosovo gefordert; dazu Maßnahmen zum „Stopp der stillen ethnischen Säuberung durch die serbische Einschüchterung“ (Punkt 5) sowie eine Entwaffnung der serbischen Paramilitärs im Kosovo (Punkt 6).¹⁶⁹ Nichts davon wurde freilich in die Realität umgesetzt.

Im Kosovo gab es zu der Zeit zwar massive Repression durch den serbischen Polizeiapparat aber keinen großen Krieg wie etwa in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina. Folglich konzentrierte sich die internationale Gemeinschaft darauf, die bereits bestehenden

¹⁶⁷ Reuter, Jens: Die Kosovo-Politik der internationalen Gemeinschaft in den neunziger Jahren, aus: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000, S. 321, 322

¹⁶⁸ Clark, Howard: Civil Resistance in Kosovo, London 2000, S. 89

¹⁶⁹ Statement by Dr. Ibrahim Rugova, President of the Republic of Kosova, February 16, 1993; zitiert aus: The Institute of History – Prishtina / The Institute of History – Tirana: Kosova – Historical and Political Review; Heft Nr. 3/1994, Tirana 1994 S. 5 - 7

Brandherde in Ex-Jugoslawien zu löschen. Dazu benötigte man die Hilfe eines Politikers, den man mit Forderungen zu Kosovo nicht verärgern wollte: die Hilfe des serbischen Machthabers Slobodan Milošević.

4.1.2. Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina

Mitte der neunziger Jahre galt das besondere Augenmerk der Weltöffentlichkeit der immer prekäreren Lage der bosnischen Muslime. Vor allem das Massaker in der ostbosnischen Moslem-Enklave Srebrenica, bei dem im Juli 1995 rund 8000 Menschen von bosnisch-serbischen Einheiten ermordet wurden, hatte die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt. Das Schockierende dabei war nicht nur das Verbrechen an sich, sondern der Umstand, dass die in Srebrenica eingesetzten niederländischen Blauhelme sowie die UN-Zentrale in New York dem Ganzen tatenlos zugesehen hatten. Nun wurden seitens der US-Regierung von Präsident Bill Clinton die Friedensbemühungen für Bosnien-Herzegowina wieder verstärkt. Grundlage war ein Plan der Balkan-Kontaktgruppe vom Juli 1994, dem zufolge die bosnischen Serben 49 Prozent und Bosniens Muslime und Kroaten 51 Prozent des Territoriums erhalten sollten. Die Armee der bosnischen Serben kontrollierte zum damaligen Zeitpunkt aber rund 70 Prozent von Bosnien-Herzegowina; das Parlament der international nicht anerkannten Republika Srpska in Pale lehnte deshalb den Plan ab.¹⁷⁰

Der US-Sondergesandte Richard Holbrooke startete Mitte August 1995 eine neue diplomatische Offensive. Parallel dazu wurden in Washington die Bestrebungen immer stärker, notfalls militärisch zugunsten der bosnischen Muslime (Bosniaken) und Kroaten in den Krieg einzugreifen, um diesen zu beenden.¹⁷¹ Nach einer Explosion am 28. August 1995 auf einem Marktplatz in Sarajevo, die zahlreiche Zivilisten tötete, war es soweit: Die Nato startete unter der Führung der USA einen Militärschlag gegen die bosnischen Serben. Für Washington war klar, dass das Blutbad auf dem Markt in Sarajevo durch eine serbische Granate ausgelöst worden war. Eine Version, die in einer Untersuchung der UN-Truppe in Bosnien-Herzegowina, UNPROFOR, nur kurz nach dem Vorfall bestätigt wurde. Von serbischer Seite wurde das aber bestritten.¹⁷² In dieser Gegenversion heißt es vielmehr, die bosnischen Muslime hätten mit einem versteckten Sprengsatz die Katastrophe hervorgerufen,

¹⁷⁰ Petritsch, Wolfgang: Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton – Hat der Frieden eine Chance?, Klagenfurt 2001, S. 43

¹⁷¹ Holbrookes Erinnerungen zu seinen diplomatischen Bemühungen in Bosnien siehe: Holbrooke, Richard: To End a War, New York 1998

¹⁷² Die Presse: UNO gibt Serben Schuld am Massaker – Westen beschloss militärische Aktion, 30. August 1995, S. 4

um die Nato zu einer bewaffneten Reaktion zu zwingen – eine Version, die auch noch heute in und außerhalb Serbiens von Gegnern der damaligen Nato-Intervention vertreten wird. Auch die britische Zeitung „Sunday Times“ meinte im Oktober 1995, es sei möglich, dass die Bosniaken selbst für das Massaker verantwortlich sein könnten.¹⁷³

In der Nacht des 30. August 1995 begannen Nato-Jets, die serbischen Stellungen rund um Sarajevo zu bombardieren.¹⁷⁴ Am 10. September wurde der Nato-Einsatz mit dem Codewort „Deliberate Force“ („Kalkulierte Gewalt“) schließlich ausgeweitet. Kampfflugzeuge flogen Angriffe auf militärische und strategische Ziele im gesamten serbisch kontrollierten Gebiet von Bosnien-Herzegowina. Amerikanische Marschflugkörper zerstörten Kommunikationssysteme der bosnischen Serben in Banja Luka. Durchgeführt wurden diese Einsätze in erster Linie von US-Kräften. Gleichzeitig mit den Luftschlägen gingen auf dem Boden Einheiten der bosnischen Armee und kroatische Truppen in West- und Zentralbosnien zum Gegenangriff über.¹⁷⁵

Ein Schlüssel zu den erfolgreichen bosnisch-kroatischen Bodenoperationen in Bosnien war die umfangreiche Offensive der kroatischen Streitkräfte zur Rückeroberung der sogenannten Serbischen Krajina im August 1995. Mit der Wiederbesetzung dieses seit 1991 von serbischen Milizen kontrollierten Gebietes entstand militärisch die Möglichkeit, die Enklave Bihać im Nordwesten Bosnien zu entsetzen und weiter in die serbisch kontrollierten Gebiete östlich davon vorzudringen. Die konzertierten Aktionen der kroatischen und der bosnischen Armee, unterstützt von Nato-Luftstreitkräften, führte zu einem Strom serbischer Flüchtlinge und zu einem enormen Druck auf die bosnisch-serbische Armee. Schließlich schien es nur mehr eine Frage der Zeit zu sein, bis bosnische und kroatische Truppen sogar das serbische Machtzentrum in Nordbosnien, die Stadt Banja Luka, einnehmen konnten.¹⁷⁶

Mit diesen Niederlagen für die serbische Seite schienen die militärischen und politischen Voraussetzungen für den Beginn von Friedensverhandlungen erreicht zu sein. Die bosnischen Serben liefen plötzlich Gefahr, wichtige Gebiete zu verlieren und auf dem Schlachtfeld in eine Defensivposition gedrängt zu werden, die eigene Offensiven nicht mehr möglich machen würde. Wegen des Drucks der Nato-Angriffe mussten sie schließlich auch den Belagerungsring um Sarajevo abbauen. Als am 12. Oktober ein durch internationale Vermittlung zustande gekommenes Waffenstillstandsabkommen in Kraft trat, wurden rund 51

¹⁷³ Hofbauer, Hannes: Balkankrieg – Die Zerstörung Jugoslawiens, Wien 1999, S 107 u. f. / Die Presse: Holbrooke: „Ich bin entmutigt“ – Waffenruhe für Bosnien nicht in Sicht, 2. Oktober 1995, S. 5

¹⁷⁴ Holbrooke: To End a War, 94 u. f.

¹⁷⁵ Petritsch: Bosnien, 51 u. f. / Die Presse: Duma-Abgeordnete als lebende Schutzschilde, 14. September 1995, S. 4 / Die Presse: Die Serben geben Sarajewo frei – Nato: Vorsichtiger Triumph, 16. September 1995, S. 4 / Kurier (Klingl, Livia): Bosnien: Wende zum Besseren?, 16. September 1995, S. 5

¹⁷⁶ Die Presse: Bosniens Armee bremst den Waffenstillstand, 12. Oktober 1995, S. 4

Prozent des bosnisch-herzegowinischen Territoriums von bosnischen und kroatischen Truppen kontrolliert und nur mehr rund 49 Prozent von den bosnischen Serben. Auf dem Schlachtfeld war genau jener 49 zu 51-Schlüssel einer Gebietsaufteilung durchgesetzt worden, der Grundlage des Kontaktgruppen-Plans von 1994 war.

4.1.3. Die Dayton-Verhandlungen und die Rehabilitierung Miloševićs

Diese militärische Pattsituation zwischen den Kriegsgegnern wurde nun von den USA und der EU genutzt: Nach Vorverhandlungen im September, die zu ersten grundsätzlichen Übereinkünften führten, berief Präsident Clinton im November 1995 die Spitzen Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens ins amerikanische Dayton (Ohio). Dort sollten die Präsidenten Alija Izetbegović, Franjo Tuđman und Slobodan Milošević zu einer Friedenslösung für Bosnien-Herzegowina gedrängt werden.¹⁷⁷

Zwar waren auch Politiker der bosnischen Serben in Dayton vertreten. Hauptverhandler der serbischen Seite war aber Milošević. Der Chef der bosnischen Serben, Radovan Karadžić, musste dem wohl oder übel zustimmen. Er war zu dieser Zeit in einen politischen Machtkampf mit der Armeeführung der bosnischen Serben unter General Ratko Mladić verwickelt. Dafür musste er einen Gutteil seiner Energie aufwenden.¹⁷⁸ Zudem war klar, dass der Westen unter keinen Umständen mit ihm verhandeln wollte. Am 16. November 1995 wurde dann Karadžić endgültig international geächtet. Das Internationale Tribunal für Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien in Den Haag klagte den Serben-Führer gemeinsam mit General Mladić wegen des Srebrenica-Massakers an.

Zwar stand auch Milošević schon damals unter dem Verdacht, an den Verbrechen bei Srebrenica mitschuldig zu sein. Darüber wurde im Westen aber zunächst hinweggesehen. In Milošević glaubte man nämlich einen Pragmatiker erkannt zu haben, mit dem im Gegensatz zur Führung der bosnischen Serben leichter ein Abkommen erreicht werden könnte. Milošević hatte bereits bei der kroatischen Krajina-Offensive gezeigt, dass er bereit war, seine „serbischen Brüder“ für seine eigenen Interessen zu opfern. So hielt er im August 1995 still und dachte nicht daran, den bedrängten Krajina-Serben mit seinen jugoslawischen Streitkräften zu Hilfe zu eilen. Schon Anfang August 1995, nur wenige Tage vor der kroatischen Großoffensive, hatten die Spitzen der bosnischen und der kroatischen Serben,

¹⁷⁷ Zu den Dayton-Verhandlungen: Holbrooke: To End a War, S. 231 - 312

¹⁷⁸ Die Presse: USA wollen Karadžić loswerden – Christopher stellt nun Bedingungen, 3. November 1995, S. 5

Radovan Karadžić und Milan Martić, an Belgrad appelliert, etwas gegen den wachsenden militärischen Druck durch Kroaten und Bosniaken zu unternehmen. Doch von Milošević kam keine Hilfe. Er schickte vielmehr Briefe an den Armeechef der bosnischen Serben, Ratko Mladić, und den bosnischen Präsidenten Izetbegović. Darin hieß es: Ein Friede auf Grundlage des internationalen Friedensplans sei durchaus möglich. „Es bedarf größeren Mutes, einen Krieg zu beenden, als ihn zu beginnen.“¹⁷⁹

Milošević war schon ein Jahr zuvor offiziell auf Distanz zur Führung der bosnischen Serben gegangen. Am 4. August 1994 hatte Restjugoslawien offiziell alle wirtschaftlichen und politischen Kontakte zu den bosnischen Serben abgebrochen, da diese den internationalen Kompromissvorschlag für ein Ende des Krieges abgelehnt hatten. Serbien litt immer stärker unter den internationalen Sanktionen. Der Unmut unter der Bevölkerung wuchs und Milošević begann, um den Fortbestand seiner Herrschaft zu fürchten. Er hatte erkannt, nur dann die internationalen Strafmaßnahmen loszuwerden, wenn er mithilft, den Krieg in Bosnien zu beenden.¹⁸⁰ Auch wenn sich Milošević offiziell von der Führung der bosnischen Serben losgesagt hatte, war sein Einfluss auf sie hinter den Kulissen aber nach wie vor sehr groß – vor allem auf General Mladić, der selbst noch viele Jahre nach dem Krieg seinen Sold aus Belgrad bezog.¹⁸¹

Im Westen wusste man, dass man Milošević unter allen Umständen brauchen würde, um einen in Dayton geschlossenen Kompromiss bei den bosnischen Serben auch durchsetzen zu können. Um den serbischen Präsidenten an Bord zu behalten, waren die USA bereit, viel zu tun. Milošević winkte für seine Kooperation die Aufhebung der Sanktionen. Zudem konnte er damit rechnen, dass er auf der internationalen Bühne als „Friedensengel“ gefeiert und von seiner Schuld am Blutvergießen in Ex-Jugoslawien quasi reingewaschen würde. Das machte US-Außenminister Warren Christopher bereits zum Auftakt der Dayton-Gespräche klar. In der Eröffnungsrede der Konferenz forderte Christopher die Bestrafung aller Kriegsverbrecher, nahm dabei Milošević, den die USA zu Kriegsbeginn ebenfalls als Kriegsverbrecher bezeichnet hatten, jedoch aus.¹⁸²

Für Gedanken an das Los der Albaner im Kosovo blieb unter diesen Umständen kein Platz. Die Lage in Bosnien war bereits mehr als kompliziert. Ein Hineinnehmen des Kosovo-Konflikts in die Dayton-Verhandlungen hätte aus Sicht des Westens alles nur noch weiter erschwert und Milošević vor den Kopf gestoßen. Auch dringliche Bitten des kosovo-albanischen Präsidenten Ibrahim Rugova, das Kosovo-Problem in Dayton zu behandeln,

¹⁷⁹ Die Presse: Die Serben geraten in schwere Bedrängnis, 3. August 1995, S. 4

¹⁸⁰ Die Presse: USA wollen Karadžić loswerden – Christopher stellt nun Bedingungen, 3. November 1995, S. 5

¹⁸¹ Austria Presse Agentur, APA 199; 2004-12-14/11:05

¹⁸² Die Presse: USA wollen Karadžić loswerden – Christopher stellt nun Bedingungen, 3. November 1995, S. 5

wurden nicht erhört.¹⁸³ Schließlich wurde in Dayton ein Abkommen erreicht und Serbiens Machthaber für seine Kooperation mit der Aufhebung einer Reihe von Sanktionen gegen sein Land belohnt. Selbst die Spitzen der USA lobten die Hilfe Miloševićs bei der Erzielung eines Friedensvertrages, der serbische Präsident war international rehabilitiert. In der Folge kam auch die internationale Anerkennung Restjugoslawiens als Bundesrepublik Jugoslawien, bestehend aus Serbien und Montenegro. Frankreich war im Februar 1996 mit einer diplomatischen Anerkennung vorgeprescht. Manche Autoren meinen sogar, dass dies als französische Gegenleistung bei Geheimverhandlungen mit Belgrad 1995 in Aussicht gestellt worden war. Damals hatte die serbische Führung mitgeholfen, dass zwei französische Bomberpiloten, die sich in der Hand der bosnischen Serben befunden hatten, freigelassen worden waren. Sehr bald folgten die wichtigsten EU-Staaten wie Großbritannien und Deutschland dem Beispiel Frankreichs und erkannten die BR Jugoslawien als eigenen Staat an.¹⁸⁴ Am 1. Oktober 1996 wurde dann auch endgültig das UN-Handelsembargo gegen Jugoslawien aufgehoben.

Für die Kosovo-Albaner waren die internationale Rehabilitierung Miloševićs und der internationale Gleichmut gegenüber ihrem Schicksal ein Schock. Die Erfüllung ihrer Wünsche nach erneuter Autonomie oder sogar Unabhängigkeit schienen nun wieder in weite Ferne gerückt zu sein. Man sei von Europa für eine Friedenslösung in Bosnien verkauft worden, so das Gefühl bei vielen Albanern.¹⁸⁵ LDK-Exilpremier Bujar Bukoshi meinte später, dass die Kosovo-Albaner über die internationale Anerkennung der neuen BR Jugoslawien schockiert gewesen seien. Die EU habe damals einen „fatalen Fehler“ begangenen.¹⁸⁶

Vor allem Ibrahim Rugova geriet mit seiner Idee des Widerstands durch zivilen Ungehorsam zunehmend unter Druck. Junge radikale Gruppierungen unter den Kosovo-Albanern wollten diesen Weg nicht weitergehen und setzten nun auf bewaffneten Widerstand. Ihre Lektion aus dem Bosnien-Krieg und den Dayton-Verhandlungen lautete gleichsam: Nur mit bewaffnetem Kampf erreicht man die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit; nur dann kann man auf Hilfe von Außen zählen. Und die in Dayton zumindest vorerst abgesicherte ethnische Aufteilung Bosnien-Herzegowinas in einen serbischen und einen bosniakisch-

¹⁸³ Ramet, Sabrina P: Die politische Strategie der Vereinigten Staaten in der Kosovo-Krise – Parteipolitik und nationales Interesse, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, S. 369

¹⁸⁴ Reuter, Jens: Die Kosovo-Politik der internationalen Gemeinschaft in den neunziger Jahren, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, S. 323

¹⁸⁵ Hasani, Seit: Kosova – an Entity Waiting for a Solution According to the Right of Self-Determination, aus: Reiter, Erich (Hg.): Grenzen des Selbstbestimmungsrechts, Graz 1996, S. 230

¹⁸⁶ Judah, Tim: Kosovo – War and Revenge, London 2002, S. 125

kroatischen Teil zeigte den Albanern, dass man auf dem Schlachtfeld Fakten schaffen kann, die dann später kaum mehr wegverhandelt werden können.¹⁸⁷

4.2. Erste diplomatische Versuche nach Beginn des UÇK-Aufstandes

Der Westen schien anfangs von der Tatsache, dass zwei Jahre nach Ende des Bosnien-Krieges auf dem Balkan erneut gekämpft wurde, völlig überrascht. Obwohl man vom jahrelangen Streben der Kosovo-Albaner nach Emanzipation von Belgrad wusste, tat man sich zunächst aber offenbar schwer, klar Position zu beziehen. Zwar wurden führende Persönlichkeiten der einstigen bosnisch-serbischen Führung wie Radovan Karadžić und Ratko Mladić bereits als Kriegsverbrecher gesucht. Serbiens Machthaber Slobodan Milošević galt aber nach wie vor als „Friedensengel von Dayton“.

1997 war die Lage in Bosnien-Herzegowina noch immer gespannt. Man brauchte Milošević nach wie vor als den Mann, der die bosnischen Serben auf den gewünschten Kurs bringen konnte. So wurde seine Hilfe im Spätsommer 1997 erneut nötig, nachdem ein offener Machtkampf zwischen der Clique um Karadžić und dessen plötzlich „moderat“ gewordener Chefideologin Biljana Plavšić ausgebrochen war. Um den als Kriegsverbrecher angeklagten Karadžić politisch kaltstellen zu können, förderte der Westen Plavšić. Die Präsidentin der Republika Srpska (RS) zeigte sich im Gegenzug bereit, die Obstruktionspolitik der bosnischen Serben bei der Umsetzung der Dayton-Vereinbarungen zu beenden. Karadžić und seine Vertrauten dachten aber natürlich keineswegs daran, sich von der Macht verdrängen zu lassen. Ende August 1997 appellierten die USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland tagelang vergeblich an Milošević, doch offen Partei für Plavšić zu ergreifen. Diese hatte sich bislang nur mit Hilfe der internationalen Friedenstruppe SFOR gegen Karadžić durchsetzen können, was ihr in der eigenen Bevölkerung nicht gerade großes Ansehen einbrachte. Die Hoffnung des Westens: Mit Unterstützung des einflussreichen Belgrader Machthabers Milošević würde die RS-Präsidentin viel eher bei den Serben in Bosnien und Serbien akzeptiert werden. Doch Milošević ließ die westlichen Diplomaten zunächst zappeln.

Mitte August hatte er bereits dem US-Unterhändler für den Balkan und Architekten des Dayton-Abkommens, Richard Holbrooke, eine Abfuhr erteilt. Der amerikanische Diplomat war bei Milošević ebenfalls mit der Bitte vorstellig geworden, dieser möge doch Plavšić unterstützen. Die Antwort des jugoslawischen Präsidenten: „Plavšić ist eine sehr

¹⁸⁷ Hasani: Kosova, 223 u. f. / Petritsch, Wolfgang/Pichler, Robert: Kosovo-Kosova – Der lange Weg zum Frieden, Klagenfurt 2004, S. 96 u. f.

schwierige Frau und verdient den Ärger, den sie sich jetzt eingehandelt hat.“ Auch auf andere Anliegen Holbrookes soll Milošević in der mit Verbalinjurien gespickten Unterredung sehr unwirsch reagiert haben, etwa auf die Forderung, die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zu beenden. „Das ist nur für ein paar US-Kongressabgeordnete von Interesse. Wir lösen das auf unsere Weise“, so der jugoslawische Präsident.¹⁸⁸

Einen Monat später gab Milošević schließlich dem Drängen des Westens nach und signalisierte in aller Öffentlichkeit, dass er Plavšić als RS-Präsidentin akzeptiert. Er hatte Plavšić und Momčilo Krajišnik als den Vertreter der Karadžić-Fraktion nach Belgrad geladen. Nach einer fünfstündigen Aussprache hinter verschlossenen Türen erklärten Plavšić und Krajišnik, sie wollten den innenpolitischen Konflikt sofort beenden und den Dayton-Vertrag umsetzen. Die vom Westen unterstützte RS-Präsidentin erklärte zudem öffentlich, es sei das Verdienst Miloševićs, dass auch Krajišnik das gemeinsame Dokument unterzeichnet habe.¹⁸⁹ Milošević hatte sich der Weltöffentlichkeit erneut als wichtiger Problemlöser für Bosnien präsentieren können. Der Westen sah in ihm nach wie vor einen Garanten für die Stabilität auf dem Balkan, zu dem man eine intakte Partnerschaft aufrechterhalten musste. Der Kosovo wurde zu diesem Zeitpunkt noch immer bestenfalls als weniger wichtige Nebenfront gesehen.

Selbst nach dem Ausbruch der Kämpfe im Kosovo bezogen viele Vertreter des Westens zunächst Position für Milošević und seine Sicherheitskräfte: Der US-Sonderemissär Robert S. Gelbard etwa bezeichnete nach einem Treffen mit Milošević im Februar 1998 die UÇK als eine „kleine, irrelevante Terrorgruppe“. Der jugoslawische Präsident wertete diese Worte offenbar als „grünes Licht“ für ein gewaltsames Losschlagen. Denn nur unmittelbar nach dem Treffen mit Gelbard startete die serbische Sonderpolizei ihre Großaktion im Drenica-Gebiet.¹⁹⁰ (*Siehe auch 3.2. Der militärische Widerstand – der Aufstand der UÇK und die serbische Reaktion.*) Mit der Eskalation der Kämpfe im Kosovo geriet die internationale Gemeinschaft aber langsam unter Zugzwang. Die stetigen Aufrufe der EU zu Dialog, vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Rückgabe der Autonomie, sowie die insgeheime Hoffnung, die Albaner könnten zu ihrem unbewaffneten Widerstand zurückkehren, wurden von der Realität auf dem Schlachtfeld zunehmend ad absurdum geführt: Die UÇK intensivierte ihre Aktionen und die serbische Staatsmacht schlug immer härter zurück, mit immer schlimmeren Konsequenzen für die Zivilbevölkerung.

Bereits im September 1997 war die Balkan-Kontaktgruppe wieder aktiv geworden. Anfang der neunziger Jahre hatte sich die Gruppe bestehend aus den USA, Russland,

¹⁸⁸ Die Presse: Milošević will sich nicht in Bosnien-Streit einmischen, 30./31. August 1997 (1. Ausgabe), S. 5

¹⁸⁹ Die Presse (Vujović, Oliver): Kompromiss zwischen Banja Luka und Pale, 26. September 1997, S. 5

¹⁹⁰ Ramet: Die politische Strategie der Vereinigten Staaten, 369 u. f. / Petritsch/Pichler: Kosovo, S. 105, 106

Deutschland, Frankreich und Großbritannien um Frieden in Bosnien-Herzegowina bemüht. Nun, mittlerweile erweitert um Italien, begann sie sich dem Kosovo-Problem zu widmen. In Erklärungen in Moskau (25. Februar 1998) und London (9. März 1998) rief die Kontaktgruppe die Streitparteien zur Beendigung der Kampfhandlungen auf. Sowohl die „terroristischen Aktionen“ der UÇK als auch die „unverhältnismäßige Gewaltanwendung“ der serbischen Sicherheitskräfte wurden verurteilt. In der Londoner Erklärung vom 9. März hieß es zudem, Belgrad solle innerhalb von zehn Tagen seine Sonderpolizeieinheiten aus dem Kosovo zurückziehen. Die serbische Führung ließ das Ultimatum jedoch verstreichen, ohne die Forderung umzusetzen. Die Kontaktgruppe stellte auch klar, dass sie das Ansinnen der OSZE unterstütze, Spaniens Ex-Premier Felipe Gonzales als Sonderbeauftragten nach Jugoslawien zu entsenden. Doch Belgrad verweigerte die Kooperation mit Gonzales. Selbst nach der Ernennung zum EU-Sonderbeauftragten im Juni 1998 erhielt der Spanier keine Einreiseerlaubnis der jugoslawischen Behörden. Auf massive Strafmaßnahmen gegen Belgrad, wie etwa die Verhängung neuer umfassender Wirtschaftsanktionen, konnte man sich innerhalb der Kontaktgruppe aber vorerst nicht einigen. Dagegen sträubten sich neben Russland zunächst auch Frankreich und Italien. Die USA und Großbritannien drängten hingegen auf einen härteren Kurs.¹⁹¹

Um den Druck auf Milošević zu erhöhen, verhängte der UN-Sicherheitsrat am 31. März in seiner Resolution 1160 schließlich doch begrenzte Maßnahmen gegen Jugoslawien, nämlich ein Waffenembargo. Dieses galt aber auch für die andere Konfliktpartei, die UÇK. Wegen des anhaltenden Widerstands Moskaus gegen weitere Schritte gegen Belgrad begannen sich die westlichen Kontaktgruppe-Staaten in ihrem Vorgehen schließlich immer mehr von Russland abzukoppeln. Die USA und die EU beschlossen in der Folge, Mitgliedern des Milošević-Regimes keine Visa mehr auszustellen, ein Verbot von Neuinvestitionen in Serbien, das Ende staatlicher Kredithilfen für Exporte nach und Investitionen in Serbien, das Einfrieren jugoslawischer Auslandsguthaben und später noch ein Landeverbot für Flugzeuge der staatlichen jugoslawischen Fluglinie JAT in den EU-Staaten und den USA.¹⁹²

In Washington wuchsen unterdessen die Bestrebungen, den zunehmend eskalierenden Konflikt im Kosovo durch Verhandlungen zu entschärfen. Die USA starteten eine Initiative für Direktgespräche zwischen den Albanern und Milošević. Schönheitsfehler dabei: Die bewaffneten Kräfte der Albaner, die ja eigentlich das Geschehen auf dem Schlachtfeld bestimmten, waren nicht eingebunden. Die Serben weigerten sich zu diesem Zeitpunkt, mit

¹⁹¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 106 u. f. / Giersch, Carsten: Die Europäische Union und der Krieg in Kosovo, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, 502 u. f.

¹⁹² Giersch: Die Europäische Union, 502 / Weller, Marc: The Crisis in Kosovo – From the Dissolution of Yugoslavia to Rambouillet and the Outbreak of Hostilities, Cambridge 1999, S. 223 und folgende

den „UÇK-Terroristen“ zu verhandeln. Und der Westen hoffte nach wie vor darauf, mit dem nichtmilitärischen Flügel rund um Rugova eine Einigung zu finden und die Rebellen so isolieren zu können. Die Albaner hatten bisher abgelehnt, quasi bilaterale Verhandlungen mit Belgrad zu führen, da sie fürchteten, dabei den Kürzeren zu ziehen. Angeboten der serbischen Regierung, einen direkten Dialog aufzunehmen, erteilten sie deshalb eine Abfuhr. Die Albaner wollten den Kosovo-Konflikt internationalisieren. Ihre Position: Verhandlungen über Kosovo sollten nur im Rahmen einer internationalen Konferenz stattfinden. Serbien war aber kategorisch dagegen. Es sah im Kosovo-Problem ganz klar eine innere „Angelegenheit“, in die sich niemand von außen einmischen dürfe. Diese Position ließ sich Milošević sogar am 23. April von der serbischen Bevölkerung in einem Referendum bestätigen: Nach einer regelrechten Medienkampagne des Regimes sprachen sich 94,7 Prozent gegen eine internationale Einmischung aus.¹⁹³

Auf Druck der US-Unterhändler Richard Holbrooke und Robert S. Gelbard rückte Rugova Anfang Mai 1998 von der Position ab, keinesfalls einen direkten Dialog mit den Serben über die Zukunft des Kosovo zu führen. Er erklärte sich bereit, mit einem Verhandlungsteam nach Belgrad zu reisen, um direkten Kontakt mit Milošević aufzunehmen. Anhänger der UÇK, aber auch Teile von Rugovas eigener Partei, der LDK, zürnten deshalb dem Kosovo-Präsidenten. Für sie hatte er Serbien unnötige Konzessionen gemacht.¹⁹⁴ Am 15. Mai traf die albanische Delegation in der serbischen Hauptstadt ein. Rugova führte direkte Gespräche mit Milošević, die aber ohne greifbares Ergebnis blieben. Das Belgrader Regime sah das Zusammentreffen jedoch als Propaganda-Coup. Tagelang wurden im serbischen Staatsfernsehen immer wieder Szenen gezeigt, in denen ein mit Milošević scherzender Rugova zu sehen war. Das brachte den Kosovo-Präsidenten zuhause unter noch größeren Druck des radikalen Flügels.

Auch wenn in der Sache selbst keine konkreten Fortschritte erzielt worden waren, kamen die albanische und die serbische Delegation zumindest überein, regelmäßig weiter Kontakte zu pflegen. Rugovas Chefverhandler Fehmi Agani traf Ende Mai mit seinem serbischen Gegenüber Ratko Marković zusammen, um die weitere Vorgangsweise zu besprechen. Rugova selbst flog nach Washington, um US-Präsident Bill Clinton zu treffen. In dieser heiklen Phase eskalierten jedoch die Kämpfe im Kosovo: Milošević hatte ausgerechnet jetzt eine massive Offensive gegen die UÇK befohlen. Die albanischen Untergrundkämpfer, die in den Dialog Priština-Belgrad nicht einbezogen waren und auch gar nichts davon wissen wollten, hatten in den vergangenen Wochen ein immer größeres Gebiet unter ihre Kontrolle

¹⁹³ Judah, Tim: Kosovo – War and Revenge, London 2002, S. 152, 153

¹⁹⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, 114, 115

gebracht. Das wollten ihnen die serbischen Sicherheitskräfte nun wieder abjagen. Angesichts der serbischen Offensive ließen die Albaner Holbrooke wissen, dass sie unter derartigen Umständen nicht mehr mit Milošević verhandeln könnten. Das Ansinnen Washingtons, die Lage durch direkte Gespräche zwischen Rugova und Milošević zu entschärfen, war gescheitert.¹⁹⁵

Ende Mai begann auch die Nato, sich zunehmend in das Geschehen einzubringen. Bei ihrer Frühjahrstagung am 28. Mai in Luxemburg gaben die Nato-Außenminister Planungen für regionale militärische Stabilisierungsmaßnahmen in Auftrag. Darunter sollte unter anderem die Stationierung von Nato-Soldaten in Albanien und Mazedonien fallen. Zudem wurde beschlossen, gemeinsam mit albanischen und mazedonischen Truppen Manöver abzuhalten.¹⁹⁶ Am 15. Juni hielt die Nato dann mit 85 Flugzeugen aus 13 Ländern über Albanien und Mazedonien das Luftmanöver „Determined Falcon“ ab. Trotz dieser Drohgebärde gegenüber Belgrad gab es zum damaligen Zeitpunkt innerhalb des Bündnisses noch nicht den gemeinsamen politischen Willen, tatsächlich Luftschläge gegen Jugoslawien durchzuführen. Zudem wurde das Säbelrasseln nicht mit einer konkreten Strategie zur Durchsetzung einer politischen Lösung verknüpft.¹⁹⁷

Jugoslawiens Präsident Milošević suchte unterdessen Hilfe bei alten Freunden. Einen Tag nach dem Nato-Manöver „Determined Falcon“ traf er in Moskau mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin zusammen. Russland war schon während des Bosnien-Krieges ein wichtiger politischer Verbündeter Serbiens gewesen. Nun suchte Milošević hier erneut Schutz. Die Russen waren durch die immer härter werdende westliche Rhetorik zunehmend alarmiert. Und der Belgrader Machthaber wusste, wie er die russischen Ängste noch weiter schüren konnte. Nach den Gesprächen mit Jelzin versprach Milošević, wieder in Verhandlungen mit Rugova einzutreten.¹⁹⁸ Zudem machte Serbiens Machthaber das Zugeständnis, dass sich ausländische Diplomaten ohne Einschränkungen im Kosovo bewegen und die Lage in der Provinz beobachten dürften. Jelzin stärkte Milošević den Rücken. Er ließ durch seinen Außenminister bekräftigen, dass Russland gegen eine wie auch immer geartete Sezession des Kosovo sei. Zudem stellte Moskau klar, dass es die Anwendung von Gewalt durch USA und Nato ablehne und das Kosovo-Problem als innere Angelegenheit Jugoslawiens betrachte.¹⁹⁹

¹⁹⁵ Judah: War and Revenge, 154 u. f.

¹⁹⁶ Weller: The Crisis in Kosovo, S. 275 u. f.

¹⁹⁷ Giersch, Carsten: Nato und militärische Diplomatie im Kosovo-Konflikt, aus Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt; S. 448

¹⁹⁸ Judah: War and Revenge, 166

¹⁹⁹ Reuter: Kosovo-Politik der internationalen Gemeinschaft, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, S. 325

Im gemeinsamen Statement Jelzins und Milošević hieß es unter anderem:

„The Presidents reaffirm their position of principle on the necessity of preserving the territorial integrity and respecting the sovereignty of the Federal Republic of Yugoslavia, and condemn all forms of terrorism, separatism and armed activity which affect the civilian population. In an effort to stabilize the situation in Kosovo and Metohija, The Yugoslav side announces its willingness

** To resolve the existing problems by political means, based on the equality of all citizens and national communities in Kosovo;*

** In line with this goal, to continue without delay the negotiations between representatives of the State and representatives of Kosovar political parties, which were begun by President Milosevic and Mr Rugova, leader of the Kosovar Albanians (. . .)*

** To announce the willingness of the Federal Republic of Yugoslavia to begin negotiations with the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE) on receiving the mission sent by that organisation to Kosovo and on the reinstatement of the Federal Republic of Yugoslavia as a member of the OSCE . . .”²⁰⁰*

Die internationale Gemeinschaft sah in dem „Gentlemen’s Agreement“ zwischen Jelzin und Milošević einen ersten Durchbruch. Erstmals wich der serbische Machthaber von seiner Grundposition ab, eine internationale Einmischung im Kosovo nicht zu akzeptieren. Als Gegenleistung hatte Jelzin zugesichert, er werde mit einem Veto Russlands verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat einen Militärschlag gegen Serbien beschließt.²⁰¹

Nach dem Moskauer Abkommen schienen sich die serbischen Einheiten im Kosovo vorerst tatsächlich zurückzuhalten. Die UÇK nützte dies jedoch, um immer größere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit den kosovo-albanischen Rebellen war ja nichts vereinbart worden; folglich gab es für sie keinen Grund, ihre Operationen einzustellen. Am 24. Juni traf US-Sondervermittler Richard Holbrooke überraschend mit UÇK-Kommandeuren in Junik zusammen. Die Gespräche mit den Rebellen ergaben, dass sie fest entschlossen waren, den Aufstand fortzusetzen. Ganz offensichtlich fehlte den internationalen Vermittlern ein Konzept, wie sie die UÇK in eine Friedenslösung einbinden könnten. Die Untergrundarmee war den westlichen Diplomaten nach wie vor suspekt. Diese wollten vor allem die Kampfhandlungen beendet sehen. In weiterer Folge könnte man zu einem Verhandlungskompromiss kommen, der den Kosovo-Albanern bestenfalls die Autonomie

²⁰⁰ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 292

²⁰¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 119

zurückgibt.²⁰² Das ging der UÇK aber keinesfalls weit genug. Ihr erklärtes Ziel war die Unabhängigkeit des Kosovo. Und einige in ihren Reihen gingen noch weiter: So hatte etwa der Geschichtslehrer und ehemalige LDK-Aktivist aus Cirez, Jakup Krasniqi, mehrmals verlautbart, die UÇK kämpfe für ein „Großalbanien“ – den Zusammenschluss des Kosovo mit Albanien und den albanisch bewohnten Teilen Mazedoniens und Montenegros. Und ausgerechnet Krasniqi wurde nun von den Rebellen zu ihrem offiziellen politischen Sprecher ernannt. Das trug mit dazu bei, dass sich das Image der UÇK im Ausland verschlechterte.²⁰³

Im Juli 1998 blockierten schließlich die Behörden Deutschlands und der Schweiz kosovo-albanische Auslandskonten, über die angeblich Gelder für den UÇK-Aufstand flossen. Auch andere westliche Staaten drohten zumindest damit, das Gleiche zu tun.²⁰⁴ Der Westen wollte den Albaner-Rebellen nun offenbar demonstrieren, dass er keinesfalls gewillt sei, ihren Aufstand militärisch zu unterstützen. Vor allem die USA hatten immer wieder vor militärischen Folgen für Serbien gewarnt, sollte es nicht die Forderungen der Nato nach Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo erfüllen. Doch nun signalisierten die USA, ihre Drohgebärden seien ohnehin nicht besonders ernstzunehmen. So meinten Mitte Juli hohe Pentagonbeamte bei einer Pressekonferenz, Washington würde derzeit nicht an ein militärisches Eingreifen denken. Ein Engagement der Nato sei erst vorstellbar, wenn die Gräueltaten im Kosovo ein Niveau erreicht hätten, das man nicht mehr tolerieren könne. Ab welchem Niveau an Untaten mit einem Eingreifen zu rechnen sei, wurde nicht erläutert. „Die Albaner müssen wissen, dass die Kavallerie nicht kommt“, so einer der Pentagonbeamten.²⁰⁵

Botschaften wie diese erleichterten Milošević das Fällen einer schweren Entscheidung. Dem Präsidenten und seinen Militärplanern in Belgrad war es naturgemäß ein Dorn im Auge, dass die UÇK ihren Aktionsradius massiv erweitern konnte. Immerhin behaupteten die albanischen Untergrundkämpfer, bereits 40 Prozent des Kosovo unter ihre Kontrolle gebracht zu haben. Einheiten der Rebellen hatten es zudem gewagt, die wirtschaftlich wichtigen Kohleminen in Belačevac und Trepča anzugreifen.²⁰⁶ Die Option, die Milošević nun gerade angesichts des Zurückfahrens der Nato-Drohung wählte, hieß Gegenschlag. Innerhalb kürzester Zeit fiel eine UÇK-Hochburg nach der anderen, darunter die Stadt Mališevo, in der sich das Hauptquartier der Rebellen befunden hatte. Tausende albanische Zivilisten flüchteten vor der serbischen Offensive aus ihren Dörfern.

²⁰² Giersch: Nato und militärische Diplomatie, 448

²⁰³ Judah: War and Revenge, 168

²⁰⁴ Judah: War and Revenge, 175

²⁰⁵ Die Presse: „Kavallerie kommt nicht“, sagt Pentagon, 17. Juli 1998, S. 5

²⁰⁶ Judah: War and Revenge, 169

Der Westen verfolgte nach wie vor das Ziel, unter Ausschluss der UÇK eine Verhandlungslösung zwischen Rugova und Milošević herbeizuführen. Bereits Anfang Juli war der US-Vermittler Richard Holbrooke nach Belgrad gereist. Sein Ziel war, die Russen, die Mitte Juni in Eigenregie ein Abkommen mit Milošević geschlossen hatten, wieder an Bord zu bekommen. Dazu griff Washingtons Balkan-Verhandler genau auf diese Moskauer Übereinkunft zwischen Jelzin und Milošević zurück. Darin hieß es unter anderem, dass Jugoslawien in Belgrad akkreditierten Diplomaten volle Bewegungsfreiheit im Kosovo einräume und zudem grundsätzlich bereit sei, eine OSZE-Mission in die Provinz zurückkehren zu lassen. Holbrooke besuchte die russische Botschaft in Belgrad und hob dort auf der Basis des Jelzin-Milošević-Abkommens die „Kosovo Diplomatic Observer Mission“ (KDOM) aus der Taufe. Die Russen hätten sich geehrt gefühlt, dass ihnen von den Amerikanern wieder eine internationale Rolle im Kosovo zugedacht worden war, schilderte Holbrooke später die Geschehnisse von damals.²⁰⁷ Die Beobachtermission der ausländischen Diplomaten nahm am 6. Juli 1998 ihre Tätigkeit auf. Ihr Ziel war, die Ereignisse im Kosovo zu beobachten und zu dokumentieren. Zwischen Juli und Oktober waren aber nicht mehr als 130 Beobachter in Priština und weiteren fünf Städten aktiv. Die meisten Mitglieder der Mission stammten aus den EU-Staaten und den USA. KDOM operierte unter der politischen Führung der Botschafter der Staaten der Balkan-Kontaktgruppe, des Botschafters Polens, das gerade den OSZE-Vorsitz innehatte, und des österreichischen Botschafters in Belgrad, Wolfgang Petritsch.²⁰⁸ Österreich hatte gerade die EU-Präsidentschaft inne und wurde so zu einem der diplomatischen Mitspieler in der Kosovo-Krise.

Angesichts der neuen schweren Kämpfe in der Albaner-Provinz reiste Ende Juli 1998 eine Vermittlermission der EU-Troika (zu dieser Zeit: Großbritannien, Österreich, Deutschland) in den Kosovo und nach Belgrad. Geleitet wurde die Abordnung vom Generalsekretär im österreichischen Außenamt, Albert Rohan. Dieser hatte bereits Anfang Juli den Kosovo bereist und war in Mališevo mit Kommandeuren der UÇK zusammengetroffen. Ziel der Troika-Mission war, den jugoslawischen Präsidenten zur Zustimmung zu einem sofortigen Waffenstillstand und einer Wiederaufnahme der Gespräche mit den Albanern zu drängen. Rohan berichtete Medien, bei der Unterredung mit Milošević am 30. Juli auf die prekäre humanitäre Lage der albanischen Zivilbevölkerung hingewiesen zu haben. Die Vertreter der Troika hatten vor ihrem Eintreffen in Belgrad die Gegend um Kijevo und Mališevo bereist, die Schauplatz einer serbischen Offensive war. „Wir haben eine verwüstete Landschaft gesehen, beschädigte Dörfer, abgebrannte Felder, die Ortschaften sind

²⁰⁷ Judah: War and Revenge, 177

²⁰⁸ Petritsch/Pichler: Kosovo, 121

total entleert“, schilderte Rohan damals seine Eindrücke. Milošević habe man deutlich gemacht, dass das Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte nicht in Einklang mit den Verpflichtungen stehe, die er erst etwas mehr als einen Monat zuvor in Moskau gegenüber Boris Jelzin eingegangen war. Der jugoslawische Präsident versprach schließlich am Ende der Gespräche, die Kampfhandlungen im Kosovo einstellen zu lassen.²⁰⁹

Dessen ungeachtet gingen die Gefechte in der Provinz aber unvermindert weiter. Immer mehr kosovo-albanische Zivilisten wurden durch die serbische Offensive in die Flucht geschlagen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR teilte im August mit, dass durch die Kämpfe bereits 231.000 Kosovo-Albaner ihre Häuser verlassen mussten, 167.000 irrten innerhalb der Provinz umher. Wegen der sich immer weiter verschärfenden humanitären Lage und internationaler Medienberichte darüber gerieten die westlichen Regierungen zunehmend unter Druck. Vor allem die USA und Großbritannien traten nun erneut dafür ein, härter als bisher gegen Belgrad vorzugehen. Wieder wurde die Möglichkeit von Luftschlägen erwogen, und zwar diesmal unter Umgehung der Vereinten Nationen. Es schien nämlich klar, dass weder Russland noch China im UN-Sicherheitsrat einem militärischen Eingreifen zustimmen würden. Auch Deutschlands Verteidigungsminister Volker Rühle trat offen dafür ein, eine Nato-Intervention im Kosovo auch ohne UN-Mandat in Erwägung zu ziehen. Mit einem solchen Mandat sei nicht zu rechnen. Deshalb müsse man sich fragen, „ob es klug ist, dass man sich so einseitig bindet, wenn man sich dadurch zum Zuschauer von militärischen Offensiven und Massakern macht“, so Rühle Anfang August 1998 in einem Rundfunkinterview.²¹⁰ Parallel zu den militärischen Überlegungen versuchte man, auf der Verhandlungsebene Fortschritte zu erzielen. Ziel waren nach wie vor Direktgespräche zwischen der Führung in Belgrad und den Kosovo-Albanern, bei denen über den künftigen Status des Kosovo verhandelt werden sollte.

Am 13. August gab der kosovo-albanische Präsident Rugova sein Team für Direktverhandlungen mit Serbien beziehungsweise Jugoslawien bekannt. Er war zuvor vom US-Unterhändler Chris Hill und von Österreichs Botschafter in Belgrad, Wolfgang Petritsch, der die EU-Präsidentschaft vertrat, dazu gedrängt worden.²¹¹ Die Tatsache, dass das Team vor allem aus Parteigängern von Rugovas LDK bestand, sorgte umgehend für Streit unter den Kosovo-Albanern. Heftige Kritik kam vor allem von der UÇK, für die Rugova keinen Platz im Team vorgesehen hatte. Die Rebellen, die auf albanischer Seite letzten Endes jene waren, die darüber entschieden, ob Krieg oder Frieden herrschte, sollten erneut von den

²⁰⁹ Die Presse: „Verwüstete Landschaft, abgebrannte Felder“, 31. Juli 1998, S. 5

²¹⁰ Die Presse: Keine Kosovo-Aktion ohne UN-Mandat, 12. August 1998 (1. Ausgabe), S. 5

²¹¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 123

Verhandlungen ausgeschlossen bleiben. US-Vermittler Hill wollte in einer ersten Phase der Verhandlungen eine US-Pendelmission zwischen Belgrad und Priština einrichten. Erst in einer zweiten Phase sollte es dann zu Direktgesprächen zwischen Rugovas Verhandlungsteam und den Vertretern Belgrads kommen. Ziel war, dass sich beide Seiten auf ein Interimsabkommen einigen, das Kosovo die Institutionen zurückgeben sollte, die vor der Aufhebung der Autonomie 1989 bestanden hatten. Zudem sollte ein Grundstein für freie Wahlen und die Wiederherstellung der Sicherheit in der Provinz gelegt und ein Zeitplan für weitere Verhandlungen über den endgültigen Status erstellt werden.²¹² In direkten Verhandlungen mit Milošević einigte man sich zunächst auf eine Erklärung, die am 2. September veröffentlicht wurde. Darin hieß es:

*„It is necessary to resume as soon as possible the dialogue between the State delegation and the representatives of the political parties of Albanians from Kosovo and Metohija, as well as representatives of all national communities in Kosovo and Metohija, in order to reach an agreement on the basis of which it would be possible to establish adequate level of self-governance, which presumes equality of all citizens and national communities living in Kosovo and Metohija. Being committed to mutual understanding and tolerance, the participants of the dialogue (. . .), should express their readiness to make assessment after a certain period, e. g. three to five years, of the implementation of the achieved Agreement and to achieve improvements, about which mutual agreement would be reached.“*²¹³

Die serbische Seite hatte sich somit bereit erklärt, dass die bei den Direktgesprächen zu findende Vereinbarung nur eine interimistische Lösung darstelle und später – unter Einbeziehung aller Verhandlungspartner – quasi nachjustiert werden könne. Ob diese Nachjustierung weitere Autonomierechte oder gar die Unabhängigkeit des Kosovo beinhalten würde, wurde in der Erklärung freilich nicht konkret festgelegt.

Die Grundsätze der künftigen Vorgangweise waren nun mit Belgrad vereinbart. Jetzt legte Washington seine konkreten Vorstellungen für eine Übergangslösung im Kosovo vor. Bereits am 2. September wurde der US-Entwurf für eine Interimslösung Rugovas Verhandlungsteam übergeben. Gemäß dem Entwurf sollten zwar die lokalen Institutionen des Kosovo aufgewertet werden; die Provinz blieb aber klar unter serbischer Oberhoheit. Den Gemeinden wurden als „Basiseinheiten“ besondere Befugnisse zuerkannt. Die Gemeinderäte sollten sich nach ethnischem Proporz zusammensetzen, ebenso die lokale Polizei. Die Kompetenzen der Provinzregierung beschränkten sich aber in erster Linie auf

²¹² Petritsch/Pichler: Kosovo, 124

²¹³ Quelle: Archiv Petritsch; zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 124

Koordinierungsaufgaben. Die Albaner waren mit dem Entwurf nicht zufrieden. Ihnen wurden darin deutlich weniger Rechte zuerkannt, als zur Zeit der Autonomie Kosovos. Sie forderten deshalb unter anderem den Einschub eines Passus, der das Recht auf Selbstbestimmung und eine Garantie für Statusverhandlungen nach einer dreijährigen Interimszeit festschrieb. Der künftige Präsident Kosovos, der in dem Vertragsentwurf nur „Repräsentant“ genannt wurde, sollte nach Ansicht der Albaner den Republikpräsidenten Serbiens und Montenegros gleichgestellt werden. Zudem verlangten die Albaner, alle Formulierungen zu streichen, die darauf hinwiesen, dass die Provinz Serbien untergeordnet ist.²¹⁴ Rugova brachte noch eine weitere Idee ins Spiel: In der dreijährigen Übergangszeit bis zu den Verhandlungen über den Endstatus solle Kosovo eine Art ziviles Protektorat der internationalen Gemeinschaft sein. Rugovas Chefunterhändler Fehmi Agani stellte darüber hinaus klar, dass Verhandlungen mit Belgrad erst beginnen könnten, wenn die serbischen Sicherheitskräfte ihre Aktionen gegen die Zivilbevölkerung einstellen.²¹⁵ Die offiziellen jugoslawischen beziehungsweise serbischen Stellen gaben zu dem US-Entwurf für eine Interimslösung zunächst keinen Kommentar ab. Lediglich serbische Oppositionsparteien – allen voran die „Serbische Erneuerungsbewegung“ SPO von Vuk Drašković – meldeten sich zu Wort und lehnten den Plan ab. Milošević selbst wollte offenbar zunächst einmal abzuwarten. Dass die Albaner die amerikanischen Lösungspläne ablehnten, kam ihm dabei durchaus entgegen. Der jugoslawische Präsident war erneut international unter Druck geraten. Die USA und jene Nato-Staaten, die für ein härteres Vorgehen gegen Serbien waren, arbeiteten nämlich daran, Russland für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Beim russisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Moskau am 2. September veröffentlichten US-Präsident Bill Clinton und das russische Staatsoberhaupt Boris Jelzin ein gemeinsames Statement zur Lage im Kosovo. Darin wurde bemängelt, dass die jugoslawische Seite ihre Zusagen aus dem Jelzin-Milošević-Abkommen vom vergangenen Juni nicht eingehalten habe. Mit deutlichen Worten wurden der sofortige Abzug der serbischen Einheiten aus dem Kosovo und die Aufnahme von Verhandlungen mit den Albanern verlangt.²¹⁶ Deutschlands Verteidigungsminister Rühle hatte zuvor Russland indirekt aufgefordert, Belgrad nicht länger zu unterstützen. Anstatt immer mit einem Veto im UN-Sicherheitsrat gegen ein Eingreifen der Nato zu drohen, sollte sich Moskau an den Bemühungen um eine Beilegung der Krise beteiligen, wenn es nicht auf der Weltbühne marginalisiert werden wolle, so Rühle.²¹⁷

²¹⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, S. 125 u. f.

²¹⁵ Die Presse: Rugova wünscht sich ein Protektorat im Kosovo, 5./6. September 1998, S. 4

²¹⁶ Petritsch/Pichler: Kosovo, S. 125 u. f.

²¹⁷ Die Presse: Russland soll Kosovo-Krise lösen helfen, 3. September 1998, S. 4

Druck kam in diesen Tagen auch von der UNO. Am 4. September veröffentlichte UN-Generalsekretär Kofi Annan einen schonungslosen Bericht über die humanitäre Lage im Kosovo. Er verwies auf die bereits im August festgestellte Zahl von rund 230.000 Vertriebenen, 50.000 davon müssten im Wald und in den Bergen campieren. Für die prekäre Situation in der Provinz machte Annan vor allem Belgrad und die serbischen Sicherheitskräfte verantwortlich. So heißt es im Bericht des UN-Generalsekretärs:

*„According to UNHCR estimates, there could be up to 50.000 displaced people in Kosovo who have been forced from their homes into the woods and mountains. These people are most vulnerable and are in need of urgent help. Despite assurances from the authorities, access is hindered, and the immediate priority of humanitarian agencies is to find these groups and to deliver essential relief. It is clear that if these people remain in their current locations over the winter, they will be at serious risk of death (. . .) The authorities of the Federal Republic of Yugoslavia have committed themselves to the creation of conditions for the return of refugees and displaced persons to their homes in Kosovo. The reality on the ground, however, is that inadequate security conditions and the continued destruction of homes are making return to many areas virtually impossible. There are disturbing reports that some returnees, mostly young men, were taken by police for ‚informative talks‘. In some cases, the police have prevented returnees from harvesting crops. (. . .) Such practises, as well as any political attempts to change the ethnic balance in Kosovo, are unacceptable. (. . .) A prolongation of the Government’s present policies is likely to result in further displacement of the wider population. This is particularly worrying, because of the approaching winter, which could transform what is currently a humanitarian crisis into a humanitarian catastrophe (. . .)“*²¹⁸

Mit seinem Vorwurf, die Regierung in Belgrad könnte mit der Fortführung ihrer Politik für eine humanitäre Katastrophe im Winter sorgen, stellte der UN-Generalsekretär indirekt klar, dass möglichst rasch etwas unternommen werden müsse, um Miloševićs Vorgehen zu stoppen. Mit Kritik an der UÇK hielt sich Annan andererseits weitgehend zurück. So hieß es nur hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der Flüchtlingsrückkehr:

*„I am also concerned by unconfirmed reports that some Albanian groups, in pursuit of their political interests, may be blocking the return process in order to prolong the humanitarian crises and maintain international attention to Kosovo.“*²¹⁹

²¹⁸ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 211 u. f.

²¹⁹ Ebenda

Am 23. September verabschiedete der UN-Sicherheitsrat dann eine weitere Resolution zum Kosovo (Resolution 1199), die sich auf die Berichte der diplomatischen Beobachtermission KDOM und verschiedener humanitärer Organisationen, sowie auf die Beschlüsse der Kontaktgruppe und auf das Jelzin-Milošević-Abkommen stützte.²²⁰ Wie bereits in der Resolution 1160 vom 31. März 1998 forderte der Sicherheitsrat auch in 1199 einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn politischer Gespräche. Besonders zum Ausdruck gebracht wurde erneut die Besorgnis über die Eskalation der Kämpfe in der Provinz und die „exzessive und wahllose Anwendung von Gewalt durch serbische Sicherheitskräfte und die jugoslawische Armee“. So heißt es in der Resolution unter anderem:

„*The Security Council (is, Anm.)*

(. . .) Gravely concerned at the recent intense fighting in Kosovo and in particular the excessive and indiscriminate use of force by Serbian security forces and the Yugoslav Army which have resulted in numerous civilian casualties and, according to the estimate of the Secretary General, the displacement of over 230.000 persons from their homes.

*(. . .) Deeply concerned also by reports of increasing violations of human rights and international humanitarian law, and emphasizing the need to ensure that the rights of all inhabitants of Kosovo are respected. (. . .)“*²²¹

Der Sicherheitsrat rief zudem Jugoslawien erneut dazu auf, die Rückkehr der albanischen Flüchtlinge zu gewährleisten und seine Sondereinheiten aus dem Kosovo zurückzuziehen:

„*(. . .) Reaffirming the right of all refugees and displaced persons to return to their homes in safety, and underlining the responsibility of the Federal Republic of Yugoslavia for creating conditions which allow them to do so (. . .) Demands further that the Federal Republic of Yugoslavia (. . .) cease all actions by the security forces affecting the civilian population and order the withdrawal of security units used for civilian suppression (. . .)“*²²²

In der Resolution wurden aber nicht nur die serbischen Polizeiaktionen, sondern auch die Angriffe der kosovo-albanischen Untergrundarmee UÇK kritisiert, wenn auch ohne die UÇK konkret beim Namen zu nennen:

„*(. . .) Condemning all acts of violence by any party, as well as terrorism in pursuit of political goals by any group or individual, and all external support for such activities in Kosovo, including the supply of arms and training for terrorist activities in Kosovo and*

²²⁰ Petritsch/Pichler: Kosovo, 129 u. f.

²²¹ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 190 u. f.

²²² Ebenda

expressing concern at the reports of continuing violations of the prohibitions imposed by resolution 1160 (. . .)”²²³

Zudem rief der Sicherheitsrat sowohl Serben als auch Albaner auf, so rasch wie möglich in Verhandlungen zu treten, um die prekäre Lage im Kosovo zu entschärfen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Belgrad wurde dabei jedoch erneut versichert, dass die internationale Gemeinschaft albanischen Forderungen nach einer Unabhängigkeit keinesfalls nachgeben werde. Alle Mitgliedsländer des Sicherheitsrates stünden weiterhin zu Jugoslawiens „Souveränität“ und „territorialer Integrität“.²²⁴ Andererseits wurde jedoch bekräftigt, dass die Vereinten Nationen den Kosovo-Konflikt keineswegs nur als innere Angelegenheit Jugoslawiens sehen. So heißt es in der Resolution:

*„(. . .) Affirming that the deterioration of the situation in Kosovo, Federal Republic of Yugoslavia, constitutes a threat to peace and security in the region, Acting under Chapter VII of the Charter of the United Nations (. . .)”*²²⁵

In Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen werden „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ legitimiert. Mit konkreten Zwangsmaßnahmen wurde Belgrad oder der albanischen Seite in Resolution 1199 dennoch nicht gedroht. Dazu hieß es lediglich:

*„The Security Council (. . .) Decides, should the concrete measures demanded in this resolution and resolution 1160 (1998) not be taken, to consider further action and additional measures to maintain or restore peace and stability in the region.”*²²⁶

Es waren Russland und China, die die Androhung konkreter Maßnahmen gegen Belgrad durch den Sicherheitsrat nie zugelassen hätten. Beide enthielten sich bei der Verabschiedung von 1199 der Stimme. Sie hätten aber mit Sicherheit die Resolution mit einem Veto blockiert, wären darin weitergehende Sanktionen vorgesehen gewesen. Moskaus Stimmenthaltung hatte vor allem mit den traditionell guten Beziehungen zu Serbien zu tun. Bei Peking lagen die Gründe tiefer. China hatte grundsätzliche Einwände gegen die Vorstellung, dass bei massiven Menschenrechtsverletzungen in einem Staat ein Einschreiten der Vereinten Nationen gerechtfertigt sei. Es wertete eine derartige Vorgangsweise als

²²³ Zitiert aus Weller: *The Crisis in Kosovo*, 190 u. f.

²²⁴ Ebenda

²²⁵ Ebenda

²²⁶ Ebenda

unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten und somit als eine Verletzung der Souveränitätsrechte des betreffenden Landes. Diese Einmischung wird im Artikel 2 der UN-Charta untersagt. So heißt es in Punkt 7 von Artikel 2:

*„Nothing contained in the present Charta shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charta; but this principle shall not prejudice the application of enforcement measures under Chapter VII.“*²²⁷

Peking hatte bereits 1991 massive Einwände gegen die sogenannte „Kurden-Resolution“ gehabt. Damals hatte der Sicherheitsrat in der Resolution 688 die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung und insbesondere der Kurden als „Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ gewertet. Damit galt das „Interventionsverbot“ gemäß Artikel 2 in diesem Fall nicht mehr und ein Eingreifen nach Kapitel VII wurde möglich. Die „Kurden-Resolution“ war somit der Präzedenzfall für eine „humanitäre Intervention“.²²⁸ Pekings Widerstand gegen eine internationale Einmischung bei schweren Menschenrechtsverletzungen innerhalb eines souveränen Staates ist wohl am ehesten mit Chinas eigenen Problemen auf diesem Gebiet zu erklären. Das KP-Regime war immer wieder selbst Ziel internationaler Kritik wegen der Nichtbeachtung von Menschen- und Minderheitenrechten geworden. Dass nun ein derart wichtiges Gremium wie der UN-Sicherheitsrat diese Rechte über die Souveränitätsrechte eines Staates stellt, war daher keinesfalls im Interesse Pekings.

Das Verhalten Russlands und Chinas rund um die Verabschiedung der Resolution 1199 machte den Nato-Staaten erneut klar, dass sie für einen Militäreinsatz im Kosovo nicht auf die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates hoffen konnten. Trotzdem setzten sie weitere Schritte, um den Druck auf Serbien zu erhöhen. Am 24. September, nur einen Tag nach der Verabschiedung von 1199 in New York, leitete der Nordatlantikkart in Brüssel erstmals konkrete Schritte für begrenzte Luftschläge ein, das sogenannte Activation Warning (Actwarn). „Actwarn“ erlaubte den Nato-Offizieren, mit konkreten Vorbereitungen für einen Kampfeinsatz gegen Serbien zu beginnen. Nato-Generalsekretär Javier Solana bekräftigte am selben Tag bei einem Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Portugal die Entschlossenheit des westlichen Bündnisses, den Druck auf Milošević weiter zu erhöhen. So hieß es im Statement Solanas:

²²⁷ UN-Charta, Artikel 2, Punkt 7, aus: www.un.org

²²⁸ Eisele, Manfred: Die Vereinten Nationen und Kosovo, aus Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, S. 485 und folgende

„Just a few moments ago, the North Atlantic Council approved the issuing of an ACTWARN for both a limited option and a phased air campaign in Kosovo. The ACTWARN will take NATO to an increased level of military preparedness. In particular, the ACTWARN will allow NATO Commanders to identify the assets required for these NATO air operations. Let me stress that the use of force will require further decisions by the North Atlantic Council. But today’s decision is an important political signal of NATO’s readiness to use force, if it becomes necessary to do so. Finally, let me express the strong support of the Allies for the firm Resolution that was adopted in New York last night by the UN Security Council. That resolution makes clear what President Milosevic must do:

** he must stop his repressive actions against the population;*

** he must seek a political solution for to the Kosovo crisis based on negotiations, as must the Kosovar Albanians;*

** he must take immediate steps to alleviate the humanitarian situation;*

The Resolution and today’s decision by NATO underlines the unity of the international community and our resolve to find a solution to the Kosovo crisis.” ²²⁹

Der Nato-Generalsekretär stellte der serbischen Führung die Rute ins Fenster: Sollte Milošević den Forderungen des UN-Sicherheitsrates nicht nachkommen, sei das Bündnis durchaus bereit, Gewalt anzuwenden. Solana machte aber auch klar, dass man nach wie vor auf direkte Verhandlungen zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern setzte. Parallel dazu begann man aber, eine militärische Drohkulisse aufzubauen; vor allem angesichts der Tatsache, dass die Kämpfe im Kosovo unvermindert weitergingen und die albanische Verhandlungsdelegation nicht bereit war, vor einem Ende der serbischen Militäraktionen in Gespräche mit Belgrad einzutreten.

Rund um „Actwarn“ und das Statement von Solana zeigte sich aber auch, wie kompliziert die Lage aus völkerrechtlichen Gesichtspunkten geworden war. Auch wenn sich der Nato-Generalsekretär auf die soeben verabschiedete UN-Resolution 1199 bezog und von der „Einigkeit der internationalen Gemeinschaft“ sprach: Der Sicherheitsrat hatte zwar klargestellt, im Rahmen von Kapitel VII zu handeln, der Nato aber keineswegs ein klares Mandat für Luftschläge gegen Serbien gegeben. Eine Tatsache, die Russland in der Folge auch immer wieder hervorstreichen sollte. Denn von „Einigkeit“ der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des Vorgehens im Kosovo-Konflikt konnte klarerweise keine Rede sein, angesichts des massiven Widerstands aus Moskau und Peking gegen härtere Schritte

²²⁹ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 277

gegen Belgrad. Es kristallisierte sich immer mehr heraus, dass vor allem die USA bereit waren, notfalls ohne Zustimmung der Vereinten Nationen militärisch gegen Serbien vorzugehen. Dazu mussten aber auch noch Widerstände innerhalb der Nato beseitigt werden. Denn Länder wie Frankreich hegten nach wie vor große Bedenken gegen einen Einsatz von Gewalt.

4.3. Das Holbrooke-Milošević-Abkommen

In der letzten Septemberwoche 1998 verschärften sich trotz der Drohung der Nato die Kämpfe im Kosovo. Immer mehr Berichte über Kriegsverbrechen an albanischen Zivilisten drangen an die Weltöffentlichkeit. Laut Untersuchungen der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch töteten serbische Sicherheitskräfte am 26. September im Gebiet von Gornje Obrinje 21 Angehörige der kosovo-albanischen Familie Delijaj, allesamt Zivilisten. Am selben Tag trieben laut Human Rights Watch serbische Einheiten zahlreiche Zivilisten zusammen, die vor dem Beschuss ihres Dorfes Golubovac geflüchtet waren. 15 Männer seien selektiert, verhört, misshandelt und dann mit automatischen Waffen niedergeschossen worden. 14 seien gestorben, das fünfzehnte Opfer namens Selman Morina sei schwer verletzt worden. Er habe sich tot gestellt und so überlebt, heißt es in dem Bericht. Die Massaker waren offenbar Vergeltungsaktionen für den Tod von 14 serbischen Polizisten, die in der Gegend bei UÇK-Angriffen ums Leben gekommen waren. Die internationalen Medien waren voll von Berichten über diese Gräueltaten. Behauptungen der serbischen Behörden, für die Verbrechen nicht verantwortlich zu sein, wurde keinerlei Glauben geschenkt. Die „New York Times“ brachte auf ihrer ersten Seite ein großes, eindringliches Farbfoto vom Massaker bei Gornje Obrinje. Durch die Berichterstattung der Medien stieg vor allem in den USA der öffentliche Druck auf die Clinton Regierung, im Kosovo einzugreifen.²³⁰

Auch serbische Zivilisten waren in jenen Tagen Ermordungen, Entführungen und anderen Übergriffen durch albanische Milizen ausgesetzt. Angesichts der Dominanz des jugoslawischen Militärapparats und der aus den früheren Balkankonflikten berüchtigten Brutalität der serbischen Paramilitärs und Sonderpolizisten wuchs in der gesamten westlichen Öffentlichkeit aber vor allem die Sorge um die albanische Zivilbevölkerung. Es wurde befürchtet, dass sich die großen Massaker aus dem Bosnien-Krieg mit hunderten und

²³⁰ Judah: War and Revenge, 179 u. f.

tausenden Opfern nun im Kosovo wiederholen könnten. In Bosnien hatten die USA und die Europäer den Verbrechen lange tatenlos zugesehen. Das wollte man dieses Mal um jeden Preis vermeiden.²³¹ Dazu kam, dass sich die Lage der Flüchtlinge nach wie vor nicht verbessert hatte. Tausende Albaner hatten nach wie vor kein Dach über dem Kopf und der Winter rückte näher.

Am 28. September 1998 gab Serbiens Premier Mirko Marijanović schließlich bekannt, dass die serbischen Sicherheitskräfte einen Sieg über die „aufständischen Kosovo-Albaner“ erzielt hätten. Er kündigte an, die Offensive in der Provinz werde deshalb beendet. Zugleich bot er allen Albanern eine Amnestie an, wenn sie innerhalb von zehn Tagen ihre Waffen abgäben und nachweisen könnten, dass sie in keine „kriminellen Aktivitäten“ verwickelt waren.²³² Einen Tag später kritisierte jedoch US-Verteidigungsminister William Cohen, dass von einem Rückzug der Serben nichts zu bemerken sei. Er forderte Belgrad auf, seine Versprechen einzulösen. Der britische Außenminister Robin Cook wurde schließlich noch deutlicher: Milošević verstehe nur die Sprache der Gewalt. Sollte Serbien die Forderungen des UN-Sicherheitsrats, festgeschrieben in der Resolution 1199, nicht endlich erfüllen, werde die Nato eingreifen. Cohen erhöhte tags darauf noch einmal den Druck: Die USA könnten – wenn nötig – binnen zwei Wochen mit Militärschlägen gegen Jugoslawien beginnen.²³³

Am 3. Oktober trat der UN-Sicherheitsrat in New York zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Dabei wurden die Gräueltaten serbischer Sicherheitskräfte verurteilt, eine Entscheidung über einen möglichen Militärschlag gegen Belgrad jedoch vertagt.²³⁴ UN-Generalsekretär Kofi Annan legte einen langen Report über die Lage im Kosovo vor. Darin zeigte sich Annan besorgt und „erzürnt“ über die immer massiver werdenden Menschenrechtsverletzungen. Der Generalsekretär sprach auch ganz konkret die Vorwürfe gegen die serbischen Sicherheitskräfte an, bei Gornje Obranje und Golubovac Massaker begangen zu haben. So hieß es in dem Bericht unter anderem:

„The desperate situation of the civilian population remains the most disturbing aspect of the hostilities in Kosovo (. . .) Many villages have been destroyed by shelling and burning following operations conducted by federal and Serbian government forces. There are concerns that the disproportionate use of force and actions of the security forces are designed to terrorize and subjugate the population, a collective punishment to teach them that the price of supporting the Kosovo Albanian paramilitary units is too high and will be even higher in

²³¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 133

²³² Die Presse: Serben verkünden Sieg über Kosovo-Albaner, 29. September 1998, S. 6

²³³ Weller: The Crisis in Kosovo, 22 / Die Presse: Nach neuen Massakern: Westen droht Milošević mit Militäraktion, 2. Oktober 1998, S. 1

²³⁴ Die Presse: Entscheidung über Luftschlag verschoben, 3. Oktober 1998, S. 7

future. (. . .) Farm animals have been burned in their barns or shot in the fields. For example, international observers witnessed Serb troops looting and burning houses in Suva Reka area on 27 September (. . .) I am outraged by reports of mass killings of civilians in Kosovo, which recall the atrocities committed in Bosnia and Herzegovina. Following reports concerning the killing of 20 Kosovo Albanian internally displaced persons in Gornje Obrinje in the central Drenica area on 28 September, a Kosovo Diplomatic Observer Mission team witnessed at least 14 bodies, some severely mutilated. Most were children and women at ages ranging from 18 months to 95 years. The Serb authorities denied any involvement of the police forces in those atrocities. However further killings of Kosovo civilians were reported, including the alleged summary execution of some 12 to 23 males (accounts vary) in the Golubovac area on 27 September (. . .) ²³⁵

Annan stellte klar, dass der Großteil der Opfer Albaner waren. Er zeigte sich aber auch besorgt über albanische Übergriffe und Verbrechen gegen serbische Zivilisten im Kosovo.

„While the victims of the conflict are overwhelmingly ethnic Albanians, Kosovo Serbs are suffering as well. There have been a number of reports of kidnapping and killing of Serbian and Albanian civilians by Kosovo Albanian paramilitary units. The village of Zocite, which was once half-Serb and half-Kosovo Albanian, now has only 30 Serbs, and 80 percent of the houses were burned and destroyed during the period of several months when the village was under the control of Kosovo Albanian paramilitary units. Mass graves of Serbs were discovered in Klecka, Glodjane and Ratis (. . .) ²³⁶

In Washington wuchs die Bereitschaft zu einem militärischen Eingreifen in Form von begrenzten Luftangriffen gegen serbische Ziele. Je mehr Entschlossenheit die Nato zu einem militärischen Eingreifen demonstrierte, desto mehr wuchs der Widerstand Moskaus gegen ein solches Vorhaben. Am 2. Oktober stimmte die russische Staatsduma gegen eine Militäraktion gegen Jugoslawien. Am 6. Oktober kündigte Russland dann offen an, im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen jede Resolution einzulegen, die Gewalt gegen Serbien explizit autorisieren sollte.²³⁷ Innerhalb der Nato bestanden aber noch gewisse Zweifel, ob man auch dann mit Waffengewalt gegen Belgrad vorgehen dürfe, wenn das nicht von den Vereinten Nationen abgesegnet worden sei. Die Amerikaner waren deshalb verärgert. Wenn man immer vor den Sicherheitsrat ginge, um sich erlauben zu lassen, was man politisch und militärisch für nötig

²³⁵ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 214 u. f.

²³⁶ Ebenda

²³⁷ Weller: Crisis in Kosovo, 22

hält, gäbe das den Russen quasi ein Veto in der US-Außenpolitik, so die Sicht Washingtons. Der Balkan-Beauftragte der US-Regierung, Richard Holbrooke, bezeichnete die Diskussion darüber, ob man sich für einen Militärschlag nochmals an die UNO wenden müsse, als „theologische Debatte“. Die täglichen Fernsehberichte über albanische Flüchtlinge, die in den Wäldern campieren mussten, weichten aber auch in Europas Staatskanzleien sukzessive den Widerstand gegen ein militärisches Eingreifen auf. So versicherte laut Holbrooke der neue deutsche SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder bereits Anfang Oktober 1998 dem US-Präsidenten Clinton, dass Berlin Luftangriffe unterstützen werde. Und auch von Frankreichs Staatspräsidenten Jacques Chirac kamen ähnliche Signale. Am 6. Oktober bekräftigte Chirac, dass zwar nach wie vor nur der UN-Sicherheitsrat über den Einsatz von Gewalt entscheiden dürfe. Er räumte aber ein, dass die humanitäre Lage im Kosovo eine Ausnahme von diesen internationalen Regeln rechtfertigen könnte. Wenn die Situation in Zukunft eine solche Ausnahme erfordere, würde „Frankreich nicht zögern, sich denen anzuschließen, die intervenieren, um jenen zu helfen, die in Gefahr sind“, sagte Chirac.²³⁸

Nachdem die westlichen Länder die Reihen weitgehend geschlossen hatten, galt es für sie auszuloten, wie Moskau bei einem Nato-Angriff auf Jugoslawien tatsächlich reagieren würde. Zu diesem Zweck traf man sich am 8. Oktober in einer VIP-Lounge des Londoner Flughafens Heathrow. Das Meeting war hochrangig besetzt: Mit US-Außenministerin Madeleine Albright, ihrem Balkan-Beauftragten Richard Holbrooke, den Außenministern Frankreichs und Großbritanniens, Hubert Védrine und Robin Cook, sowie dem scheidenden deutschen Außenminister Klaus Kinkel. Russland war durch Außenminister Igor Ivanov vertreten. Dazu kamen Vertreter der OSZE und Österreichs, das gerade die EU-Präsidentschaft innehatte und einige andere Minister und Mitarbeiter. Iwanow machte von Anfang an klar, dass Moskau ein militärisches Eingreifen gegen Belgrad nicht akzeptiere: „Wenn ihr mit diesem Ansinnen vor die UNO geht, werden wir ein Veto dagegen einlegen. Umgeht ihr die UNO, werden wir eine Menge Lärm machen“, so der russische Außenminister laut den Erinnerungen Holbrookes.²³⁹ Ivanov stellte aber indirekt klar, dass die Nato außer dem diplomatischen „Lärm“ und heftigen Verbalattacken keine weitergehenden Maßnahmen Moskaus zu fürchten habe. Der russische Außenminister hätte etwa damit drohen können, Serbien mit neuen, hochmodernen Luftabwehrsystemen zu beliefern, worauf man in Belgrad offenbar auch gehofft hatte. Ivanov tat aber nichts dergleichen. Die Nato-Politiker wussten

²³⁸ Judah: War and Revenge, 182 u. f.

²³⁹ Ebenda

nun, dass Milošević von Russland keine militärische Hilfe zu erwarten hatte und ein Angriff auf Serbien keine ernsthafte globale Destabilisierung zur Folge haben würde.²⁴⁰

Der Nordatlantikrat der Nato ging nun einen Schritt weiter. Er stimmte einem konkreten Plan für in mehrere Phasen abgestufte Luftangriffe auf Ziele in Jugoslawien zu. Codename des Plans: OPLAN 10601 – Allied Force. Nun hatten die USA eine ernstzunehmenden Drohkulisse geschaffen, mit der sie die Führung in Belgrad konfrontieren konnten. Anfang Oktober hatte das State Department bereits seinen bewährten Vermittler in Balkan-Angelegenheiten ins diplomatische Gefecht geschickt: Richard Holbrooke war erneut nach Belgrad gereist, um Milošević zum Einlenken zu bewegen. Serbien sollte die Forderungen der UN-Resolution 1199 umsetzen, seine Spezialeinheiten aus dem Kosovo abziehen, den albanischen Flüchtlingen die sichere Rückkehr in ihre Dörfer ermöglichen und Hilfsorganisationen freien Zugang ins Krisengebiet gewähren. Andernfalls würde die Nato zuschlagen. Gemeinsam mit Holbrooke kam US-Luftwaffengeneral Michael Short, der von Milošević mit den Worten empfangen wurde: „Sie sind also der, der uns bombardieren wird.“ Short berichtete später folgende Details über die Verhandlungen: Immer wenn die Gespräche einen entscheidenden Punkt erreicht hatten, hätten sich Holbrooke und Milošević in einen anderen Raum zurückgezogen und unter vier Augen weiterverhandelt. Bald habe man gehört, wie ihre Stimmen lauter wurden und wie Hände auf den Tisch schlugen. Nach einiger Zeit seien die beiden mit einem Kompromiss für den jeweils strittigen Punkt zurückgekehrt, und die Delegationen konnten die Gespräche fortsetzen.²⁴¹

Nach zähen Verhandlungen erzielten die US-Delegation und die serbische Führung am 13. Oktober eine Übereinkunft, das sogenannte Holbrooke-Milošević-Abkommen. Der jugoslawische Präsident stimmte darin folgenden wesentlichen Punkten zu:

1. Die serbischen und jugoslawischen Einheiten im Kosovo werden auf den Umfang vor Beginn der Feindseligkeiten mit der UÇK reduziert.
2. 2000 unbewaffnete Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) werden im Kosovo stationiert.
3. Unbewaffnete Nato-Flugzeuge dürfen über dem Kosovo Kontrollflüge durchführen.

Weiters beinhaltete das Abkommen einen zwischen der US-Regierung und dem serbischen Präsidenten Milan Milutinović vereinbarten Katalog von 11 Prinzipien für eine politische Lösung des Kosovo-Problems und einen Zeitplan für deren Umsetzung.²⁴² In dem Katalog

²⁴⁰ Judah: War and Revenge, 183 u. f.

²⁴¹ Ebenda

²⁴² Petritsch/Pichler: Kosovo, 137 u. f.

wurde Belgrad erneut die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien zugesagt, was de facto bedeutete: keine staatliche Unabhängigkeit für Kosovo. Andererseits hieß es darin, dass sich „die Bürger des Kosovo selbst demokratisch regieren“ sollten, und zwar durch Volksversammlungen und „exekutive und juristische Organe des Kosovo“. Innerhalb von neun Monaten sollten die Institutionen des Kosovo, auch jene auf kommunaler Ebene, durch freie und faire Wahlen bestimmt werden, die von der OSZE beobachtet werden. Zudem verständigte man sich auf den Aufbau lokaler Polizeikräfte, die unter dem Kommando der administrativen Organe des Kosovo stehen und die lokale Bevölkerung vertreten sollten. Serbien sicherte außerdem zu, niemanden im Zusammenhang mit dem UÇK-Aufstand strafrechtlich zu verfolgen, es sei denn, diese Person habe sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Alle nationalen Gemeinschaften des Kosovo hätten besondere Rechte zur Ausübung ihrer kulturellen, religiösen und sprachlichen Identität. Niemand dürfe diese Rechte aber einsetzen, um die Rechte einer anderen nationalen Gemeinschaft zu gefährden.²⁴³ Das politische Angebot an die Albaner lautete also erneut: weitgehende Freiheiten, aber innerhalb des Staates Jugoslawien/Serbien und unter der Oberhoheit Belgrads.

Um der militärischen Drohung gegen Serbien Nachdruck zu verleihen, wandelte die Nato ihr Activation Warning (Actwarn) vom 24. September in eine Activation Order (Actord) um, und zwar ebenfalls am 13. Oktober, dem Tag, an dem Holbrooke sein Übereinkommen mit Milošević getroffen hatte. Actord sah in Phasen verlaufende, begrenzte Luftangriffe vor, die innerhalb von 96 Stunden starten würden. Damit sollte der serbischen Führung signalisiert werden, dass trotz ihres Einlenkens das Damoklesschwert eines Militärschlages weiterhin über ihr schwebt. Sollte sich Belgrad nicht an den soeben ausgehandelten Kompromiss halten, würden die Nato-Jets umgehend zu Attacken starten. Dazu meinte Nato-Generalsekretär Javier Solana:

„A few hours ago we were briefed by Ambassador Holbrooke reporting that there has been progress. He stressed that the progress was largely due to the pressure of the Alliance in the last few days and that we have to maintain this pressure in order to ensure that the pressure continues. In response, just a few minutes ago, the North Atlantic council decided to issue activation-orders – ACTORDS – for both limited air strikes and a phased air campaign in Yugoslavia (. . .) The Federal Republic of Yugoslavia has still not complied fully with UNSCR 1199 and time is running out. (. . .) I still believe that diplomacy can succeed and the

²⁴³ Petritsch/Pichler: Kosovo, 137 u. f.

use of military force can be avoided. The responsibility is on President Milošević's shoulder. He knows what he has to do."²⁴⁴

Die Worte Solanas zeigen unter anderem, dass sich in der Nato zunehmend folgende Denkweise durchsetzte: Man müsse nur möglichst viel Druck auf Milošević ausüben und dieser lenkt ein. Aus diesen Erfahrungen mit der serbischen Führung speisten sich auch die Hoffnungen während und nach den gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen, dass kurze, beschränkte Luftangriffe genügen würden, um Miloševićs Zustimmung zum internationalen Friedensplan zu erreichen.

Allgemein wurde das Oktober-Abkommen zwischen Holbrooke und Milošević grundsätzlich positiv, aber auch mit Vorsicht aufgenommen. In EU und Nato war man sich nicht sicher, ob man der serbischen Führung über den Weg trauen könne: Milošević denke gar nicht daran, die Forderungen einzulösen und versuche nur, sich eine Atempause zu verschaffen, so die Befürchtungen. So meinte etwa US-Präsident Bill Clinton, die Versprechen bedeuteten noch keine Einhaltung. „Die Friedhöfe des Balkans sind voll mit den gebrochenen Versprechen von Präsident Slobodan Milošević“, sagte Clinton in New York. Der britische Premier Tony Blair sprach zwar von einem Durchbruch, fügte aber hinzu, dass die Nato weiterhin zu einer Intervention bereit sei.²⁴⁵

Dass die serbischen Truppen im Kosovo verbleiben und ihre Repressionen gegen die albanische Zivilbevölkerung fortsetzen, sollte durch die Überwachung durch Nato-Flugzeuge und die Präsenz der OSZE-Beobachter verhindert werden. Diese durften sich gemäß Vereinbarung im ganzen Kosovo ungehindert bewegen und weitermelden, was in der Provinz geschah. Die Beobachter waren selbst jedoch unbewaffnet. Im benachbarten Mazedonien baute die Nato deshalb die so genannte Extraction-Force auf, eine Militärtruppe, die die Mitglieder der OSZE-Mission notfalls aus dem Kosovo herausholen sollte. Zudem blieb die Activation Order der Nato aufrecht, die jederzeit den Einsatz westlicher Luftstreitkräfte gegen Jugoslawien möglich machte.

Neben all den serbischen Unwägbarkeiten hatte das Abkommen einen anderen, viel gewaltigeren Schönheitsfehler: die Albaner waren nicht eingebunden. Dieser Umstand sollte sich in der Folge als Hindernis für ein Ende der Gewalt im Kosovo herausstellen. Als die USA im Zuge der Holbrooke-Mission mit Serbiens Präsidenten Milutinović die 11 Prinzipien zur Lösung des Kosovo-Problems vereinbarten, wurden die Albaner nicht direkt konsultiert. Vor allem die Vertreter der Untergrundarmee UÇK hätten zu diesem Zeitpunkt ohnehin einen

²⁴⁴ Zitiert aus Weller: Crisis in Kosovo, 278

²⁴⁵ Die Presse: Durchbruch, aber große Skepsis – „Krise noch nicht überwunden“, 14. Oktober 1998, S. 5

Verbleib Kosovos bei Jugoslawien nicht akzeptiert, auch wenn die Provinz weitgehende Autonomie zurückerhalten hätte. Was noch schwerer wiegen sollte: Holbrooke hatte zwar Milošević den Abzug eines Teils der serbischen Truppen aus dem Kosovo abgerungen. Die UÇK verpflichtete sich im Gegenzug aber nicht dazu, die Kampfhandlungen einzustellen. Die albanischen Rebellen waren an den Verhandlungen in Belgrad nicht beteiligt, folglich war mit ihnen auch nichts vereinbart worden.

Zwar gelang es am 21. Oktober dem EU-Sonderbeauftragten Wolfgang Petritsch, Ibrahim Rugova eine öffentliche Erklärung abzurufen, in der der Albaner-Führer das Holbrooke-Milošević-Abkommen unterstützte. Die UÇK fühlte sich an derartige Aufrufe Rugovas aber keineswegs gebunden. Laut den späteren Aufzeichnungen Petritschs ließ sie vielmehr verlauten, dass ihre Zustimmung zu einem Waffenstillstand von einem Sicherheitsannex abhängig sei. Dieser müsse vorsehen, dass die serbischen und jugoslawischen Einheiten vollständig aus dem Kosovo abziehen und durch eine nach ethnischen Proporz zusammengesetzte kosovarische Polizei ersetzt werden.²⁴⁶ Davon war aber im Holbrooke-Milošević-Abkommen keine Rede. Derartiges hätte die serbische Führung zum damaligen Zeitpunkt auch gar nicht akzeptiert.

Am 15. Oktober unterzeichnete der Nato-Befehlshaber für Europa, US-General Wesley Clark, mit dem jugoslawischen Generalstabschef Momčilo Peršišić ein Abkommen über die Überwachung des Kosovo-Luftraums durch Nato-Flugzeuge. Am 16. Oktober folgte das Abkommen über die Kosovo Verification Mission (KVM), die internationale Beobachtermission, das vom damaligen OSZE-Vorsitzenden Bronislav Geremek und dem jugoslawischen Außenminister Živadin Jovanović unterschrieben wurde. Darin wird KVM unter anderem unbegrenzte Bewegungsfreiheit innerhalb des Kosovo und den Mitgliedern der Mission diplomatischer Status zugestanden.²⁴⁷

Abgesegnet wurden die Vereinbarungen zwischen Holbrooke und Milošević beziehungsweise die in der Folge geschlossenen Abkommen vom 15. und 16. Oktober schließlich auch von den Vereinten Nationen. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 24. Oktober die Resolution 1203. Darin wird festgehalten, dass die Situation im Kosovo nach wie vor eine Bedrohung von Frieden und Sicherheit in der Region darstelle, die internationale Gemeinschaft aber nach wie vor die territoriale Integrität Jugoslawiens anerkenne. Belgrad wird aufgefordert, die zuvor geschlossenen Abkommen umzusetzen. Aber auch von der Führung der Kosovo-Albaner wird verlangt, zur friedlichen Beilegung des Konflikts beizutragen. So heißt es in der Resolution unter anderem:

²⁴⁶ Petritsch/Pichler: Kosovo, 148

²⁴⁷ Weller: Crisis in Kosovo, 293

„The Security Council, (. . .)

Condemning all acts of violence by any party, as well as terrorism in pursuit of political goals by any group or individual, and all external support for such activities in Kosovo, including the supply of arms and training for terrorist activities in Kosovo, and expressing concern at the reports of continuing violations of the prohibitions imposed by resolution 1160 (...)

Deeply alarmed and concerned at the continuing grave humanitarian situation throughout Kosovo and the impending humanitarian catastrophe, and re-emphasizing the need to prevent this from happening (. . .)

Reaffirming the commitment of all Member States to the sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia,

Affirming that the unresolved situation in Kosovo (. . .) constitutes a continuing threat to peace and security in the region,

Acting under Chapter VII of the Charter of the United Nations,

1. Endorses and supports the agreements signed in Belgrade on 16 October 1998 (...) and on 15 October 1998 (. . .), and demands the full and prompt implementation of these agreements by the Federal Republic of Yugoslavia;

2. Notes the endorsement by the Government of Serbia of the accord reached by the President of the Federal Republic of Yugoslavia and the United States Special Envoy (. . .), and calls for the full implementation of these commitments;

3. Demands the Federal Republic of Yugoslavia comply fully and swiftly with resolutions 1160 (1998) and 1199 (1998) and cooperate fully with the OSCE Verification Mission in Kosovo and the NATO Air Verification Mission over Kosovo according to the terms of the agreements referred to in paragraph 1 above;

4. Demands also the Kosovo Albanian leadership and all other elements of the Kosovo Albanian community comply fully and swiftly with resolutions 1160 (1998) and 1199 (1998) and cooperate fully with the OSCE Verification Mission in Kosovo. (. . .)

10. Insists that the Kosovo Albanian leadership condemn all terrorist actions, demands that such actions cease immediately and emphasises that all elements in the Kosovo Albanian community should pursue their goals by peaceful means only (. . .)”²⁴⁸

Die serbische Seite hielt sich zunächst an die Vereinbarungen. Ein Teil der serbischen Truppen wurde abgezogen, die Kämpfe im Kosovo flauten ab, und dadurch verbesserte sich

²⁴⁸ Zitiert aus: Weller: The Crisis in Kosovo; S. 191 und folgende

die humanitäre Situation. Laut dem UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR kehrten innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung der Belgrader Abkommen 50.000 albanische Flüchtlinge in ihre Häuser zurück.²⁴⁹

Doch die vorläufige Entschärfung der Lage im Kosovo war nur die Ruhe vor dem Sturm. Die kosovo-albanische Untergrundarmee UÇK war durch die vorangegangenen serbischen Militäroperationen in die Defensive geraten. Nun zogen sich die serbischen Einheiten zurück. Die UÇK, die sich zu keinerlei Abkommen verpflichtet hatte, nützte dies in den kommenden Monaten, um erneut ihren Machtbereich auf weite Teile der Provinz auszudehnen. Doch auch die Führung in Belgrad hielt vorerst nur wegen des enormen Drucks von außen still. Sie hatte durch ihr Verhalten seit Beginn des Konflikts klargemacht, dass sie das Kosovo-Problem mit massiver Polizeigewalt zu „lösen“ gedachte. An dieser Sicht hatte sich auch nach den serbischen Zugeständnissen vom Oktober 1998 nichts geändert. Der Nato-Oberkommandierende in Europa, General Clark, berichtete später, dass Milošević in einer Unterredung Ende Oktober keinen Zweifel daran gelassen habe, welche „Lösungsmethode“ er bevorzuge: „Wir wissen, wie wir mit diesen albanischen Mördern umgehen, General Clark“, habe der jugoslawische Präsident damals gesagt und daran erinnert, wie die Tito-Partisanen die albanischen Freischärler unter Shaban Polluzha bekämpft hatten, die sich Ende des Zweiten Weltkrieges gegen eine kommunistische Machtübernahme gewehrt hatten. „Wir haben das schon einmal gemacht, in Drenica 1946“, so Milošević. „Wir haben sie getötet. Es hat lange gedauert, aber wir haben sie alle getötet.“²⁵⁰

4.4. Die OSZE-Mission im Kosovo

4.4.1. Die schwierigen Ausgangsbedingungen der Mission

Anfang November begannen im Kosovo die Vorbereitungen für die Kosovo Verification Mission (KVM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Entsendung der Beobachter zog sich jedoch über die kommenden Monate hin. Dazu kamen logistische Probleme: Es mangelte an Fahrzeugen und Unterkünften für die Verifikatoren.²⁵¹ Bis Jahresende 1998 waren beispielsweise erst 67 der vorgesehenen 187

²⁴⁹ Weller, S. 302 und folgende

²⁵⁰ Judah: War and Revenge, 187

²⁵¹ Die Presse (Schneider, Wieland): Zu wenig Autos und teures Telefonieren, 9. Jänner 1999, S. 4

deutschen KVM-Beobachter in der Krisenregion eingetroffen.²⁵² Die OSZE-Mitgliedstaaten hatten Schwierigkeiten, in der vorgesehenen Zeit das nötige Personal für den Einsatz zu rekrutieren. Zudem machten die jugoslawischen Behörden Probleme: Die OSZE-Beobachter genossen zwar diplomatische Immunität, waren aber nicht von der für Jugoslawien geltenden Visumpflicht entbunden. Über die Erteilung der Einreisevisa hatte Belgrad Mitspracherecht, wer als Beobachter im Kosovo tätig sein durfte und wer nicht.²⁵³

Die Entsendung eines Mannes konnten die jugoslawischen Behörden freilich nicht verhindern, obwohl ihnen das ein großes Anliegen gewesen wäre: die von KVM-Chef William Walker. Der US-Diplomat war vor seinem Einsatz im Kosovo Leiter der UN-Übergangsverwaltung in Ostslawonien, der bis Ende der neunziger Jahre serbisch kontrollierten Region im Osten Kroatiens, gewesen. Was Walker für die Belgrader Führung aber so verdächtig machte, war seine frühere Tätigkeit außerhalb des Balkans: Der Diplomat war US-Botschafter in El Salvador gewesen, zu einer Zeit, in der die USA in Mittelamerika über ihre Geheimdienste antikommunistische Rebellen unterstützt und kommunistische Guerilleros bekämpft hatte. Die jugoslawischen Behörden gingen davon aus, dass Walker aufgrund seines damaligen Postens in El Salvador über enge Kontakte zur CIA und anderen US-Geheimdiensten verfügte. Washington habe somit quasi einen Agenten zum Chef der OSZE-Beobachter im Kosovo gemacht, hieß es in Belgrad. Die Albaner wiederum hegten Misstrauen gegenüber Walkers Stellvertreter Gabriel Keller. Sie sahen in dem ehemaligen Geschäftsträger der französischen Botschaft in Belgrad einen Diplomaten mit klar proserbischer Haltung.²⁵⁴

Im Kosovo selbst zeigte sich sehr rasch, welche Probleme in den kommenden Wochen auf die KVM und die internationale Gemeinschaft zukommen sollten. Bereits Anfang November warnten die Vereinten Nationen davor, dass die kosovo-albanische Untergrundarmee UÇK den serbischen Rückzug dazu nutze, um wieder weite Teile der Provinz in Besitz zu nehmen. Die Rebellen würden wieder „massiv auftreten“ und offen Kontrollposten an den Straßen errichten. Zuvor hatte der Generalstab der UÇK in einer Aussendung erklärt, dass er nicht gewillt sei, sich mit einer Lösung für Kosovo abzufinden, die weniger bringe als die Unabhängigkeit. Journalisten berichteten Anfang November aber auch davon, dass albanische Rückkehrer trotz des offiziellen serbischen Abzugs durch ständige Patrouillen schwer bewaffneter serbischer Sicherheitskräfte verunsichert würden.²⁵⁵

²⁵² Die Presse (Rathfelder, Erich): Heikle Mission mit vielen Schwachstellen, 9. Jänner 1999, S. 4

²⁵³ Ebenda

²⁵⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, 141 / Judah: War and Revenge, 189

²⁵⁵ Die Presse: UÇK zeigt wieder Flagge, 6. November 1998, S. 1 / Die Presse: Der Krieg kehrt durch die Hintertür zurück, 6. November 1998, S. 5

Der UÇK-Feldkommandant für den Westkosovo, Ramush Haradinaj, gestand später ein, dass das Holbrooke-Milošević-Abkommen und die OSZE-Mission der Untergrundarmee die nötige Atempause verschafft hatten, um sich von den schweren Rückschlägen im Kampf gegen die Serben zu erholen:

*„You have to understand that due to the difficult situation that we were in, we were interested to be able to breath so to speak for a period of time. Actually, the agreement was life saving for the KLA. As far as the Dukagjini region is concerned the agreement had an important significance, and has helped us a lot for the renewal of the army.“*²⁵⁶

Westliche Militärbeobachter meldeten, dass sich die Albaner-Rebellen auch mit modernen Waffen ausgerüstet hätten. In den Arsenalen der Untergrundkämpfer seien hocheffiziente amerikanische Barret-Scharfschützengewehre aufgetaucht. Anfang November äußerte auch der damalige OSZE-Vorsitzende, Polens Außenminister Bronislaw Geremek, vor Journalisten in Wien die Befürchtung, dass die UÇK nach dem Winter, etwa im März, eine neue Offensive starten und damit einen serbischen Gegenschlag provozieren könnte.²⁵⁷ Am 12. November zeigte sich dann auch UN-Generalsekretär Kofi Annan in einem Report besorgt über die Aktivitäten der UÇK:

*„Recent attacks by Kosovo Albanian paramilitary units have indicated their readiness, capability and intention to actively pursue the advantage gained by the partial withdrawal of the police and military formations. Reports of new weapons, ammunition and equipment indicate the capacity of those units to resupply themselves is still fairly good“*²⁵⁸

Über die Aktionen der UÇK meinte später auch der US-Balkan-Sondervermittler Richard Holbrooke:

*„The KLA (Anm.: UÇK) was arming, the KLA taking very provocative steps in an effort to draw the west into the crisis. That was ultimately successful, the Serbs were playing right into the KLA’s hands by committing atrocity after atrocity, way overreacting, wiping out entire villages, outrageous actions which had to be responded to.“*²⁵⁹

Den USA war bereits vor dem Winter klar, dass spätestens im Frühjahr der Ausbruch neuer schwerer Kämpfe drohte, sollte bis dahin keine für alle Seiten akzeptable politische

²⁵⁶ Hamzaj, Bardh: A Narrative about War and Freedom – Dialog with the Commander Ramush Haradinaj, Prishtina 2000, S. 115

²⁵⁷ Die Presse (Bischof, Burkhard): Geremeks Sorge mit dem Kosovo – Schlägt die UÇK im Frühjahr zu?, 13. November 1998, S. 6

²⁵⁸ Zitiert aus Weller: Crisis in Kosovo, 302

²⁵⁹ Zitiert aus Judah: War and Revenge, 191

Lösung für den Kosovo gefunden werden. Und es war auch augenscheinlich, dass die Streitparteien bereits begannen, sich auf diesen neuen Waffengang vorzubereiten. Das Fenster für ein Friedensabkommen stehe nur noch vier Monate, etwa bis Ende des Winters, offen, meinte Ende November der militärische Nato-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Wesley Clark: *„Es geht um diesen Zeitraum, in dem die militärischen Kräfte wiederaufgebaut werden. Es gibt keinen Zweifel, dass sich beide Seiten darauf vorbereiten, was passiert, wenn kein Friedensabkommen zustande kommt. Kein Zweifel, dass es dann zu einer neuen Runde der Kämpfe kommen wird, und zwar zu noch intensiveren als jenen, die wir bisher gesehen haben.“*²⁶⁰

Die bevorstehenden Großoffensiven, verbunden mit Vertreibungen und Gräueltaten, warfen bereits im November 1999 ihre Schatten voraus. In den kommenden Monaten fanden sich die OSZE-Beobachter in einem Sumpf aus neuen Gefechten, politischen Morden, Entführungen, Massakern und zahllosen Provokationen wieder. Der UÇK war es gelungen, die wichtige Verkehrsverbindung Priština – Podujevo/Podujeva unter ihre Kontrolle zu bringen. Ab Ende Dezember versuchten die serbischen Truppen mit mehreren Offensiven, diese Strecke wieder zurückzuerobern. Zu besonders heftigen Gefechten kam es rund um den 24. Dezember in der Llap-Region. Anfang Jänner meldeten KVM-Beobachter, dass Häuser an der Hauptstraße von Podujevo Richtung Süden niedergebrannt und zerstört worden seien. Bei der serbischen Offensive im Raum Podujevo wurden auch Panzereinheiten der jugoslawischen Armee eingesetzt, rund 30.000 Albaner flüchteten vor den Kämpfen aus ihren Dörfern. In mehreren Städten wurden wiederum serbische Zivilisten Opfer von Attentaten, etwa in Kosovska Mitrovica, Priština, Podujevo und Peć.²⁶¹

Den Beobachtern der OSZE gelang es zwar in einigen Fällen, gefährliche Situationen zu entschärfen – etwa bei der Vermittlung der Freilassung verschleppter jugoslawischer Soldaten am 13. Jänner.²⁶² Die neuen Gefechte zwischen Albaner-Rebellen und serbischen Einheiten konnte KVM aber nicht verhindern.

²⁶⁰ Die Presse (Unterberger, Andreas): Nato-Kommandant: Nach dem Winter droht neuer Krieg, 20. November 1998, S. 6

²⁶¹ Jurekovič, Predrag: Die politische Dimension des Krieges im Kosovo und in der BR Jugoslawien – Konfliktentwicklung, politische Initiativen der Staatengemeinschaft, Auswirkungen auf das Umfeld, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000, S. 55, 56 / OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Kosovo – Kosova, As Seen, As Told – An analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999, S. 301 u. f. / Troebst, Stefan: The Kosovo War, Round One: 1998, aus: Südost-Europa – Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jahrgang 1999, München 1999, S. 189

²⁶² Die Presse (Mappes-Niediek, Norbert): UÇK zeigt befreites Gebiet und lässt serbische Geiseln frei, 14. Jänner 1999, S. 5

4.4.2. Das Massaker von Račak/Rečak

Der Höhepunkt dieser prekären Entwicklung war das Massaker von Račak/Rečak. Nachdem Anfang Jänner 1999 rund um die Stadt Štimlje/Shimje mehrere serbische Polizisten bei Angriffen der UÇK ums Leben gekommen waren, begannen die serbischen Sicherheitskräfte, in der betroffenen Region Truppen zusammenzuziehen. Am Morgen des 15. Jänner starteten diese einen Angriff auf das von Rebellen gehaltene Dorf Račak. Nach heftigen Schießereien zog sich die UÇK zurück und serbische Truppen drangen in den Ort ein. Am Morgen entdeckten OSZE-Beobachter die Leichen von 45 Kosovo-Albanern. Elf Tote wurden in den Häusern des Dorfes gefunden, elf weitere an verschiedenen Stellen rund um Račak. Besonders geschockt zeigten sich die Angehörigen der KVM aber über eine schaurige Entdeckung, die sie in einem Graben machten. Dort lagen 23 Leichen – allem Anschein nach albanische Zivilisten – die exekutiert worden waren. Albanische Dorfbewohner gaben zu Protokoll, dass serbische Einheiten die Opfer ermordet hätten.²⁶³

Der Chef der KVM, William Walker, sprach denn auch sofort von einem Massaker, für das er die serbischen Truppen verantwortlich machte – sehr zum Missfallen der serbischen Behörden und seines eigenen Stellvertreters Gabriel Keller. Der Franzose, der über gute Beziehungen zu Belgrad verfügte, zog in Zweifel, dass es sich um ein Verbrechen an Zivilisten gehandelt habe. Gerüchte machten die Runde, die UÇK habe gefallenen Kämpfern Zivilkleidung angezogen und die Toten in den Graben gelegt, um so ein Massaker vorzutäuschen.²⁶⁴ Diese Version wurde auch von den serbischen Behörden vertreten. Sie bestritten vehement, dass ihre Sicherheitskräfte albanische Zivilisten ermordet hätten. Vielmehr handle es sich um ein gemeinsames Komplott der UÇK und des US-Geheimdienstes, vertreten durch KVM-Chef Walker. Der amerikanische Diplomat habe im Auftrag der US-Regierung in Račak „Lügen“ über ein serbisches Verbrechen verbreitet, mit dem Ziel, einen Vorwand für einen Nato-Einsatz gegen Belgrad zu liefern, schrieben auch später dem Milošević-Regime nahestehende serbische Autoren.²⁶⁵

Die serbische Führung versuchte erbost, Walker des Landes zu verweisen, scheiterte jedoch am Widerstand der OSZE und insbesondere der USA. Diese drohten Serbien erneut mit einem Militärschlag. Belgrad verweigerte auch Vertretern des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (ICTY) die Einreise in

²⁶³ Judah: *War and Revenge*, 192 u. f. / Petritsch/Pichler: *Kosovo*, 159 u. f. / ODIHR: *Kosovo – Kosova*, As Seen, As Told, 353 u. f. / Die Presse (Eddy, Melissa): „Mein Gott, was für ein schreckliches Leben!“, 18. Jänner 1999, S. 4 / News (Odehnal, Bernhard): *Massaker in Račak*, 21. Jänner 1999, S. 57 - 59

²⁶⁴ Judah: *War and Revenge*, 194

²⁶⁵ Mićović, Vojislav: *The Aggression against Yugoslavia – The “Angel of Mercy” of the New World Order*, Belgrade 2000, S. 169 u. f.

den Kosovo.²⁶⁶ Es willigte jedoch ein, dass finnische Gerichtsmediziner unter der Leitung von Professor Helena Ranta die Leichen untersuchten. Diese Aufgabe war für die Mediziner nicht ganz einfach. Sie bekamen die Toten erst sieben Tage nach der Aktion in Račak zu Gesicht. Zu diesem Zeitpunkt waren die Leichen längst von ihrem Fundort weggeschafft und bereits von serbischen und weißrussischen Gerichtsmedizinern untersucht worden. Zudem standen Ranta und ihr Team wegen der politischen Brisanz der Geschehnisse unter großem Druck.²⁶⁷ Der erste von Rantas Berichten erschien erst am 17. März 1999. Ranta wollte darin nicht darauf eingehen, ob der Vorfall ein Massaker gewesen sei. Dies könne aufgrund der gerichtsmedizinischen Untersuchungen nicht geklärt werden. Überdies sei „Massaker“ kein wissenschaftlicher Begriff.

*„Such a conclusion does not fall within the competence of the EU Forensic Team. (. . .) The term massacre cannot be based on medicolegal facts only but is a legal description of the circumstances surrounding the death of persons as judged from a comprehensive analysis and available information.“*²⁶⁸

Im Gegensatz zu den serbischen Darstellungen bekräftigten die Gerichtsmediziner jedoch, dass es sich allen Hinweisen zufolge bei den Opfern um „unbewaffnete Zivilisten“ gehandelt habe:

*„The clothing wore no identifying badges or insignia of any military unit. No indication of removing of badges or insignia was evident. Based on the autopsy findings (e. g. bullet holes, coagulated blood) and photographs of the scenes, it is highly unlikely that clothes could have been changed or removed. (. . .) Among those autopsied, there were several elderly men and only one woman. There were no indications of the people being other than unarmed civilians.“*²⁶⁹

Im Resümee eines Endberichts vom März 2000 erklärten die finnischen Forensiker zudem, dass bei späteren Untersuchungen im November 1999 Kugeln und Patronenhülsen rund um den Graben gefunden worden seien, in dem im Jänner 1999 die albanischen Leichen lagen.

„Several bullets and bullet fragments were found at a depth of 0 – 15 cm. The location of the victims, as verified by OSCE on 16 January 1999, and the sites of recovery of bullet fragments coincide (. . .) Moreover, cartridge cases were recovered on the surface of the

²⁶⁶ Die Presse: USA drohen Belgrad offen mit einer Militärintervention, 20. Jänner 1999, S. 1 / Die Presse (Vujojić, Oliver): „OSZE-Missionschef ist ein Agent der USA“ – Belgrad eröffnet Jagd auf Volksfeinde, 20. Jänner 1999, S. 3

²⁶⁷ Petritsch/Pichler: Kosovo, 162 u. f.

²⁶⁸ Zitiert aus Weller: The Crisis in Kosovo, 333 - 335

²⁶⁹ Ebenda

*ground, occasionally under leaves and silt. The majority of cartridge cases, recovered by the Team, were found in the bushes lining the gully.”*²⁷⁰

Diese Berichte von Rantas Team legen nahe, dass – wie von KVM angegeben – in Račak sehr wohl albanische Zivilisten an einem Graben erschossen worden sind. Einige Autoren wie etwa der österreichische Journalist, Malte Olschewski, ziehen diese Darstellung aber nach wie vor in Zweifel. Olschewski behauptet, die habe UÇK gefallene Kämpfer in Zivilkleidung beziehungsweise bei Gefechten getötete Zivilisten zusammengetragen und in den Hohlweg gelegt. So habe man gemeinsam mit KVM-Chef Walker für die westlichen Medien ein „Verbrechen“ inszeniert, um ein auslösendes Moment für die „längst beschlossenen“ Nato-Luftangriffe zu haben.²⁷¹ Zusammen mit anderen Publizisten, wie etwa dem Österreicher Hannes Hofbauer, sieht Olschewski in den Geschehnissen von Račak nur einen weiteren Baustein bei der angeblich mutwilligen Zerschlagung Jugoslawiens durch den Westen. Račak habe geradewegs zur – laut Olschewski – „wahrscheinlich düstersten Intrige der Nachkriegszeit“²⁷² geführt: den Kosovo-Verhandlungen in Rambouillet. Diese seien ein abgekartetes Spiel gewesen, mit dem Ziel, Serbien unerfüllbare Bedingungen aufzuerlegen, um so einen Grund für eine Militärintervention zu finden.

Das Massaker von Račak und die internationale Empörung darüber hatten der Idee, in Rambouillet eine internationale Kosovo-Konferenz nach Vorbild der Dayton-Verhandlungen für Bosnien abzuhalten, zweifellos Auftrieb verschafft. Es hatte als blutiges Einzelereignis der Weltöffentlichkeit demonstriert, dass für Kosovo endlich eine Lösung gefunden werden musste. Es waren aber nicht allein die Geschehnisse in Račak, die im Jänner 1999 klarmachten, dass das Holbrooke-Milošević-Abkommen und die OSZE-Beobachter nicht ausreichten, um Frieden im Kosovo zu gewährleisten. In mehreren Teilen des Kosovo waren die Kämpfe zwischen serbischen Einheiten und der UÇK wieder voll im Gange. Laut Schätzungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR waren rund um den 22. Jänner 200.000 Kosovo-Albaner aus ihren Dörfern geflüchtet.²⁷³ Internationalen Militärs war klar, dass beide Seiten bereits für die große Auseinandersetzung im kommenden Frühjahr rüsteten. Zudem hatte sich in den vergangenen Monaten gezeigt, dass wegen der Nichteinbindung der UÇK beim Holbrooke-Milošević-Abkommen die Rechnung ohne einen der Wirte gemacht worden war. Vor allem der österreichische Diplomat und EU-Sondervermittler Wolfgang

²⁷⁰ Archiv Petritsch, zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 164

²⁷¹ Olschewski, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo – Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000, S. 316 und folgende

²⁷² Olschewski: Von den Karawanken bis zum Kosovo, 321

²⁷³ Weller: Crisis in Kosovo, 322 u. f.

Petritsch hatte schon frühzeitig erkannt, dass man nicht umhin komme, auch die albanischen Rebellen in die Vermittlungsbemühungen miteinzubeziehen.²⁷⁴ Nun, Ende Jänner 1999, bemühte er sich, die Spitzen der UÇK für die Teilnahme an Friedensverhandlungen zu gewinnen, auch mit der Androhung „negativer Konsequenzen“ bis hin zu militärischen Maßnahmen, sollten sich die Rebellen an dem Dialog nicht beteiligen.²⁷⁵

Am 29. Jänner 1999 setzten die Mitglieder der Balkan-Kontaktgruppe bei einem Treffen in London schließlich Belgrad und den Kosovo-Albanern eine Frist bis 6. Februar. Bis dahin müssten sie mit Friedensverhandlungen unter internationaler Leitung beginnen. Als Ort für die Gespräche wurde Rambouillet bei Paris festgelegt.²⁷⁶ Dort sollte unter Einbindung aller maßgeblichen Kräfte der Streitparteien ein Ende der Kämpfe erreicht und endlich eine dauerhafte Lösung für den Kosovo gefunden werden. Die OSZE-Mission im Kosovo wurde während der Verhandlungen fortgeführt. Als sich ein Scheitern der Gespräche abzeichnete, konnten die KVM-Beobachter aber nur noch dabei zusehen, wie im Kosovo alles für den großen militärischen Showdown vorbereitet wurde. Belgrad begann, seine Einheiten in der Provinz massiv zu verstärken und dabei die vereinbarte Obergrenze von 30.000 Mann deutlich zu überschreiten. Die Verlegung zusätzlicher Truppen an die Grenze zu Mazedonien führte zur Vertreibung der Bevölkerung in diesem Raum.²⁷⁷ Vor den Augen der OSZE starteten serbische Einheiten immer wieder Attacken auf die UÇK, Aktionen die Teils als „Manöver“ oder „Truppenverlegungen“ getarnt wurden.²⁷⁸

Den KVM-Beobachtern war es mit zum Teil extrem hohem persönlichen Einsatz gelungen, in vielen Einzelfällen Erfolge zu erzielen: Es gab lokale Erfolge bei der Vermittlung zwischen den serbischen Einheiten und den albanischen Rebellen. In einigen Gegenden des Kosovo konnte relative Ruhe hergestellt werden. Der Austausch von Gefangenen wurde organisiert, politischen Häftlingen bei Gerichtsverhandlungen beigestanden. Dazu kam Informationsgewinnung über das Schicksal verschleppter Personen und die Aufzeichnung von Menschenrechtsverletzungen beider Kriegsparteien.²⁷⁹

²⁷⁴ Giersch, Carsten: Die Europäische Union und der Krieg in Kosovo, aus: Reuter/Clewing: Kosovo, S. 504

²⁷⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): Drohung an die UÇK: Geduld ist zu Ende, 29. Jänner 1999, S. 4

²⁷⁶ Die Presse: Massaker überschattet neue Friedensinitiative, 30. Jänner 1999, S. 1

²⁷⁷ Feichtinger, Walter: Die militärstrategische und operative Entwicklung im Konfliktverlauf; aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, S. 110 / Die Presse: Weiter Hochspannung im Kosovo: Serbische Truppen marschieren auf, 26. Februar 1999, S. 4

²⁷⁸ Die Presse: Serbische Angriffe vor den Augen der OSZE, 23. Februar 1999, S. 4 / Die Presse: Serben tarnen Angriff als „Wintermanöver“, 27. Februar 1999, S. 5

²⁷⁹ Feichtinger: Die militärstrategische Entwicklung, S. 110 / Die Presse (Schneider, Wieland): Entführte im Kosovo: „Man fand sie nur noch als entstellte Leichen“, 6. April 1999, S. 4 / OSZE-Reports zur Menschenrechtslage in: OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Kosovo – Kosova, As Seen, As Told – An analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999

Die großen militärstrategischen Entwicklungen im Kosovo und die Entwicklungen auf der internationalen diplomatischen Bühne konnten die Verifikatoren der OSZE freilich nicht beeinflussen: die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes durch die UÇK; die serbischen Offensiven und die daraus resultierenden Flüchtlingsströme; die Massaker und schweren Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung; das Scheitern der Friedensverhandlungen in Rambouillet und Paris. Die KVM fand schließlich am 20. März 1999 ihr Ende. Nur kurz vor dem Beginn der Nato-Luftoffensive gegen Serbien zogen die rund 1300 OSZE-Beobachter aus dem Kosovo ab.

4.5. Die Verhandlungen von Rambouillet

Wegen der sich zuspitzenden Lage im Kosovo hatte sich die Balkan-Kontaktgruppe darauf geeinigt, Vertreter der Streitparteien zu einer Friedenskonferenz ins französische Rambouillet einzuladen. Eine Einladung, die de facto einer Vorladung gleichkam. Denn über Serbien schwebte weiterhin das Damoklesschwert von Nato-Luftangriffen. Die USA hatten schon nach dem Massaker von Račak Serbien offen mit einer Militäraktion gedroht. Sie schienen nun fest entschlossen, Gewalt anzuwenden, sollte Belgrad den Forderungen der Kontaktgruppe nicht nachkommen. Diese hatte am 29. Jänner 1999 Serben und Albanern ein Ultimatum gestellt: Bis 6. Februar müsse mit Friedensverhandlungen begonnen werden; diese müssten innerhalb weniger Wochen abgeschlossen sein. Am 30. Jänner ermächtigte der Nato-Rat Nato-Generalsekretär Javier Solana, Luftschläge gegen Jugoslawien anzuordnen. Aber auch den Kosovo-Albanern wurden Konsequenzen angedroht, sollten sie den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nicht nachkommen. So hieß es in der Stellungnahme des Nato-Rats unter anderem:

*„ (. . .) NATO is ready to take whatever measures are necessary in the light of both parties' compliance with the demands of international commitments and requirements (. . .) The council therefore agreed today that the NATO Secretary General may authorize air strikes against FRY territory. (. . .) NATO will take all appropriate measures in case of a failure by the Kosovar Albanian side to comply with the demands of the international community. NATO is also studying how to support measures to curb arms smuggling into Kosovo.“*²⁸⁰

²⁸⁰ Weller: Crisis in Kosovo, 416

Bei einem Treffen am 22. Jänner hatte die Balkan-Kontaktgruppe bereits einen Grundlagenkatalog für die kommenden Gespräche veröffentlicht. Darin wurden wichtige Eckpunkte für den Verhandlungsprozess sowie für ein künftiges Abkommen für Kosovo vorgegeben, an denen nicht mehr gerüttelt werden sollte. Die wichtigsten dieser sogenannten „Non-Negotiable Principles“ waren:

1. Die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens soll bei einer künftigen Lösung für den Kosovo gewahrt bleiben.
2. Der Kosovo soll ein hohes Maß an Selbstverwaltung mit eigener Legislative, Exekutive und Jurisdiktion erhalten.
3. Nach einer dreijährigen Periode soll der endgültige Status des Kosovo festgelegt werden. Der Interimsstatus für den Kosovo darf nicht unilateral verändert werden.
4. Amnestie für politische Gefangene. Niemand darf wegen der Kämpfe im Kosovo gerichtlich verfolgt werden, sofern er sich nicht Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat.
5. Der internationalen Gemeinschaft kommt bei der Lösung der Kosovo-Frage eine wichtige Rolle zu. Die OSZE und andere internationale Organisationen müssen an der Implementierung eines Abkommens und der Überwachung der Menschenrechte beteiligt werden.²⁸¹

Der von Belgrad nicht anerkannte Präsident der Kosovo-Albaner, LDK-Chef Ibrahim Rugova, sagte relativ rasch seine Teilnahme an den Gesprächen in Rambouillet zu. Doch die UÇK zögerte noch. In den „Non-Negotiable Principles“ der Kontaktgruppe war nur von einem hohen Maß an Selbstverwaltung für den Kosovo und von der territorialen Integrität Jugoslawiens die Rede. Das war der UÇK zu wenig. Sie verlangte nach wie vor die völlige Unabhängigkeit von Serbien. So meinte etwa der UÇK-Sprecher für Österreich, Sabri Kiçmari, am 29. Jänner, dass für seine Organisation eine Autonomie Kosovos innerhalb Serbiens oder Jugoslawiens nicht in Frage komme. Eine längerfristige friedliche Lösung auf dem Balkan sei nur mit einem unabhängigen Kosovo möglich.²⁸² Der heftigste Widerstand innerhalb der UÇK gegen die Verhandlungen in Rambouillet kam vom politischen Repräsentanten der Untergrundorganisation, Adem Demaçi. Er könne sich nicht vorstellen, mit Leuten zu verhandeln, die „Blut an ihren Händen haben“, meinte er am 30. Jänner bei Gesprächen mit dem britischen Außenminister Robin Cook sowie den beiden am Vortag bestellten Rambouillet-Chefverhandlern Wolfgang Petritsch (EU) und Chris Hill (USA) in der

²⁸¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 167, 168

²⁸² Die Presse: Westen und Russland setzen Frist für eine Lösung im Kosovo, 30. Jänner 1999, S. 5

mazedonischen Hauptstadt Skopje. Auch nach einem weiteren Treffen weigerte sich Demaçi, persönlich an den Friedensverhandlungen bei Paris teilzunehmen. Am 3. Februar sagte aber schließlich der Chef des politischen Direktorates der UÇK, Hashim Thaçi, zu, nach Rambouillet zu kommen.²⁸³

Auch auf serbischer Seite gab es Widerstand gegen die Verhandlungen in Frankreich. Aus der Regierung in Belgrad kamen zunächst widersprüchliche Signale: Vizepremier Vuk Drašković, Chef der nationalistisch-monarchistischen Serbischen Erneuerungsbewegung SPO, befürwortete eine Teilnahme an den Friedensgesprächen. Zwar werde Jugoslawien Unrecht angetan und die „Terrororganisation“ UÇK aufgewertet, so Drašković. Serbien müsse aber trotzdem eine Delegation nach Rambouillet schicken. Vizepremier Vojislav Šešelj, Chef der ultranationalistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS), lehnte hingegen eine weitere „Internationalisierung des Kosovo-Problems“ strikt ab und forderte, den „Erpressungen der Nato“ unter keinen Umständen nachzugeben.²⁸⁴ Doch alles hing – wie damals in Belgrad üblich – von Jugoslawiens Präsidenten Slobodan Milošević ab. Dieser meinte zunächst, er werde einer Kosovo-Konferenz nur dann zustimmen, wenn diese auf jugoslawischem Territorium stattfinde. Er wollte dadurch verhindern, dass die Krise weiter internationalisiert wird. Zudem stieß er sich an der Tatsache, dass die internationalen Verhandler die Delegationen so lange auf Schloss Rambouillet kasernieren wollten, bis eine Lösung gefunden worden sei. Milošević wollte deshalb keinesfalls persönlich an den Gesprächen teilnehmen, um weiterhin in Belgrad ungestört die Fäden ziehen zu können. Angesichts der Nato-Drohung mit Luftangriffen blieb ihm aber kaum eine andere Wahl, als einer serbischen Teilnahme an der Rambouillet-Konferenz zuzustimmen. Er entschied schließlich, eine Verhandlungsdelegation nach Frankreich zu entsenden, die aus hochrangigen Verfassungsexperten bzw. Politikern der zweiten Reihe bestand. Serbiens Präsident Milan Milutinović stieß erst später dazu. Am 4. Februar segnete das serbische Parlament mit großer Mehrheit die Teilnahme an der Rambouillet-Konferenz ab. Belgrad hatte damit seinen bisherigen Standpunkt aufgegeben, keinesfalls mit der UÇK zu verhandeln.²⁸⁵

Am Abend des 6. Februar 1999 begann die Kosovo-Konferenz auf Schloss Rambouillet bei Paris. Die serbisch/jugoslawische Delegation wurde vom bekannten Verfassungsrechtler und serbischen Vizepremier Ratko Marković geleitet. Ihr gehörten auch der jugoslawische Vizepremier Nikola Šainović und Vladimir Štambuk von der Partei der

²⁸³ Petritsch/Pichler: Kosovo, 171, 172

²⁸⁴ Die Presse: Drašković gesprächsbereit – UÇK will Truppenrückzug, 2. Februar 1999, S. 5 / Der Standard (Ivanji, Andrej): Drašković: UÇK-Teilnahme legalisiert Terrorismus, 3. Februar 1999, S. 3

²⁸⁵ Petritsch/Pichler: Kosovo, 176 / Der Standard (Ivanji, Andrej): Serbien lehnt Stationierung von Truppen strikt ab, 5. Februar 1999, S. 2 / Die Presse: Serbien nimmt an Konferenz für Kosovo teil, 5. Februar 1999, S. 1

Jugoslawischen Linken (JUL) von Milošević-Gattin Mira Marković an. Um der Delegation einen „multiethnischen“ Anstrich zu verleihen, hatte Belgrad auch Vertreter der Albaner, der türkischen Minderheit des Kosovo, der Roma, der Goranci, der Muslime, der sogenannten „ägyptischen“ Minderheit sowie der nationalen Gemeinschaft der Serben und Montenegriner nach Rambouillet geschickt. Einfluss auf die Verhandlungen hatten die Minderheitenvertreter de facto aber nicht.

In der albanischen Delegation waren abgesehen von Adem Demaçi, dem politischen Repräsentanten der UÇK, alle wichtigen politischen Köpfe vertreten. Sie setzte sich aus fünf Vertretern von Rugovas Partei LDK, fünf Vertretern der UÇK, vier Angehörigen der liberalen Partei LDB und zwei parteifreien Verhandlern zusammen. Für die LDK verhandelten Kosovo-Präsident Ibrahim Rugova, Exil-Premier Bujar Bukoshi, Fehmi Agani, Edita Tahiri und Idris Ajeti. Die UÇK war unter anderem durch den Chef ihres politischen Direktorates Hashim Thaçi und ihren Sprecher Jakup Krasniqi vertreten, die LDB unter anderem durch Rexhep Qosja und Bajram Kosumi. Als parteifreie Verhandler traten der Herausgeber der Tageszeitung Koha Ditore, Veton Surroi, und der Herausgeber der Zeitung Zëri, Blerim Shala, auf. Als Delegationsleiter wurde der erst 30-jährige Thaçi ausgewählt, seine Stellvertreter waren Rugova und Qosja.²⁸⁶

Das Team der internationalen Verhandler bestand aus Chris Hill für die USA, Wolfgang Petritsch für die EU und Boris Majorski für Russland. Ihr Vorschlag für ein Kosovo-Abkommen war in einen politischen und einen militärischen Teil aufgespalten. Grundlage waren die bereits erwähnten „Non-Negotiable Principles“ der Balkan-Kontaktgruppe (*siehe oben*). Der politische Teil sah weitreichende Autonomie für den Kosovo vor. Die Provinz müsse jedoch mit Serbien beziehungsweise Jugoslawien verbunden bleiben, eine staatliche Unabhängigkeit war nicht vorgesehen. Nach drei Jahren sollte das Interimsabkommen nochmals überprüft und ein finaler Status für Kosovo gefunden werden. Für etwaige Änderungen in dem Interimsabkommen war aber die Zustimmung aller Parteien, damit auch die Belgrader, nötig. Der militärische Teil sah die Entwaffnung der UÇK bzw. ihre Auflösung als militärische Formation vor. Für die Demilitarisierung der albanischen Untergrundarmee und die Überwachung des Friedens im Kosovo sollte eine internationale Truppe sorgen. Zudem war geplant, dass Belgrad den Großteil seiner Armee- und Polizeieinheiten aus der Provinz abzieht. Die Aufgaben der serbischen Sicherheitskräfte sollte von neuen, multiethnischen Polizeieinheiten übernommen werden.²⁸⁷

²⁸⁶ Petritsch/Pichler: Kosovo, 176 u. f.

²⁸⁷ Ebenda

Bereits am Beginn der Gespräche zeigt sich, welche Punkte für die jeweilige Streitpartei von besonderer Wichtigkeit waren. Die Albaner mokierten sich darüber, dass in den politischen Vorschlägen keine Klausel festgeschrieben war, die die Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums nach drei Jahren vorsah. Die Eigenstaatlichkeit war weiterhin Fernziel aller wichtigen Kräfte der Kosovo-Albaner – nicht nur der UÇK, sondern auch der LDK. So hatte etwa Exil-Premier Bukoshi (LDK) kurz vor Verhandlungsbeginn in einem Zeitungsinterview gemeint, dass die Unabhängigkeit des Kosovo ein „irreversibler Prozess“ sei. Als Übergangslösung sei die Rückkehr zum Autonomiestatus vor 1990 aber denkbar.²⁸⁸ Zudem konnten sich vor allem die Vertreter der UÇK nicht mit der Idee anfreunden, dass sie entwaffnet und ihre Organisation aufgelöst werden sollte. Sie verlangten, dass in dem Vertrag die zukünftige Rolle der UÇK, etwa als Teil einer neuen Polizeitruppe für Kosovo, festgeschrieben werden müsse. Weiters forderten die Albaner weitreichende internationale Garantien bei der Umsetzung eines künftigen Abkommens. Für die Implementierung müsse eine Schutztruppe der Nato sorgen. Die serbisch/jugoslawische Delegation wiederum wollte nichts von der geplanten Stationierung einer Friedenstruppe wissen, geschweige denn von einer unter Nato-Kommando. Die Vertreter Belgrads waren nicht einmal bereit, über den militärischen Teil des Abkommens auch nur zu verhandeln.²⁸⁹

Die ersten Tage der Konferenz brachte die serbisch/jugoslawische Delegation damit zu, eine Unterschrift der Albaner unter einen Teil der „Non-Negotiable Principles“ der Kontaktgruppe zu fordern – und zwar unter den Teil, der unter „General Elements“ zusammengefasst war. Zwei der wichtigsten Punkte der „General Elements“ lauteten: Die territoriale Integrität Jugoslawiens muss gewahrt bleiben. Und: Änderungen am Interimsstatus für Kosovo dürfen nur in Übereinstimmung aller Parteien vorgenommen werden. Die albanische Delegation verweigerte die Unterzeichnung. Sie argumentierte, dass durch die Zusicherung der territorialen Integrität Jugoslawiens per Unterschrift die Verhandlungen über den endgültigen Status Kosovos nach drei Jahren Übergangsfrist präjudiziert würden.²⁹⁰

Am 11. Februar setzte die serbisch/jugoslawische Delegation schließlich einseitig ihre Unterschrift unter die „General Elements“ und beklagte, dass die Albaner zu Selbigem nicht bereit waren. Damit war den Serben ein PR-Coup gelungen. Denn nun schien es in der Öffentlichkeit so, als sei Belgrad kompromissbereit, die Albaner aber nicht. Dabei hatten die internationalen Verhandler gar keine Unterzeichnung der „General Elements“ gefordert.

²⁸⁸ Die Presse (Schneider, Wieland): „Die Unabhängigkeit ist ein irreversibler Prozess“, 5. Februar 1999, S. 5

²⁸⁹ Die Presse (Rathfelder, Erich): Albaner beharren auf Garantien für die Zukunft, 9. Februar 1999, S. 4 / Die Presse: Kosovo: Jugoslawien lehnt Friedenstruppe ab, 10. Februar 1999, S. 5/ Petritsch/Pichler: Kosovo, 178 u. folgende

²⁹⁰ Petritsch/Pichler: Kosovo, 179

Diese waren ja ohnehin Teil der „Non-Negotiable Principles“, die jede der Streitparteien mit ihrem Erscheinen in Rambouillet automatisch akzeptiert hatte. Zudem schien offensichtlich, dass sich die serbisch/jugoslawische Delegation auf jene Punkte bezog, in der Vorteile für die eigene Seite festgeschrieben waren.²⁹¹ Petritsch charakterisierte diese Vorgangsweise Belgrads später denn auch als „Verzögerungstaktik“²⁹². Dazu habe auch gezählt, dass das serbische Verhandlungsteam in einer völligen Kehrtwende plötzlich Direktgespräche mit der albanischen Delegation forderte. Bisher hatte Belgrad Verhandlungen mit den „UÇK-Terroristen“ ja vehement abgelehnt.²⁹³ Die Albaner waren aber gegen Direktgespräche. Sie verlangten, dass die Serben zuvor endlich ihre Stellungnahme zu den ersten Kapiteln des politischen Abkommens abgeben sollten. Diese hatten die Verhandler schon Tage zuvor den beiden Delegationen ausgehändigt, mit der Aufforderung, sie zu kommentieren. Die serbische Delegation verweigerte dies jedoch: Man wolle zuvor den gesamten Text des Abkommens sehen.

Um endlich Bewegung in die Gespräche zu bringen, gaben die internationalen Verhandler schließlich den Forderungen der serbisch/jugoslawischen Delegation nach und händigten ihr den gesamte Abkommensentwurf auf informellem Wege aus. Zudem reiste Christopher Hill gemeinsam mit französischen Diplomaten am 16. Februar nach Belgrad, um Milošević persönlich zu einer konstruktiveren Haltung zu bewegen.²⁹⁴ Schließlich gaben die serbischen Verhandler ihre ersten Kommentare zu den drei offiziell ausgegebenen Kapiteln ab. Dabei wurden aber wesentliche Teile der Entwürfe abgelehnt. Der Terminus „Kosovo“ wurde durchgehend durch die serbische Bezeichnung „Kosmet“ (Kosovo und Metohija) ersetzt, was einer Provokation für die Albaner gleichkam. Petritsch wertet diese Antwort der Serben heute als „Abweichen von Zugeständnissen wie sie bereits den Verhandlern gegenüber gemacht worden waren.“²⁹⁵ Trotzdem gingen die Vertreter von USA, EU und Russland in der Überarbeitung ihrer Vorschläge weitgehend auf die Bedenken Belgrads ein: Die Souveränität und Integrität Jugoslawiens wurde in dem Entwurf stärker betont als bisher. Zudem sah man auf Wunsch Belgrads die Einführung einer zweiten Parlamentskammer für den Kosovo vor. Darin sollten die nationalen Gemeinschaften vertreten sein. Die Albaner lehnten diesen Vorschlag ab. Sie fürchteten, die Kosovo-Serben könnten über die Nationalitätenkammer zu großen Einfluss in der Provinz gewinnen. In den neuen Text der Vermittler wurden aber nicht nur zentrale Forderungen der Serben eingearbeitet. Er ignorierte auch weitgehend die

²⁹¹ Die Presse (Rathfelder, Erich): Nato und die USA machen Druck – Belgrad setzt substanzlose Geste, 12. Februar 1999, S. 6

²⁹² Petritsch/Pichler: Kosovo, 179, 183

²⁹³ Siehe auch: Judah: War and Revenge, 203

²⁹⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, 183, 184

²⁹⁵ Ebenda

Kommentare, die die albanische Delegation in den vergangenen zehn Tagen zu den bisherigen Vorschlägen ausgearbeitet hatte. Die Albaner waren schockiert und klagten, dass ihre Kooperationsbereitschaft ausgenutzt worden sei. Sie glaubten, dass es beim Treffen Hills mit Milošević in Belgrad hinter ihrem Rücken zu Parallelverhandlungen gekommen sei.²⁹⁶ Nun begann sich die Haltung der Albaner in den für sie wichtigen Punkten zu verhärten: Sie pochten weiterhin darauf, nach drei Jahren ein Referendum abhalten zu dürfen und sperrten sich gegen eine Demilitarisierung der UÇK.

Die Serben wiederum wollten nach wie vor nichts von einer internationalen Friedenstruppe im Kosovo wissen. Vor allem die USA verlangten, dass diese Militäreinheiten – so wie in Bosnien-Herzegowina – Nato-Truppen mit UN-Mandat seien. Nur diese seien stark genug, um den schwierigen Auftrag zu bewältigen. Das hätten die Probleme der UN-Truppe Unprofor in Bosnien Anfang der neunziger Jahre klar gezeigt. Auch die albanische Delegation argumentierte, dass nur schwerbewaffnete Nato-Soldaten das Sicherheitsbedürfnis der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung befriedigen könnten. Schützenhilfe bekamen die Serben in ihrer Ablehnung der Truppe von Russland. So wurden die Kapitel „Militärisches“ am 18. Februar zwar mit Wissen, jedoch ohne die Anwesenheit des russischen Vermittlers Majorski an die beiden Delegationen ausgehändigt.²⁹⁷

Wenige Tage vor Ablauf der Frist, die die Kontaktgruppe für ein Ende der Rambouillet-Gespräche gesetzt hatte, war somit keine Einigung in Sicht. Sowohl Serben als auch Albaner lehnten das vorgeschlagene Abkommen ab. Nun warf sich als Krisenfeuerwehr US-Außenministerin Madeleine Albright persönlich in die Schlacht. Sie reiste nach Rambouillet, um Serbiens Präsidenten Milutinović und den albanischen Delegationsleiter Thaçi jeweils in Einzelgesprächen zum Einlenken zu bewegen. Bei Milutinović, der von Milošević erst im Laufe der Verhandlungen nach Rambouillet entsandt worden war, biss Albright rasch auf Granit. Nun ging sie daran, Thaçi zu bearbeiten. Und ihre Botschaft war mehr als deutlich: „Entweder ihr unterzeichnet, dann wird Jugoslawien bombardiert, oder ihr lehnt ab, und niemand wird euch beistehen.“²⁹⁸ Doch Thaçi war nicht zu überreden. Er stand zu diesem Zeitpunkt unter massivem Druck des politischen Repräsentanten der UÇK, Adem Demaçi, der im Kosovo die Fäden zog, und zahlreicher Feldkommandanten der Rebellenarmee. Diese wollten ihre im Abkommen vorgesehene Entwaffnung keinesfalls hinnehmen.²⁹⁹ Zudem verweigerte die Kontaktgruppe den Albanern weiterhin die dezidierte

²⁹⁶ Judah: War and Revenge, 207, 208

²⁹⁷ Petritsch/Pichler: Kosovo, 188 u. f.

²⁹⁸ Archiv Petritsch; zitiert aus Petritsch/Pichler: Kosovo, 193

²⁹⁹ Kurier (Klingl, Livia): Auf des Messers Schneide, 23. Februar 1999, S. 5 / Judah: War and Revenge, 209 / Petritsch/Pichler: Kosovo, 194, 195

Festschreibung eines Unabhängigkeitsreferendums nach drei Jahren. Auch Albright, die sich in dieser Frage klar auf die Seite der Albaner geschlagen hatte, konnte hier nichts mehr bewegen. Thaçi war wie paralysiert. Er hatte Angst, innerhalb der UÇK als „Verräter“ angesehen zu werden, was nicht nur eine Gefahr für sein politisches, sondern auch sein physisches Überleben dargestellt hätte. Andererseits drohte bei einem Nein der Kosovo-Albaner zum Rambouillet-Abkommen das Ende der internationalen Unterstützung für ihren Unabhängigkeitskampf. Als Rugova und die LDK-Vertreter immer massiver drängten, das Abkommen zu unterschreiben, lief die albanische Delegation Gefahr, auseinanderzubrechen. Schließlich übernahm Veton Surroi, parteiloses Delegationsmitglied und Herausgeber der Zeitung Koha Ditore, die Initiative. Um den Albanern eine Atempause zu verschaffen, erklärte er, dass man dem Abkommen im Prinzip zustimme. Man brauche aber noch zwei Wochen, um die Bevölkerung des Kosovo über die Inhalte des Vertrages in Kenntnis zu setzen.³⁰⁰

Die Serben waren über die russischen Verhandler stets genau darüber informiert, was in der albanischen Delegation vor sich ging. Belgrad hatte deshalb damit spekulieren können, dass die Albaner dem Abkommen ohnehin nicht zustimmen. Damit wäre die Gefahr von Nato-Luftangriffen auf Serbien automatisch abgewendet gewesen. Als sich nun abzeichnete, dass von den Albanern keineswegs ein klares Nein kommen würde, wurde auch die serbische Delegation aktiv. Sie übermittelte den internationalen Verhandlern völlig überraschend ein neues schriftliches Endresümee, in dem die ablehnende Haltung zweier zuvor ausgehändigter Abschlussbriefe abgeschwächt wurde. Nun war von der Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen über die Form der Selbstverwaltung des Kosovo die Rede und davon, dass man über Ausmaß und Charakter einer internationalen Präsenz im Kosovo verhandlungsbereit sei – ohne dabei auf eine ausschließlich zivile Präsenz zu pochen. Vor allem Letzteres nährte die Hoffnung der internationalen Vermittler, dass die serbische Seite doch noch bereit sein könnte, die Stationierung von Nato-Truppen im Kosovo zu akzeptieren.³⁰¹ In dem Schreiben der Serben hieß unter anderem:

„The delegation of the Government of the Republic of Serbia wishes to emphasize, that major progress has been achieved in the talks in Rambouillet in defining political solution on substantial self-government of Kosovo and Metohija respectful of sovereignty and territorial integrity of the Republic of Serbia and of the FR of Yugoslavia. We would particularly like to emphasize, the same as the Contact Group that there can be no independence of Kosovo and Metohija nor the third republic. Therefore, all elements of self-government (. . .) have to be

³⁰⁰ Judah: War and Revenge, 213 - 218

³⁰¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 205 - 207

*known and clearly defined. In further work, this should be adequately addressed and consistently resolved. In that sense, we are ready to participate in the next meeting on the issue. The FRY agreed to discuss the scope and character of international presence in Kosmet to implement the agreement to be accepted in Rambouillet. The FRY and the Republic of Serbia are fully ready to continue the work, in line with the positive spirit of this meeting. (. . .)*³⁰²

Unterzeichnet war das Schreiben vom Leiter der serbisch/jugoslawischen Delegation, dem Verfassungsrechtler Ratko Marković. Da somit von keiner der beiden Parteien ein klares Nein zu den Vorschlägen von Rambouillet kam und beide weitere Verhandlungsbereitschaft signalisierten, entschieden sich die Vertreter der Kontaktgruppe am 23. Februar, die Gespräche auf 15. März zu vertagen. Sowohl Serben als auch Albaner hätten sich auf eine „substanzielle Autonomie“ für Kosovo geeinigt, behaupteten die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens bei einer Abschlusspressekonferenz in Rambouillet. Alles Weitere müsse in den folgenden Gesprächen vereinbart werden.³⁰³ Mit dem Verschieben der Verhandlungen hatten nicht nur Serben und Albaner, sondern auch die Länder der Kontaktgruppe Zeit gewonnen. Hätte man gemäß der Frist, die man den Streitparteien gesetzt hatte, am 23. Februar die Verhandlungen für beendet erklärt, hätte dies das Scheitern des internationalen Versuchs zur Lösung des Kosovo-Problems bedeutet. Denn de facto gab es kein Abkommen zwischen Serben und Albanern. Und da keine der beiden Seiten alleine für ein Scheitern der Gespräche verantwortlich gemacht werden konnte, hatte die Nato auch keine Handhabe für ein militärisches Eingreifen – vor allem nicht für die angedrohten Luftschläge gegen Jugoslawien.

Nun hatte man aber noch drei Wochen Zeit, um die Verantwortlichen in Belgrad und Priština doch noch zum Einlenken zu bewegen. Dass die serbische Seite dazu aber nicht mehr bereit war, zeigte sich rasch: Bereits einen Tag nach Ende der Verhandlungen waren von Serbiens Präsidenten Milutinović Töne zu hören, die so gar nicht zum positiven Resümee im Abschlussbrief der serbisch/jugoslawischen Delegation passten: Die Konferenz in Rambouillet sei gescheitert. Der jugoslawischen Delegation sei im letzten Moment ein Schlusssdokument vorgelegt worden, welches im Widerspruch zu den von der Kontaktgruppe aufgestellten Prinzipien stehe. Zudem sei versucht worden, Belgrad jene Lösungen aufzudrängen, die von „den Terroristen und der secessionistischen Bewegung im Kosovo

³⁰² Archiv Petritsch: zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 206

³⁰³ Die Presse: Kosovo-Lösung verschoben, 24. Februar 1999, S. 1

gefordert werden.³⁰⁴ Es war keine Rede mehr von den erzielten Fortschritten, dem positiven Geist des Treffens und davon, dass auch die Kontaktgruppe eine Unabhängigkeit des Kosovo nicht unterstütze. An der starren Haltung Belgrads sollte sich bis zur Wiederaufnahme der Gespräche in Paris am 15. März nichts mehr ändern.

Hashim Thaçi reiste unterdessen durch den Kosovo und versuchte herauszufinden, was vor allem die UÇK-Feldkommandeure über das vorliegende Abkommen von Rambouillet dachten. Dabei stellte er fest, dass die Ablehnung nicht so groß war, wie es zunächst ausgesehen hatte. Klar gegen den Friedensplan waren nach wie vor Adem Demaçi und der von ihm ernannte, neue militärische Oberbefehlshaber der UÇK, Suleiman Selimi. Aber die Mehrheit der Kosovo-Albaner schien für das Abkommen zu sein.³⁰⁵ Was die Zustimmung erhöhte, war die Überzeugung, dass künftig Nato-Truppen den Frieden im Kosovo sichern würden. Zudem interpretierte die albanische Seite den politischen Teil des Abkommens offensichtlich so, als sei darin die Möglichkeit eines Unabhängigkeitsreferendums enthalten. So hieß es in der Abschlussdeklaration der albanischen Delegation in Rambouillet vom 23. Februar:

„ (. . .) *The Delegation of Kosova understands and this will be confirmed again upon signature, that at the end of the interim period of three years, Kosova will hold a referendum to ascertain the will of the people as provided in Article I (3) of Chapter 8 of the Agreement.* (. . .) ”³⁰⁶

Tatsächlich hieß es in dem besagten Artikel des Abkommens:

„*Three years after the entry into force of this agreement, an International meeting shall be convened to determine a mechanism for a final settlement for Kosovo on the basis of the expressed will of the people, opinions of relevant authorities, each party's efforts regarding the implementations of his agreement, and the Helsinki Final Act, and to undertake a comprehensive assessment of the implementation of this agreement and to consider proposals by any party for additional measures.* ”³⁰⁷

Diese Formulierung war von den internationalen Verhandlern offenbar so gehalten worden, dass einiger Spielraum für Interpretationen offen blieb. So kann der Begriff „expressed will of

³⁰⁴ Die Presse: Belgrad: „Konferenz ist gescheitert“, 25. Februar 1999, S. 4

³⁰⁵ Judah: War and Revenge, 220 u. f. / Die Presse (Mappes-Niediek, Norbert): Nach Rambouillet: Konfusion in Belgrad – Kosovo-Albaner kritisieren UÇK-Radikale, 26. Februar 1999, S. 3 / Die Presse: Kluft zwischen Kosovo-Albanern wächst: Adem Demaçi sät Zwietracht in der UÇK, 26. Februar 1999, S. 4 / Die Presse (Mappes-Niediek, Norbert): Verzicht auf Unabhängigkeit oder „Kampf bis zum Ende“, 27. Februar 1999, S. 5

³⁰⁶ Archiv Petritsch; zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 205

³⁰⁷ Archiv Petritsch; zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 259

the people“ als Hinweis auf eine Befragung des Volkes gesehen werden. Er bedeutet aber nicht explizit, dass ein verbindliches Unabhängigkeitsreferendum abgehalten werden darf. Darüber hinaus wird „expressed will of the people“ nur als eine von mehreren Grundlagen angeführt, die bei der Suche nach einem finalen Status herangezogen werden sollen. So wird auch der Helsinki Final Act erwähnt, in dem von Menschenrechten aber auch von der Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen die Rede ist. Wolfgang Petritsch argumentiert zudem, in dem besagten Artikel des Abkommens werde klar zum Ausdruck gebracht, dass eine etwaige Statusänderung nur in Übereinstimmung beider Parteien – also nur mit der Einwilligung Belgrads – möglich sei.³⁰⁸ Mag sein, dass die USA den Albanern in Rambouillet in diesem Punkt mündlich noch andere Zusagen gemacht haben. In den offiziellen Vertragsdokumenten jedenfalls ist eine explizite Zustimmung zu einem verbindlichen Unabhängigkeitsreferendum nicht enthalten. Hätten die Albaner trotzdem ein Referendum abgehalten und für eine Eigenstaatlichkeit gestimmt, hätte Belgrad gemäß Abkommen noch immer genügend Interpretationsspielraum gehabt, um eine Umsetzung des Ergebnisses zu verhindern. Trotzdem wurde dieser Artikel an der albanischen Heimatfront als Argument für, an der serbischen als Argument gegen das Rambouillet-Abkommen verwendet. Vor allem Serbiens Präsident Milutinović übte Anfang März 1999 heftige Kritik an diesem Teil des Dokuments. Im Gegensatz dazu hatte sich Verfassungsrechtsexperte Marković in seinem Abschlussbrief in Rambouillet an diesem Passus aber noch nicht gestoßen. Milutinovićs Attacken waren nur Teil der immer massiver werdenden, serbischen Ablehnungsfront, die sich vor der Fortsetzung der Verhandlungen in Paris am 15. März aufgebaut hatte.

Die albanische Delegation – inklusive Thaçi – unterzeichnete dort am 18. März schließlich das Interimsabkommen für den Kosovo. Die Serben verweigerten dies. Zuvor hatten sie noch eine neue Wunschliste und völlig neue Kommentare zum politischen Teil des Rambouillet-Abkommens vorgelegt. Zum Erstaunen der internationalen Vermittler war dabei etwa die Hälfte des Ursprungstextes durchgestrichen worden. Ein Großteil der von der serbisch/jugoslawischen Delegation in Rambouillet gemachten Zugeständnisse war also wieder zurückgenommen worden.³⁰⁹ Milošević hatte zu diesem Zeitpunkt offenbar längst beschlossen, einen Militärschlag der Nato in Kauf zu nehmen.

Von serbischer Seite aber auch von europäischen, Nato-kritischen Autoren wurde später behauptet, die Nato habe fieberhaft eine Rechtfertigung für einen Angriff auf Jugoslawien gesucht. Deshalb habe man Belgrad in Rambouillet ein Abkommen vorgelegt, dass es unter keinen Umständen hätte unterzeichnen können. Als ein Beispiel dafür wird etwa

³⁰⁸ Petritsch/Pichler: Kosovo, 196, 259

³⁰⁹ Judah: War and Revenge, 222 u. f.

angeführt, den Albanern sei im Abkommen ein Referendum zugesagt worden, das automatisch direkt in die Unabhängigkeit geführt hätte – eine Behauptung, die in diesem Kapitel bereits entkräftet worden ist (*siehe oben*). Zudem seien im militärischen Teil des Vertrages Punkte enthalten, die „kein Land der Welt akzeptieren würde“. Dabei wird vor allem auf den sogenannten Annex B Bezug genommen, um den sich später ein regelrechter Mythos entwickelt hat. Annex B habe vorgesehen, dass Nato-Truppen nicht nur den Kosovo, sondern ganz Jugoslawien besetzen dürfen.³¹⁰ In Annex B, der im Vertragsentwurf als Kapitel 7 geführt wird, geht es um die Modalitäten des Truppenaufmarsches für den Einsatz im Kosovo. So ist unter anderem vorgesehen, dass den Nato-Soldaten uneingeschränkte Bewegungsfreiheit innerhalb ganz Jugoslawiens und die unentgeltliche Nutzung von Infrastruktur wie Flughäfen, Bahnlinien etc. zu gewährleisten sei. Zudem sollen Nato-Angehörige gegenüber der jugoslawischen Rechtsprechung immun sein. Zwar waren die Autoren des militärischen Teils des Rambouillet-Vertrags in einigen Punkten durchaus forsch vorgegangen. Doch was später vor allem von westlichen Nato-Kritikern als völlig unannehmbar charakterisiert werden sollte, hatte Milošević in Wahrheit schon einmal in ähnlicher Form unterschrieben, und zwar 1995 im Dayton-Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina. Dort heißt es etwa:

*„The Government of Yugoslavia shall allow the free transit over land, rail, road, water or through air of all personnel and cargo, equipment, goods and material of whatever kind, including ammunition required by NATO for the execution of the Operation, through the territory of the Federal Republic of Yugoslavia including (. . .) airspace.“*³¹¹

Und weiter hieß es: *“(. . .) NATO personnel shall be immune from personal arrest or detention. NATO personnel mistakenly arrested or detained shall immediately be turned over to NATO authorities.“*³¹²

Die dementsprechenden, für Empörung sorgenden Passagen im Rambouillet-Abkommen lauten:

*„The authorities in the FRY shall facilitate, on a priority basis and with all appropriate means, all movements of personnel, vehicles, vessels, aircraft, equipment, of supplies, through or in the airspace, ports, airports, or roads (. . .)“*³¹³

³¹⁰ Olschewski, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo – Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000, S. 326 / Mićović, Vojislav: The Aggression against Yugoslavia – The “Angel of Mercy” of the New World Order, Belgrade 2000, S. 171 u. f. / Hofbauer, Hannes: Balkankrieg – Die Zerstörung Jugoslawiens, Wien 1999, S. 137 - 142

³¹¹ Dayton Peace Agreement/Annex IA/Agreement between FRY and Nato/Punkt 2

³¹² Dayton Peace Agreement/Annex IA/Agreement between FRY and Nato/Punkt 11

³¹³ Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo/Appendix B/Punkt 10

Und weiter: *“NATO personnel shall be immune from any form of arrest, investigation, and detention by the authorities in the FRY. NATO personnel erroneously arrested or detained shall immediately be turned over to NATO authorities”*³¹⁴

Eine totale Besetzung Jugoslawiens wäre weder in Westeuropa und den USA politisch durchsetzbar, noch mit den für die Operation vorgesehenen rund 30.000 Nato-Soldaten militärisch möglich gewesen. Das wusste man auch in Belgrad. Es dürfte somit wohl auch nicht der ominöse Annex B gewesen sein, der Milošević letzten Endes dazu veranlasste, das Abkommen von Rambouillet abzulehnen. Es genügte aber schon allein der Umstand, dass Nato-Truppen in den Kosovo entsandt werden sollten, um der serbischen Führung Kopfzerbrechen zu bereiten. Die schwer bewaffneten Soldaten der westlichen Allianz hätten Milošević ein für allemal der Möglichkeit beraubt, die Verhältnisse im Kosovo mit Gewalt nach seinen Vorstellungen zu formen. Mit militärischen Mitteln wäre eine Sabotage oder gar Revidierung des einmal unterzeichneten Abkommens nicht mehr in Frage gekommen. Serbien hätte Kosovo durch den Rambouillet-Vertrag zwar als Teil seines Territoriums behalten können, mit fortbestehenden Mitspracherechten für Belgrad sowie mit ausreichenden Sicherheiten und politischen Möglichkeiten für die Kosovo-Serben. Der direkte Einfluss Belgrads in der Provinz wäre aber massiv zurückgedrängt worden. Möglicherweise befürchtete Milošević, dass dies negative Auswirkungen auf den Fortbestand seiner Herrschaft haben könnte. So zieht etwa Wolfgang Petritsch folgendes Resümee der Geschehnisse rund um Rambouillet:

*„Als wir 1998 im Kosovo unsere diplomatischen Bemühungen gestartet haben, hatte der Konflikt bereits eine derartige Intensität angenommen, dass es für eine friedliche Beilegung nur noch minimale Chancen gab. Die Lösung, die Rambouillet angeboten hat, wäre für die Serben eine sehr gute Lösung gewesen: Bei einem Bevölkerungsanteil von zehn Prozent hätten sie etwa 40 Prozent Einfluss in den demokratischen Strukturen eines weitgehend autonomen Kosovo gehabt. Milošević hat das vom Tisch gefegt. Eine Demokratisierung im Kosovo hätte ihm nämlich die Möglichkeit genommen, die nächsten serbischen Wahlen zu seinen Gunsten zu manipulieren. Die Albaner boykottierten diese Urnengänge. So war Kosovo ein gutes Reservoir, um jederzeit notwendige zusätzliche Stimmen hervorzuzaubern. Bei einer Demokratisierung des Kosovo wäre das nicht mehr möglich gewesen. Deshalb hat Milošević Rambouillet nicht akzeptiert und die Nato-Intervention riskiert.“*³¹⁵

³¹⁴ Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo/Appendix B/Punkt 7

³¹⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): „Milošević riskierte Krieg aus Kalkül“, 18. November 2004, S. 6

Auch der Chef der Serbischen Erneuerungsbewegung und Ex-Außenminister, Vuk Drašković, stellt die These auf, dass Milošević aus handfesten machtpolitischen Interessen ganz bewusst auf Konfrontationskurs mit der Nato gegangen ist. Drašković war in der Zeit rund um die Rambouillet-Verhandlungen und zu Beginn der Nato-Angriffe serbischer Vizepremier. Unter gewisser Beschönigung seiner eigenen Rolle des Jahres 1999 meinte er im Juni 2005:

„Ich bin 1999 in die Regierung eingetreten, um zu verhindern, dass Milošević die Nation in einen Krieg mit der Nato führt. Ich wollte meinen guten Ruf als Führer der Anti-Milošević-Opposition nutzen, um mit dem Westen eine Einigung in der Kosovo-Frage zu erzielen. Leider ist das nicht gelungen. Denn Milošević wollte den Krieg. Er wollte diese Ausnahmesituation, um gegen seine demokratischen Gegner in Serbien vorgehen zu können.“

316

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Analyse des Grazer Historikers Martin Prochazka: Im Dezember 1997 hatte sich Miloševićs Kandidat Milan Milutinović bei den serbischen Präsidentenwahlen nur hauchdünn (und durch Manipulationen mit den Kosovo-Stimmen) gegen den Ultrationalisten Vojislav Šešelj durchsetzen können. Das habe Milošević aufgeschreckt und dazu bewogen, wieder stärker zum altbewährten Rezept der nationalistischen Manipulation zurückzukehren, so Prochazka. Der aufbrechende Konflikt im Kosovo sei dem Belgrader Machthaber dabei gerade zupass gekommen, denn nun konnte er sich dem serbischen Volk erneut als Garant für den Verbleib der Provinz bei Serbien präsentieren. Den militärischen Konflikt mit der Nato nahm Milošević laut Prochazka aus folgenden Überlegungen in Kauf: Wegen eines Streits um die UN-Waffeninspektionen hatten die USA und Großbritannien im Dezember 1998 Luftangriffe gegen den Irak geflogen. Nach drei Tagen stellten die beiden westlichen Mächte ihre Angriffe ein, ohne ihre politischen Forderungen durchgesetzt zu haben. Zu einem längeren Einsatz beziehungsweise einem Bodenkrieg war man weder in Washington noch in London bereit. Milošević dürfte geglaubt haben, so wie Saddam Hussein die Luftschläge aussitzen zu können: Würde er so lange durchhalten, bis die Einheitsfront der Nato zerbräche, könnte er später einen Kompromiss aushandeln, der Serbien die militärische Kontrolle über Kosovo lässt. Mit der Vertreibung der Albaner wären unterdessen vor Ort vollendete Tatsachen bezüglich der ethnischen Zusammensetzung des Kosovo geschaffen worden, und zwar zugunsten des serbischen Bevölkerungsanteils. Selbst bei einem Friedensabkommen mit anderslautenden

³¹⁶ Die Presse (Schneider, Wieland): „Das serbische Volk ist schockiert“, 6. Juni 2005, S. 4

Verpflichtungen wären diese Verhältnisse in einem von serbischen Truppen kontrollierten Kosovo kaum mehr zu revidieren gewesen.³¹⁷

4.6. Der Nato-Einsatz

4.6.1. Die militärische Strategie der Nato

Nachdem auch ein letzter Versuch des US-Balkan-Sondervermittlers Richard Holbrooke, Milošević doch noch zum Einlenken zu bewegen, gescheitert war, startete die Nato am 24. März 1999 unter dem Codenamen „Allied Force“ ihre Luftoperationen gegen Jugoslawien. Der Einsatz begann neun Monate, nachdem die westliche Allianz mit dem Luftmanöver „Determined Falcon“ Belgrad erstmals die Rute ins Fenster gestellt hatte und ein halbes Jahr, nachdem sie mit „Activation Warning“ (Actwarn) und „Activation Order“ (Actord) offiziell Vorbereitungen für ein militärisches Vorgehen getroffen hatte. Die Planungen der Nato sahen in Phase I vor allem die Bekämpfung von Einrichtungen des integrierten jugoslawischen Luftverteidigungssystems vor, in Phase II Angriffe auf Einrichtungen und Verbände der jugoslawischen Streitkräfte südlich des 44. Breitengrades (Kosovo und Südteil Serbiens), in Phase III die Ausweitung der Attacken auf Ziele nördlich des 44. Breitengrades. Die ersten drei Nächte ihrer Luftoffensive widmete die Nato vor allem Phase I. Danach nahm die Allianz mit Angriffen auf Kasernen, Treibstofflager und Kommandozentralen die Versorgungseinrichtungen der im Kosovo operierenden serbischen Truppen ins Visier. Als sich nach etwa einer Woche Bombardements abzeichnete, dass die serbische Führung nicht daran dachte, einzulenken, ging man zur Zerstörung gesamtstrategischer Ziele wie Brücken, Treibstoffdepots und Raffinerien über.³¹⁸

In den westlichen Staatskanzleien hatte man gehofft, dass ein kurzes, wenig intensives Bombardement als Machtdemonstration genügen würde, damit Milošević nachgibt. So wurden in den ersten Tagen der Nato-Offensive im Schnitt nur 300 Einsätze pro Tag geflogen, im Golfkrieg 1991 waren es 2555 pro Tag. Erst in der Endphase der Operation

³¹⁷ Prochazka, Martin: Vom Krieg zu UN-Verwaltung – Kosovo 1999 bis 2004, aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 278 - 281

³¹⁸ Feichtinger, Walter: Die militärstrategische und operative Entwicklung im Konfliktverlauf, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000, S. 110 und folgende

gegen Jugoslawien steigerte man die tägliche Zahl der Einsätze auf 800. Auch die Anzahl der an „Allied Force“ beteiligten Flugzeuge wurde von 430 auf 900 erhöht.³¹⁹

4.6.2. Militärische und politische Probleme des Einsatzes

Vor allem die Regierungen Italiens und Griechenlands waren von Anfang an dem Einsatz sehr reserviert gegenüber gestanden. In Deutschland kämpften die mitregierenden Grünen mit starker innerparteilicher Opposition gegen die Nato-Operationen. Diese Skepsis innerhalb des Bündnisses war neben der Hoffnung auf ein rasches Einlenken Belgrads ein weiterer Grund für die geringe Anfangsintensität der Angriffe. Zudem wollte man Russland, das massiv gegen den Nato-Einsatz wettete, nicht noch mehr vor den Kopf stoßen.

In Moskau hatte man überaus erbost auf das Losschlagen der westlichen Allianz reagiert, vornehmlich aus zwei Gründen: Erstens wurde mit Serbien ein traditioneller Verbündeter Russlands bombardiert. Zweitens hatte die Nato den Einsatz trotz eindringlicher Warnungen Moskaus und ohne erneute Konsultation des UN-Sicherheitsrates gestartet. Russland bekam dadurch deutlich vor Augen geführt, dass es letztenendes dem Geschehen auf dem Balkan zusehen musste, ohne darauf entscheidenden Einfluss nehmen zu können. Es fühlte sich dadurch in seiner Rolle als Großmacht nicht ausreichend ernstgenommen. Dazu kamen die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen (Ende 1999 beziehungsweise Mitte 2000). In deren Vorfeld wollte sich Russlands politische Elite als Verteidiger des slawisch-orthodoxen Bruders in Belgrad hervortun, um beim stark proserbisch eingestellten russischen Wahlvolk zu punkten. Dass man dabei wieder alte Feindbilder wie die „faschistische Nato“ bemühen konnte, erleichterte dies erheblich.³²⁰ Russlands Präsident Boris Jelzin hatte bereits unmittelbar nach dem Beginn der Nato-Angriffe damit gedroht, dass Russland sich im Falle einer Ausweitung des Konflikts „militärische Maßnahmen“ vorbehalte.³²¹ De facto blieben die Maßnahmen Moskaus aber verhältnismäßig harmlos: Jelzin berief unter anderem den Militärvertreter Russlands bei der Nato ab und entsandte Anfang April das Aufklärungsschiff „Liman“ in die Adria. Letzenendes war Russland auch weit mehr an neuen Krediten des Internationalen Währungsfonds interessiert, die der Zustimmung Washingtons bedurften, als an einem handfesten Konflikt mit dem Westen.³²² Bereits am 8. Oktober 1998 hatte Russlands Außenminister Igor Ivanov bei einem Treffen mit westlichen

³¹⁹ Ebenda

³²⁰ Malek, Martin: Russland und der Kosovo-Krieg, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, S. 145 - 155

³²¹ Die Presse: Nato-Angriffswelle gegen Jugoslawien – Moskau stößt wüste Drohungen aus, 25. März 1999, S.1

³²² Malek: Russland und der Kosovo-Krieg, 145 bzw. 153

Vertretern am Londoner Flughafen Heathrow klar gemacht: „Umgeht ihr bei Angriffen auf Jugoslawien die UNO, werden wir eine Menge Lärm machen.“ Er stellte dabei aber indirekt klar, dass es nur bei „Lärm“ bleiben und Russland den Serben keine militärische Hilfe leisten werde. *(Siehe auch Kapitel 4.3. Das Holbrooke-Milošević-Abkommen.)*

Den Nato-Staaten war schon vor dem Start ihrer Angriffe auf Jugoslawien klar gewesen, dass mit harscher Kritik Moskaus zu rechnen sein werde. Da es keinen Zweifel daran gab, dass Russland und China ein Veto dagegen einlegen würden, hatte man auch gar nicht mehr versucht, sich die Luftschläge vom UN-Sicherheitsrat explizit absegnen zu lassen. Die Befürworter der Angriffe verwiesen darauf, dass es rechtlich legitim sei, auch ohne explizite Zustimmung des Sicherheitsrates eine humanitäre Krise mit Gewalt zu verhindern. Der Begriff der „humanitären Intervention“ wurde geprägt. Zudem behelfen sich die Völkerrechtler der Nato damit, auf die bereits vorhandenen UN-Resolutionen zum Kosovo zu verweisen. In den Resolutionen 1160 (31. März 1998), 1199 (23. September 1998) und 1203 (23. Oktober 1998) stellte der Sicherheitsrat klar, dass er gemäß Kapitel VII der UN-Charta handelte. In Kapitel VII werden „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens oder bei Angriffshandlungen“ legitimiert. Zudem wird in 1199 und 1203 die Lage im Kosovo explizit als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region bezeichnet. In 1160 und 1199 war zudem von der Erörterung weiterer „Maßnahmen“ die Rede, falls die Konfliktparteien die Forderungen des Sicherheitsrates nicht befolgen sollten. Eine Androhung konkreter Maßnahmen wie etwa Luftschläge wurde darin aber nicht festgeschrieben. Das hätten Russland und China verhindert. *(Siehe auch Kapitel 4.2. Erste diplomatische Versuche nach Beginn des UÇK-Aufstandes.)*

Außer Zweifel stand zumindest, dass sich die Nato bei ihrer Militäroperation aus völkerrechtlicher Sicht bestenfalls auf sehr dünnem Eis bewegte, was die Kritik an dem Einsatz auch im Westen nährte.³²³ Aufgrund der Skepsis innerhalb des Bündnisses und des komplizierten Verhältnisses zu Russland behielten sich die Regierungen der europäischen Nato-Staaten politische Mitsprache bei der Auswahl der Angriffsziele in Jugoslawien vor. Dazu kam die Vorgabe der US-Regierung unter Bill Clinton, eigene Verluste zu gut wie auszuschließen. Den Militärs erschien das als klares Hindernis. Ihm seien „beide Arme und ein Bein auf den Rücken gebunden“, meinte deshalb der militärische Nato-Oberbefehlshaber

³²³ Zur Diskussion über die völkerrechtliche Rechtmäßigkeit des Nato-Einsatzes siehe: Neuhold, Hanspeter: Die „Operation Allied Force der Nato“ – rechtmäßige humanitäre Intervention oder politisch vertretbarer Rechtsbruch?, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, 193 - 208 / Steinkamm, Armin A.: Völkerrecht, Humanitäre Intervention und Legitimation des Bundeswehreininsatzes – Völker- und wehrrechtliche Aspekte des Kosovo-Konfliktes 1999; aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, 335 - 358 / Paech, Norman: „Humanitäre Intervention“ und Völkerrecht, aus: Albrecht, Ulrich/Schäfer, Paul (Hg.): Der Kosovo-Krieg – Fakten, Hintergründe, Alternativen, Köln 1999, S. 82 - 103

in Europa, US-General Wesley Clark, der für die Durchführung von „Allied Force“ hauptverantwortlich war. Er müsse seinen Krieg in einem „dynamischen Parallelogramm“ mit vier Eckpunkten führen: kein Flugzeugverlust – Zusammenhalt der Verbündeten – Begrenzung der zivilen Verluste – gute Trefferwirkung am Boden. Jede dieser Forderungen könne aber klarerweise nicht hundertprozentig erfüllt werden, so Clark.³²⁴ Vor allem von Seiten Frankreichs seien immer wieder Einwände gegen ausgewählte Angriffsziele vorgebracht worden, so US-Militärs. Diese verdächtigten die traditionell serbenfreundlichen Franzosen zudem, Belgrad Informationen über bevorstehende Attacken zu verraten.³²⁵ Aber nicht nur direkte politische Vorgaben machten den Nato-Generälen zu schaffen. So kritisierte der deutsche General Klaus Naumann, während des Kosovo-Einsatzes Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, in einem späteren Resümee, dass westliche Politiker zunächst in offiziellen Stellungnahmen eine Bodenoffensive im Kosovo stets ausgeschlossen hatten. Das habe Milošević in seiner Meinung bestärkt, die Nato-Angriffe aussitzen zu können, Vorteile für Belgrad bei der Planung der eigenen Operationen im Kosovo gebracht und so letztendlich die Dauer des Nato-Kampfeinsatzes verlängert.³²⁶

Da sie keinen unmittelbar bevorstehenden Einmarsch von Nato-Bodentruppen zu befürchten hatten, sahen sich die jugoslawischen Streitkräfte vorerst nicht dazu gezwungen, ihre schweren Waffen in Abwehrstellungen entlang der Grenzen zusammenzuziehen. Sie konnten Panzer und Artillerie vielmehr gut getarnt im Hinterland verteilen und so weitgehend den Nato-Angriffen entziehen. Auch die serbisch/jugoslawischen Infanterietruppen gaben zunächst kein gutes Ziel für Luftangriffe ab, da sie in kleine Einheiten aufgesplittert wurden. Diese waren aber noch immer stark genug, um Vertreibungsaktionen durchzuführen und gegen die anfangs kaum Widerstand leistende UÇK vorzugehen. Mit dem Beginn von offensiveren Aktionen der UÇK musste Belgrad aber diese Strategie ändern und vor allem im Grenzgebiet zu Albanien mit größeren Verbänden vorgehen. Damit erhöhte sich die Verletzlichkeit für Luftangriffe. So starben zahlreiche jugoslawische Soldaten, als amerikanische B-52-Bomber Anfang Juni 1999 in die Schlacht zwischen Serben und UÇK um den Berg Paštrik eingriffen.³²⁷

Zusätzlicher Schwung in die Nato-Offensive kam auch, nachdem die Mitgliedsländer zugestimmt hatten, die Liste der Angriffsziele zu erweitern. Ab Mai gerieten damit immer mehr strategische Ziele wie Brücken, Fabriken und politische Symbole des Regimes ins

³²⁴ Rühl, Lothar: Die Lehren aus dem Kosovo-Krieg: „Eine knappe Sache“, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, 141

³²⁵ Judah: War and Revenge, 266 u. f.

³²⁶ Naumann, Klaus: Kosovo – Ein Modell für die Zukunft, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, S. 31, 32

³²⁷ Rühl, Lothar: Die Lehren aus dem Kosovo-Krieg, 140 / Judah: War and Revenge, 283, 284 / Die Presse: Hunderte Bombentote?, 9. Juni 1999, S. 4

Visier der Nato-Piloten. Zudem begann man vor allem in London und Washington offen über einen Bodenkrieg nachzudenken. Im Hintergrund liefen auch bereits erste Planungen für einen derartigen Einsatz.³²⁸ Hauptgrund für diese Dynamik war die verheerende humanitäre Lage im Kosovo und den Nachbarstaaten Albanien und Mazedonien. Hunderttausende Kosovo-Albaner hatten nach gezielten serbischen Polizeiaktionen die Provinz verlassen. Vor allem Mazedonien drohte von den Flüchtlingsmassen auch politisch destabilisiert zu werden, da es dort bereits Spannungen zwischen der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und der großen albanischen Minderheit gab.

4.6.3. Die Massenvertreibungen im Kosovo und der PR-Krieg zwischen Nato und Serbien

Gerade die Flüchtlingsmisere und die öffentliche Empörung über die Massenvertreibungen hatten den Zusammenhalt innerhalb der Nato-Staaten gestärkt.³²⁹ Nun ging es nicht nur mehr darum, mit Bomben eine Unterschrift Miloševićs unter das Rambouillet-Abkommen zu erzwingen. Nun wurde die Rückführung der Hunderttausenden albanischen Flüchtlinge in den Kosovo ein Hauptziel der Nato-Aktion. Und es schien klar, dass dies nur mit Gewalt möglich sein werde – möglicherweise sogar mit einer Bodenoffensive. Hätte sich die Nato mit einem Kompromiss zufrieden gegeben, der Serbien erlaubt hätte, seine Truppen im Kosovo zu belassen, hätte das wohl auf Jahre hinaus volle Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien bedeutet. Alle bisherigen Auseinandersetzungen auf dem Balkan hatten gezeigt, dass auch nach einem Waffenstillstand die Rücksiedlung Vertriebener in Gebiete, die vom einstigen Kriegsgegner militärisch kontrolliert werden, eine schwierige, langwierige Angelegenheit ist.

Und der Kosovo wäre hier wohl keine Ausnahme gewesen. Die Allianz hätte damit – ausgerechnet rund um die Feiern ihres 50-jährigen Bestehens – ihr Gesicht verloren. Das wollten auch die Kriegsskeptiker unter den Nato-Mitgliedstaaten keinesfalls zulassen. Der Ansatz, sich mit Massenvertreibungen politische und strategische Vorteile verschaffen zu

³²⁸ Die Presse: USA sprechen erstmals von Bodentruppen im Kosovo, 22. April 1999, S. 1 / Die Presse: Kosovo: Rufe nach Bodentruppen werden lauter, 18. Mai 1999, S. 1 / Judah: War and Revenge, S. 269 - 272 / Feichtinger, Walter: Die militärstrategische und operative Entwicklung im Konfliktverlauf, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, S. 128 / Giersch, Karsten: Nato und militärische Diplomatie im Kosovo-Konflikt, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo Konflikt, S. 460

³²⁹ Die Presse (Riedler, Monika): „Wir werden zeigen, dass uns Kosovo nicht auseinander bringt“, 24./25. April 1999, S. 4 / Giersch: Nato und militärische Diplomatie, 460, 461

können, war somit eine der größten Fehleinschätzungen Miloševićs. Die für alle Welt klar erkennbaren Folgen der serbischen Polizeiaktionen im Kosovo entlasteten die Nato auch an der PR-Front. Dort war die Allianz zeitweise massiv unter Druck geraten. Mehrere Aktionen, die zum Tod zahlreicher Zivilisten führten, kratzten am Bild der „humanitären Intervention“. So wurde 12. April bei Grdelica nahe der Stadt Leskovac ein Personenzug, der gerade auf eine Brücke fuhr, von Nato-Raketen zerstört, zahlreiche Menschen kamen ums Leben. Am 14. April starben Dutzende albanische Flüchtlinge, als ein Nato-Jet ihren Konvoi nahe Djakovica angriff. Am 14. Mai töteten Nato-Bomben erneut zahlreiche albanische Flüchtlinge, die im Dorf Koriša nördlich von Prizren übernachtet hatten. Der serbischen Seite gelang es, diese Vorfälle mediengerecht auszuschlachten. Sie behauptete später sogar, die Nato habe albanische Flüchtlinge absichtlich angegriffen, weil diese in ihre Dörfer im Kosovo zurückkehren wollten.

*„Nato killed seventy-five refugees that were returning to their homes on the road between Djakovica and Prizren. Albanian refugees can only return to their homes when the director so decides, and only when CNN cameras are rolling in order to celebrate the U.S. world success. No one may ever dare to return to his home on his own free will!”*³³⁰

Belgrad verwendete die fatalen Fehler der Allianz quasi als „Beweis“ für die serbische Darstellung, wonach eine „brutale, riesige Militärmaschinerie“ mit äußerster Rücksichtslosigkeit über ein kleines Land herfalle. Auch dass die Allianz mit zunehmender Fortdauer der Angriffe strategische Ziele wie Brücken und die Öl- und Energieversorgung Serbiens ins Visier nahm, nützte in diesem Propagandakrieg dem Milošević-Regime. Der Chef der Nato-Presseabteilung während des Kosovo-Einsatzes, Jamie Shea, meinte später, dass es Belgrad gelungen sei, in der öffentlichen Meinung vieler westlicher Staaten eine Opfer-Täter-Umkehrung zu erzeugen: *„And we saw of course what Milošević wanted Alliance public to see: the Nato mistakes, the incidents in which bombs hit the wrong target, causing loss of life and injury to many innocent civilians. Milošević was the aggressor but he used the Western media to portray himself as a victim”*³³¹

³³⁰ Gligorijević, Milo: The Right of the Stronger and the Right of the Weaker, aus: Gligorijević, Milo: The Twilight of the West – Statements made by World Intellectuals on the Killing of Yugoslavia, Belgrade 1999, S.9 / zur serbischen Sicht der Nato-Angriffe: siehe auch: Jovanović, Stanoje (Hg.): Trace of Inhumanity – Nato aggression on civilian population and facilities in Yugoslavia, Belgrade 1999 / Mićović, Vojislav: The Aggression against Yugoslavia – The “Angel of Mercy” of the New World Order, Belgrade 2000, S. 188 - 235 / University of Belgrade/Center for Strategic Studies/Purić, Jagoš (Hg.): Nato-Aggression against Yugoslavia – Testimony of Dr. Ramsey Clark, Belgrade 1999;

³³¹ Zitiert aus: Schober, Wolfgang: Die 4. Front – Die PR der NATO im Krieg, Wien 2002, S. 53

Je mehr jedoch der Flüchtlingsstrom aus dem Kosovo answoll, desto weniger ging diese Strategie Belgrads auf. Die Bilder von den albanischen Flüchtlingen und die Berichte über das von den Vertriebenen Erlebte begannen auf dem Propagandaschlachtfeld nun einen Ausgleich zu den Bildern toter serbischer Zivilisten zu schaffen.

Noch bevor am 24. März 1999 die erste Nato-Bombe auf Serbien fiel, hatten serbische Einheiten mit umfangreichen Operationen im Kosovo begonnen. Ziel war die völlige Zerschlagung der UÇK. Eine der Waffen im Kampf gegen die Untergrundarmee war die Vertreibung der gesamten kosovo-albanischen Zivilbevölkerung aus strategisch wichtigen Gebieten – eine Taktik, die bereits 1998 eingesetzt worden war und nun noch massiver als bisher angewendet wurde. Die serbische Führung hatte bereits im Herbst und Winter 1998 mit den militärischen Vorbereitungen für eine endgültige gewaltsame Lösung des Kosovo-Problems begonnen. Während der Verhandlungen in Rambouillet und später in Paris fiel dann in Belgrad auch die definitive politische Entscheidung zugunsten der militärischen Option. *(Siehe auch: Kapitel 4.4. Die OSZE-Mission im Kosovo und 4.5. Die Verhandlungen von Rambouillet.)* Serbiens Präsident Milutinović und Vladimir Štambuk, Funktionär der jugoslawischen Linkspartei JUL, hatten bereits in Rambouillet damit gedroht, dass es im Fall eines Nato-Eingreifens zu Vergeltungsaktionen gegen die albanische Zivilbevölkerung kommen werde.³³² Mit dem Abzug der OSZE-Beobachter am 20. März aus dem Kosovo fiel dann der Startschuss für massive Säuberungsaktionen gegen albanische Dörfer. Bereits in den Wochen zuvor hatten serbische Truppen rund um den Kosovo in Form eines nach Südwesten offenen Bogens Stellung bezogen. Die Kräfte im Kosovo wurden zunächst entlang der Bewegungslinien konzentriert. Mit dem Vorstoß der zunächst außerhalb der Provinz postierten Einheiten in den Kosovo wurden albanische Zivilisten in die Flucht getrieben und in Richtung der serbisch kontrollierten Bewegungslinien gedrängt. Dort versuchten Belgrads Einheiten, etwaige UÇK-Kämpfer aus den Flüchtlingen herauszufiltern, die anderen wurden zu den Grenzen deportiert. Serbische Angriffe auf albanische Dörfer und die Vertreibung der Zivilbevölkerung verliefen meist nach einem ähnlichen Schema ab: Zuerst beschoss die Armee die Siedlungen mit schweren Waffen, dann drangen Truppen des Innenministeriums beziehungsweise Paramilitärs in die Ortschaften ein und trieben die Menschen aus den Häusern.³³³

Nicht nur in UÇK-Hochburgen wie den Regionen Drenica oder Glogovac wurden die Säuberungsaktionen durchgeführt, sondern auch in Städten wie Peć/Peja und Priština/Prishtina, in denen die albanische Untergrundarmee bisher kaum in Erscheinung

³³² Petritsch/Pichler: Kosovo, 191

³³³ Feichtinger: Militärstrategische Entwicklung, 111 u. f.

getreten war. Zwar gab es auch „wilde“ Vertreibungen, Massaker und Plünderungen, die Paramilitärs quasi auf eigene Faust durchführten, sowie Gräueltaten, mit denen Kosovo-Serben offene Rechnungen mit ihren albanischen Nachbarn beglichen. Grundsätzlich handelte es sich bei den Massenvertreibungen aber um Aktionen, die in Belgrad generalstabsmäßig geplant worden waren. In sie waren die jugoslawischen Streitkräfte und die serbische Polizei inklusive verschiedenster Spezialeinheiten verwickelt, sowie Paramilitärs, die vom serbischen Innenministerium gesteuert wurden.³³⁴ Am 24. Mai 1999 wurde wegen der Verbrechen im Kosovo vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag (ICTY) Anklage gegen die Führung in Belgrad wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Die Anklage betraf den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević, den serbischen Präsidenten Milan Milutinović, den serbischen Innenminister Vlastimir Đorđević, den jugoslawischen Vizepremier Nikola Šainović und den Stabschef der jugoslawischen Bundesarmee Dragoljub Ojdanić.³³⁵ Später wurden wegen Verbrechen im Kosovo auch noch weitere führende Militär- und Polizeioffiziere angeklagt: Nebojša Pavković, Chef der Dritten Armee, die im Kosovo stationiert war; Vladimir Lazarević, Kommandeur des Priština Korps; Vlastimir Djordjević, hoher Beamter im serbischen Innenministerium und Chef der Abteilung für öffentliche Sicherheit; sowie Sreten Lukić, Chef des Stabs im Innenministerium für Kosovo und Metohija.³³⁶

Laut UN-Flüchtlingshochkommissariat und Menschenrechtsorganisationen mussten rund 800.000 Albaner aus dem Kosovo flüchten. Zahlreiche albanische Dörfer wurden niedergebrannt. Bei den Vertreibungen kam es auch immer wieder zu Massakern an der Zivilbevölkerung. So heißt es in der Anklageschrift des ICTY gegen die Spitzen der serbischen Regierung, des Militärs und der Polizei zu den Vorgängen im Kosovo:

„Count 1 Deportation: (. . .)

72. Beginning or about 1 January 1999 and continuing until 20 June 1999, forces of the FRY and Serbia, (. . .) perpetrated the actions (. . .), which resulted in the forced deportation of approximately 800.000 Kosovo Albanian civilians. To facilitate this expulsions and displacements, forces of FRY and Serbia deliberately created an atmosphere of fear and oppression (. . .) Throughout Kosovo, forces of the FRY and Serbia systematically shelled

³³⁴ Siehe dazu die Berichte über Vertreibungsaktionen und Täter: Human Rights Watch: Under Orders – War Crimes in Kosovo, New York 2001 / OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Kosovo – Kosova, As Seen, As Told – An analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999

³³⁵ Die Presse: Friedenssuche im Kosovo durch Haager Anklage erschwert?; 28. Mai 1999; S. 1

³³⁶ Siehe: The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia - The Prosecutor against Milan Milutinović, Nikola Šainović, Dragoljub Ojdanić, Nebojša Pavković, Vladimir Lazarević, Vlastimir Djordjević, Sreten Lukić; Third amended joinder indictment; Case No: IT-05-87-PT; zu finden auf der Homepage des Tribunals: www.un.org/icty

towns and villages, burned homes and farms, damaged and destroyed Kosovo Albanian cultural and religious institutions, murdered Kosovo Albanian civilians, (. . .) and sexually assaulted Kosovo Albanian women.”³³⁷

Und weiter heißt es:

„Counts 3-4 Murder (. . .)

75. (. . .)forces of the FRY and Serbia, (. . .) murdered hundreds of Kosovo Albanian civilians and other persons taking no active part in the hostilities. These killings occurred in a widespread or systematic manner throughout the province of Kosovo and resulted in the death of numerous men, women and children. (. . .)”³³⁸

Im Anhang der Anklageschrift sind die Namen von 919 Personen – vorwiegend Männer – angeführt, die im Zeitraum, auf den sich die Anklage bezieht (1. Jänner bis 20. Juni 1999) von serbischen beziehungsweise jugoslawischen Einheiten umgebracht worden sind.³³⁹ Eine Analyse der American Association of Advancement of Science (AAAS) kommt 2002 zu dem Ergebnis, dass 10.356 Kosovo-Albaner von serbischen Truppen umgebracht worden seien.³⁴⁰ Und die Belgrader Menschenrechtsorganisation „Fonds für humanitäres Recht“ von Nataša Kandić meldete Ende 2007, dass im Kosovo zwischen Jänner 1998 und Ende 2000 insgesamt rund 15.000 Menschen umgekommen seien. Über 11.820 Tote habe man bereits zahlreiche Informationen gesammelt. 5736 dieser Opfer seien Albaner und 2650 Serben gewesen.³⁴¹ 2001 sorgte zudem der Fund eines Massengrabs außerhalb von Belgrad für Aufsehen. In dem Grab befanden sich die Leichenteile von 86 Kosovo-Albanern, die ursprünglich in einem Kühlwagen nahe der ostserbischen Stadt Kladovo in der Donau versenkt worden waren. Unter den Toten befanden sich zahlreiche Frauen, Kinder und ältere Menschen.³⁴² Serbiens Behörden bestritten von Anfang an, Massaker und Kriegsverbrechen im Kosovo zu begehen, und sie bestritten sogar jegliche Verantwortung für die Massenflucht der Kosovo-Albaner. So

³³⁷ The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia - The Prosecutor against Milan Milutinović, Nikola Šainović, Dragoljub Ojdanić (etc.); Third amended joinder indictment; Case No: IT-05-87-PT; Charges, Count I Deportation; Punkt 72; S. 49, 48

³³⁸ The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – The Prosecutor against Milan Milutinović, Nikola Šainović, Dragoljub Ojdanić (etc.), Third amended joinder indictment, Case No: IT-05-87-PT, Charges, Count 3-4 Murder, Punkt 75, S. 41

³³⁹ The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – The Prosecutor against Milan Milutinović, Nikola Šainović, Dragoljub Ojdanić (etc.), Third amended joinder indictment, Case No: IT-05-87-PT, S. 31 - 7

³⁴⁰ Die Presse (Kugler, Martin): Kosovo 1999: Wenn Statistiker Politik spielen, 30. März 2002, Spectrum S. XIII

³⁴¹ Austria Presse Agentur APA: Belgrader NGO verfasst Buch über Opfer des Kosovo-Krieges, 5. Dezember 2007, APA05850512

³⁴² Die Presse: Massengrab in Serbien, 5. Juni 2001, S. 5

meinte etwa die Gesandte der jugoslawischen Botschaft in Österreich, Dubravka Zveržanovski, Anfang April 1999 in einem Zeitungsinterview:

*„Die Menschen im Kosovo fliehen vor den Bomben der Nato, den neuen Kämpfen, dem Chaos und nicht vor Massakern.“*³⁴³

Dass dies die offizielle Argumentationslinie Belgrads war, zeigte sich auch drei Wochen später, als Milošević persönlich in einem Interview mit dem texanischen Fernsehsender KHOU, einer Tochter von CBS, zu den Vorgängen im Kosovo Stellung nahm:

*„Es war nie Politik dieses Landes – und meine Politik – irgendeinen Bürger Jugoslawiens aus irgendeinem Teil dieses Landes zu vertreiben. Vor dem 24. März, als sie das verdammte Bombardement und ihre schmutzige Aggression gegen unser Land begannen, gab es nicht einen einzigen Flüchtling. Die Nato hat das Flüchtlingsproblem geschaffen, es war ihr Alibi für das Eingreifen.“*³⁴⁴

Später kam auch die serbische Version dazu, die UÇK beföhle den Kosovo-Albanern die Flucht, um Vertreibungen vorzutäuschen und so Punkte im Propagandakrieg gegen Belgrad zu sammeln.

Aber auch von Vertretern der Nato wurden Dinge behauptet, die sich später als unwahr herausstellen sollten. So verlieh etwa US-Verteidigungsminister William Cohen im Mai 1999 der Befürchtung Ausdruck, serbische Einheiten könnten 100.000 Kosovo-Albaner getötet haben.³⁴⁵ Bereits in den Wochen davor hatte es in einem Bericht des US-Außenministeriums geheißten, Berechnungen in den Flüchtlingslagern hätten ergeben, dass mindestens 100.000 Kosovo-Albaner im wehrfähigen Alter vermisst würden. Und schon damals ließ man in Washington und London unter Verweis auf serbische Gräueltaten im Bosnien-Krieg anklingen, die abgängigen Männer könnten ermordet worden sein.³⁴⁶ Später wurde klar, dass von 100.000 Getöteten keine Rede sein konnte. Auch die während des Krieges aufgetauchte Behauptung, die Serben hätten im Stadion von Priština ein riesiges Konzentrationslager errichtet, erwies sich im Nachhinein als Falschmeldung.

Milošević und die serbische Führung dürften mit der Massenvertreibung der Albaner folgende Hauptziele verfolgt haben:

³⁴³ Die Presse (Schneider, Wieland): Menschen im Kosovo fliehen vor Bomben der Nato, 2. April 1999, S. 6

³⁴⁴ Zitiert aus: Die Presse: Miloševićs zynische Fernseh-Show: „Es gab keinen einzigen Flüchtling“, 23. April 1999, S. 6

³⁴⁵ Die Presse: Cohen: Serben haben vermutlich 100.000 Kosovo-Albaner getötet, 18. Mai 1999, S. 4

³⁴⁶ Die Presse: Westen alarmiert: Wo sind die männlichen Kosovoalbaner?, 21. April 1999, S. 5

1. Säuberung der Kampfgebiete von potenziellen Unterstützern der UÇK.
2. Langfristige Änderung der ethnischen Zusammensetzung des Kosovo zugunsten der Serben. (Bis zum damaligen Zeitpunkt waren Vertreibungen bei den Kriegen in Ex-Jugoslawien kaum mehr revidiert worden.)
3. Destabilisierung der Nachbarländer Albanien und Mazedonien, um den Konflikt auszuweiten und der Nato so die Fortsetzung ihrer Militäraktion zu erschweren.

Bei der Umsetzung dieser Ziele konnte Milošević nur kurzfristige Erfolge erzielen. Die „Säuberung“ der Kampfgebiete – verbunden mit massiven Attacken auf Rebellenstellungen – sorgte in einigen Regionen zwar für ein Abklingen der UÇK-Aktivitäten. Die Untergrundarmee konnte sich nach anfänglichem Rückzug aber wieder konsolidieren und die serbischen beziehungsweise jugoslawischen Truppen mit Angriffen von Albanien aus unter Druck setzen. Auch eine langfristige Änderung der ethnischen Zusammensetzung im Kosovo zugunsten der Serben war nicht möglich. Im Gegenteil: Nachdem Belgrad auf Druck der Nato seine Einheiten aus der Provinz abgezogen hatte, kehrten die vertriebenen Albaner zurück und schlugen tausende Kosovo-Serben in die Flucht.

4.6.4. Miloševićs Krieg an der „Heimatfront“

Milošević versuchte zudem die Ausnahmesituation durch die Nato-Luftangriffe zu nutzen, um seine Macht in Serbien zu festigen. Um die Bevölkerung auf die neue Schlacht um den Kosovo einzustimmen und hinter der Führung zu vereinen, zog die Propagandawerkstatt des Regimes alle Register. Bereits am ersten Tag der Angriffe wurden im serbischen Fernsehen Hollywoodfilme kurzerhand aus dem Programm genommen und durch Filme wie „Die Schlacht am Amselfeld“ oder den Partisanenfilm „Kozara“ ersetzt. Patriotische Lieder wurden gespielt. Milošević erschien auf dem Bildschirm und stilisierte den Kampf gegen die Nato zum „Kampf für die Freiheit“ des gesamten Landes hoch.³⁴⁷ In Jugoslawien wurde das Kriegsrecht verhängt, das eine massive Zensur der Medien und ein härteres Vorgehen gegen Oppositionelle als bisher ermöglichte. Bereits am ersten Tag der Nato-Attacken wurde etwa das Studio des unabhängigen Radios B-92 von der Polizei geschlossen. Die Journalisten versuchten daraufhin, weiter über Internet zu senden. Dem Regime unliebsame Personen wie

³⁴⁷ Judah: War and Revenge, 237, 238

der Vreme-Journalist und TIME-Korrespondent Dejan Anastasijević erhielten Besuch der Geheimpolizei beziehungsweise wurden von der Staatssicherheit zu sogenannten „Informationsgesprächen“ vorgeladen.³⁴⁸ Ausländische Korrespondenten wurden in großer Zahl des Landes verwiesen. Wer bleiben durfte, erhielt meist nur die Erlaubnis, sich in Belgrad aufzuhalten. Eine Einreise in den Kosovo wurde ausländischen Journalisten fast ausnahmslos verboten.

Zusätzlich zu den neuen rechtlichen Instrumenten, die das Regime nun in die Hand bekommen hatte, versuchte es, Kritiker auch über den Druck der öffentlichen Meinung mundtot zu machen. Wer sich nun gegen Milošević und den Krieg im Kosovo stellte, wurde rasch als „Volksverräter“ und „Nato-Spion“ denunziert. Letzterer Vorwurf fiel bei der über die Bombardements empörten serbischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Für einen Schock bei den Oppositionellen sorgte der Mord an Slavko Ćuruvija. Der Chefredakteur von „Dnevni Telegraph“ wurde am 11. April 1999 vor seiner Belgrader Wohnung umgebracht. Ćuruvija war einst ein Freund der Milošević-Gattin Mira Marković und galt als Insider für die Vorgänge innerhalb der Regimespitze. Später wandte er sich aber mit offener Kritik gegen den Milošević-Clan. Für die meisten stand sofort fest, dass es dieser „Verrat“ war, der den Journalisten das Leben kostete.³⁴⁹ Zahlreiche Regimekritiker wie etwa der Journalist Anastasijević oder auch der prominente Chef der oppositionellen „Demokratischen Partei“ (DS), Zoran Djindjić, setzten sich meist über Montenegro ins Ausland ab. Djindjić war in Serbien mit einem Prozess wegen „Verrats“ bedroht worden. In einem Interview in Wien, einige Tage nach Ende der Nato-Angriffe, meinte er in Hinblick auf bevorstehende Wahlen in Serbien: *„Die ersten Nato-Bomben waren der Beginn des Wahlkampfes von Milošević“*. Kritik übte Djindjić vor allem auch an den Kundgebungen und Rockkonzerten, die in Serbien gegen die westlichen Luftangriffe abgehalten worden waren und dem Regime als Propaganda gedient hatten: *„Die haben das so unverschämt gemacht, mit diesen halbnackten Sängerinnen, die gesungen haben, während Hunderttausende Flüchtlinge das Land verlassen haben, die Bomben gefallen sind und Hunderttausende Eltern Angst um ihre Söhne in der Armee hatten. Das Regime hat daraus eine Totenfeier, ein heidnisches Fest gemacht.“*³⁵⁰

In Belgrad und anderen Städten Serbiens gingen Tausende auf die Straßen, um bei Meetings, Rockkonzerten und anderen Kundgebungen gegen die Nato-Angriffe zu protestieren. Dabei wurden Plakate hochgehalten, auf denen eine Zielscheibe und das Wort

³⁴⁸ Aus einem Gespräch des Autors mit D. Anastasijević in Wien im Juni 1999

³⁴⁹ Judah: War and Revenge, 238

³⁵⁰ Die Presse (Schneider, Wieland): Zoran Djindjić: „Die ersten Nato-Bomben waren der Beginn des Wahlkampfes von Milošević“, 19. Juni 1999, S. 4

„Target“ zu sehen war. Demonstranten stellten sich auf Brücken, um diese mit ihren Körpern gegen die Zerstörung durch Bomben zu „schützen“. Auch im Ausland wurden von serbischen Vereinen Kundgebungen gegen die Nato-Luftangriffe veranstaltet – so auch in Wien am Stephansplatz. Sowohl in Serbien als auch bei der serbischen Diaspora war der Ärger über die Bombardements zweifellos groß. Wie viele der Demonstranten aber tatsächlich voll hinter Milošević standen, ist schwer abzuschätzen.

Nach außen hin schien es in den ersten Wochen der Nato-Operationen jedenfalls so, als hätte das Regime die Heimatfront fest im Griff. Doch je länger die Bombardements dauerten, desto mehr wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Mütter organisierten sich, um zu verhindern, dass ihre Söhne in den Kosovo geschickt werden. Erste Berichte über Desertionen jugoslawischer Soldaten drangen an die Öffentlichkeit.³⁵¹ Das Regime versuchte, dem Unmut mit Durchhalteparolen entgegenzuwirken. Die Führung der jugoslawischen Streitkräfte verbreitete in ihren Bulletins Jubelmeldungen über angebliche Verluste des Feindes und äußerte absolute Siegeszuversicht. Ein gutes Beispiel dafür ist ein Aufruf des jugoslawischen Generalstabschefs Dragoljub Ojdanić. Darin wird auch indirekt das alte Bild des serbischen Helden beschworen, der ganz allein gegen eine große, finstere Übermacht ankämpft – nicht nur aus Eigennutz, sondern zum Schutze der ganzen Welt, von der er dafür letzten Endes bewundert wird. Auch die alte KP-Diktion vom „faschistischen“ Feind findet Verwendung:

„My fellow citizens, men and officers of the Yugoslav Army – defenders of the country. For over a month, day and night, we have been resisting – defending our country all as one. We did not want this war, but our people and government could not accept the ultimatum equivalent to the capitulation and occupation of our country. We are bearing enormous damages, suffering and bleeding in a resolute attempt to stop the conquest of the masters of war determined to rule the globe. (. . .) In the conflict in spite of all its technical superiority, the enemy failed to degrade our moral and defeat us militarily. This is precisely why the enemy is ruthlessly and cowardly attacking civilians and industrial facilities. Still, contrary to what the enemy expected, the moral strength and the unity of the nation and the government is only growing stronger. (. . .) The efficient commanding and the use of chosen strategy and operations’ tactics, helped us preserve the lives of our people, war reserves and the available arsenal, and above all, we have managed to face and resist against a technically and numerically superior enemy. Since the aggression on FR Yugoslavia broke out YA units managed to shoot down: 46 aircraft – including the highly praised F117A, six helicopters,

³⁵¹ Die Presse: Proteste in Serbien gegen Einsatz im Kosovo, 19. Mai 1999, S. 6

*eight drones and 182 cruise missiles. Furthermore, the number of men that the enemy lost are not negligible. We, and all our people, are greatly encouraged by these facts that prove that Motherland can and must be defended. News about our heroic resistance in spite of the obstacles and fabrications launched by the new fascist propaganda are gradually reaching the world. Every day a growing number of people throughout Europe and the world over are raising their voice and protest against the insane crimes of the aggressors, realizing that peace and the future of Mankind is threatened.”*³⁵²

4.6.5. Das Einlenken Miloševićs

De facto hatten sich jedoch sowohl Milošević als auch die Nato in eine Art Pattsituation manövriert. Die serbische Führung musste zusehen, wie die westlichen Luftstreitkräfte immer mehr an Infrastruktur des Landes zerstörten, ohne dies militärisch verhindern zu können. Den Nato-Planern wurde andererseits klar, alleine mit Luftangriffen die Vertreibungen im Kosovo nicht stoppen, geschweige denn rückgängig machen zu können. In einigen Nato-Staaten wurde deshalb der Ruf nach einer Bodenoffensive immer lauter. In dieser Situation trat Russland auf den Plan. Man sah in Moskau die Chance gekommen, Einfluss auf die Vorgänge auf dem Balkan zurückzugewinnen zu können. Auch im Kreml hatte man ursprünglich darauf gezählt, dass die Nato-Angriffe rasch vorüber sein würden. Die Fortsetzung der Bombardements brachte Russland in eine komplizierte Situation: Einerseits wollte man Solidarität mit dem Verbündeten Serbien zeigen. Andererseits wollte man nicht auf Dauer derart gespannte Beziehungen zu den Nato-Staaten haben, die man letztenendes vor allem aus wirtschaftlichen Gründen brauchte. Zunächst einigte man sich auf einen neuen UN-Sonderemissär für Kosovo, den finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari. Nach ersten Gesprächen zwischen russischen und westlichen Diplomaten kam der große Durchbruch beim Gipfel der G-8 (der sieben wichtigsten Industrienationen plus Russland) am 6. Mai in Bonn. Dort wurde ein gemeinsamer Sieben-Punkte-Plan ausgearbeitet, der die Grundlage für die spätere UN-Resolution 1244 darstellte. Die wichtigsten Prinzipien lauteten:

1. Sofortiges und nachweisbares Ende von Gewalt und Repression im Kosovo.
2. Rückzug der serbischen Einheiten aus dem Kosovo.

³⁵² Aus: Yugoslav Army Press Center: Daily Review Nr. 26, Statement by the Head of the Supreme Command HQ – Lieutenant General Dragoljub Ojdanić, 29. April 1999

3. Stationierung einer gemeinsamen Sicherheitspräsenz auf Basis eines UN-Mandats, die in der Lage sein muss, die Durchsetzung der gemeinsamen Ziele zu garantieren.
4. Einsetzung einer vom UN-Sicherheitsrat abgesegneten Übergangsverwaltung für den Kosovo.
5. Sichere Rückkehr aller Flüchtlinge und ungehinderter Zugang für Hilfsorganisationen.
6. Ein politischer Prozess, um ein interimistisches politisches Rahmenabkommen zu erzielen. Damit soll dem Kosovo eine substanzielle Selbstverwaltung gesichert werden und zwar unter Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens sowie der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens. Zudem muss die UÇK entmilitarisiert werden.
7. Ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierung der Balkan-Region.³⁵³

Bei dem Treffen in Bonn und späteren Verhandlungen schwenkte Russland in den meisten Punkten auf die Linie der Nato-Staaten ein. Moskau hatte immer verlangt, dass die Nato ihre Angriffe einstellen müsse, bevor Serbien seine Einheiten aus dem Kosovo zurückbeordern und über weitere Fragen zur Lösung des Konflikts verhandeln würde. Nun war Russland damit einverstanden, dass die westliche Allianz die Bombardierungen erst nach dem Abzug der serbischen Einheiten aus dem Kosovo einstellen werde. Ende Mai signalisierte die Belgrader Führung, den G-8-Friedensplan grundsätzlich anzunehmen. Streitpunkt blieb jedoch nach wie vor die genaue Zusammensetzung der künftigen Friedenstruppe für den Kosovo. Bei Gesprächen zwischen dem russischen Sonderbeauftragten Viktor Černomyrdin, US-Vizeaußenminister Strobe Talbott und Ahtisaari gab Moskau schließlich dem Drängen Washingtons nach: Die Nato sollte den Kern der künftigen Kosovo-Friedenstruppe stellen. Damit hatten die Serben bei einer ihrer zentralen Forderungen die Unterstützung Russlands verloren. Bewaffnete Nato-Truppen im Kosovo waren für Belgrad nämlich lange Zeit völlig undenkbar gewesen.³⁵⁴

Nun galt es noch die persönliche, explizite Zustimmung Miloševićs zu dem Friedensplan einzuholen. Černomyrdin und Ahtisaari reisten am 2. Juni nach Belgrad und legten Milošević das Abkommen vor. Einen Tag später nahm das serbische Parlament den

³⁵³ Zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 273, 274 / siehe auch: Die Presse (König, Ewald): Sieben-Punkte-Plan der G 8 zur raschen Lösung des Kosovo-Konfliktes, 7. Mai 1999, S. 5

³⁵⁴ Segbers, Klaus/Zürcher, Christoph: Russland und der Kosovo-Konflikt, aus: Reuter/Clewing: Der Kosovo-Konflikt, 386 u. f. / Jurekovič, Predrag: Die politische Dimension des Krieges im Kosovo und in der BR Jugoslawien: Konfliktentwicklung, politische Initiativen der Staatengemeinschaft, Auswirkungen auf das Umfeld, aus: Reiter (Hg.): Krieg um das Kosovo, 64, 65/ Judah: War and Revenge, 277 / Die Presse: Jugoslawien nimmt G-8-Friedensplan an – Troika will nach Belgrad, 1. Juni 1999, S. 4

Plan offiziell an. Die Nato-Bombardements gingen zunächst aber weiter. Am 9. Juni 1999 wurde schließlich im mazedonischen Kumanovo das „Military Technical Agreement“ unterzeichnet. Darin wurden die Modalitäten des Abzugs der serbisch/jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo und des Einmarsches der internationalen Truppen festgelegt. Die Nato-Operation gegen Serbien und der militärische Kampf Belgrads gegen die UÇK waren damit zu Ende.

Bleibt die Frage, warum Milošević schließlich eingelenkt hat. Mit Russlands Nachgeben in zentralen Fragen gegenüber der Nato wurde der diplomatische Spielraum für Belgrad immer kleiner. Der russische Sonderbeauftragte Černomyrdin war dafür sogar in Moskau von hohen Militärs, Kommunisten und Nationalisten als Verräter gescholten worden.³⁵⁵ Zudem war die Front der Nato-Staaten entgegen Miloševićs Hoffnungen nicht auseinandergebrochen. Im Gegenteil: Es schien sogar, als würde sich die westliche Allianz auf einen gewaltsamen Einmarsch in den Kosovo vorbereiten. Milošević versuchte also zu nehmen, was in diesem Moment maximal herauszuholen war und so die zunehmende Vernichtung der serbischen Infrastruktur durch die Nato-Bomben endlich zu stoppen. Dazu kam möglicherweise die Hoffnung, mit Hilfe russischer Soldaten doch noch die Kontrolle über wichtige Teile des Kosovo behalten zu können. Es gibt zumindest Indizien dafür, dass Belgrad und Moskau hinter den Kulissen folgendes Geheimabkommen geschlossen haben könnten: Russische Truppen besetzen den Norden und strategisch bedeutsame Punkte des Kosovo, entreißen diese Gebiete der Kontrolle der Nato und legen so den Grundstein für eine Teilung der Provinz.³⁵⁶ So waren russische Einheiten am 11. Juni völlig überraschend aus Bosnien kommend im Kosovo eingerückt. Zuvor waren Verhandlungen zwischen der Nato und Moskau über einen eigenen russischen Militärssektor im Kosovo gescheitert.³⁵⁷ Den Russen gelang es, noch vor der Nato den Flughafen von Priština einzunehmen. Der Plan Moskaus war offenbar, über den besetzten Flughafen handstreichartig größere Truppenkontingente heranzuschaffen. Dies misslang aber, da Ungarn und Rumänien die Überflüge für die russischen Militärtransporter verweigerten. Den russischen Soldaten am Flughafen ging indessen der Nachschub aus. Moskau musste schließlich die Forderung nach einem eigenen Sektor im Kosovo aufgeben und schickte eine weit geringere Zahl von

³⁵⁵ Die Presse (Windisch, Elke): Russischer Undank ist der Lohn für Viktor Tschernomyrdin, 7. Juni 1999, S. 4

³⁵⁶ Die Presse (Schneider, Wieland): Exil-Premier Bukoshi: „Teilung des Kosovo wäre Sieg für Milošević“, 28. Mai 1999, S. 5 / Die Presse: Der Krieg gegen Jugoslawien ist fast zu Ende: Milošević nahm den Friedensplan der G-8 an, 4. Juni 1999, S. 1

³⁵⁷ Die Presse: Erste Nato-Einheiten rücken in Kosovo vor – Moskaus Truppen agieren auf eigene Faust, 12. Juni 1999, S. 1

Soldaten als ursprünglich geplant in die Provinz.³⁵⁸ Eine Aufsplitterung Kosovos in einen russischen und einen Nato-Teil war somit nicht mehr möglich.

³⁵⁸ Petritsch/Pichler: Kosovo, 276 / Die Presse: Die Russen in Priština: Hunger, Durst und ein Gefühl von Verletzlichkeit, 16. Juni 1999, S. 4

5. Das internationale Protektorat Kosovo/Kosova

5.1. Der Einmarsch der Nato – der Kosovo wird ein internationales Protektorat

Mit dem Beginn des Rückzugs der serbischen Einheiten und dem Einmarsch der ersten Nato-Soldaten am 10. bzw. 11. Juni 1999 endete Serbiens langjährige Herrschaft über den Kosovo. Zwar blieb die Provinz auf dem Papier nach wie vor jugoslawisches Territorium. De facto hatte Belgrad von nun an aber keinerlei direkte Entscheidungsgewalt mehr darüber, was im Kosovo passierte. Lediglich auf die Kosovo-Serben und das Leben in deren Enklaven konnte Serbiens Regierung weiterhin Einfluss nehmen. Für die Kosovo-Albaner begann eine neue Phase der Unabhängigkeit von Belgrad. Die Ausübung einer vollen politischen, wirtschaftlichen und staatlichen Eigenständigkeit blieb ihnen jedoch verwehrt. Wesentliche Teile der Verwaltung und der Regierungsarbeit sowie die richterliche und polizeiliche Gewalt wurden von der internationalen Präsenz im Kosovo übernommen. Der Kosovo wurde damit – auch wenn den meisten Diplomaten der Ausdruck missfiel – zu einem internationalen Protektorat.³⁵⁹

Daran, den Kosovo umgehend in eine (überwachte) staatliche Unabhängigkeit zu entlassen, war auch in den USA und der EU zum damaligen Zeitpunkt nicht zu denken. Im G-8-Friedensplan, dem Serbien nach wochenlangen Bombardements schließlich zugestimmt hatte, war nur von einer substanziellen Selbstverwaltung für den Kosovo die Rede. Zudem wurde explizit auf die territoriale Integrität Jugoslawiens verwiesen (*Siehe Kapitel 4.6.5. Das Einlenken Miloševićs*). Etwas anderes hätten Serbien und dessen Mentor Russland wohl kaum akzeptiert. In den USA, die sich am stärksten für die Albaner einsetzten, war man im Juni 1999 mit dem Erreichten mehr als zufrieden: Serbien war ohne eine Nato-Bodenoffensive zu einem Truppenrückzug aus dem Kosovo gezwungen worden. Und darüber hinaus verzichtete Moskau nach harten Verhandlungen auf einen eigenen russischen Militärssektor im Kosovo.

Auf die territoriale Integrität Jugoslawiens wird auch in der UN-Resolution 1244 verwiesen, die am 10. Juni 1999 vom UN-Sicherheitsrat in New York verabschiedet wurde. Sie stellt die rechtliche Basis für die Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Kosovo dar und legt zudem die Modalitäten für die internationale Präsenz im Kosovo fest. Eine der Grundlagen der Resolution sind die zuvor erwähnten G-8-Prinzipien zu Kosovo; sie werden in Annex 1 der Resolution völlig übernommen. In Annex 2 findet sich der aus den G-8-Prinzipien abgeleitete Friedensplan, der von Martti Ahtisaari Anfang Juni 1999 in Belgrad

³⁵⁹ Die Presse (Rathfelder, Erich): Protektorat ist für UN-Mitarbeiter ein verbotenes Wort, 4. Oktober 1999, S. 13

vorgelegt worden war, sowie die wichtigsten Bestimmungen über den Rückzug der serbischen Armee- und Polizeikräfte aus dem Kosovo. Bereits in den einleitenden Punkten von 1244 wird das Bekenntnis aller Sicherheitsratsmitglieder zur Wahrung der „Souveränität und territorialen Integrität“ Jugoslawiens gemäß Helsinki Schlussakte bekräftigt, in anderen Passagen der Resolution wird das wiederholt. Zur politischen Zukunft des Kosovo wird in der Resolution 1244 unter anderem festgestellt:

„*The Security Council* (...)

*10. Authorizes the Secretary General, with the assistance of relevant international organisations, to establish an international civil presence in Kosovo in order to provide an interim administration for Kosovo under which the people of Kosovo can enjoy substantial autonomy within the Federal Republic of Yugoslavia, and which will provide transitional administration while establishing and overseeing the development of provisional democratic self-governing institutions to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants of Kosovo”*³⁶⁰

Einer internationalen Zivilpräsenz wurde also die Übergangsverwaltung für den Kosovo übertragen; parallel dazu sollten provisorische kosovarische Institutionen für eine Selbstverwaltung des Kosovo geschaffen werden, damit dessen Einwohnern eine „substanzielle Autonomie“ zuteil werde – aber eben alles innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien. Diese Formulierungen in 1244 führte die serbische Seite 2006/2007 ins Treffen, als die USA und UN-Chefvermittler Ahtisaari immer stärker auf eine „überwachte“ Unabhängigkeit für den Kosovo drängten. (Siehe Kapitel 6.2. *Die Wiener Kosovo-Gespräche und der Kosovo-Plan von Martti Ahtisaari*). Gegner der serbischen Darstellung argumentieren jedoch, dass in 1244 von der „Souveränität und territorialen Integrität“ der Bundesrepublik Jugoslawiens sowie von Autonomie der Kosovaren innerhalb Jugoslawiens die Rede sei – und nicht innerhalb Serbiens. Und seit der Unabhängigkeit Montenegros im Juni 2006 existieren Jugoslawien beziehungsweise der später daraus hervorgegangene Staatenbund Serbien-Montenegro nicht mehr. Belgrad beruft sich jedoch wiederum auf eine Vereinbarung zwischen Serbien und Montenegro, wonach alle den Kosovo betreffenden Kompetenzen nach dem Zerfall des Staatenbundes auf Serbien übergegangen worden seien. Zudem interpretieren Gegner der serbischen Darstellung die UN-Resolution 1244 so, dass Kosovo nur so lange Autonomie innerhalb Jugoslawiens haben solle, bis der Endstatus gefunden worden sei. So heißt es in 1244 etwa zu den Aufgaben der internationalen zivilen Präsenz:

³⁶⁰ UN-Resolution 1244, Punkt 10, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 316, 317

„(a) Promoting the establishment, pending a final settlement, of substantial autonomy and self-government in Kosovo (. . .)

(c) Organizing and overseeing the development of provisional institutions for democratic and autonomous self-government pending a political settlement (. . .)“ ³⁶¹

Es wurde also erwähnt, dass die substanzielle Autonomie bzw. autonome Selbstverwaltung des Kosovo während des „Wartens auf eine politische Lösung“ zum Tragen kommen solle. Und laut Gegnern der serbischen Interpretation von 1244 könne diese spätere Lösung ja auch Unabhängigkeit heißen. Trotz mehrmaliger Bekräftigung der territorialen Unversehrtheit Jugoslawiens heißt es in Resolution 1244 aber auch, dass der Status Quo nicht auf ewig beibehalten werden könne und eine Entscheidung über den Endstatus des Kosovo noch getroffen werden müsse. So heißt es etwa über die Aufgaben der neuen internationalen Ziviladministration:

“The Security Council (. . .)

11. Decides that the main responsibilities of the international civil presence will include: (. . .)

(e) Facilitating a political process designed to determine Kosovo’s future status, taking into account the Rambouillet accords” ³⁶²

Im politischen Teil des Rambouillet-Vertrags heißt es, dass drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens bei einem internationalen Treffen ein Mechanismus zur finalen Lösung der Kosovo-Frage festgelegt werden solle. Basis für eine solche Lösung müsse unter anderem der Wille der Bevölkerung des Kosovo, die Meinungen der betroffenen Regierungen sowie die Helsinki Schlussakte sein. Das impliziert aber laut Rambouillet-Verhandler Wolfgang Petritsch wiederum, dass eine Lösung nur unter Zustimmung aller Parteien gefunden werden dürfe. (*siehe 4.5. Die Verhandlungen von Rambouillet*). Serbien hatte zwar den Rambouillet-Vertrag nicht unterschrieben, im von Belgrad akzeptierten G-8-Friedensplan wird jedoch auf Rambouillet Bezug genommen. Ein genauer Fahrplan zur Lösung der Statusfrage wird in der UN-Resolution 1244 nicht festgeschrieben. Es wurde weiterhin darauf gesetzt, Zeit zu gewinnen und eine definitive Entscheidung über die Statusfrage weiter hinauszuzögern – eine Vorgangsweise, die in den folgenden Jahren beibehalten wurde.

³⁶¹ UN-Resolution 1244, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 317

³⁶² UN-Resolution 1244, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 317

5.1.2. Die internationale militärische Präsenz im Kosovo

Gemäß des aus dem G-8-Übereinkommen abgeleiteten Plans zur Beendigung des Nato-Einsatzes gegen Jugoslawien und der Feindseligkeiten im Kosovo war für die Provinz eine „internationale Sicherheitspräsenz“ mit „substanzieller Beteiligung der Nato“ vorgesehen. Diese internationale Truppe sollte unter einem einheitlichen Kommando stehen und für ein sicheres Umfeld im Kosovo sorgen, das auch die Rückkehr aller Flüchtlinge ermöglicht.³⁶³

Parallel zum Einmarsch der internationalen Truppe war der Rückzug der serbischen Streitkräfte bis hinter eine Pufferzone innerhalb Serbiens vorgesehen. In dieser Zone an der Grenze zum Kosovo durfte Belgrad nur eine begrenzte Zahl leicht bewaffneter Polizisten stationieren. 2001, als Milošević bereits gestürzt worden war, erlaubte die Nato die Rückkehr massiverer serbischer Kräfte in diese Zone. Dies war nötig geworden, um in Südserbien den Aufstand albanischer Rebellen, der „Befreiungsarmee von Preshevo, Medvedja und Bujanovac“ (UÇPMB), zu beenden. Im G-8-Papier beziehungsweise in 1244 war auch die Rückkehr einer begrenzten Zahl serbischen Polizei- bzw. Militärpersonals vorgesehen. Dieses sollte unter anderem an Grenzübergängen und Stätten serbischen Kulturerbes präsent sein.³⁶⁴ Diese Zusage gegenüber Belgrad wurde nie in die Tat umgesetzt.

Die internationale Truppe für den Kosovo erhielt den Namen „Kosovo Force“ (KFOR) und verfügte zu Beginn über 50.000 Mann. Im Laufe der folgenden Jahre wurde die Truppenstärke sukzessive reduziert. Im Juni 2003 hatte die KFOR nur mehr 26.000 und im April 2007 16.000 Mann.³⁶⁵ Die Hauptlast der KFOR-Mission trug von Anfang an die Nato. Aber auch zahlreiche Länder aus dem Nato-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ entsandten Soldaten. Unter den Truppenstellern sind auch neutrale Länder wie Österreich und die Schweiz. Österreich hatte 2007 rund 600 Soldaten im Kosovo stationiert. Das von der KFOR zu überwachende Gebiet wurde in fünf Sektoren aufgeteilt: in die „Multinationale Task Force Nord“ unter französischem Kommando, die „Multinationale Task Force West“ unter italienischem Kommando, die „Multinationale Task Force Süd“ unter deutschem Kommando, die „Multinationale Task Force Ost“ unter US-Kommando und die „Multinationale Task Force Zentrum“ unter britischem Kommando.

Auch Russland beteiligte sich an der KFOR, erhielt aber keinen eigenen Sektor. Die russischen Soldaten wurden auf die anderen KFOR-Sektoren aufgeteilt. Auch am Flughafen von Priština blieben Russen zunächst stationiert. Die Albaner begegneten den Russen von

³⁶³ UN-Resolution 1244 / Annex 2, Punkt 4, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 320

³⁶⁴ UN-Resolution 1244, Punkt 4 bzw. Annex 2, Punkt 6, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 315, 320

³⁶⁵ www.nato.int/kfor

Anfang an mit Feinseligkeit. Der politische Direktor der UÇK, Hashim Thaçi, drohte im Juni 1999 den russischen Soldaten indirekt mit Gewalt: Der überraschende Einmarsch russischer Truppen in den Kosovo am 11. Juni sei „eine Provokation und ein Angriff auf die territoriale Integrität Kosovos“ gewesen, die UÇK könne keine Sicherheitsgarantie für die russischen Truppen abgeben. Die UÇK werde sich zwar zurückhalten, aber ihr „Recht auf Selbstverteidigung“ wahren, sagte Thaçi.³⁶⁶ Zwar gab es einige kleinere Zwischenfälle, die große gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Russen und der UÇK blieb aber aus. Im Städtchen Orahovac/Rahovec griffen die Albaner zu Methoden des zivilen Ungehorsams: Zivilisten verhinderten mit einer Blockade der Ortseinfahrt von Ende August bis Ende November 1999 den Einzug russischer Truppen in das Städtchen.³⁶⁷ Im Jahr 2003 zog Moskau seine Soldaten aus dem Kosovo ab.

Zu den Aufgaben der militärischen Präsenz im Kosovo und damit der KFOR heißt es in der UN-Resolution 1244 unter anderem:

„The Security Council (. . .)

9. Decides that the responsibilities of the international security presence to be deployed and acting in Kosovo will include:

(a) Deterring renewed hostilities, maintaining and where necessary enforcing a ceasefire, and ensuring the withdrawal and preventing the return into Kosovo of Federal and Republic military, police and paramilitary forces (. . .) ;

(b) Demilitarizing the Kosovo Liberation Army (KLA) and other armed Kosovo Albanian groups (. . .) ;

(c) Establishing a secure environment in which refugees and displaced persons can return home in safety, the international civil presence can operate, a transitional administration can be established, and humanitarian aid can be delivered;

(d) Ensuring public safety and order until the civil presence can take responsibility for this task; (. . .)

In vielen dieser Punkte war die KFOR erfolgreich, jedoch nicht in allen. So gelang es der Kosovo-Truppe, den Abzug der serbischen beziehungsweise jugoslawischen Einheiten zu überwachen und neue Feindseligkeiten zwischen albanischen Kräften und serbischen/jugoslawischen Truppen zu verhindern. Auch eine gewaltsame Rückkehr

³⁶⁶ Die Presse (Schneider, Wieland): „Teil der Russen im Kosovo war an Aktionen gegen Zivilisten beteiligt“, 14. Juni 1999, S. 4

³⁶⁷ Die Presse: Kosovo-Albaner versperren russischer Kfor-Truppe den Weg nach Orahovac, 24. August 1999, S. 5 / Die Presse: Albaner von Orahovac beenden Russen-Sperre, 24. November 1999, S. 4

serbischer Einheiten in den Kosovo unterblieb. All das ist freilich nicht nur auf die Tätigkeit der KFOR-Soldaten im Kosovo zurückzuführen, sondern auch auf das dahinterstehende Abschreckungspotenzial der gesamten Nato sowie auf die politischen Weichenstellungen in Belgrad nach dem Sturz des Milošević-Regimes. Ein großer Erfolg für die KFOR war es, gemeinsam mit der internationalen zivilen Präsenz und internationalen Hilfsorganisationen die ethnischen Säuberungen Miloševićs im Kosovo rasch rückgängig zu machen. In kurzer Zeit kehrten Hunderttausende kosovo-albanische Flüchtlinge aus Albanien und Mazedonien zurück, ihre Häuser wurden noch vor dem Winter wiederaufgebaut. KFOR-Soldaten sorgten für ein ausreichend sicheres Umfeld für die kosovo-albanischen Rückkehrer, Pioniere der KFOR halfen beim Wiederaufbau von Dörfern und Infrastruktur. Auch die Demobilisierung und Entwaffnung der UÇK konnte nach einigen politischen Widerständen der Kosovo-Befreiungsarmee durchgesetzt werden – auch wenn nie völlig geklärt wurde, wie viele Waffen die UÇK-Kämpfer tatsächlich behielten, und mit dem Kosovo-Schutzkorps TMK paramilitärische Strukturen erhalten blieben. *(Siehe auch: 5.3.1. Die Entwaffnung der UÇK.)*

Die KFOR schaffte es jedoch nicht, für die Sicherheit der Serben im Kosovo zu sorgen. Parallel zum Abzug der serbischen Truppen 1999 flohen zehntausende serbische Zivilisten aus dem Kosovo. Die verbliebenen Serben und auch zahlreiche Roma waren schweren Übergriffen durch albanische Gruppen ausgesetzt. Die gerade erst einmarschierte KFOR war nicht in der Lage, diese Untaten in ausreichender Form zu unterbinden. *(Mehr dazu: siehe 5.2.1. Der Exodus der Serben und der Kampf um Mitrovica)*. Auch wenn es in den folgenden Jahren immer wieder zu Angriffen auf Serben und Roma kam, gelang es der KFOR (gemeinsam mit der zivilen Polizeimission) doch, die Sicherheitslage der wenigen verbliebenen Serben zu verbessern. Auf eine großangelegte Rücksiedlung der geflohenen Serben wurde aber verzichtet. Und auch bei der nächsten großen Herausforderung, den Unruhen vom März 2004, versagten die internationalen Sicherheitskräfte. Sie konnten abermals nicht verhindern, dass Serben attackiert und zahlreiche serbische Häuser und Kirchen von Albanern verwüstet wurden. *(Mehr dazu: siehe 5.4. Die Märzunruhen 2004)*

5.1.3. Die internationale zivile Präsenz im Kosovo

Grundlage für die internationale zivile Präsenz im Kosovo stellt ebenfalls die UN-Resolution 1244 dar. Ihre Aufgaben werden in der Resolution wie folgt beschrieben:

„*The Security Council* (. . .)

11. Decides that the main responsibilities of the international civil presence will include: (. . .)

(a) Promoting the establishment, pending a final settlement, of substantial autonomy and self-government in Kosovo, taking into account of annex 2 and of the Rambouillet accords;

(b) Performing basic civilian administrative functions where and as long as required;

(c) Organizing and overseeing the development of provisional institutions for democratic and autonomous self-government pending a political settlement, including the holding of elections;

(d) Transferring, as these institutions are established, its administrative responsibilities while overseeing and supporting the consolidation of Kosovo's local provisional institutions and other peace-building activities;

(e) Facilitating a political process designed to determine Kosovo's future status, taking into account the Rambouillet accords:

(f) In a final stage, overseeing the transfer of authority from Kosovo's provisional institutions to institutions established under political settlement;

(g) Supporting the reconstruction of key infrastructure and other economic reconstruction;

(. . .)

(i) Maintaining civil law and order, including establishing local police forces and meanwhile through the development of international police personal to serve in Kosovo;

(j) Protecting and promoting human rights;

*(k) Assuring the safe and unimpeded return of all refugees and displaced persons to their homes in Kosovo;”*³⁶⁸

Wie schon zu Beginn von 5.1. erläutert, wurde die internationale Zivilpräsenz damit beauftragt, bei der Schaffung von provisorischen Institutionen für eine Selbstverwaltung des Kosovo behilflich zu sein und diesen Institutionen später sukzessive Kompetenzen zu übertragen. Sie sollte einen politischen Prozess ermöglichen, der eine Klärung des endgültigen Status der Provinz herbeiführt. Und sie wurde damit beauftragt, so lange wie nötig die Verwaltung des Kosovo zu übernehmen. Dazu gehörten auch richterliche

³⁶⁸ UN-Resolution 1244, zitiert aus: Judah: War and Revenge, 317

Befugnisse und Polizeibefugnisse, um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Verantwortung für den Wiederaufbau von Wirtschaft und Infrastruktur.

Rückgrat der internationalen, zivilen Präsenz war die „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“ (Unmik). Sie wurde vom „Special Representative of the Secretary-General for Kosovo“ (SRSG) geleitet. Von 1999 bis 2007 wurde dieses Amt von einer ganzen Reihe von Diplomaten bekleidet. Nach einer kurzen Interimsphase, in der der später im Irak ermordete brasilianische Diplomat Sergio Vieira de Mello die Unmik führte, übernahm Bernard Kouchner im Juli 1999 als erster SRSG die Mission. Frankreichs früherer Gesundheitsminister und späterer Außenminister (ab 2007) blieb bis Jänner 2001. Dann folgte der ehemalige dänische Verteidigungsminister Hans Haekkerup (bis Dezember 2001) und der deutsche Spitzendiplomat Michael Steiner (bis Juli 2003). Nach Steiner kam der Finnlands Ex-Premierminister Harri Holkeri (bis Mai 2004). Ihm folgte der Däne Søren Jessen-Petersen nach. Unter dem Hinweis, sein Posten werde ohnehin bald obsolet sein, übergab Jessen-Petersen im September 2006 sein Amt an den Deutschen Joachim Rücker.³⁶⁹ Die Unmik-Chefs blieben also meist nur ein oder maximal zwei Jahre im Amt. Zudem waren sie nicht nur sehr verschiedenartige Persönlichkeiten, sondern zeigten auch immer wieder unterschiedliche Zugänge zu ihrer Aufgabe. Das wirkte sich nicht immer positiv auf die Kontinuität der Arbeit aus. *(Siehe auch Kapitel 5.3. Internationale Verwaltung versus albanische Eigenständigkeitsbestrebungen.)*

Die UN-Mission im Kosovo ruhte auf vier sogenannten „Pillars“ (Säulen):

1. Police and Justice
2. Civil Administration
3. Democratisation and Institution Building
4. Reconstruction and Economic Development

„Säule 1“ beschäftigte sich zunächst mit humanitärer Hilfe und wurde vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR geleitet. Nachdem die unmittelbaren Kriegsfolgen weitgehend behoben worden waren, lief diese Aufgabe im Juni 2000 aus. Im Mai 2001 widmete man „Säule 1“ dann dem Polizei- und Justizwesen. So wie über „Säule 1“ hat auch über „Säule 2“ (Ziviladministration) die UNO die direkte Oberhoheit. „Säule 3“ (Demokratisierung und Aufbau von Institutionen) wurde der Organisation für Sicherheit und

³⁶⁹ www.unmikonline.org

Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übertragen, „Säule 4“ (Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung) der EU.³⁷⁰

Die Erfolge der internationalen Präsenz in diesen Bereichen waren unterschiedlich. Im Aufbau von Polizeiwesen und Gerichtsbarkeit erzielte sie diverse Fortschritte. So wurde anfangs die Polizeiarbeit ausschließlich von internationalen Polizisten betrieben, im Laufe der Zeit konnten diese Aufgaben weitgehend der neuen, multiethnischen Kosovo-Polizei (Kosovo Police Service KPS) übertragen werden. Eine internationale Unterstützung und Überwachung der Bereiche Polizei und Gerichtsbarkeit scheint aber nach wie vor nötig und wurde bereits 2005 im Bericht des UN-Sondergesandten Kai Eide sowie auch 2007 im Lösungsplan von UN-Vermittler Martti Ahtisaari vorgeschlagen. *(Siehe auch Kapitel 6.1. Der Bericht von Kai Eide und Kapitel 6.2. Die Wiener Kosovo-Gespräche und der Kosovo-Plan von Martti Ahtisaari.)* Zu Beginn des internationalen Engagements wurde der Großteil der Verwaltung des Kosovo von der internationalen Ziviladministration durchgeführt. Später wurden sukzessive Kompetenzen an die Kosovo-Institutionen abgegeben. Der Eide-Bericht von 2005 konstatierte beim Aufbau dieser Institutionen und der Demokratisierung Fortschritte und lobte, dass die neuen Kosovo-Institutionen gleichsam aus einem „Vakuum“ heraus aufgebaut worden seien. Der Report warf aber den Kosovo-Politikern vor, mit ihrer Fokussierung auf Parteiinteressen diesen Errungenschaften zu schaden.³⁷¹

Bei Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung gibt es klare Defizite. Die Arbeitslosigkeit im Kosovo ist hoch. 2003 lag sie bei 54 Prozent, bis 2006 kletterte sie auf 57,3 Prozent. Das Durchschnittseinkommen stieg in diesem Zeitraum geringfügig von 150 Euro auf 165 Euro, ist aber weiterhin extrem niedrig.³⁷² Bei diesen offiziellen Statistiken muss man sich jedoch stets vor Augen halten, dass sie die stark ausgeprägte Schattenwirtschaft im Kosovo nicht erfassen. Auch Kai Eide kritisierte bereits 2005 in seinem Report die hohe Arbeitslosigkeit und stellte fest, dass trotz diverser Fortschritte auf wirtschaftlicher Ebene viele Kosovaren in Armut leben müssten.³⁷³ Viele ausländische Investoren scheuten lange davor zurück, im Kosovo tätig zu werden. In einem Kosovo-Report der Wirtschaftskammer Österreich hieß es dazu: *„Ungeklärte Besitzverhältnisse und große Rechtsunsicherheiten in der Verwaltung und in der Justiz erlassen (sic) ausländische Investitionen trotz des enormen Potenzials noch immer als sehr riskant erscheinen.“*³⁷⁴

³⁷⁰ Ebenda

³⁷¹ Eide, Kai: A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo, Kapitel: The Challenges, Punkt 17 und 19

³⁷² Wirtschaftskammer Österreich: AWO-Wirtschaftsreport Kosovo – 2. Halbjahr 2006, erschienen: 20.3.2007, auf: www.wko.at

³⁷³ Eide, Kai: A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo, Kapitel: The economic challenge, Punkt 26

³⁷⁴ Wirtschaftskammer Österreich: AWO-Wirtschaftsreport Kosovo – 2. Halbjahr 2006, erschienen: 20.3.2007, auf: www.wko.at

Zu den Hindernissen für Investitionen und eine positive Wirtschaftsentwicklung im Kosovo gehörte nicht zuletzt auch die allgemeine Unsicherheit wegen des ungeklärten Status der Provinz. Der Südosteuropa-Experte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Vladimir Gligorov, machte im Oktober 2007 aber ganz klar die internationale Präsenz im Kosovo für die nicht zufriedenstellende ökonomische Lage verantwortlich. Er bezeichnete die UN-Verwaltung als „Desaster für die Wirtschaft“. Sie habe es nicht geschafft, den Menschen eine ökonomische Perspektive zu geben.³⁷⁵ Die Infrastruktur des Kosovo weist grobe Mängel auf. So konnte etwa 2007 noch immer keine einwandfreie Stromversorgung sichergestellt werden. In Fällen wie diesen werfen internationale Zivilpräsenz und die Institutionen des Kosovo einander vor, für die Missstände verantwortlich zu sein. Die Zivilverwaltung des Kosovo zu übernehmen, war wohl die schwierigste Aufgabe, vor die die Unmik gestellt worden war. Allein die Tatsache, dass die Verwaltung einer ganzen Provinz doch in weiten Teilen funktioniert hat, ist wohl als Erfolg zu werten. Andererseits wurden für das State Building im Kosovo aber auch mehr Ressourcen aufgewendet als für das State Building in anderen Post-Konflikt-Staaten. So betragen die internationalen Hilfsleistungen für den Kosovo von 1999 bis 2001 jährlich pro Kopf (Einwohner) 814 US-Dollar. Im Falle Bosnien-Herzegowinas waren es von 1995 bis 1997 jährlich 249 US-Dollar und im Falle Afghanistans (2002 bis 2003) sogar nur 67 US-Dollar.³⁷⁶

Die Unmik wurde zudem immer wieder von Kritikern innerhalb und außerhalb des Kosovo mit einer Reihe von Vorwürfen konfrontiert: Sie sei ineffizient, bediene einen aufgeblähten Apparat, sei in Korruption und Vetternwirtschaft verwickelt und lasse an wichtigen Positionen die falschen Leute agieren. Besonders hart ins Gericht mit der internationalen Präsenz geht der schwedische Journalist Maciej Zaremba. In einem Beitrag für das „Süddeutsche Zeitung Magazin“ im August 2007 beschuldigt er die „Internationals“, im Kosovo für ein korruptes System verantwortlich zu sein, das die Wirtschaft lähme und das Vertrauen der Menschen in die UNO zerstört habe. Er schreibt von Korruption und Schiebereien durch internationale Beamte am Flughafen Priština. Er schildert, wie der französische Unmik-Chef Bernard Kouchner einen fetten öffentlichen Auftrag im Kosovo für die französische Telekomfirma Alcatel an Land zog. Und er wirft Michael Steiner indirekt vor, er habe die Entlassung eines lästigen Zollbeamten betrieben, um seiner albanischen

³⁷⁵ Die Presse (Kugler, Martin): Ein Desaster für den Kosovo, 19. Oktober 2007, S. 28

³⁷⁶ Quelle: Rubin, R. Bernet/Farhadi, Adib: Building a New Afghanistan, New York 2004 – übernommen aus: Kramer, Helmut/Džihic, Vedran: Die Kosovo-Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft?, Wien 2005

Freundin einen Dienst zu erweisen.³⁷⁷ Vorwürfe wie diese gehörten zu den Gründen dafür, dass vor allem die Unmik in den acht Jahren ihrer Anwesenheit im Kosovo sukzessive an Ansehen einbüßte, nachdem sie 1999 zusammen mit der KFOR noch mit Jubel empfangen worden war. Ein weiterer wichtiger Grund für den Unmut über die Unmik: Die internationale Präsenz wurde von den Kosovo-Albanern zunehmend als Hindernis auf deren Weg in die Eigenständigkeit gesehen. (Siehe Kapitel 5.3. *Internationale Verwaltung versus albanische Eigenständigkeitsbestrebungen*).

5.2. Neue Konflikte zwischen Serben und Albanern

5.2.1. Der Exodus der Serben und der Kampf um Mitrovica

Mit dem Abzug der serbisch/jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo im Juni 1999 setzte auch eine massenhafte Fluchtbewegung von serbischen Zivilisten aus dem Kosovo ein. Kosovo-Serben, die nicht unmittelbar mit den serbischen Soldaten die Provinz verließen, waren massiven Übergriffen durch albanische Gruppen ausgesetzt. Serben wurden misshandelt und ermordet, serbische Häuser in Brand gesteckt. Die Soldaten der KFOR konnten zwar bei einzelnen Zwischenfällen eingreifen. Sie waren aber außerstande die Masse der Übergriffe zu verhindern.³⁷⁸ Mirjana Lalić, Flüchtling aus Peć/Peja, erinnert sich in einem im August 2006 in der südserbischen Stadt Čačak geführten Gespräch an die Geschehnisse von damals:

„Mit den abziehenden Soldaten und Polizisten haben auch die meisten Serben Peć verlassen. Etwa 500 sind geblieben, in unserem Stadtteil nur 50 meist alte Menschen. Während der Nacht haben wir außerhalb unserer Wohnung in verschiedenen Verstecken geschlafen. In der Früh sind wir dann zurück in die Wohnung. So auch am 18. Juni 1999. Ich nahm gerade eine Dusche, als es an der Tür klopfte. Mein Mann öffnete. Ich hörte laute Stimmen und meinen Mann auf Albanisch sagen: ‚Beruhige dich doch mein Junge.‘ Dann brachten sie ihn weg. Seither wird mein Mann vermisst. Ich stieg in unser Auto und fuhr zur KFOR-Basis. Die italienischen Soldaten sagten mir, ich solle im Stützpunkt warten, und sie würden bei der

³⁷⁷ Süddeutsche Zeitung Magazin (Zaremba, Maciej): Wir kamen, sahen und versagten, Nummer 34, 24. August 2007, S. 17 - 25

³⁷⁸ Die Presse (Rathfelder, Erich): „Ihr Mörder, ihr Diebe!“ Hasstiraden begleiten die abziehenden Serben, 16. Juni 1999, S. 4 / Die Presse (Vujović, Oliver): Serben auf der Flucht: „Slobodan Milošević hat uns verraten“, 22. Juni 1999, S. 3 / Die Presse (Rathfelder, Erich): „Zieh aus deiner Wohnung aus, dann passiert dir nichts“, 17. August 1999, S. 3

UÇK nachfragen, um herauszufinden, was mit meinem Mann geschehen ist. Nach einiger Zeit kamen die Soldaten zurück und berichteten mir, dass sie keine Information über den Verbleib meines Mannes erhalten hätten. Die KFOR brachte mich zu meinem Haus zurück. Es war mittlerweile voller Einschusslöcher. Andere Serben aus der Nachbarschaft kamen auf die Straße und baten die KFOR, vor ihren Häusern Wachposten aufzustellen. Die Italiener sagten aber, dass sie dafür nicht genügend Soldaten hätten und rieten uns, wegzugehen. Wir flüchteten in eine größere Wohnhausanlage mit einer massiveren Eingangstür. Das schien uns sicherer. (. . .) Am Dienstagmorgen sahen wir drei Männer in schwarzen UÇK-Uniformen vor dem Gebäude. Sie hatten mehrere Gefangene dabei und es sah so aus, als sollten diese erschossen werden. Eine Frau namens Lena, die mit uns zusammen war, ging auf die Straße. Sie sprach Albanisch, da sie mit einem Albaner verheiratet war. Lena bat die Männer, die Gefangenen zu verschonen. Doch sie schlugen Lena und raubten sie aus. Dann rief Lena: ‚Die Italiener kommen‘ und die Männer in den schwarzen UÇK-Uniformen liefen weg.“³⁷⁹

Mirjana Lalić wurde später schließlich zusammen mit anderen Serben von der italienischen KFOR ins Patriarchat von Peć eskortiert. Danach flüchtete sie nach Serbien.

US-Präsident Bill Clinton hatte bereits am 22. Juni bei einem Besuch in Mazedonien den gerade in den Kosovo zurückkehrenden Albanern Toleranz und Nachsicht mit den Serben zu predigen versucht: „Lasst nicht zu, dass der Hass obsiegt, wenn ihr nach Hause zurückkehrt.“³⁸⁰ Ein Ratschlag, der freilich nur von wenigen beherzigt wurde. Für besonderes Aufsehen sorgte der Mord an 14 Kosovo-Serben im Dorf Gračko. Die Männer waren am Abend des 23. Juli 1999 bei Feldarbeiten ermordet worden. Jugoslawiens Präsident Slobodan Milošević forderte nach dem Massaker die Rückkehr serbischer Truppen in den Kosovo und warf KFOR und Unmik vor, eine „vorsätzlich tolerante Haltung gegen Banden und Mörder“ an den Tag zu legen. Auch aus Russland kam ähnliche Kritik.³⁸¹ Laut Schätzungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR betrug im Jänner 2000 die Zahl der Serben im Kosovo 100.000, die der Roma 30.000.³⁸² Es wird dabei jedoch festgestellt, dass eine exakte Zahl nur sehr schwer festzumachen sei. Serbische Quellen sprachen sogar davon, dass 330.000 Serben, Montenegriner und Vertreter anderer Minderheiten aus dem Kosovo vertrieben worden seien.³⁸³ Eine Zahl, die zweifellos zu hoch gegriffen ist. Im Mai 2002 sagte

³⁷⁹ Aus einem Gespräch des Autors mit Mirjana Lalić in Čačak, 18. August 2006

³⁸⁰ Die Presse: „US-Präsident Clinton predigt vertriebenen Albanern Toleranz“, 23. Juni 1999, S. 4

³⁸¹ Die Presse: „Milošević fordert Rückkehr jugoslawischer Truppen“, 26. Juli 1999, S. 1

³⁸² UNHCR/OSCE: Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (Period covering November 1999 through January 2000)

³⁸³ Andjelković, Zoran (Hg.): Days of Terror – in the Presence of the International Forces, Belgrade 2000, S. 16

der UNHCR-Sprecher Peter Kessler, dass sich in der BR Jugoslawien 231.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo aufhalten würden – der Großteil davon seien Serben.³⁸⁴ Die International Helsinki Federation IHF ging in ihrem Menschenrechtsbericht von 2002 davon aus, dass noch 92.000 Serben im Kosovo lebten und 100.000 aus der Provinz geflohen seien.³⁸⁵ Zur Lage der Serben in Priština stellt der UNHCR/OSZE-Report vom Februar 2000 fest:

„Ethnic Serbs

58. The number of Kosovo Serbs remaining in Pristina/Prishtina City is estimated to stand at approximately 700 to 800, as compared with some 20.000 estimated by UNHCR during 1998, dropping to an estimate of 5.000 in late July at the time of the preliminary assessment and falling further to 1000 – 2000 by the time of the second assessment in September. (. . .)

*59. The situation for Kosovo Serbs remaining in Pristina/Prishtina continues to be precarious. They continue to bear the brunt of verbal harassment and stone throwing often at the hands of children. In many cases they are terrorised to leave their homes (. . .)“*³⁸⁶

Die verbliebenen Serben verschanzten sich in ihren Enklaven im gesamten Kosovo, die nun unter dem Schutz der KFOR standen. Die kosovo-albanischen Führer aus dem Umfeld der UÇK bestritten, etwas mit den Übergriffen zu tun zu haben und behaupteten, diese seien lediglich singuläre Racheakte oder Untaten krimineller Banden. So behauptete etwa der politische Direktor der UÇK, Hashim Thaçi im November 1999:

*„Im Kosovo gibt es keine neuen ethnischen Säuberungen. Das sind sporadische Vorfälle. (. . .) Viele Menschen im Kosovo sind außer unserer Kontrolle. Darunter sind auch Personen, die gemeinsam mit der Kfor in den Kosovo gekommen sind und nie ein Teil der UÇK waren. Wir haben keinen nachgewiesenen Fall, dass ein Mitglied der UÇK so eine Untat begangen hat. Wir werden mit der internationalen Gemeinschaft dafür sorgen, dass im Kosovo die Gewalt von Banden und die Anarchie nicht überhand nehmen.“*³⁸⁷

So wie schon zuvor Ex-LDK-Premier Bujar Bukoshi bedauerte Thaçi offiziell die Flucht aller Serben, die „nicht an Massakern beteiligt“ gewesen seien und rief sie sogar zur Rückkehr in den Kosovo auf.³⁸⁸ Die Massenhaftigkeit der Gewalttaten gegen Serben und auch Roma

³⁸⁴ UNHCR Briefing Notes: Kosovo: protection needs for minority groups, 3. Mai 2002

³⁸⁵ International Helsinki Federation IHF: Human Rights in the OSCE Region – the Balkans, the Caucasus, Europe, Central Asia and North America – Report 2002 (Events of 2001), Wien 2002, S. 386

³⁸⁶ UNHCR/OSCE: Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (Period covering November 1999 through January 2000)

³⁸⁷ Die Presse (Schneider, Wieland): „Wir werden die Banden-Gewalt im Kosovo eindämmen“, 8. November 1999, S. 5

³⁸⁸ Die Presse (Schneider, Wieland): „Die Flucht der Serben ist nicht im Interesse Kosovos“, 7. August 1999, S. 5 / Die Presse: Thaçi: „Serben können zurück“, 6. November 1999, S. 7

deutete jedoch sehr wohl auf geplante Aktionen hin, in die die UÇK als neue bestimmende Macht unter den Kosovo-Albanern verstrickt sein musste. Der Oberkommandierende der KFOR, der britische General Michael Jackson, forderte im August 1999 die UÇK auf, weitere Übergriffe gegen Serben zu verhindern. Die Untergrundarmee verliere offenbar „die Kontrolle über ihre Männer“. ³⁸⁹ Zuvor hatte Jackson bereits gemeint, „einige Albaner“ würden sich „ganz ähnlich wie zuvor die Serben verhalten“. ³⁹⁰ Auch die International Crisis Group weist in einem Bericht vom November 1999 der UÇK zumindest indirekt die Verantwortung für die Gewalt gegen Serben und andere Minderheiten zu und beschreibt auch eine Strategie hinter den Übergriffen. So heißt es im Bericht zu den Gewalttaten:

„In order to accelerate Kosovo’s independence and deprive Belgrade of any excuse to intervene in Kosovo, the KLA clearly perceives its interest to lie in a depreciation in the number of Serbs in Kosovo. This also applies to those from other minorities who are deemed by the KLA to be sympathetic to the notion of Kosovo remaining within Yugoslavia.

(. . .) The cycle of violence appears to have three stages: first returning refugees and KLA fighters taking out instant revenge on Serbs and minorities accused of collaborating; second, the settling of accounts between opposing ethnic Albanian groups, as well as a more concerted drive by KLA elements to force Serbs to leave Kosovo; third, opportunist or rogue elements of the KLA, (. . .) retaining their arms to exploit the rich pickings of urban Kosovo (. . .)“ ³⁹¹

In der kosovo-albanischen Gesellschaft wurde kaum offene Kritik an der Gewalt gegen die Serben geübt. Veton Surroi war einer der wenigen, der deutlich seine Stimme erhob. Der Verhandler in Rambouillet und Herausgeber der Zeitung Koha Ditore geißelte in einem Kommentar die Übergriffe als „Faschismus“. Die Gewalttaten gegen die Kosovo-Serben seien keine Racheakte, sondern eine „organisierte und systematische Einschüchterung“. Sie brächten Schande über alle Kosovo-Albaner. ³⁹² Durch die massive Gewalt gegen serbische Zivilisten nahm im Ausland das Bild vom Kosovo-Albaner als „unterdrücktem Opfer“ Schaden. Vor allem die UÇK sah sich mit einer immer kritischeren internationalen Medienberichterstattung konfrontiert. Die UÇK-Führung war sich dieses Problems sehr wohl bewusst. Hashim Thaçi etwa reagierte darauf, indem er sich gegenüber internationalen Journalisten plötzlich betont moderat gab und Kampfrhetorik wie in frühen

³⁸⁹ Die Presse: „UÇK verliert die Kontrolle über ihre Männer“, 10. August 1999, S. 4

³⁹⁰ Die Presse: „Einige Albaner verhalten sich ganz ähnlich wie die Serben“, 2. August 1999, S. 5

³⁹¹ International Crisis Group: Violence in Kosovo – Who’s Killing Whom?, ICG Balkans Reports N°78, November 1999, S. 16

³⁹² Die Presse (Schneider, Wieland): „So ein Benehmen ist faschistisch“, 16. September 1999, S. 3

Interviews vermied. Das verfestigte sich im Laufe der Jahre. „Multiethnizität“ wurde immer mehr zum Lieblingswort von Männern wie Thaçi, Ramush Haradinaj oder Agim Çeku.

Abgesehen vom Imageschaden für die UÇK festigte die Vertreibung der Serben aber die Stellung der ehemaligen Untergrundarmee im Kosovo. Für die internationale Präsenz wurde klar, dass es ohne Mithilfe der UÇK keine Ruhe und Sicherheit im Kosovo geben konnte. Nur die früheren Rebellenführer hatten die Macht und die Autorität, ihre einstigen Gefolgsleute oder auch kriminelle Banden von Gewalttaten gegen Serben abzuhalten. So sah denn auch die Unmik-Spitze die späteren Kosovo-Premierminister Ramush Haradinaj und Agim Çeku als Garanten für den Frieden. Zudem führte die Massenflucht der Serben zu einer weiteren Stärkung des albanischen Elements im Kosovo. Den Umstand, dass nun kaum noch Serben in der Provinz wohnten, nutzte die albanische Seite als Argument für ihre Forderung nach völliger Unabhängigkeit von Belgrad. Die in den Enklaven verbliebenen Kosovo-Serben wurden zum Faustpfand bei Konflikten mit der Unmik aber auch mit Belgrad. Besonders deutlich zeigte sich das bei den Gewalttaten im März 2004 (*siehe Kapitel 5.4. Die Märzunruhen 2004*).

Wirklich behaupten konnten sich die Serben des Kosovo nur im Norden der Provinz rund um die Stadt Kosovska Mitrovica. Die Stadt wurde in den Jahren nach dem Abzug der serbisch/jugoslawischen Truppen immer wieder zum Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern. Begonnen hatte der Kampf um Mitrovica schon bald nach dem Einmarsch der KFOR 1999. Während die Serben im restlichen Kosovo damals unter massiven Druck gerieten, behielten sie im Norden Mitrovicas weiterhin die Oberhand. Es gelang ihnen sogar, von dort den Großteil der Albaner zu vertreiben. Die Albaner wiederum warfen im Süden der Stadt die Serben aus ihren Häusern. Anfang August 1999 versuchten 1000 albanische Demonstranten nach Nord-Mitrovica vorzudringen – laut eigenen Angaben, um den vertriebenen Albanern die Rückkehr in ihre Wohnungen zu ermöglichen. De facto war es ein Versuch, die serbische Kontrolle über den Nordteil der Stadt zu beenden. Serben und KFOR-Soldaten verhinderten jedoch die Erstürmung Nord-Mitrovicas.³⁹³ Auch in den Monaten danach kam es zu Unruhen. Schauplatz der Kämpfe war dabei immer wieder die wichtigste Brücke über den Fluss Ibar, der den Norden vom Süden der Stadt trennt. Nachdem im Februar 2000 ein Bus mit Serben aus Mitrovica in einem albanischen Dorf mit einem Panzerabwehrrohr beschossen wurde, eskalierte die Lage. Bei Zusammenstößen zwischen Albanern, Serben und der KFOR starben sechs Menschen. Die Albaner warfen den französischen KFOR-Soldaten vor, bei den Unruhen Position für die

³⁹³ Die Presse: Wachsende Spannungen zwischen Kfor und UÇK, 9. August 1999, S. 5

Serben bezogen zu haben und nichts gegen die Teilung der Stadt zu tun.³⁹⁴ Wenige Tage danach führten mehr als 2000 KFOR-Soldaten in der Stadt Razzien durch, die sich vor allem auf den serbischen Nordteil konzentrierten. Ziel war, illegale Waffenlager auszuheben. Zudem versuchte man, auch in Mitrovica Stärke zu zeigen.³⁹⁵ Langfristig gelang es der KFOR jedoch nicht, die Lage zu stabilisieren. Die Stadt blieb geteilt.

In Nord-Mitrovica und den umliegenden Gemeinden entwickelten sich mit Hilfe Belgrads serbische Parallelstrukturen. Die „Brückenwächter“ an der Ibar-Brücke aber auch die KFOR sorgten dafür, dass die Kosovo-Albaner diese Strukturen nicht mit Gewalt zerschlagen konnten. Um diese Teilung zu verstärken, war Nord-Mitrovica noch unter Milošević mit der ebenfalls serbischen Gemeinde Zvečan verwaltungsmäßig zusammengeschlossen worden.³⁹⁶ Als wichtigster Politiker im serbischen Mitrovica setzte sich Oliver Ivanović durch. Anfangs galt er als Mann Miloševićs. Das hing auch damit zusammen, dass Mitrovica und die Grenzregion zu Serbien stärker unter dem Einfluss Belgrads standen als die weiter südlicher liegenden Enklaven. Vor allem Serben aus der Enklave Gračanica rund um Bischof Artemije gingen damals auf Distanz zu Milošević – ein Zeichen dafür, dass sich die orthodoxe Kirche zunehmend auf die Seite der serbischen Opposition schlug.³⁹⁷ Später erwarb sich Ivanović bei internationalen Beobachtern den Ruf eines „gemäßigten“ Politikers. So forderte er etwa 2004 entgegen der Anordnung Belgrads die Kosovo-Serben auf, an den Wahlen im Kosovo teilzunehmen und kandidierte mit einer eigenen Liste.

Mitrovica gewann nach 1999 für Serben und Kosovo-Albaner immer mehr an Bedeutung – sowohl in symbolischer als auch in strategischer Hinsicht. Nicht von ungefähr wurde die Stadt immer wieder zum Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen, die auf den gesamten Kosovo übergreifen konnten: wie etwa im März 2004 (*siehe 5.4. Die Märzunruhen 2004*). Und nicht von ungefähr wählten sowohl serbische als auch albanische Politiker die „Frontstadt“ als Kulisse für Wahlkampfauftritte, bei denen stets die Zukunft des Kosovo und das Schicksal des gesamten Volkes beschworen werden. Strategisch ist Mitrovica wichtig, weil hier die Trepča-Minen liegen und man in der Gegend wichtige Bodenschatzvorkommen vermutet.³⁹⁸ Zudem hat die serbische Seite mit Nord-Mitrovica ein wichtiges Faustpfand in der Hand, das es bei den Diskussionen über die Zukunft des Kosovo auch einsetzte: Sollte der

³⁹⁴ Die Presse (Rathfelder, Erich): Gewaltausbruch in Kosovska Mitrovica, 8. Februar 2000, S. 9

³⁹⁵ Die Presse: Kosovska Mitrovica: Friedenstruppe Kfor startet Großrazzia, 21. Februar 2000, S. 4

³⁹⁶ Suppan, Arnold: Schwarzes Loch oder Pulverfass? Der (westliche) Balkan 2004/2005, aus: Clewing, Konrad/Schmitt, Oliver Jens: Südosteuropa – Von vormoderner Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinheitlichung, München 2005, S. 485, 486

³⁹⁷ Die Presse (Schneider, Wieland): Bischof gegen Karateka: Machtkampf unter Kosovo-Serben, S. 3

³⁹⁸ Suppan: Schwarzes Loch oder Pulverfass?, S. 485, 486

Kosovo unabhängig werden, könnte der Norden rund um Mitrovica seinerseits die Eigenständigkeit erklären und sich einfach abtrennen, lautete die Drohung aus Belgrad. Eine solche formale Abspaltung des Nordteils gegen den Willen der Kosovo-Albaner würde die Lage im Kosovo weiter verkomplizieren. De facto besteht diese Teilung der Provinz aber ohnehin schon seit Jahren: Denn so wie Belgrad keinen Einfluss mehr darauf hat, was im restlichen Kosovo passiert, hat Priština keinen Einfluss auf das Geschehen in Mitrovica und dem umliegenden Gebiet.

Der Verlust des Großteils des Kosovo und der Exodus der Serben aus der Provinz ab Juni 1999 sind neuer Stoff für den alten serbischen Opfermythos. Zahlreiche Bildbände, die noch zur Zeit Miloševićs aber auch später unter der sogenannten demokratischen Führung entstanden, handeln vom Leid der Kosovo-Serben und geißeln das erneute Unrecht, das dem serbischen Volk dadurch entstanden sei. So schreibt etwa Bischof Artemjje im Vorwort des Bildbandes „Gekreuzigter Kosovo“ aus dem Jahr 2007:

*„Since June of that year 1999, Kosovo and Metohija have again been on the cross. (. . .) But the cruelty of these final eight years overshadows everything that has so far been survived and remembered by the crucified Kosovo and Metohija! (. . .) ‚Father, forgive them, for they don’t know what they are doing.‘ So spoke the crucified Lord. We, co-crucified with Kosovo and Metohija, do not dare repeat those holy words. Because our tormentors know very well what they are doing. What they – today’s terrorist and criminal Kosovo Albanians – are doing on Kosovo and Metohija (. . .) is known to the whole world (. . .)“*³⁹⁹

Der Abzug der serbischen Einheiten und die Massenflucht der Serben schwächten nicht nur nachhaltig das serbische Element im Kosovo. Sie schwächten auch die Stellung Miloševićs innerhalb Serbiens. Nun musste sich der Machthaber den Vorwurf gefallen lassen, nach der Krajina auch den Kosovo, die „Wiege des Serbentums“, verloren zu haben. Damit brachte er viele nationalistisch gesinnte Serben gegen sich auf, die sich mit der sogenannten demokratischen Opposition verbündeten – eine wesentliche Voraussetzung für den Machtwechsel in Belgrad.

³⁹⁹ Aus: Jevtić, Novica (Hg.): *Crucified Kosovo and Metohija – The Holy Serbian Land*, Belgrade 2007, S. 5, 6

5.2.2. Serbiens Kosovo-Politik nach dem Machtwechsel in Belgrad

Am 6. Oktober 2000, genau um 10:39 Uhr, erschien Slobodan Milošević auf Serbiens Fernsehschirmen, um das Ende seiner Herrschaft einzugestehen, die mehr als ein Jahrzehnt gedauert hatte. Er habe soeben vom Urteil des serbischen Verfassungsgerichts erfahren, wonach Vojislav Koštunica zum neuen jugoslawischen Präsidenten gewählt worden sei, meinte der gestürzte Autokrat. Und eigentlich sei er ja froh darüber, das Präsidentenamt abzugeben. Denn jetzt habe er mehr Zeit, um mit seinem Enkelsohn Marko zu spielen.⁴⁰⁰ Doch so freiwillig, wie er in seiner Fernsehrede behauptete, hatte Milošević seine Macht freilich nicht abgegeben. Zunächst wollte er nicht akzeptieren, dass er bei der Wahl von Koštunica geschlagen worden war. Später gestand Milošević zwar ein, dass Koštunica – Kandidat des Oppositionsbündnisses DOS – vorne liege. Der Autokrat wollte sich aber in einen zweiten Wahldurchgang flüchten.

Doch die Opposition dachte nicht daran, sich darauf einzulassen und erzwang Miloševićs Abgang: Am 5. Oktober übernahmen zehntausende Demonstranten die Kontrolle über Belgrad und stürmten wichtige Zentren des Regimes wie den Staatsrundfunk RTS und das jugoslawische Parlament. Die Armee verhielt sich passiv. Und sogar die Spezialeinheiten der serbischen Staatssicherheit, die so genannten „Roten Barette“ von Milorad „Legija“ Ulemek, eilten Milošević nicht zu Hilfe. Djindjić hatte es geschafft, mit „Legija“ ein Abkommen zu schließen – dem Mann, der später als Auftraggeber des Djindjić-Mordes verurteilt wurde. Das Abkommen ging so weit, dass die „Roten Barette“ im Notfall sogar auf Seiten der Opposition eingegriffen hätten. Zudem verfügte die Opposition über schwerbewaffnete Einheiten, die vom Ex-Milizenführer „Capetan Dragan“, einem Veteranen des Kroatien-Krieges, kommandiert wurden. Die Belgrader Polizei stand zunächst noch zum Regime, Befehle wie der Beschuss von Oppositionsbussen mit Panzerabwehrrohren wurden aber von Anfang an missachtet. DOS hatte den Marsch auf Belgrad generalstabsmäßig geplant. Unter den Demonstranten waren zahlreiche ehemalige Sonderpolizisten und Fallschirmjäger sowie die in Schlägereien erprobten Fans von „Roter Stern Belgrad“. Die Bereitschaftspolizisten in der serbischen Hauptstadt konnten den Demonstranten nicht lange Paroli bieten und liefen nach und nach zur Opposition über. Auch Patriarch Pavle hatte seinen Sanctus zum Sturz des Milošević-Regimes gegeben.⁴⁰¹ Es war dieses breite Bündnis, das der Opposition ermöglicht hatte, die Macht an sich zu reißen. Die „demokratischen“ Kräfte rund

⁴⁰⁰ Bujošević, Dragan/Radovanović, Ivan: The Fall of Milošević – The October 5th Revolution, New York 2003, S. 173

⁴⁰¹ Siehe: Bujošević/Radovanović: The Fall of Milošević

um Djindjić hatten mit nationalistischen Kräften, den Sicherheitsorganen und sogar mit Kriegsverbrechern wie „Legija“ kooperiert, um zum Erfolg zu gelangen. Koštunica war vom Oppositionsbündnis DOS vor allem auch deshalb als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden, weil er für nationalistische Kreise wählbar war und ihn das Regime nicht als „Nato-Agenten“ denunzieren konnte. Koštunicas nationale Einstellung sollte später bei den Diskussionen um die Zukunft des Kosovo nur allzu deutlich zu Tage treten.

Nach Koštunicas Machtübernahme im Oktober 2000 jubelte man in Europa und den USA aber über den demokratischen Wandel in Serbien. Nun konnte man nach Jahren der Isolation Jugoslawiens wegen des Milošević-Regimes endlich wieder die Beziehungen zu Belgrad normalisieren. Die Sanktionen gegen Jugoslawien beziehungsweise Serbien wurden aufgehoben und das Land rasch wieder in internationale Organisationen wie die OSZE aufgenommen.⁴⁰² Für die Kosovo-Albaner war der Machtwechsel in Belgrad jedoch ein Schock.⁴⁰³ Solange Slobodan Milošević in Jugoslawien regierte, konnte man international sehr eindrücklich argumentieren, warum der Kosovo nie mehr wieder in irgendeiner Form mit Serbien verbunden sein dürfe. Nun, da in Belgrad die Opposition an der Macht war, fiel dieser Grund weg. Die USA und die EU setzten alles daran, die neue Führung Jugoslawiens zu stützen, um eine Rückkehr des Milošević-Regimes zu verhindern. Und man fürchtete, dass eine Diskussion über eine Abspaltung des Kosovo den Nationalisten in die Hände spielen und die neue „demokratische“ Regierung schwächen würde. Auch Jugoslawiens neue Führung dachte nicht daran, den Kosovo in die Unabhängigkeit zu entlassen. Und sie setzte auf Zeit. So meinte etwa der neue Außenminister Goran Svilanović zwei Monate nach dem Machtwechsel: *„Wir sollten die Regelung der Statusfrage Kosovos auf später verschieben. In der Zwischenzeit muss die UN-Resolution 1244 voll implementiert werden. (. . .) Die internationalen Dokumente sagen ganz klar: Es darf keine Änderung der Grenzen geben. Die UN-Resolution 1244 ermöglicht aber eine weitgehende Autonomie des Kosovo innerhalb Jugoslawiens.“*⁴⁰⁴

⁴⁰² Die Presse (Kraus, Doris): EU kündigt sofortige Aufhebung ihres Öl- und Flugembargos an, 7. Oktober 2000, S. 7 / Die Presse (Schneider, Wieland /Schuhmann, Clemens): Koštunica besiegelt die Aufnahme in die OSZE, 28. November 2000, S. 1

⁴⁰³ Die Presse (Rathfelder, Erich): Angst vor Rückkehr der serbischen Herrschaft, 9. Oktober 2000, S. 6 / Die Presse: Serben-Rückkehr als Alptraum-Szenario, 13. Oktober 2000, S. 5 / Reaktionen im Kosovo siehe auch: International Crisis Group ICG: Reaction in Kosovo to Kostunica's Victory, 10. Oktober 2000, ICG Balkans Briefing Paper, Priština/Washington/Brussels

⁴⁰⁴ Die Presse (Schneider, Wieland): Jugoslawiens Außenminister setzt auf Zeit: „Endgültiger Status des Kosovo kann warten“, 29. November 2000, S. 3

Dieser Ansatz: Ja zu einer Autonomie des Kosovo, aber Nein zu einer staatlichen Unabhängigkeit, wurde auch später von Belgrad immer wieder vertreten, so auch bei den Statusverhandlungen 2007.

Nach dem Machtwechsel im Oktober 2000 kam es innerhalb des einstigen Oppositionsbündnisses DOS schon bald zu Differenzen. Jugoslawiens Präsident Koštunica und Serbiens Premier Zoran Djindjić stritten unter anderem darüber, wie mit dem abgesetzten Machthaber Milošević weiter zu verfahren sei. Milošević war verhaftet worden und saß wegen Korruption und einer Reihe anderer Delikte in einem Belgrader Gefängnis in Untersuchungshaft. Die USA und die EU forderten jedoch die Auslieferung des gestürzten Präsidenten an das Internationale Tribunal für Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien (ICTY) in Den Haag. Premier Djindjić gab schließlich dem Druck nach und ließ Milošević in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an das Tribunal überstellen – und zwar just am Vidovdan 2001. „Legalist“ Koštunica zeigte sich erbost und sprach von Verfassungsbruch.

Die Differenzen führten im Sommer 2001 dazu, dass Koštunicas „Demokratische Partei Serbiens“ (DSS) dem Bündnis DOS den Rücken kehrte. Djindjićs Regierung lief Gefahr, die Mehrheit im Parlament zu verlieren und brauchte einen innenpolitischen Erfolg. Auch der Chef der UN-Mission im Kosovo, Hans Haekkerup, stand zu dieser Zeit vor Problemen. Am 17. November 2001 sollten im Kosovo Regionalwahlen abgehalten werden, und die Kosovo-Serben drohten erneut, den Urnen fernzubleiben. Ein serbischer Wahlboykott hätte aber die Bemühungen der internationalen Zivilpräsenz, die Minderheiten in die neuen Strukturen des Kosovo einzubinden, unterminiert. Es war deshalb im beiderseitigen politischen Interesse, als Haekkerup und der Chef des serbischen Kosovo-Koordinationszentrums, Nebojša Čović, am 5. November 2001 in Belgrad ein Abkommen zum Kosovo unterzeichneten.⁴⁰⁵ In dem Dokument werden die Kosovo-Serben aufgefordert, sich an der Gestaltung der Zukunft eines multiethnischen Kosovo zu beteiligen und an den Wahlen teilzunehmen. Zudem sollten regelmäßige Konsultationen zwischen der Unmik und Belgrads Kosovo-Koordinationszentrum stattfinden. In dem Papier wurde aber auch unterstrichen, dass die Rechte der Minderheiten im Kosovo gewahrt und die Souveränität und territoriale Integrität der BR Jugoslawien erhalten werden müsse – Dinge, die bereits in der UN-Resolution 1244 festgeschrieben worden waren.⁴⁰⁶

Die Regierung Djindjić versuchte, das Abkommen innenpolitisch als Erfolg ihrer Kosovo-Politik zu vermarkten: Die Unterzeichnung des Dokuments bedeute gleichsam die Rückkehr Jugoslawiens in den Kosovo; und zudem sei in dem Papier festgeschrieben, dass

⁴⁰⁵ Petritsch/Pichler: Kosovo, 316 u. f.

⁴⁰⁶ Ebenda

die Provinz niemals unabhängig werden könne, frohlockte Čović in den serbischen Medien. Haekkerup dementierte diese Aussagen sogleich. Doch im Kosovo war man ohnehin bereits erbost: Denn das Abkommen mit Belgrad war von der Unmik ohne Einbindung kosovo-albanischer Politiker geschlossen worden.⁴⁰⁷ So meinte etwa der kosovo-albanische Politiker Ramush Haradinaj etwas mehr als eine Woche nach der Unterzeichnung des Haekkerup-Čović-Papiers:

*„Wir fürchten, dass die Unterzeichnung des Abkommens viele dazu provoziert hat, nun einen noch schnelleren Weg in die Unabhängigkeit anzustreben. Das Dokument war die falsche Botschaft, durch die sich die Kosovaren nun noch stärker um ihre Unabhängigkeit sorgen.“*⁴⁰⁸

In Priština wurde spätestens jetzt klar: Serbien war – ein Jahr nach dem Machtwechsel in Belgrad – endgültig als international akzeptierte politische Kraft im Kosovo zurück. In den darauffolgenden Jahren war das Verhältnis zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern von einer Reihe von Streitfragen beherrscht. Belgrad pochte immer wieder darauf, dass mehr zum Schutz der Serben im Kosovo getan werden müsse und forderte Mitspracherechte in der Provinz. Die Albaner beschwerten sich über die Einflussnahme Serbiens auf die Kosovo-Serben und forderten, dass endlich die Weichen klar Richtung staatliche Unabhängigkeit gestellt werden. Die Unmik geriet in dieser serbisch-albanischen Auseinandersetzung immer wieder zwischen die Fronten und musste sich von beiden Seiten den Vorwurf gefallen lassen, parteiisch zu sein.

Anfang 2003 startete Serbiens Premier Zoran Djindjić einen neuen Anlauf, um eine internationale Klärung der Kosovo-Frage herbeizuführen. In einem Brief an US-Präsident George W. Bush warnte er im Februar 2003 vor der Gefährlichkeit des Kosovo-Problems für die Stabilität des gesamten Balkans. Ähnliche Schreiben ergingen an Russlands Präsidenten Vladimir Putin, den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, den britischen Premier Tony Blair, Deutschlands Kanzler Gerhard Schröder und Italiens Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi.⁴⁰⁹ In dem Brief an Bush schrieb Djindjić unter anderem:

„ (. . .) However, that what had been happening during the last three and a half years and what has been continuing to happen now, de facto, is the process of handing over the attributes of sovereignty to the Kosovo's structures, as one potentially independent state. Not a word of compromise with Serbia (Yugoslavia). Probably the only 'compromise' will be to

⁴⁰⁷ Ebenda

⁴⁰⁸ Die Presse (Schneider, Wieland): „Provokation zu einem schnelleren Weg in die Unabhängigkeit“, 16. November 2001, S. 6

⁴⁰⁹ Suppan: Schwarzes Loch oder Pulverfass?, 477 u. f.

further exert pressure on Serbia and Belgrade and to push Kosovo into the joint state with Serbia. 'Everyone is satisfied' - as quoted in a popular proverb.

But, this solution, even though it seems elegant, is a time bomb. Not only that this will enforce escalation of extremism in Serbia and, for sure, defeat the reform forces, but will also destabilize the whole region of the Balkans, (. . .) Some compromised solutions, which might ensure stability in the region, are possible. The main obstacle during discussions on these solutions is the opportunism of the international community. No one is willing to take over the initiative and discuss unpleasant themes. (. . .)

I would kindly ask you, regarding your utmost support for our Government so far, to take into account some new concept for solving the problem of Kosovo. (. . .) I am a politician who is always trying to solve problems, without ambitions to satisfy myths from the past and some remote tights, especially not to please public preferences. So my effort in solving the problem of Kosovo has nothing to do with any historical ideologies of political rating. (. . .) “⁴¹⁰

Einige Wochen später sorgte Djindjić schließlich bei der Unmik und den Kosovo-Albanern mit folgender Forderung für Aufsehen: Sollte Belgrad die Rückkehr serbischer Einheiten in den Kosovo weiter verwehrt werden, müsse die Provinz einfach geteilt werden.⁴¹¹ Etwaige Pläne, einen serbischen Teil vom Kosovo abzuspalten und dem Rest den Status eines unabhängigen Staates zu gewähren, um auf diese Weise einen Kompromiss mit den Albanern zu finden, konnte Djindjić nicht mehr in Angriff nehmen. Er wurde am 12. März 2003 ermordet. Nach dem Tod Djindjićs wurde die Kosovo-Politik Serbiens noch stärker als zuvor von Vojislav Koštunica geprägt. Koštunica verfolgte in der Frage einen weitaus härteren und weniger pragmatischen Zugang als Djindjić. Der Chef der DSS hatte nie ein Hehl aus seiner nationalen Einstellung gemacht. Vor allem was Kosovo betraf, zeigte sich Koštunica weitgehend kompromisslos. Für ihn war die Provinz altes serbisches Kernland, das niemals als unabhängiger Staat von Serbien abgespalten werden dürfe – sei es nun als Ganzes oder auch nur in Teilen.

Ende August 2003 verabschiedete das serbische Parlament, in dem zu dieser Zeit noch die sogenannten „demokratischen Kräfte“ eine klare Mehrheit besaßen, einstimmig eine Deklaration zum Kosovo. Darin hieß es, dass die Provinz integraler Bestandteil Serbiens bleiben müsse, jedoch mit weitreichender Autonomie für die albanische Bevölkerung.⁴¹² Von diesem Ansatz rückte Belgrad auch in den kommenden Jahren nicht mehr ab. Nach Djindjićs

⁴¹⁰ Letter of Prime Minister Zoran Djindjić to President George W. Bush, Belgrade, 4. Februar 2003, abgedruckt in: Nin, 5. Mai 2005, S. 19, zitiert aus: Suppan: Schwarzes Loch oder Pulverfass?, 477 u. f.

⁴¹¹ Die Presse (Illmeier, Gertraud): Belgrader Provokation, 7. März 2003, S. 15

⁴¹² Suppan: Schwarzes Loch oder Pulverfass?, 487

Tod änderte sich auch das politische Umfeld in Serbien. Die nationalistischen Kräfte gewannen immer mehr an Zulauf. Bei der Parlamentswahl im Dezember 2003 wurde die ultranationalistische Serbische Radikale Partei (SRS) mit 28 Prozent der Stimmen stärkste Partei in der serbischen Volksvertretung. Wenige Monate später ließ Koštunica dann seine Minderheitsregierung sogar von der SPS, den Milošević-Sozialisten, stützen.⁴¹³ Die International Crisis Group kritisierte im März 2004 in einer Studie, Serbien ähnele in punkto Politik immer mehr dem Serbien der Milošević-Ära – nur eben ohne Milošević.⁴¹⁴ Koštunicas Härte und die politischen Erfolge der SRS machten es für andere serbische Mainstream-Politiker schwer, in der Kosovo-Frage Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen. Niemand wollte in der Öffentlichkeit als „Verräter“ dastehen. Nur wenige Parteien wie etwa die liberale „G-17 plus“ wagten es, unbequeme Tatsachen hinsichtlich Kosovo anzusprechen. So meinte etwa der Chef von „G-17 plus“, Miroljub Labus, im Oktober 2003 in einem Zeitungsinterview: Serbiens Hauptziel müsse sein, dass die serbischen Flüchtlinge in den Kosovo zurückkehren und dort in Sicherheit leben können. Eine direkte Herrschaft Belgrads über den Kosovo werde es aber nicht mehr geben. Der Kosovo werde in Zukunft nur noch von demokratisch legitimierten Politikern aus dem Kosovo selbst regiert werden.⁴¹⁵

Ende 2003 und Anfang 2004 propagierte die serbische Regierung verstärkt Pläne zur Kantonisierung beziehungsweise Dezentralisierung des Kosovo. Dadurch sollten den Kosovo-Serben mehr Möglichkeiten zur Selbstverwaltung und zu einem Leben in Sicherheit gegeben werden, lautete das serbische Argument. Von kosovo-albanischer Seite wurden diese Vorschläge jedoch abgelehnt: Belgrad wolle einen serbischen Teil vom Rest des Kosovo abspalten, so der Vorwurf aus Priština. Auch drei Jahre nach dem Sturz Miloševićs waren die Beziehungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern von Spannungen geprägt. Das zeigte sich auch bei der ersten diplomatischen Kontaktaufnahme zwischen beiden Seiten seit dem Kosovo-Krieg. Zwar vereinbarte man bei dem Treffen in Wien am 14. Oktober 2003, dass in Zukunft serbisch-albanische Arbeitsgruppen zu den Themen Flüchtlinge, Verkehr und Elektrizitätsversorgung tagen sollten. Die albanische Seite wurde bei den Wiener Gesprächen aber nur von Präsident Rugova und Parlamentspräsident Nexhat Daci vertreten. Die beiden UÇK-Nachfolgeparteien von Hashim Thaçi und Ramush Haradinaj boykottierten das Treffen. Rugova pochte bei der Unterredung auf die Unabhängigkeit des Kosovo und warf der serbischen Regierung vor, in diesem Punkt dieselbe Meinung wie Milošević zu vertreten.⁴¹⁶

⁴¹³ Die Presse (Illmeier, Gertraud): Vojislav Koštunica bildet neue Regierung, 21. Februar 2004, S. 4

⁴¹⁴ International Crisis Group ICG: Serbias U-Turn“, 26. März 2004, ICG Europe Report N° 154, Belgrade/Brussels

⁴¹⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): „Wir verlangen Sicherheit für die Kosovo-Serben“, 16. Oktober 2003, S. 8

⁴¹⁶ Die Presse: Schwieriges Treffen unter Feinden – Albaner beharren auf Unabhängigkeit, 15. Oktober 2003, S. 7

Der Chef des serbischen Kosovo-Koordinationszentrums, Nebojša Čović, ließ wiederum keinen Zweifel am Standpunkt Belgrads, dass der Kosovo nach wie vor Teil Serbiens sei: *„Finally, in case of a dialogue it should be clear to all that this is not a case of talks between representatives of two states but of representatives of the Republic of Serbia with representatives of its one part.”*⁴¹⁷

5.3. Internationale Präsenz versus albanische Eigenständigkeitsbestrebungen

Als die Soldaten der Nato im Juni 1999 im Kosovo einrückten, wurden sie von der albanischen Bevölkerung als Befreier empfangen. Den Albanern war klar, dass sowohl die internationale militärische Präsenz in Form der KFOR als auch die internationale zivile Präsenz in Form der Unmik ein Bollwerk gegen die Rückkehr der serbischen Verwaltung und Polizeiherrschaft bildeten. Im Laufe der Jahre wurde die internationale Präsenz von den Kosovo-Albanern aber zunehmend als Hindernis auf dem Weg in die völlige staatliche Selbständigkeit gesehen.

Die internationale Präsenz hatte die UN-Resolution 1244 zu exekutieren. Darin ist von der schrittweisen Übergabe von Kompetenzen an Institutionen des Kosovo die Rede, aber nur für eine Autonomie der Kosovaren innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien. Andererseits wird klargestellt, dass es sich bei diesem Status nur um ein Provisorium handle. Es hat nur solange Gültigkeit, bis der Endstatus des Kosovo gefunden worden ist. Wie und wann genau dieser Endstatus gefunden werden sollte, war aber nicht festgelegt. Diese Entscheidung oblag auch letztenendes den Großmächten und nicht der internationalen Präsenz im Kosovo. Dieser blieb also nichts anderes übrig, als die Resolution 1244 so gut es ging umzusetzen und Zeit zu gewinnen. *(Siehe auch 5.1. Der Einmarsch der Nato – der Kosovo wird ein internationales Protektorat.)* Denn bei den Großmächten gab es keinerlei Konsens darüber, wie denn ein künftiger Status des Kosovo aussehen könnte.

⁴¹⁷ Statement by dr Nebojša Čović, Deputy Prime Minister of the Republic of Serbia and President of the Coordination Center of Serbia and Montenegro and the Republic of Serbia for Kosovo and Metohia, Vienna – October 14, 2003, S. 2

5.3.1. Die Entwaffnung der UÇK

Erste Konflikte mit der internationalen Präsenz zeigten sich bereits 1999. Gemeinsam mit den Nato-Truppen rückten auch die Kämpfer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UÇK in die Städte und Dörfer des Kosovo ein. Obwohl die serbischen Kräfte in erster Linie durch die Nato zum Abzug gezwungen worden waren, beanspruchte auch die UÇK die Rolle des Siegers für sich. UÇK-Militärpolizisten nahmen offen Sicherheitsaufgaben wahr und verhafteten zahlreiche Personen. Die UN-Resolution 1244 sah aber die Entwaffnung und Auflösung der UÇK vor – etwas, womit die Untergrundkämpfer naturgemäß keine Freude hatten. Nach ersten Differenzen mit der Unmik darüber, inwieweit alte serbische Gesetze im Kosovo weiter Bestand haben sollten, entwickelte sich der Streit um die UÇK-Entwaffnung zur ersten größeren Kraftprobe mit der internationalen Präsenz.

Bereits am 20. Juni 1999 hatte die UÇK auf massiven internationalen Druck ein Abkommen unterzeichnet, das ihre phasenweise Demilitarisierung und Entwaffnung regelte. Innerhalb von 30 Tagen mussten alle schweren Waffen mit einem Kaliber über 12,7 Millimeter ausgehändigt werden. Für die Abgabe aller leichteren Waffen hatte die Untergrundarmee 90 Tage Zeit.⁴¹⁸ Als im September die Frist für die endgültige Demilitarisierung zu verstreichen begann, wuchs jedoch der Widerstand der einstigen Rebellen. Schon im August hatte Hashim Thaçi, politischer Direktor der UÇK und Premier der provisorischen Kosovo-Regierung, seine Vorstellungen über die Zukunft der Untergrundarmee klargemacht:

*„Die UÇK (. . .) wird transformiert in drei Bereiche. Wir werden eine politische Partei gründen, UÇK-Mitglieder werden bei der neu zu gründenden Polizei mitmachen, und wir werden eine militärische Formation, eine Verteidigungskraft, in Kosova haben.“*⁴¹⁹

Mit den ersten beiden Punkten hatte die internationale Präsenz keine Probleme, mit dem letzten sehr wohl. Grundsätzlich hatte man den Kosovo-Albanern die Bildung einer Einheit nach Vorbild der US-Nationalgarde versprochen. Die internationale Präsenz dachte dabei aber in erster Linie an eine Zivilschutztruppe, die UÇK an eine vollständig bewaffnete militärische Truppe, die den Nukleus einer künftigen Kosovo-Armee bilden sollte. Erst nach zähen Verhandlungen fand man eine Einigung. Am 20. September wurde zwischen der KFOR und der Führung der UÇK ein Abkommen unterzeichnet, das die Modalitäten für das neue Kosovo-Schutzkorps (Trupat Mbrojtëse të Kosovës TMK) festlegte. Das Schutzkorps sollte

⁴¹⁸ Die Presse: Lage im Kosovo beruhigt sich: UÇK stimmt ihrer Demilitarisierung zu, 22. Juni 1999, S. 4

⁴¹⁹ Die Presse (Rathfelder, Erich): Die UÇK soll eine militärische Formation bleiben, 13. August 1999, S. 3

aus insgesamt 5000 Mann (3000 Aktive und 2000 Reservisten) bestehen, zu zivilen Aufgaben wie den Katastrophenschutz herangezogen werden und nur über etwa 200 Handfeuerwaffen verfügen. Die UÇK hatte sich mit ihrer Forderung, dass alle Mitglieder des Korps bewaffnet seien müssten, nicht durchgesetzt. Das Tragen von Uniformen wurde den TMK-Angehörigen aber erlaubt. Oberkommandierender des Schutzkorps wurde der militärische Oberkommandierende der UÇK, Agim Çeku. Kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens bestätigte die KFOR, dass die Entwaffnung und Demilitarisierung der UÇK vollständig umgesetzt worden sei.⁴²⁰

Thaçi und Çeku hatten ihren Modus Vivendi mit der internationalen Präsenz gefunden. Da sie eine direkte Konfrontation mit KFOR und Unmik vermeiden wollten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als zumindest einen großen Teil der Waffen abzugeben und die UÇK offiziell aufzulösen. Die direkte militärische Kontrolle der Untergrundarmee über den Kosovo war damit zu Ende. Die militärische Gewalt lag nun endgültig in den Händen der KFOR. Die einstige UÇK-Führung versuchte nun, im Marsch durch die offiziellen Kosovo-Institutionen ihre Macht zu erhalten.

5.3.2. Die neuen Kosovo-Institutionen im Widerstreit mit der internationalen Präsenz

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Nato übernahm im Kosovo ein Kabinett unter Hashim Thaçi die Regierungsgeschäfte. Zudem installierte die UÇK in vielen Gemeinden ihr genehme Bürgermeister. Zwar hatten sich im Februar 1999 alle an den Rambouillet-Verhandlungen teilnehmenden Fraktionen der Kosovo-Albaner auf die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung verständigt. Die LDK von Ibrahim Rugova, die bis vor der Nato-Intervention die politische Macht unter den Albanern innegehabt hatte, fühlte sich nun aber übergangen. LDK-Exilpremier Bujar Bukoshi machte Thaçi das Amt des Regierungschefs streitig. Die LDK war aber in einer zu schwachen Position, um der UÇK Paroli zu bieten. Thaçis Regierung trat immer selbstbewusster auf. Sie erließ eigene Dekrete, die nicht mit der internationalen Präsenz abgestimmt waren. Schließlich wurde Thaçis Kabinett von der UN-Mission entmachtet. Am 15. Dezember 1999 schloss die Unmik mit den wichtigsten Parteien im Kosovo ein Übereinkommen, das die Abschaffung aller albanischen

⁴²⁰ Die Presse: Einigung über Entwaffnung der UÇK, 21. September 1999, S. 1 / Die Presse: Diskussion über Zukunft der UÇK: Armee oder Zivilschutztruppe?, 21. September 1999, S. 6 / Die Presse: UÇK wird zivile Truppe – Nato jubelt über Einlenken, 22. September 1999, S. 5 / Petritsch/Pichler: Kosovo, S. 288 u. f.

Parallelstrukturen vorsah. Damit verlor nicht nur Thaçi sein Premiersamt. Auch Ibrahim Rugova war nun nicht mehr Präsident des Kosovo – ein Amt, das die LDK-Ikone seit 1992 innegehabt hatte.⁴²¹ Die Albaner gaben mit dem Dezember-Abkommen ein Stück – wenn auch teils nur symbolischer – Eigenbestimmung auf und begaben sich stärker in die von der internationalen Präsenz vorgegebenen Bahnen. Zugleich mit der Abschaffung der bisherigen albanischen Parallelstrukturen richtete die Unmik die sogenannte „Joint Interim Administrative Structure“ (JIAS) ein. Sie beinhaltete den bereits seit Juli bestehenden Kosovo-Übergangsrat („Kosovo Transitional Council“ KTC). Dazu kam das „Interim Administrative Council“ (IAC). Die beiden Gremien sollten die Unmik beraten. In ihnen saßen Vertreter der wichtigsten politischen Kräfte des Kosovo. Auch für die Kosovo-Serben waren Plätze reserviert.⁴²² Ein erster kleiner Schritt zur Selbstverwaltung des Kosovo war getan – aber unter Aufsicht und nach den Spielregeln der Unmik.

Nun ging die internationale Präsenz daran, Wahlen im Kosovo zu organisieren. Am 28. Oktober 2000 fanden Regionalwahlen statt, die der LDK einen großen Sieg bescherten.⁴²³ Im November 2001 standen die ersten Wahlen zum neuen Parlament des Kosovo an. Zuvor, am 15. Mai 2001, war eine Art Verfassung für den Kosovo verabschiedet worden, der sogenannte „Verfassungsrahmen für die provisorische Selbstverwaltung im Kosovo“ (Constitutional Framework for Provisional Self-Government). Die Kosovo-Albaner hatten zunächst gefordert, das Papier dezidiert „Verfassung“ zu nennen. Belgrad und die Kosovo-Serben waren aber strikt dagegen. Und auch die Unmik willigte nicht ein: Einerseits sollten dem Kosovo zwar endlich Institutionen wie ein Parlament und eine Regierung gegeben werden. Andererseits wollte man aber nicht den Anschein erwecken, der Kosovo sei bereits so etwas wie ein eigenes Staatsgebilde mit einer eigenen Verfassung. Denn gemäß UN-Resolution 1244 sollte es sich – bis zur endgültigen Lösung der Statusfrage – bei den Selbstverwaltungsinstitutionen im Kosovo nur um Übergangsinstitutionen handeln. Und die Provinz sollte weiterhin Teil der BR Jugoslawien bleiben.

Die Kosovo-Albaner hatten auch gefordert, im Verfassungsrahmen die Möglichkeit eines Unabhängigkeitsreferendums festzuschreiben. Doch auch das blieb ihnen verwehrt. In der Präambel des Constitutional Frameworks hieß es lediglich, dass der Wille der Bevölkerung neben anderen relevanten Faktoren bei der Suche nach einem Endstatus Berücksichtigung finden werde. Eine ähnliche Formulierung war bereits im Rambouillet-Abkommen gewählt worden. De facto bedeutete das, dass das Ergebnis einer etwaigen

⁴²¹ Petritsch/Pichler: Kosovo, 290 u. f.

⁴²² Ebenda

⁴²³ Die Presse (Rathfelder, Erich): Kosovo: Rugova erklärt seine Partei zum Sieger der Kommunalwahlen, 30. Oktober 2000, S. 4

Volksabstimmung im Kosovo keine bindende Wirkung haben würde.⁴²⁴ Die albanischen Parteien gaben sich schließlich geschlagen und akzeptierten den Verfassungsrahmen. Nur Hashim Thaçi weigerte sich zunächst noch, das Papier zu unterschreiben. Auch wenn die Wünsche der Albaner nach einem klareren Signal in Richtung Eigenständigkeit nicht erfüllt wurden, so hatte der Kosovo nun immerhin in einer Präambel und 14 Kapiteln verfassungsmäßige Bestimmungen erhalten. Er verfügte nun über ein eigenes Parlament, einen Präsidenten, eine Regierung und andere Institutionen. Und es wurde erstmals festgelegt, wie die Übertragung von Kompetenzen von der internationalen Präsenz an die Institutionen des Kosovo vonstatten gehen sollte.

Kurz vor den Parlamentswahlen am 17. November 2001 war es zu offenem Zwist zwischen den Kosovo-Albanern und der Unmik gekommen. Die Albaner waren erbost über das Haekkerup-Čović-Abkommen, das Serbien wieder zu einer international akzeptierten Kraft im Kosovo machte (*siehe: 5.2.2. Serbiens Kosovo-Politik nach dem Machtwechsel in Belgrad*). Bereits Anfang 2001 hatten sich die Beziehungen zwischen der internationalen Präsenz und den Albanern verschlechtert. Die Nato-Truppen hatten nämlich im März begonnen, Druck auf die albanischen Rebellen auszuüben, die – mit Unterstützung aus dem Kosovo – in Südserbien einen Aufstand gestartet hatten. Schließlich erlaubte die Nato der serbischen Armee, wieder in die Pufferzone an der Grenze zum Kosovo einzumarschieren. Damit war die Rebellion der albanischen „Befreiungsarmee von Preshevo, Mevedja und Bujanovac“ (UÇPMB), die sich in dieser Zone festgesetzt hatte, zu Ende.⁴²⁵

Die Volksgruppen im Kosovo gingen mit völlig unterschiedlichen Vorstellungen in die Wahlen am 17. November: Die Kosovo-Serben wählten, weil sie sich im Gegenzug mehr Sicherheit erhofften. Die Kosovo-Albaner gingen zu den Urnen, um mehr Selbständigkeit zu erkämpfen. Die Parteien der Kosovo-Albaner standen nicht nur in Konkurrenz zueinander. Sie traten auch gemeinsam gegen die internationale Präsenz auf, der sie mehr Kompetenzen bei der Verwaltung des Kosovo abringen wollten. In den sogenannten „Ministerien“ im Kosovo herrschte Unzufriedenheit. Jedem kosovarischen Beamten war ein internationaler Beamter zugeordnet, der zu allem seine Zustimmung geben musste. Dazu kam der in der Bevölkerung immer vehementer werdende Wunsch nach rascher staatlicher Unabhängigkeit der Provinz. *„Nach dem Wahltag wird hier die Konkurrenz zwischen den (kosovo-albanischen, Anm.) Parteien und der UNO ausbrechen (. . .) Ändert sich nach dem 17. November nicht die Kompetenzverteilung zwischen UNO und lokalen Strukturen, dann kommt es zu*

⁴²⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, 305 und folgende / Die Presse (Rathfelder, Erich): UN-Mission gibt Kosovo „Verfassung“ – Serben und Albaner üben Kritik, 16. Mai 2001, S. 6

⁴²⁵ Die Presse (Schneider, Wieland): Kfor zwischen den Fronten: Kein Platz für Serben im Kosovo, 10. März 2001, S. 3

unerquicklichen Konflikten“, meinte etwa der Chefredakteur der Zeitung „Zeri“, Blerim Shala, kurz vor dem Urnengang.⁴²⁶ Nach der Wahl forderte Sieger Ibrahim Rugova erneut die Unabhängigkeit des Kosovo – ein Ansinnen, das von den Außenministern der EU jedoch sofort zurückgewiesen wurde.⁴²⁷

5.3.3. Standards vor Status

Am 24. April 2002 präsentierte der neue Unmik-Chef Michael Steiner dem UN-Sicherheitsrat in New York acht Kriterien, die erfüllt sein müssten, bevor man mit der Festlegung des Endstatus des Kosovo beginnen könne.

1. Die Existenz effektiver, repräsentativer und funktionierender Institutionen
2. Die Durchsetzung von Recht und Ordnung
3. Die volle Bewegungsfreiheit für alle Bewohner des Kosovo
4. Die Respektierung des Rechts aller Bürger des Kosovo, an ihrem Wohnort zu bleiben oder in ihre früheren Häuser zurückzukehren
5. Die Etablierung einer soliden Basis für die Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Systems
6. Die Klärung von Eigentumskonflikten
7. Ein normalisierter Dialog mit Belgrad
8. Die Reduktion und Transformation des Kosovo-Schutzkorps TMK im Einklang mit seinem Mandat⁴²⁸

Steiners Ansatz „Standards vor Status“⁴²⁹ wurde von nun an zur Leitlinie der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo. Den Kosovo-Albanern wurde zum ersten Mal mitgeteilt, was sie zu erfüllen hatten, um der von ihnen angestrebten Eigenständigkeit näher zu kommen. Doch viele Fragen blieben offen. Die vorgegebenen Standards waren sehr breit und wenig konkret gefasst. Sie waren mit keinem genauen Fahrplan in Richtung Start von Statusverhandlungen gekoppelt. Und es war nicht festgelegt, wer entscheiden würde, wann welcher Standard erfüllt worden ist.

⁴²⁶ Der Standard (Mappes-Niediek, Norbert): Wahl gegen die Machtfülle der UNO, 16. November 2001, S. 2

⁴²⁷ Die Presse: Wahlsieger Rugova fordert Unabhängigkeit: EU erteilt klare Absage, 20. November 2001, S. 6

⁴²⁸ Zitiert aus: Petritsch/Pichler: Kosovo, 324

⁴²⁹ Siehe auch: Die Presse: Steiner: „Vor Klärung der Statusfrage muss im Kosovo Rechtsstaatlichkeit herrschen“, 12. Juli 2002, S. 4

Zudem zeigte die Festlegung der Standards durch Steiner auch, wie wenig sich auf den einzelnen Gebieten seit 1999 verbessert hatte. Bei der Rückkehr der serbischen Flüchtlinge in den Kosovo gab es so gut wie keine Fortschritte. Und auch die Sicherheit der im Kosovo verbliebenen Serben war nach wie vor nicht gewährleistet. Die Serben in den Enklaven bedurften weiterhin des Schutzes der KFOR. Die kosovo-albanischen Politiker verurteilten zwar offiziell die Gewalttaten gegen Serben und beteuerten, dass im Kosovo alle Volksgruppen willkommen seien. Inoffiziell hieß es auf albanischer Seite aber auch immer wieder, dass durch den unklaren Status jeder Serbe im Kosovo eine „Bedrohung“ darstelle, da er Belgrad als Argument für eine neuerliche Herrschaft über die Provinz dienen könnte. Dieser serbisch-albanische Konflikt entlud sich regelmäßig in Unruhen in der geteilten Stadt Mitrovica. Die ungelösten Wirtschaftsprobleme, die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Stromversorgung heizten die Situation weiter an.

Serben und Albaner schienen mittlerweile in gleichem Maße mit der Lage im Kosovo unzufrieden. Und abwechselnd verweigerten Politiker in Belgrad und Priština das Gespräch mit Steiner. Der Chef des serbischen Kosovo-Koordinationszentrums, Nebojša Čović, bezichtigte im Mai 2003 in einem Zeitungsinterview die Unmik-Führung der „Arroganz“. Der Sondervertreter des UN-Generalsekretärs, Michael Steiner, habe zuletzt nur noch „zu seinem Selbstzweck“ agiert und sei im Kosovo ein „sehr einsamer Mensch“ gewesen.⁴³⁰ Serbiens Regierung forderte Anfang 2003 von der internationalen Präsenz, endlich etwas für die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge in den Kosovo zu unternehmen. Čović warf Steiner im Februar vor, bei der Flüchtlingsrückkehr keine Erfolge erzielt zu haben und lediglich Marketing zu betreiben.⁴³¹

Im selben Monat verstärkten auch die Kosovo-Albaner den Druck auf die internationale Präsenz. Das Parlament in Priština drohte mit einer formalen Abstimmung über eine Unabhängigkeit des Kosovo. Erst auf massiven internationalen Druck wurde die Abstimmung ausgesetzt. Es wurde lediglich eine gemeinsame Stellungnahme aller albanischen Parteien verlesen, wonach ein Antrag an das Parlament zur Proklamation der Unabhängigkeit grundsätzlich unterstützt werde.⁴³² Im Mai 2003 gab es dann die nächste Krise zwischen den Kosovo-Albanern und der Unmik. Das Kosovo-Parlament verabschiedete mit den Stimmen aller großen albanischen Parteien eine Resolution, in der der Krieg von 1998/99 als „Befreiungskrieg“ gegen Belgrad anerkannt wurde. Dieser Schritt war klar gegen

⁴³⁰ Die Presse (Schneider, Wieland): „Steiner ist im Kosovo ein sehr einsamer Mensch“, 17. Mai 2003, S. 6

⁴³¹ Die Presse (Schneider, Wieland): Belgrad nutzt Schicksal der Kosovo-Serben für Druck auf UN-Mission, 19. Februar 2003, S. 6

⁴³² Die Presse (Illmeier, Gertraud): Kosovo-Parlament bringt UN-Verwaltung in Bedrängnis, 15. Februar 2003, S. 6

den Willen der internationalen Präsenz. Als „Strafe“ verbot Steiner daraufhin dem Präsidenten und dem Premier des Kosovo, an drei internationalen Konferenzen teilzunehmen.⁴³³ Der Vorfall zeigte anschaulich den Machtkampf, der mittlerweile zwischen den nach mehr Eigenständigkeit strebenden Kosovo-Albanern und der internationalen Präsenz im Kosovo tobte.

Steiners Nachfolger Harri Holkeri entwickelte den Ansatz „Standards vor Status“ weiter. Am 10. Dezember 2003 legte er gemeinsam mit Kosovo-Premier Bajram Rexhepi und Präsident Ibrahim Rugova ein umfangreiches Papier vor. Es trug den Namen „Standards für Kosovo“. Darin wurden Steiners acht Kriterien übernommen. Bei jedem Punkt wurde nun aber genauer ausformuliert, was die Kosovaren zu tun hatten, damit mit den Statusverhandlungen begonnen werden konnte. Kurz zuvor war vom Staatssekretär im US-Außenamt, Marc Grossman, Mitte 2005 als möglicher Zeitpunkt für die Überprüfung der Standards genannt worden.⁴³⁴ Einer der zu erfüllenden Standards waren Gespräche des Kosovo mit allen Staaten in der Region, vor allem aber mit Serbien. Holkeri versuchte mit Nachdruck, den Dialog zwischen Priština und Belgrad in Gang zu bringen. Doch im Kosovo setzte man erneut auf die Sprache der Gewalt.

5.4. Die Märzunruhen 2004

Im März 2004 wurde der Kosovo von den schlimmsten Unruhen seit Ende des Krieges 1999 heimgesucht. Auslöser für die Gewalttaten war ein Vorfall im Dorf Čabra/Çabra im Norden der Provinz. Dort waren am 16. März drei albanische Kinder im Fluss Ibar ertrunken. Kosovo-albanische Medien berichteten daraufhin, die Kinder seien von Serben mit Hunden in den Fluss gehetzt worden – eine Behauptung, die nie verifiziert werden konnte. Schon am Tag vor dem Zwischenfall am Ibar war es zu Ausschreitungen im Kosovo gekommen. Nachdem ein serbischer Jugendlicher im Dorf Čaglavica bei Priština durch Schüsse schwer verletzt worden war, hatten aufgebrachte Serben die Straßen rund um die Hauptstadt blockiert und sich Schlägereien mit Albanern und KFOR-Soldaten geliefert.⁴³⁵

⁴³³ Die Presse (Schneider, Wieland): UN-Mission im Fadenkreuz, 26. März 2004, S. 6

⁴³⁴ Petritsch/Pichler: Kosovo, 324 u. f. / Kramer, Helmut / Džihic, Vedran: Die Kosovo-Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft?, Wien 2005, S. 167 und folgende

⁴³⁵ Reuters: Serb stone Kosovo peacekeepers after shooting, 16. März 2004, MDF04734 / Reuters (Buza, Shaban): Four killed, 200 injured in Kosovo clash, 17. März 2004, MDF05538

Der Zwischenfall mit den im Ibar ertrunkenen albanischen Kindern war nur mehr der letzte Funke, der die Lage explodieren ließ. Im geteilten Mitrovica griffen bewaffnete Albaner den serbischen Nordteil an. In Häusern verschanzte Serben feuerten auf die anstürmende Menge. Die Gefechte in Mitrovica kosteten mehrere Menschen das Leben. Die Soldaten der KFOR gerieten zwischen die Fronten. Trotz des massiven Einsatzes von Tränengas und Gummigeschossen, gelang es ihnen nicht, die Unruhen zu beenden.⁴³⁶ Die Ausschreitungen griffen von Mitrovica auf die Gegend um Priština und schließlich auf den gesamten Kosovo über. In Prizren brannten Albaner den orthodoxen Bischofssitz und mehrere Kirchen nieder. Die deutschen KFOR-Soldaten waren nicht in der Lage, das zu verhindern. Sie brachten lediglich die Mönche in Sicherheit. Auch die serbischen Dörfer rund um Priština wurden evakuiert.⁴³⁷ Als Rache zündeten serbische Nationalisten Moscheen in Belgrad und Niš an. Die serbische Polizei brachte die Lage in Serbien aber rasch unter Kontrolle.⁴³⁸ Im Kosovo hingegen gingen die Unruhen weiter. Insgesamt starben dabei laut UN-Angaben 19 Menschen: Elf Kosovo-Albaner und acht Kosovo-Serben, über 900 Zivilisten wurden verletzt. 4500 Serben, Roma und Ashkali flohen laut UNHCR aufgrund der Unruhen aus dem Kosovo. 80 Prozent dieser Flüchtlinge waren Serben. 700 serbische Häuser und 36 orthodoxe Heiligtümer gingen in Flammen auf.⁴³⁹ Unter den niedergebrannten Gebäuden war auch das Erzengel-Kloster von Prizren. 50.000 Kosovo-Albaner beteiligten sich direkt an den Demonstrationen und Gewaltakten. Auch Vertreter der internationalen Präsenz wurden durch die Unruhen in Mitleidenschaft gezogen. 150 KFOR-Soldaten und internationale Polizisten trugen Verletzungen davon. Vor allem Unmik-Mitarbeiter waren gezielt von albanischen Gewalttätern ins Visier genommen worden. Zahlreiche Unmik-Fahrzeuge gingen in Flammen auf. Zwei Unmik-Polizisten, ein Kosovare und ein Polizist aus Ghana, wurden nahe Podujevo/Podujeva erschossen. Die gezielten Angriffe auf die Unmik und zum Teil auch auf die KFOR stellten einen Höhepunkt der jahrelangen Spannungen zwischen den Kosovo-Albanern und der internationalen Präsenz dar.⁴⁴⁰

Der ehemalige UÇK-Feldkommandant im Westkosovo und Chef der Partei AAK, Ramush Haradinaj, versuchte nur wenige Tage nach den Unruhen, diese in einen politischen

⁴³⁶ Die Presse (Rathfelder, Erich): Nach dem blutigen Mittwoch am Ibarfluss: „Die Verlierer werden die Albaner sein“, 19. März 2004, S. 2 / Reuters (Buza, Shaban): Four killed, 200 injured in Kosovo clash, 17. März 2004, MDF05538

⁴³⁷ Reuters (Buza, Shaban): Kosovo erupts in clashes, at least 14 dead, 18. März 2004, MDF05999 / APA: Kosovo-Unruhen: Zahlreiche Kirchen standen in der Nacht in Flammen, APA04001803

⁴³⁸ Die Presse (Illmeier, Gertraud): Die Nacht, in der Moscheen brannten, 19. März 2004, S. 3

⁴³⁹ Zahlen aus: Kramer/Džihic: Die Kosovo-Bilanz, S. 50 u. f.

⁴⁴⁰ Institute for War and Peace – Balkan Crisis Report (Xharra, Jeta): Kosovo Radicals Turn on UN and NATO, 26. März 2004, BCR No 489 / Die Presse: Neue Gewalt: Angriff auf UN-Polizei, 25. März 2004, S. 5

Kontext zu stellen. Er bezeichnete die Ausschreitungen als „Volksaufstand“, der wegen der Frustration der Kosovo-Albaner über „die schlechte Lage im Kosovo“ ausgebrochen sei:

*„Die tausenden Kosovaren sind nicht aus Hass auf die Nato oder die Serben auf die Straße gegangen. Sie haben das aus Protest gegen ihre persönliche schlechte Lage getan. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Es ist nicht klar, wie die Zukunft des Kosovo aussehen wird. Dazu kommt der Unmut darüber, dass Serbiens Premier Vojislav Koštunica die Aufspaltung des Kosovo in Kantone fordert.“*⁴⁴¹

Die Botschaft an die internationale Gemeinschaft war klar: Die Kosovo-Albaner sind unzufrieden mit der jetzigen Situation. So lange sich die politische und wirtschaftliche Lage nicht zu ihren Gunsten ändert und so lange vor allem die Statusfrage ungeklärt ist, muss mit derartigen Gewalterruptionen gerechnet werden. Zudem bestritt Haradinaj, dass es sich bei den Übergriffen gegen die Serben um ethnische Säuberungen gehandelt habe.⁴⁴² Seitens der internationalen Präsenz ging man aber sehr wohl von gezielten und geplanten Aktionen aus. Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sprach auf einer Pressekonferenz von „orchestrierter Gewalt“.⁴⁴³ Und der Oberkommandierende der KFOR, der deutsche Generalleutnant Holger Kammerhoff, meinte:

*„Die Art wie sie (Anm.: die Unruhen) sich innerhalb von zwei Tagen über das ganze Kosovo ausbreiteten, die Taktiken, denen sich erst die Polizeikräfte und dann unsere KFOR-Truppen gegenübersehen und die gezielte Zerstörung von serbischen Kirchen, Klöstern und Häusern in den Enklaven innerhalb weniger Stunden – all dies deutet auf gezielte Planung und Steuerung hin“*⁴⁴⁴

KFOR und Unmik wurden nach den Ausschreitungen mit massiver Kritik konfrontiert. Vor allem Belgrad, Moskau aber auch internationale Medien warfen der internationalen Präsenz vor, auf die Unruhen nicht vorbereitet gewesen zu sein und nach deren Ausbruch zu wenig zum Schutz der Serben unternommen zu haben. Das deutsche Magazin „Der Spiegel“ bezeichnete in einem Bericht Anfang Mai die deutschen Soldaten, die in Prizren das Niederbrennen mehrerer orthodoxer Kirchen und Einrichtungen sowie serbischer Häuser nicht verhindert hatten, gar als „Hasen vom Amselfeld“.⁴⁴⁵ Die serbische Zeitung „Nedeljni Telegraf“ behauptete wenige Tage nach den Unruhen, dass kosovo-albanische Gruppen

⁴⁴¹ Die Presse (Schneider, Wieland): „Das war ein Volksaufstand“, 25. März 2004, S. 5

⁴⁴² Ebenda

⁴⁴³ Reuters (Chalmers, John): Nato surprised by Kosovo clashes, had no warning, 24. März 2004, reu/6847

⁴⁴⁴ Süddeutsche Zeitung (Käppner, Joachim): „Eine Entwarnung ist verfrüht“, 27./28. März 2004, S. 10

⁴⁴⁵ Der Spiegel (Flottau, Renate/Ihlau, Olaf/Szandar, Alexander/Ulrich, Andreas): Deutsche Soldaten: Die Hasen vom Amselfeld, Nr. 19, 3. Mai 2004, S.24 - 29

bereits drei Monate zuvor einen Plan für neue Vertreibungsaktionen gegen Serben entworfen hätten. Unmik-Chef Harri Holkeri sei schon im Jänner von seinem Sicherheitsberater über den Plan mit dem Codenamen „Frühlingsfluss“ informiert worden, so „Nedeljni Telegraf“. Unmik und KFOR wiesen diese Angaben jedoch zurück.⁴⁴⁶

Serbiens Politiker zeigten sich über alle Parteigrenzen hinweg bestürzt und erbost über die Vorgänge im Kosovo. Premier Vojislav Koštunica sprach vom albanischen Versuch eines Pogroms an den Serben im Kosovo. Den KFOR-Soldaten warf er vor, sich mehr um die eigene Sicherheit zu sorgen als um die der Kosovo-Serben.⁴⁴⁷ Der Chef des Belgrader Kosovo-Koordinationszentrums, Nebojša Čović, forderte die Rückkehr serbischer Militär- und Polizeieinheiten in den Kosovo. Dies sei die einzige Möglichkeit, um die Serben im Kosovo zu schützen, denn die internationalen Truppen seien dazu „nicht motiviert“.⁴⁴⁸ Andererseits wuchsen in Belgrad auch die Hoffnungen, die Märzunruhen könnten zu einem internationalen Stimmungsumschwung zugunsten Serbiens führen: Die Albaner hätten mit ihren Gewalttaten die Chance auf eine baldige Unabhängigkeit verspielt, die Eigenstaatlichkeit des Kosovo könne somit weiter hinausgezögert werden.⁴⁴⁹ Die Überlegung der albanischen Aufständischen war freilich gewesen, die internationale Gemeinschaft unsanft wachzurütteln und klarzumachen, dass der Weg in die Unabhängigkeit nicht weiter verlängert werden könne. Und sie erzielten dabei einen Teilerfolg. Das Prozedere, das dem Kosovo einen Endstatus bringen sollte, wurde beschleunigt. Der Sonderkoordinator des Balkan-Stabilitätspakts, Erhard Busek, resümierte im Februar 2005:

„Der Kosovo ist ein klassisches Beispiel für den Mangel an kontinuierlichem Krisenmanagement. Der Kosovo ist für die internationale Gemeinschaft erst interessant geworden, nachdem die Albaner zu den Waffen gegriffen haben und Milošević mit ethnischen Säuberungen reagiert hat. Nach dem Eingreifen der Nato hat man sich mit der Formel ‚Standards vor Status‘ beholfen. Das war am Anfang richtig, wurde aber langsam zur Verlegenheitslösung, weil man nicht gewusst hat, welche Alternativen man vorschlagen soll. Nach den Unruhen im vergangenen März war der Kosovo plötzlich wieder ein Thema. Jeder hat gesagt: Wir brauchen eine Lösung. Aber die Vorschläge liegen nicht auf dem Tisch.

(. . .)“⁴⁵⁰

⁴⁴⁶ Reuters (Chalmers, John): Nato surprised by Kosovo clashes, had no warning, 24. März 2004, reu/6847

⁴⁴⁷ APA: Kosovo-Unruhen – Koštunica: An Serben wurde Pogrom versucht, 18. März 2004, APA05631803

⁴⁴⁸ APA: Kosovo-Unruhen – Čović fordert Rückkehr serbischer Sicherheitskräfte, 19. März 2004, APA00931903

⁴⁴⁹ Institute for War and Peace – Balkan Crisis Report (Cvijanović, Željko): Belgrade Claims Diplomacy Coup, 25. März 2004, BCR No 489

⁴⁵⁰ Die Presse (Schneider, Wieland): „Kosovo ist eine abgezogene Handgranate“, 7. Februar 2005, S. 4

6. Die Suche nach dem finalen Status des Kosovo

6.1. Der Bericht von Kai Eide

Die nächsten wichtigen Schritte im Prozess der Statusfindung wurden 2005 gesetzt. Im Mai 2005 legte der UN-Sicherheitsrat einen konkreten Zeitplan für den Beginn der Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo fest. Der Norweger Kai Eide wurde als UN-Sondergesandter damit beauftragt, einen Bericht über die Lage im Kosovo zu verfassen. Davon sollte der Start der Statusgespräche abhängig gemacht werden. Am 7. Oktober 2005 wurde Eides Report dem UN-Generalsekretär und den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates vorgelegt. Eides Resümee: Zwar gebe es bei der Umsetzung der Standards nach wie vor grobe Mängel, trotzdem müsse mit den Statusverhandlungen begonnen werden. So heißt es im Bericht:

„There will not be any good moment for addressing Kosovo’s future status. It will continue to be a highly sensitive political issue. Nevertheless, an overall assessment leads to the conclusion that the time has come to commence this process. The political process, which is now underway, must continue. (. . .) Having moved from stagnation to expectation, stagnation cannot again be allowed to take hold.

Further progress in standards implementation is urgently required. It is unlikely that postponing the future status process will lead to further and tangible results. However, moving into the future status process entails a risk that attention will be focused on status to detriment on standards. (. . .)

There is now a shared expectation in Kosovo, in Belgrade as well as in the region that the future status process will start. (. . .) Furthermore, all sides need clarity with regard to Kosovo’s future status. (. . .)”⁴⁵¹

Obwohl er den Start von Verhandlungen vorschlug, ging Eide in einigen Punkten mit der Führung der Kosovo-Albaner sehr hart ins Gericht. Und darin verbarg sich auch eine versteckte Schelte an der internationalen Präsenz, die auf vielen Gebieten keine ausreichenden Erfolge erzielt hatte (*siehe auch: 5.1.3. Die internationale zivile Präsenz im Kosovo*). So übte der UN-Sondergesandte massive Kritik an der nach wie vor prekären Lage der Minderheiten, insbesondere der Kosovo-Serben:

⁴⁵¹ Eide, Kai: A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo, Executive Summary, iii, iv

„44. (. . .) *Regrettably, little has been achieved to create a foundation for a multiethnic society. Kosovo's leaders and the international community should take urgent steps in order to correct this grim picture. (. . .)*

46. (. . .) *While the level of reported inter-ethnic crime is low, there are frequent unreported cases of low-level, inter-ethnic violence and incidents. They do not appear on statistics. Harassment, looting, stealing of cattle, and other similar incidents occur very frequently. This comes in addition to widespread illegal occupancy of agricultural land (. . .)*

51. *Kosovo Albanian leaders committed themselves to the return process. However, this is the 'Pristina reality'. The reality on the ground is different. The security situation, insufficient access to justice, lack of protection and property rights, and uncertain political and economic prospect discourage returns. Furthermore, the general atmosphere in many places is not conducive for returns. Multi-ethnicity is often not seen as a goal. (. . .)*⁴⁵²

Eide übte in diesem Zusammenhang aber auch Kritik an der Rolle der serbischen Führung:

„47. (. . .) *That being said, the authorities in Belgrade should abstain from inflammatory comments or premature reactions to incidents of violence when they occur. Statements of this nature also contribute to an insecure environment.*“⁴⁵³

Zudem nannte Eide Korruption und organisierte Kriminalität als „Gefahren für die Stabilität“ im Kosovo. Die Kosovo-Behörden aber auch die internationalen Polizisten und Staatsanwälte hätten Probleme bei der Bekämpfung dieser Gefahren. „Clan-Solidarität“ und das „Gesetz des Schweigens“ erschwerten die Aufklärung von Straftaten.⁴⁵⁴

In seinem Report machte der UN-Sondergesandte auch mehrere grundsätzliche Vorschläge, die später in den Wiener Kosovo-Verhandlungen aufgegriffen wurden und dann in detaillierter Form in das Lösungspapier von Martti Ahtisaari Einzug fanden: So verlangte Eide etwa „Schutzonen“ rund um serbisch-orthodoxe Klöster und Einrichtungen im Kosovo.⁴⁵⁵ Er machte sich auch dafür stark, dass serbische Gemeinden im Kosovo größere Kompetenzen in Bereichen wie Polizei, Erziehung und Kultur erhalten, sowie spezielle Beziehungen untereinander und zu Belgrad unterhalten dürfen.⁴⁵⁶ Schon bevor Eide seinen Bericht veröffentlichte, war es unter der Ägide des UN-Sondergesandten in Wien zu Verhandlungen zwischen Serben und Albanern über einen Dezentralisierungsplan für Kosovo

⁴⁵² Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: The inter-ethnic challenge, Punkt 44 - 54

⁴⁵³ Ebenda

⁴⁵⁴ Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: Enhancing respect for rule of law, Punkt 36 - 38

⁴⁵⁵ Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: The inter-ethnic challenge, Punkt 56

⁴⁵⁶ Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: The inter-ethnic challenge, Punkt 60

gekommen, der serbischen Gemeinden größere Kompetenzen geben sollte. Serben und Albaner kamen bei dem Wiener Meeting aber zu keiner Einigung.⁴⁵⁷

Eide verlangte zudem, dass auch nach dem Finden des Endstatus die im Kosovo „fragilen“ Institutionen Polizei und Gerichtsbarkeit weiterhin international überwacht und unterstützt werden müssten.⁴⁵⁸ Eine militärische und zivile Präsenz im Kosovo müsse weiterhin erhalten bleiben. Für das Militärische solle nach wie vor die von der Nato geführte Truppe KFOR verantwortlich bleiben. Die wichtigste Rolle im zivilen Bereich solle in Zukunft aber nicht mehr die UNO, sondern die EU innehaben.⁴⁵⁹ Mit der Veröffentlichung von Eides Report stand dem Beginn von Statusverhandlungen nichts mehr im Wege. Diese verliefen in bereits vorgegebenen Bahnen. Ihr Ergebnis – der Ahtisaari-Plan – baute direkt auf den Schlussfolgerungen des Eide-Berichts auf.

6.2. Die Wiener Kosovo-Gespräche und der Kosovo-Plan von Martti Ahtisaari

Neben dem Bericht von Kai Eide stellten vor allem die Vorgaben der Balkan-Kontaktgruppe das Korsett für die Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo dar. Der Kontaktgruppe gehören die USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien an. Sie legte fest, dass es kein Zurück vor die Situation vor 1999, keine Teilung des Kosovo und keinen Anschluss des Kosovo an einen anderen Staat geben dürfe.

Die Verantwortlichen in Priština und Belgrad zeigten vor dem Beginn der Gespräche noch einmal deutlich, dass sie von ihren Positionen bezüglich des Kosovo-Status keinen Millimeter abzurücken gedachten. Und diese Positionen änderten sich auch während der gesamten Verhandlungen nicht. Das Kosovo-Parlament verabschiedete eine Deklaration, in der es den „Willen des kosovarischen Volkes nach Unabhängigkeit“ bekräftigte. Und in Serbien stellte man klar, dass man den Albanern zwar „weitreichende Autonomie“ zugestehe, der Kosovo aber Teil des serbischen Staates bleiben müsse. So meinte etwa Serbiens Außenminister Vuk Drašković eine Woche vor Verhandlungsbeginn in einem Interview: *„Serbien hat keine Ambitionen, die albanische Mehrheitsbevölkerung des Kosovo zu regieren. Die Albaner haben das Recht, ihr eigenes politisches Leben zu organisieren mit ihren eigenen Institutionen. Doch es gibt dabei zwei Ausnahmen: Die albanische Mehrheit*

⁴⁵⁷ Die Presse: Wiener Eitelkeiten und ein Treffen ohne Handschlag, 17. September 2005, S. 11

⁴⁵⁸ Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: Enhancing respect for rule of law, Punkt 39 u. 40

⁴⁵⁹ Eide: A Comprehensive Review, Kapitel: The roles and responsibilities of the international community, Punkt 78 - 86

hat nicht das Recht, weiterhin die Kosovo-Serben und andere Minderheiten zu terrorisieren. (. . .) Und sie (die Albaner, Anm.) können nicht unsere international anerkannten Grenzen zu Albanien und Mazedonien ändern. Unser Kompromissvorschlag: Diese Grenzen sollen in Zukunft offene, europäische Grenzen sein, die zwar auf Landkarten existieren, aber keine Auswirkung auf das tägliche Leben haben.“⁴⁶⁰

Serbien fasste seinen Statusvorschlag mit der Formel „Mehr als Autonomie, weniger als Unabhängigkeit“ zusammen. Dass Premier Koštunica in der Kosovo-Frage eine harte Haltung einnehmen würde, war von vornherein klar. Aber auch der im Westen als moderat geltende Präsident Boris Tadić stellte klar, dass er einer Unabhängigkeit des Kosovo niemals zustimmen werde. Unter den wichtigsten politischen Kräften in Serbien herrschte – zumindest nach außen hin - Übereinstimmung, dass man sich den Kosovo nicht abverhandeln lasse. Diese Haltung verhärtete sich während der Wiener Gespräche.

Die Kosovo-Verhandlungen starteten am 21. November 2005 mit einer Reise des UN-Chefvermittlers Martti Ahtisaari und seines Stellvertreters Albert Rohan nach Priština. Danach fuhren die beiden Diplomaten nach Belgrad. Im Februar 2006 begannen dann die Gespräche mit den Delegationen beider Seiten in Wien. Die Vermittler verfolgten die Strategie, mit Serben und Kosovo-Albanern zuerst über technische, sogenannte „Status-neutrale“ Themen zu verhandeln. Erst später sollte die heikle Frage des künftigen Status des Kosovo aufs Tapet kommen.

Am 20. Februar 2006 fand in Wien die erste Runde der Verhandlungen mit Serben und Kosovo-Albanern statt. Die eineinhalbtägigen Gespräche unter der Leitung des österreichischen Spitzendiplomaten Albert Rohan drehten sich um Dezentralisierung und die künftigen Kompetenzen der (serbischen) Gemeinden im Kosovo. Der Dezentralisierung und dem Schutz religiöser Objekte waren die ersten sechs Runden der meist ein- bis eineinhalbtägigen Verhandlungen gewidmet. Die sechste Runde beschäftigte sich dann mit dem Thema Wirtschaft. Dazwischen fanden in Belgrad und Priština Treffen auf Expertenebene statt. Bei den Verhandlungen zu den technischen Fragen zeigten sich folgende Streitpunkte zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern:

1. Dezentralisierung: Dabei wurde über die Kompetenzen der Gemeinden im Kosovo verhandelt. Belgrad versuchte bei den Gesprächen, möglichst große Autonomie für die serbischen Gemeinden zu erreichen. Grundsätzlich hatten sich beide Seiten bereits

⁴⁶⁰ Die Presse (Schneider, Wieland): „Wollen nicht wie auf dem Basar verhandeln“, 19. November 2005, S. 13

darauf geeinigt, dass die Gemeinden erweiterte Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit, Gesundheitsvorsorge und Bildung erhalten sollten. Zudem war man sich einig, dass neue, vorwiegend serbische Gemeinden gebildet werden, die auch Sonderbeziehungen zu Belgrad unterhalten dürfen. Strittig war aber deren Zahl. Das serbische Verhandlungsteam wollte 14 neue serbische Gemeinden, eine davon rund um das Monument für die Schlacht auf dem Amselfeld. Die Albaner wollten den Serben aber nur drei neue Kommunen zugestehen. Viele der von Belgrad vorgeschlagenen serbischen Gemeinden hatten kaum Einwohner. Serbien plante aber, dort in Zukunft zurückkehrende serbische Flüchtlinge anzusiedeln. Die Albaner sprachen von „Geistergemeinden.“

2. Schutz religiöser Objekte: Die Delegationen Serbiens und des Kosovo einigten sich grundsätzlich auf die Errichtung von „Schutzzonen“ rund um serbisch-orthodoxe Klöster, Kirchen und andere religiöse Objekte. Durch diese Zonen sollte ein ungestörtes religiöses Leben gewährleistet werden. Streitpunkt war aber vor allem die Größe dieser Zonen. Belgrad verlangte, dass die orthodoxe Kirche ihren umfangreichen Landbesitz im Kosovo zurückerhält. Die restituierten Gebiete sollten dann Teil der Schutzzonen werden. Für die Kosovo-Albaner kam das aber nicht in Frage. Sie fürchteten, dass aus den erweiterten Schutzzonen und den serbischen Gemeinden umfangreiche serbische Territorien innerhalb des Kosovo entstehen könnten.

3. Wirtschaftsfragen: Serbien forderte bei den Verhandlungen in Wien, sofort alle Privatisierungen im Kosovo zu stoppen und alle bisherigen Privatisierungen zu überprüfen. Die UN-Vermittler wiesen das mit dem Hinweis zurück, dafür kein Mandat zu haben. Die Privatisierungen im Kosovo waren von der, von Unmik eingesetzten Kosovo-Trust-Agency KTA abgewickelt worden. Ansonsten ging es bei den Wirtschaftsgesprächen in Wien vor allem um die Aufteilung von Vermögen und Schulden des Kosovo. Die Schulden des Kosovo bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds waren die ganze Zeit über von Serbien allein bedient worden. Zudem wollte man einen Modus dafür finden, wer wichtiges öffentliches Eigentum im Kosovo erhalten sollte: etwa die Trepča-Minen oder das Kraftwerk Obilić.⁴⁶¹

⁴⁶¹ Siehe: Die Presse: Schwierige Gespräche über Zukunft des Kosovo, 31. Mai 2006, S. 8

Obwohl sich beide Parteien in einigen Fragen durchaus sehr nahe kamen, gelang es nicht, auch nur in einem der oben genannten Themenbereiche volle Übereinstimmung beziehungsweise ein Abkommen zwischen Belgrad und Priština zu erzielen. Vizechefvermittler Rohan meinte nach einigen Monaten Verhandlungen:

*„In praktischen Fragen gibt es zum Teil eine beträchtliche Übereinstimmung, aber die Konzepte sind total unterschiedlich: Die serbische Seite möchte eine serbische Entität im Kosovo haben, die sich aus den mehrheitlich serbischen Gemeinden und den serbisch-orthodoxen Kirchen und Klöstern zusammensetzt. Belgrad will, dass diese Entität ein Höchstmaß an Autonomie innerhalb des Kosovo erhält. Die Kosovaren sind zwar zum Schutz für die serbische Gemeinschaft bereit, aber im Zuge einer normalen Dezentralisierung sowie von Schutzmaßnahmen für Kirchen und Klöster.“*⁴⁶²

Rohan forderte im selben Interview zwar auch die Kosovo-Albaner auf, mehr Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen. Serbien warf er aber klar vor, Fortschritte bei den Gesprächen zu verhindern:

*„Wir betrachten diesen Brief (Belgrads Beschwerdebrief über die Verhandlungsführung) eher als taktischen Zug Belgrads, der davon ablenken soll, dass ein schnellerer Fortschritt an der mangelnden Kompromissbereitschaft vor allem auf serbischer Seite scheitert. (. . .) Ich kann mir keine rigidere Haltung Belgrads vorstellen, als sie jetzt ohnehin schon eingenommen wird.“*⁴⁶³

Westliche Diplomaten meinten zu diesem Zeitpunkt bereits, dass sich Belgrad auch gegen jedes Abkommen in technischen Fragen sperren werde, weil es mit dem zu erwartenden Status des Kosovo – nämlich einer Art von Unabhängigkeit – nicht einverstanden sei.⁴⁶⁴ Das serbische Verhandlungsteam zeigte sich zu diesem Zeitpunkt auch bereits offen über die Gespräche in Wien unzufrieden. In einem Brief an die Außenminister der Staaten der Kontaktgruppe beschwerte sich Belgrad über die Verhandlungsführung und pochte darauf, gleich über den künftigen Status des Kosovo zu sprechen und nicht erst über technische Fragen. Später forderte Serbien wiederholt die Ablösung von Ahtisaari. Es warf den UN-Vermittlern dezidiert vor, parteiisch zu Gunsten der Kosovo-Albaner zu sein.

⁴⁶² Die Presse (Schneider, Wieland): „Serbien muss seine Obstruktion aufgeben“, 31. Mai 2006, S. 8

⁴⁶³ Ebenda

⁴⁶⁴ Aus Hintergrundgesprächen des Autors mit westlichen Diplomaten.

Im Laufe der Verhandlungen hatte sich immer mehr herauskristallisiert, dass bei den Wiener Gesprächen in erster Linie der künftige Status der Serben im Kosovo und weniger der völkerrechtliche Status der Provinz selbst festgelegt werden sollte. Dass sich Belgrad und Priština bezüglich des Status auf einen Kompromiss einigen könnten, schien den Verhandlern von Anfang an wenig wahrscheinlich. Damit war klar, dass der Status letzten Endes vom UN-Sicherheitsrat – und damit den Großmächten – bestimmt werden musste. Die Idee war, bei den Wiener Gesprächen Maßnahmen zu vereinbaren, die den Serben ein Überleben im Kosovo ermöglichen. In einem Kosovo, der als Konsequenz der jüngeren Geschichte seine Unabhängigkeit erhalten sollte. De facto hatte der Kosovo seine Eigenständigkeit von Serbien ja bereits 1999 erreicht. Seither war er nur noch von der internationalen Präsenz abhängig. Und diese suchte nach einer Exit-Strategy. Die westlichen Mitglieder der Kontakt-Gruppe, vor allem die USA und Großbritannien, drängten auf eine Unabhängigkeit des Kosovo. Schon im Jänner 2006 wurden Meldungen gestreut, in der Kontaktgruppe sei bereits eine Entscheidung zugunsten einer „bedingten“ oder „überwachten“ Souveränität gefallen. Auch Russland sei mit an Bord und würde einer Unabhängigkeit nichts in den Weg legen. So schrieb etwa der für gewöhnlich gut informierte britische „Economist“ am 21. Jänner 2006:

„The Serbs and the Kosovo Albanians have assembled negotiation teams that are due to meet for the first time next week in Vienna. But much of the hard bargaining has already happened, among interested outside powers: Britain, France, America and Russia. Given these countries' foreign policy differences, the degree of consensus on Kosovo is surprising. Even Russian diplomats, who insist publicly that they will back the Serbs, say the opposite in private. The four powers agree that Kosovo should have ‚conditional independence‘, code for full independence after a transitional period, but with a certain safeguard for Kosovo's remaining Serbs. (. . .) At present, all are pretending that the future of Kosovo is to be settled in Mr Ahtisaari's talks. But in private it is accepted that, since the both sides will never agree, the decisions will have to be taken for them. (. . .) If the outcome is already agreed, what is the point of Mr Ahtisaari's negotiations? The answer, in the words of one diplomat, is that they ‚are not about the status of Kosovo but about negotiating the status of the Serbs in Kosovo.‘”⁴⁶⁵

Die Balkan-Kontaktgruppe hatte im Jänner bei einem Treffen in London festgestellt, dass der künftige Status des Kosovo von der Bevölkerung des Kosovo akzeptiert werden müsse.⁴⁶⁶ Und dass die Albaner, die etwa 90 Prozent dieser Bevölkerung ausmachen, nichts anderes als

⁴⁶⁵ The Economist: Independent Thinking – Kosovo's Future, 21. Jänner 2006

⁴⁶⁶ Reuters: World powers urge Serbs to listen to Kosovo demands, 31. Jänner 2006, MDF29867

die Unabhängigkeit wollten, war kein Geheimnis. Später stellte man in Moskau jedoch öffentlich klar, dass man einer Eigenständigkeit des Kosovo niemals zustimmen werde, und dass dies immer schon Russlands Position gewesen sei. Westliche Diplomaten beteuerten aber bis ins Jahr 2007 hinein, dass auch Russland letzten Endes einer Unabhängigkeit des Kosovo nichts in den Weg legen werde.⁴⁶⁷ Dabei könnten einerseits Wunschdenken beziehungsweise Fehlkalkulationen im Spiel gewesen sein. Andererseits scheint sich Russlands Anti-Unabhängigkeits-Position im Laufe der Verhandlungen immer mehr verhärtet zu haben. Gerade die letzten Monate der Kosovo-Verhandlungen fielen in eine Phase, in der Russland wieder mehr auf außenpolitische Stärke setzte als in den Jahren zuvor.

Die USA und Großbritannien stellten schon zu Verhandlungsbeginn klar, dass sie eine Eigenstaatlichkeit des Kosovo unterstützten. Der damalige Oppositionschef im Kosovo, Hashim Thaçi, zeigte sich bereits im Jänner 2006 hinsichtlich einer künftigen Unabhängigkeit sehr zuversichtlich. Eine Zuversicht, die sich seinen eigenen Angaben nach aus den Gesprächen speiste, die er kurz zuvor in Washington geführt hatte.⁴⁶⁸ Im offiziellen Interview äußerte sich Thaçi zu etwaigen Zusagen der USA nur verklausuliert:

*„Ich habe bei meinen Treffen im State Department und im Pentagon (. . .) versichert, dass wir alle Rechte der Minderheiten garantieren und alle demokratischen Prinzipien einhalten werden. Im Gegenzug habe ich von den Amerikanern Garantien für einen unabhängigen Kosovo verlangt. Die amerikanische Antwort war sehr klar: Washington wird jene Lösung unterstützen, die die Kosovaren verdienen. Und ich bin überzeugt, das wir die Unabhängigkeit verdienen.“*⁴⁶⁹

Bei einer Pressekonferenz am Rande des EU-Außenministertreffens in Salzburg im März 2006 war dann die Aussage des britischen Außenministers Jack Straw an Deutlichkeit kaum mehr zu überbieten:

*„Everybody accepts that the pre-1999 situation is unsustainable as a basis for the future, and if that is the case, then a pathway towards independence becomes almost inevitable.“*⁴⁷⁰

In Serbien war man über Straws Bemerkung äußerst verärgert. Aber auch UN-Vermittler Martti Ahtisaari selbst hatte in Belgrad für Aufregung gesorgt, als er kurz vor Beginn der ersten Gesprächsrunde in Wien in einem Interview mit dem „Spiegel“ eine Äußerung machte, die als Präjudizierung des künftigen Kosovo-Status gewertet wurde. Ahtisaari hatte gemeint:

⁴⁶⁷ Aus Hintergrundgesprächen des Autors mit Diplomaten westlicher Länder

⁴⁶⁸ Aus einem Gespräch des Autors mit Hashim Thaçi, Ende Jänner 2006

⁴⁶⁹ Die Presse (Schneider, Wieland): „Unabhängigkeit ist die einzige Lösung“, 20. Jänner 2006, S. 7

⁴⁷⁰ Reuters: Kosovo independence almost inevitable – UK’s Straw, 10. März 2006, MDF67051

*„Die Zeichen sind klar: Die internationale Staatengemeinschaft hat festgelegt, dass der jetzige Status (des Kosovo, Anm.) so nicht weiter bestehen kann. Und bei ihrem letzten Treffen in London einigte sich die Kontaktgruppe, dass am Ende die Bevölkerung des Kosovo darüber befinden soll, wie die Zukunft der Provinz aussieht. 90 Prozent sind Albaner – wie werden die sich wohl entscheiden?“*⁴⁷¹

Ahtisaaris Stellvertreter Albert Rohan drückte sich Ende Mai 2006 in einem Interview vorsichtiger aus. Auf die Frage, ob angesichts der Pro-Unabhängigkeits-Aussagen britischer und amerikanischer Diplomaten der künftige Status des Kosovo bereits eine ausgemachte Sache sei, meinte er:

*„Für uns ist jedes Resultat akzeptabel, auf das sich beide Seiten einigen. Grundsätzlich ist eine Unabhängigkeit damit für uns ebenso eine Option wie die weitreichende Autonomie, die Belgrad vorschlägt. Die Staatengemeinschaft lässt allerdings eine Tendenz in Richtung einer Souveränität des Kosovo erkennen.“*⁴⁷²

Schon im März hatte auch der scheidende Chef der UN-Mission im Kosovo, Søren Jessen-Petersen, eine ähnliche Formulierung benutzt wie zuvor Ahtisaari:

*„Es ist sehr schwierig, viele unterschiedliche Möglichkeiten für ein Ergebnis der Verhandlungen zu sehen, wenn man bedenkt, dass 90 Prozent der Kosovo-Bevölkerung ein ganz bestimmtes Resultat wollen. Wenn man Kosovo stabilisieren will, muss man doch anerkennen, was 90 Prozent wollen. Die müssen natürlich auch die Bereitschaft zeigen, Rücksicht auf die restlichen zehn Prozent zu nehmen. (. . .) Wenn man sich das Recht der albanischen Mehrheit und das Prinzip ‚keine Teilung‘ (des Kosovo, Anm.) vor Augen hält, braucht man nicht viel Fantasie, um ein Ergebnis vorherzusehen.“*⁴⁷³

Das Verhältnis zwischen Unmik und den Kosovo-Albanern hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich gebessert. Die Spitze der UN-Mission hatte nur Lob gefunden für Ramush Haradinaj, der im Kosovo das Amt des Premierministers übernommen hatte. Der einstige UÇK-Feldkommandant tat sich als Regierungschef durch eine pragmatische Politik hervor und lobte die gute Zusammenarbeit mit der Unmik. Selbst als er bereits vom Haager Tribunal wegen Kriegsverbrechen angeklagt worden war, erhielt er noch Unterstützung durch die Führung der UN-Mission. Auch die Beziehungen der internationalen zivilen Präsenz zu

⁴⁷¹ Der Spiegel (Ertel, Manfred / Kraske, Marion): „Es wird keine Teilung geben“, Nr. 8, 22. Februar 2006, S. 114

⁴⁷² Die Presse (Schneider, Wieland): „Serbien muss seine Obstruktion aufgeben“, 31. Mai 2006, S. 8

⁴⁷³ Die Presse (Schneider, Wieland): „Miloševićs Tod ist Chance für Serbien“, 14. März 2006, S. 8

Haradinajs Nachfolger Agim Çeku waren hervorragend. Çeku, Ex-Oberbefehlshaber der UÇK, setzte Haradinajs pragmatischen Kurs fort. Dafür verschlechterte sich das Verhältnis Belgrads zur Unmik stetig. Die Kosovo-Serben boykottierten seit den Unruhen vom März 2004 weitgehend jede Zusammenarbeit mit den politischen Institutionen des Kosovo. Trotz Appellen der Unmik und westlicher Diplomaten beharrte Serbiens Regierung auf die Beibehaltung dieses Boykotts. Dass die Unmik-Führung unter Jessen-Petersen in der Statusfrage und bei den Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo zunehmend die Seite der Kosovo-Albaner vertrat, verschärfte die Haltung Belgrads weiter.

Die Idee einer „bedingten Unabhängigkeit“ war indes nicht neu. Schon im Oktober 2000 hatte eine hochrangige internationale Kommission UN-Generalsekretär Kofi Annan einen Bericht vorgelegt, in dem eine „bedingte Unabhängigkeit“ für den Kosovo gefordert wurde. Die Kommission war vom schwedischen Premier Göran Persson einberufen und vom südafrikanischen Verfassungsrichter Richard Goldstone sowie dem Schweden Carl Tham geleitet worden. In dem Report vom Jahr 2000 hieß es, dass eine Rückkehr des Kosovo unter serbische Oberhoheit auch nach dem Machtwechsel in Belgrad „weder realistisch noch zu rechtfertigen“ sei. Die einzig tragbare Alternative sei deshalb eine „Selbständigkeit unter Auflagen“. Im Gegenzug müsse den geflohenen Serben die Rückkehr in den Kosovo ermöglicht werden. Internationale Organe müssten den Schutz der ethnischen Minderheiten garantieren. Der EU komme eine besondere Rolle beim Wiederaufbau der gesamten Region zu.⁴⁷⁴ Dinge, die sich in ähnlicher Form später auch im Papier von Martti Ahtisaari fanden.

In Wien wurde von den Spitzen Serbiens und des Kosovo über den künftigen völkerrechtlichen Status des Kosovo erstmals am 24. Juli 2006 verhandelt. Belgrad bot dabei Präsident Boris Tadić, Ministerpräsident Vojislav Koštunica und Außenminister Vuk Drašković auf. Aus dem Kosovo reisten Präsident Fatmir Sejdiu, Ministerpräsident Agim Çeku und Oppositionschef Hashim Thaçi an. Bei den Gesprächen im Landhaussaal des Wiener Palais Niederösterreich machten beide Seiten erneut klar, dass sie in der Frage des Status nicht von ihren Forderungen abzurücken gedachten: Die serbische Delegation pochte darauf, dass der Kosovo innerhalb Serbiens verbleiben müsse; die albanische Delegation verlangte die Unabhängigkeit. Und die ebenfalls anwesenden Vertreter der Kontaktgruppe forderten von Belgrad und Priština „mehr Flexibilität“. Spätestens zu diesem Zeitpunkt dachte aber keine der beiden Seiten mehr an Flexibilität.⁴⁷⁵ Die Kosovo-Albaner gingen davon aus, dass die Unabhängigkeit dank der USA und Großbritanniens bereits eine ausgemachte Sache

⁴⁷⁴ Die Presse (Gamillscheg, Hannes): Kommission empfiehlt „bedingte Unabhängigkeit“ des Kosovo, 25. Oktober 2000, S. 4

⁴⁷⁵ Die Presse: Verhärtete Fronten bei Kosovo-Treffen, 25. Juli 2006, S. 4

sei. Die Serben wiederum setzten darauf, dass Russland letztendlich eine Eigenstaatlichkeit des Kosovo im UN-Sicherheitsrat verhindern werde. Und auch in den sogenannten technischen Fragen zeichnete sich keine Einigung ab.

Im Oktober 2006 stellte dann UN-Chefvermittler Martti Ahtisaari bei einem Vortrag in Helsinki öffentlich fest, dass er in der Frage des Status mit keinem Kompromiss zwischen Belgrad und Priština mehr rechne.⁴⁷⁶ Serbiens Regierung hielt im selben Monat ein Referendum über eine neue Verfassung ab, in der festgeschrieben ist, dass der Kosovo „unabtrennbarer Teil“ Serbiens sei. Die serbische Bevölkerung nahm die Verfassung an, jedoch nur mit einer knappen Mehrheit. Nur 52,3 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die neue Verfassung; für eine Annahme waren 50 Prozent und eine Stimme nötig. An dem Referendum beteiligten sich nur 54,2 Prozent der Wahlberechtigten.⁴⁷⁷

Ausgehend von den bisherigen Verhandlungen und den Vorschlägen beider Seiten begann das Team um Ahtisaari, einen Lösungsplan zu erstellen. Ursprünglich hätte der Plan Ende 2006 übergeben werden sollen. Wegen der Parlamentswahl in Serbien im Jänner 2007 wurde dieser Termin aber verschoben – aus Angst, die ultranationalistische Serbische Radikale Partei SRS könnte dadurch noch mehr Zulauf gewinnen. Anfang Februar 2007 war es dann so weit: Ahtisaari stellte seinen Lösungsplan in Belgrad und Priština vor. Entgegen ursprünglicher Absichten der UN-Vermittler wurde in dem Dokument eine Empfehlung für eine „überwachte Unabhängigkeit“ zunächst noch nicht abgegeben.⁴⁷⁸ Doch wohin die Reise in der Statusfrage gehen sollte, war aus dem Papier bereits weitgehend ersichtlich. Zwar wurde in den „Allgemeinen Prinzipien“ des Ahtisaari-Pakets das Wort „Eigenstaatlichkeit“ vermieden. Dem Kosovo wurde aber nationale Symbole wie eine eigene Flagge und eine Hymne sowie eine Verfassung zugestanden. Zudem wurde festgestellt, dass der Kosovo internationale Abkommen abschließen und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen anstreben dürfe. Eine Union mit anderen Staaten wurde dem Kosovo dezidiert untersagt – ein Punkt, den man gar nicht extra hätte erwähnen müssen, falls man davon ausgegangen wäre, dass der Kosovo Teil Serbiens bleibt. So heißt es in dem Ahtisaari-Plan unter anderem:

„Article 1 – General Principles

1.1. Kosovo shall be a multi-ethnic society, which shall govern itself democratically, and with full respect for the rule of law, through its legislative, executive, and judicial institutions.

⁴⁷⁶ Die Presse: „Keine Kompromisslösung für Kosovo“, 10. Oktober 2006, S. 8

⁴⁷⁷ Die Presse (Dumbs, Helmar): Jubel über Ja zur Verfassung: „Das ist ein Sieg für Serbien“, 31. Oktober 2006, S. 7

⁴⁷⁸ Die Presse (Roser, Thomas/Dumbs, Helmar): Serbien lehnt Kosovo-Plan ab, 3. Februar 2007, S. 9 / Die Presse (Schneider, Wieland/Rief, Norbert): Kosovo auf Weg zum eigenen Staat, 4. Jänner 2007, S. 7

(. . .)

1.3. Kosovo shall adopt a Constitution. The Constitution of Kosovo shall prescribe and guarantee the legal and institutional mechanisms necessary to ensure that Kosovo is governed by the highest democratic standards, and to promote the peaceful and prosperous existence of all its inhabitants. (. . .)

1.5. Kosovo shall have the right to negotiate and conclude international agreements, including the right to seek membership in international organizations.

1.6. The official languages shall be Albanian and Serbian.

1.7. Kosovo shall have its own, distinct, national symbols, including a flag, seal and anthem, reflecting its multiethnic character.

1.8. Kosovo shall have no territorial claims against, and shall seek no union with, any State or part of a State. (. . .) “⁴⁷⁹

In Belgrad wies man das Papier als unannehmbar zurück. Premier Koštunica bezeichnete den Plan als illegitim.⁴⁸⁰ Die UN-Vermittler gaben bis zum nächsten Treffen in Wien beiden Seiten Zeit, ihre konkreten Vorstellungen zu den einzelnen Punkten des Papiers darzulegen. Belgrad legte daraufhin eine Version vor, in der wesentliche Teile des Plans völlig verändert wurden. So hieß es in Serbiens Vorschlag für die „Allgemeinen Prinzipien“ (geänderter Teile in fetter Schrift):

„Article 1 – General Principles

1.1. Kosovo and Metohija is an autonomous Province within the Republic of Serbia. In accordance with the Constitution of the Republic of Serbia, it shall be governed democratically, with full respect for the rule of law and the multiethnic character of its population.

(. . .)

*1.3. Kosovo **and Metohija** shall adopt a Constitution, **which shall be in full accord with the Constitution of the Republic of Serbia.** The Constitution of **the Autonomous Province of Kosovo and Metohija** (. . .) shall prescribe and guarantee the legal and institutional mechanisms necessary to ensure that **Kosovo and Metohija** is governed by the highest democratic standards, and to promote the peaceful and prosperous existence of all its inhabitants. (. . .) “⁴⁸¹*

⁴⁷⁹ Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement, Article 1: General Principles

⁴⁸⁰ Die Presse (Roser, Thomas/Dumbs, Helmar): Serbien lehnt Kosovo-Plan ab, 3. Februar 2007, S. 9

⁴⁸¹ Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement, Article 1: General Principles – von Serbien überarbeitete Version

Die Punkte 1.5. (internationale Abkommen und das Anstreben von Mitgliedschaft in internationalen Organisationen), 1.7. (nationale Symbole) und 1.8. (keine Union mit anderen Staaten) wurden vom Belgrader Team ersatzlos gestrichen.⁴⁸² Der größte Teil des Ahtisaari-Papiers beschäftigt sich mit den technischen Fragen, die in Wien diskutiert worden waren. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen zum Schutz für die Serben im Kosovo. So heißt es etwa in Artikel 4, der sich mit den Rechten der Flüchtlinge beschäftigt.

„Article 4 – Rights of Refugees and Internally Displaced Persons

4.1. All refugees and internally displaced persons from Kosovo shall have the right to return and reclaim their property and possessions according with domestic and international law.

*4.2. Kosovo shall take all measures necessary to facilitate and to create an atmosphere conducive to the safe and dignified return of refugees and displaced persons, based upon their free and informed decisions, including efforts to promote and protect their freedom of movement and their freedom from intimidation.”*⁴⁸³

Zudem schlug Ahtisaaris Team folgendes vor:

1. Schutz der Volksgruppen: Der Kosovo ist verpflichtet zum Schutz aller Volksgruppen („Gemeinschaften“). Alle Gemeinschaften haben das Recht auf Verwendung der eigenen Sprache und die Ausübung ihrer Kultur. Zudem müssen sie in Regierung Parlament und Justiz vertreten sein. Gesetze, die für die ethnischen Gemeinschaften von besonderem Interesse sind, bedürfen auch deren Zustimmung.

2. Dezentralisierung: Insgesamt sollen zehn mehrheitlich serbische Gemeinden gebildet werden, mit zusätzlichen Kompetenzen in den Bereichen Erziehung, Kultur und Gesundheitswesen. Die Gemeinden dürfen untereinander zusammenarbeiten und Unterstützung aus Belgrad erhalten. Diese muss jedoch transparent sein. Alle Verträge zwischen Belgrad und einer Gemeinde im Kosovo müssen der Kosovo-Regierung in Priština übermittelt werden.

3. Schutz religiöser Objekte: Rund um 20 serbisch-orthodoxe Objekte wie Kirchen oder Klöster werden „Schutzzonen“ errichtet. In diesen Zonen sind alle Aktivitäten verboten, die das religiöse Leben stören würden, wie etwa der Bau von Autobahnen

⁴⁸² Ebenda

⁴⁸³ Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement, Article 4: Rights of Refugees and Internally Displaced Persons

oder großen Fabriken. Die Schutzzonen sind unterschiedlich groß. Sie nehmen aber nicht die Ausmaße an, die das serbische Verhandlungsteam gefordert hatte.

4. Innere Sicherheit: Die lokalen Polizeitruppe sollen die ethnische Zusammensetzung der jeweiligen Gemeinde widerspiegeln. Die Gemeinden erhalten zudem ein Mitspracherecht bei der Ernennung des lokalen Polizeikommandanten. In vorwiegend serbischen Gemeinden würden damit vor allem serbische Polizisten unter dem Kommando eines serbischen Polizeichefs Dienst tun. Sie unterstehen aber Priština. Neben der Polizei wird eine neue Sicherheitstruppe, die „Kosovo Security Force“ (KSF) aufgestellt. Diese multiethnische Truppe wird leicht bewaffnet sein und rund 2500 Aktive und einige hundert Reservisten umfassen. Die Bezeichnung „Armee“ wird in dem Papier jedoch vermieden.⁴⁸⁴

Großen Raum nehmen im Ahtisaari-Paket auch die Modalitäten für die künftige internationale Präsenz im Kosovo ein:

1. Internationale militärische Präsenz: Im Kosovo soll weiterhin eine internationale Truppe stationiert bleiben. Diese Truppe wird auch künftig von der Nato geführt. Sie ist dafür verantwortlich, die Implementierung des Ahtisaari-Plans zu unterstützen. Zudem soll sie im gesamten Kosovo für ein sicheres Umfeld sorgen – solange, bis diese Aufgaben von den Institutionen des Kosovo wahrgenommen werden können. Die internationale Präsenz ist auch für die Ausbildung der neuen „Kosovo Security Force“ KSF verantwortlich.⁴⁸⁵

2. Internationale zivile Präsenz: Die „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“ Unmik soll in einer Übergangszeit von 120 Tagen ihr Mandat weiter ausüben. Danach wird die Unmik aber gleichsam durch eine zivile EU-Mission ersetzt. Die EU-Mission unterstützt die Institutionen des Kosovo unter anderem beim Aufbau eines rechtsstaatlichen Systems. Verbrechen mit ethnischem Hintergrund, organisierte Kriminalität und Terrorismus soll auch in Hinkunft von internationalen Richtern, Staatsanwälten und Polizisten verfolgt werden. Hauptverantwortlich für die Überwachung der Umsetzung des Ahtisaari-Plans ist der „Internationale zivile Repräsentant“ (International Civil Representative, ICR). Dieser ist zugleich „EU

⁴⁸⁴ Siehe: Die Presse: Das Lösungspaket der UN-Vermittler, 3. Februar 2007, S. 9 / Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement

⁴⁸⁵ Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement, Article 13: International Military Presence

Special Representative“ (EUSR) und damit der Leiter der EU-Mission im Kosovo. Der ICR ist Chef der internationalen zivilen Präsenz. Er kann notfalls Gesetze blockieren, die den Bestimmungen des Ahtisaari-Lösungspakets widersprechen und Politiker der Kosovo entlassen, die dieses systematisch sabotieren.⁴⁸⁶

UN-Vizechefvermittler Rohan verteidigte den Plan als Kompromisspapier, das das Ergebnis von 15 direkten Verhandlungsrunden in Wien und 26 Expertenmissionen nach Belgrad und Priština sei. Jede einzelne Bestimmung sei ein „Kompromiss zwischen den konträren Ansichten von Serben und Kosovaren“.⁴⁸⁷ Bei letzten Verhandlungen zwischen 21. Februar und 2. März 2007 legten beide Seiten in Wien ihre mit Kommentaren versehenen Versionen des Plans vor. Priština machte klar, dass es Ahtisaaris Plan weitgehend so unterstützte, wie er vorlag. Belgrad bekräftigte erneut, das Papier nicht akzeptieren zu wollen. In der serbischen Version war jedes Detail des Plans, das auf eine künftige Unabhängigkeit des Kosovo hinwies, akribisch getilgt. Zudem wurde dezidiert festgeschrieben, dass der Kosovo Provinz Serbiens sei (*siehe oben*). In technischen Fragen rückte Belgrad hinter bereits ursprünglich Zugestandenes zurück und äußerte sogar wieder alte Forderungen wie die Entsendung hunderter serbischer Polizisten zum Schutze der Kulturgüter im Kosovo. Die Gesprächsrunde wurde somit ebenfalls ohne jeden Kompromiss beendet.⁴⁸⁸

Nun stand noch ein letztes serbisch-albanisches Treffen unter der Ägide von Ahtisaari und Rohan auf dem Programm. Sowohl Belgrad als auch Priština boten erneut die politischen Spitzen auf. Und allen Seiten war bereits im Vorhinein klar, dass es hier zu keiner Einigung mehr kommen werde. Serben und Kosovo-Albaner nutzten das Treffen am 10. März, um ein allerletztes Mal ihre grundsätzliche Sicht der Dinge darzulegen. Die UN-Vermittler hielten diese letzte Runde in Wien quasi nur noch aus Plichtschuldigkeit ab. Es stand bereits fest, dass sie an ihrem Papier nichts Grundsätzliches mehr ändern würden – es sei denn Belgrad und Priština würden sich von sich aus auf irgendeinen Kompromiss einigen. Aber damit war nicht zu rechnen. Die Spitzen der Kosovo-Albaner zeigten sich mit dem Ausgang der Verhandlungen zufrieden. Kosovos Präsident Fatmir Sejdiu erinnerte in seiner Rede an die Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch das Milošević-Regime und stellte klar, dass es deshalb für den Kosovo nur die Unabhängigkeit geben könne. Das Ahtisaari-Papier sei für die kosovarische Seite akzeptabel, auch wenn diese „schmerzhaft Kompromisse“ hätte eingehen

⁴⁸⁶ Siehe: Die Presse: Das Lösungspaket der UN-Vermittler, 3. Februar 2007, S. 9 / Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement, Article 11: International Civilian Representative, Article 12: International Support for the Area of Rule of Law, Article 14: Transitional Arrangements and Final Provisions

⁴⁸⁷ Die Presse (Schneider, Wieland): „Wir haben uns das nicht aus den Fingern gesaugt“, 3. Februar 2007, S. 9

⁴⁸⁸ Die Presse (Dumbs, Helmar / Lalwani, Sheila B.): Kosovo-Gespräche ergebnislos beendet, 3. März 2007, S. 6

müssen. Einige der Bestimmungen zugunsten der serbischen Volksgruppe könnten nämlich das Funktionieren des Staates beeinträchtigen.⁴⁸⁹ Auch Kosovo-Premier Agim Çeku äußerte ähnliche Befürchtungen, machte aber ebenfalls klar, den Ahtisaari-Plan als „Kompromisspapier“ zu akzeptieren. Serbiens Forderung, die Verhandlungen fortzusetzen, erteilte Çeku eine Absage.⁴⁹⁰

Die serbische Seite äußerte erneut ihren Unmut über das Ahtisaari-Papier. Präsident Boris Tadić stellte klar, dass der Plan grundsätzlich nicht akzeptabel sei, da er die Souveränität der Republik Serbien über den Kosovo nicht bekräftigt habe. Er verwies auf Serbiens letztes Kompromissangebot, wonach die Kosovo-Albaner eine weitgehende Autonomie erhalten sollten und sich Belgrad Kompetenzen wie Außenpolitik und Verteidigung vorbehalte. Sollte der Ahtisaari-Plan tatsächlich umgesetzt werden, sei es „das erste Mal in der neueren Geschichte, dass einem demokratischen, friedlichen Land Territorium weggenommen wird, um die Wünsche einer speziellen ethnischen Gruppe zu befriedigen, die bereits ihren Nationalstaat hat“. Die Wiener Verhandlungen seien nur „die letzte in einer Serie vergebener Möglichkeiten“ gewesen. Versöhnung zwischen Serben und Albanern könne nicht durch das einseitige Festsetzen der Unabhängigkeit Kosovos erzielt werden. Es sei deshalb besser, weiterhin an einer zwischen beiden Seiten ausverhandelten Lösung zu arbeiten.⁴⁹¹ Serbiens Premier Vojislav Koštunica warnte davor, dass die Abspaltung Kosovos von Serbien „den gefährlichsten Präzedenzfall in der Geschichte der Vereinten Nationen“ darstelle. Als Resultat davon könnten in Zukunft andere internationale Grenzen neu gezogen werden, was die Grundfesten der internationalen Ordnung unterminieren würde. Mit seinem Kampf für seine territoriale Integrität verteidige Serbien deshalb auch die Prinzipien, auf denen der weltweite Frieden aufgebaut sei. Koštunica behauptete zudem, dass kurz nach dem Zweiten Weltkrieg noch 30 Prozent der Bevölkerung des Kosovo serbisch gewesen seien. Dass diese Zahl signifikant zurückgegangen sei, sei ein Resultat des „Drucks durch die Separatisten und der Vertreibungen“. Die Idee eines unabhängigen Kosovo sei nur ein Deckmantel für einen ethnisch reinen Kosovo, meinte Koštunica. Die Verhandlungen in Wien hätten „im Schatten eines angeblich bereits bekannten Ergebnisses“ stattgefunden. Dieser Umstand habe die Suche nach einer Kompromisslösung unmöglich gemacht.⁴⁹²

⁴⁸⁹ Siehe: Speech by President of Kosova Fatmir Sejdiu at the Vienna meeting, 10 March 2007

⁴⁹⁰ Siehe: Presentation of the Prime Minister of Kosovo Mr. Agim Çeku, Saturday 10 March 2007 Hofburg, Vienna

⁴⁹¹ Siehe: Statement by President of Serbia Boris Tadić at the talks on the future status of Kosovo and Metohija, Vienna, 10 March

⁴⁹² Siehe: Statement by Prime Minister of Serbia Vojislav Koštunica at the talks on the future status of Kosovo and Metohija, Vienna, 10 March

Am 26. März übermittelte Martti Ahtisaari schließlich die Endversion seines Plans an die Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrates. In einem Begleitschreiben äußerte er nun erstmals dezidiert, was ohnehin schon länger klar war: Er trete dafür ein, dass Kosovo eine „überwachte Unabhängigkeit“ erhalte. Die überwiegende Mehrheit der Kosovaren wünsche sich nämlich die Unabhängigkeit. Zudem nahm Ahtisaari in der Begründung für seinen Statusvorschlag auf die jüngere Geschichte des Kosovo Bezug, vor allem auf die Unterdrückungspolitik Miloševićs.⁴⁹³ Nun, nach der Vorlage des Statusvorschlages durch die UN-Vermittler, lag der Ball erneut beim UN-Sicherheitsrat. Ahtisaaris Stellvertreter Albert Rohan zog folgendes Resümee der Wiener Verhandlungen:

„(. . .) Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass es möglich ist, eine zwischen beiden Seiten vereinbarte Lösung zu finden. Das ist aber nicht der Fall. Daher gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man löst das Problem durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats, auch wenn dieser für Belgrad nicht akzeptabel ist. Oder man lässt das Problem ungelöst. (. . .) Belgrad hat von Anfang an versucht, den gesamten Verhandlungsprozess schlecht zu machen, in der Annahme, dass dadurch die Zurückweisung des wahrscheinlichen Ergebnisses leichter fallen würde. (. . .) Aufgrund der rigiden Positionen beider Seiten war eine Einigung über den Status selbst nicht erzielbar: Unabhängigkeit und Nicht-Unabhängigkeit sind eben nicht miteinander vereinbar. Bei den technischen Fragen geht es ausschließlich um Maßnahmen zu Gunsten der serbischen Gemeinschaft im Kosovo. Deshalb hätten wir uns hier von der serbischen Seite eine konstruktivere Haltung erhofft. Aber leider sind Belgrads Forderungen auch auf diesem Gebiet völlig unrealistisch. Wir mussten daher einen Kompromiss zwischen der kosovarischen und der serbischen Ausgangsposition finden. Ich glaube, dass man in Belgrad der Ansicht war: Wenn man die Gesamtlösung ablehnt, sollte man nicht in Einzelfragen Kompromissen zustimmen.“⁴⁹⁴

⁴⁹³ Die Presse (Schneider, Wieland): Ahtisaari schlägt Kosovos Unabhängigkeit vor, 27. März 2007, S. 6

⁴⁹⁴ Die Presse (Schneider, Wieland): „Serbiens Forderungen waren völlig unrealistisch“, 27. März 2007, S. 6

7. Schlussfolgerungen

Die Vorwürfe waren mehr als zwanzig Jahre alt, die Serbiens Premier Vojislav Koštunica bei der letzten Runde der Wiener Kosovo-Verhandlungen am 10. März 2007 ins Spiel brachte: Die Zahl der Serben im Kosovo sei nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich gesunken und zwar wegen des „Drucks durch die Separatisten“ und wegen der „Vertreibungen“, sagte der Premier. Ähnliche Behauptungen hatten serbische Intellektuelle und Medien bereits Anfang der achtziger Jahre in den nationalistischen Diskurs eingebracht. Sie hatten sogar darüber geklagt, dass im Kosovo ein „Genozid“ am serbischen Volk verübt werde. Bei den Berichten über angebliche Misshandlungen von Serben durch Albaner handelte es sich damals meist um Gräuelpropaganda. Nach dem Abzug der serbischen Truppen 1999 waren die Kosovo-Serben aber tatsächlich einer Verfolgungswelle ausgesetzt. Zehntausende Menschen mussten flüchten.

In den achtziger Jahren hatten serbische Intellektuelle das baldige Ende des Serbentums im Kosovo prophezeit. Mittlerweile besteht tatsächlich die Gefahr, dass die Serben aus der Region südlich des Flusses Ibar verschwinden könnten. Zwar hat die Regierung des neuen Staates Kosovo versprochen, die Schutzmaßnahmen für die Serben genauso umzusetzen, wie das im Papier von Kosovo-Vermittler Martti Ahtisaari vorgesehen ist. Damit das funktioniert, bedarf es aber der Kooperation Belgrads und der Kosovo-Serben. Die serbische Regierung weigert sich jedoch, mit Priština und der künftigen EU-Mission im Kosovo zusammenzuarbeiten. Und auch die Kosovo-Serben haben die Anordnung erhalten, diesen Boykott nicht zu durchbrechen. Belgrad protestiert damit dagegen, dass sich der Kosovo gegen den Willen Serbiens für unabhängig erklärt hat und von den USA und den wichtigsten EU-Ländern als eigener Staat anerkannt worden ist. Ohne Zusammenarbeit mit Priština und der neuen internationalen Zivilmission wird das wirtschaftliche Überleben in den serbischen Enklaven langfristig aber unmöglich. Die Folge: eine weitere Abwanderung der Serben aus dem Kosovo. Nur im Norden rund um die Stadt Mitrovica werden sich die Serben halten können. Hier wird es wiederum für die Albaner und die internationale Präsenz sehr schwierig werden, ihre Interessen durchzusetzen. Das kommt einer endgültigen Teilung des Kosovo in einen serbisch kontrollierten Norden und den albanisch kontrollierten Hauptteil des neuen Staates gleich.

Die heutige Entwicklung ist ein Resultat der Politik Slobodan Miloševićs, die zu einer Eskalation des albanisch-serbischen Konflikts im Kosovo geführt hatte. Als Reaktion auf die Aufhebung der Autonomie des Kosovo und andere Zwangsmaßnahmen bauten die Albaner

Parallelstrukturen auf und leisteten passiven Widerstand. Die EU, die USA und die UNO schalteten sich erst sehr spät in die Kosovo-Krise ein. Als die internationalen Vermittlungsbemühungen einsetzten, war der Konflikt bereits in ein Stadium getreten, in dem eine rasche, friedliche Lösung kaum noch möglich war. Auf Seiten der Kosovo-Albaner hatten jüngere, radikalere Kräfte das Gesetz des Handelns an sich gerissen. In ihren Augen reichte der nicht-militärische Widerstand Ibrahim Rugovas nicht aus, um die serbische Herrschaft abzuschütteln. In der Phase des bewaffneten Kampfes und der immer härteren serbischen Gegenschläge verfestigte sich unter den Kosovo-Albanern der Wunsch nach voller Unabhängigkeit. Die serbische Führung wiederum dachte nicht daran, die Kontrolle über die Provinz aufzugeben.

So lange der Kampf der Kosovo-Albaner gegen die Zentralregierung in Belgrad nicht-militärischer Natur war, konnten diese nicht genügend internationale Aufmerksamkeit für ihre Anliegen erzielen. Die serbische Polizeigewalt und der „passive Widerstand“ der Albaner wurden nicht als ausreichende Gründe für ein internationales Engagement gesehen. Zudem war Ende der achtziger Jahre offenbar nur wenigen in Europa und den USA die Sprengkraft des Konflikts bewusst. Anfang der neunziger Jahre wurde dann die noch nicht ins Stadium der militärischen Auseinandersetzung getretene Kosovo-Krise von den großen Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina überschattet. Um den Bosnien-Krieg zu beenden und in der Folge die Stabilität in dem Balkan-Staat zu garantieren, bedurfte es der Hilfe des serbischen Machthabers Slobodan Milošević. Die Kosovo-Frage blieb deshalb bei den Dayton-Verhandlungen 1995 ausgeklammert und wurde auch in den Jahren danach gegenüber Belgrad so gut wie nicht angesprochen. Das änderte sich erst mit den ersten größeren Aktionen der UÇK und den serbischen Vergeltungsschlägen, von denen vor allem Zivilisten betroffen waren.

Bei den ersten Vermittlungsversuchen wurde es verabsäumt, die UÇK einzubeziehen. So war aber eine dauerhafte Waffenruhe, geschweige denn eine Konfliktlösung, nicht möglich, denn letzten Endes konnte auf kosovo-albanischer Seite nur die Untergrundarmee entscheiden, ob sie die Kämpfe einstellte oder nicht. Aber auch die Führung in Belgrad setzte darauf, den Konflikt mit Gewalt zu lösen. Ziel war zum einen, die UÇK militärisch zu vernichten. Zum anderen wollte man durch Massenvertreibungen den albanischen Faktor im Kosovo auf lange Sicht zugunsten des serbischen Faktors schwächen. Serbiens Machthaber Milošević wollte keinesfalls die Herrschaft über den Kosovo aufgeben und weigerte sich deshalb beharrlich, Nato-Truppen in die Provinz zu lassen. Das Nein Belgrads zum Vertrag von Rambouillet und die daraus resultierenden Nato-Angriffe auf Jugoslawien stellten

schließlich die große Zäsur im Unabhängigkeitskampf der Kosovo-Albaner dar. Die serbisch/jugoslawischen Truppen mussten aus dem Kosovo abziehen. Belgrad entglitt dadurch die direkte Kontrolle über das Geschehen in seiner südlichen Provinz. Diese geriet nach vielen Jahren wieder voll unter albanischen Einfluss. Milošević hatte 1999 den Kosovo de facto für Serbien verloren. Die Kosovo-Albaner waren ihrem Ziel eines eigenen Staates einen großen Schritt näher gerückt. In der Folge manifestierte sich ihr Wunsch nach Unabhängigkeit nicht nur in der Opposition zu Belgrad und den Kosovo-Serben, sondern auch im Emanzipationsstreben gegenüber den internationalen Organisationen im Kosovo. Die internationale Präsenz wurde von den Albanern zunehmend als Hindernis für eine volle Eigenständigkeit gesehen, da die Entscheidung über den künftigen Status international hinausgezögert wurde.

Den Kosovo bereits nach dem Abzug der serbischen Einheiten 1999 in die Unabhängigkeit zu entlassen, wäre sehr schwierig gewesen. Die Nato hatte soeben mit Slobodan Milošević ein Abkommen geschlossen, das zwar einen serbischen Rückzug aus dem Kosovo vorsah, aber auch die territoriale Integrität der damaligen BR Jugoslawien garantierte. Diesen Vertrag nur Monate später klar zu brechen, wäre für das westliche Bündnis kaum möglich gewesen. Durch das Übereinkommen mit Milošević hatte sich die Nato eine verlustreiche Bodenoffensive erspart. Zudem stand auch Russland hinter dem Deal, dessen Bestimmungen durch die UN-Resolution 1244 international abgesegnet wurden. China und Russland hätten 1999 niemals eine Unabhängigkeit des Kosovo akzeptiert. Eine Anerkennung durch den UN-Sicherheitsrat wäre dem neuen Staat damit versperrt geblieben. An diesem Problem hat sich freilich auch fast zehn Jahre später nichts geändert. Russland blieb bei seiner harten Haltung. Ja, es ist sogar davon auszugehen, dass Moskau 1999 weniger Widerstand gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo hätte leisten können, da es in einer schwächeren politischen Position war als 2007/2008.

Nach dem Regimewechsel in Belgrad im Oktober 2000 tat der Westen alles, um eine Schwächung der neuen, demokratischen Führung zu vermeiden. Eine Unabhängigkeit des Kosovo erschien dabei kontraproduktiv. Die Albaner mussten also weiter warten und wurden immer ungeduldiger. Im März 2004 setzten albanische Nationalisten im Kosovo erneut auf Gewalt, um auf sich aufmerksam zu machen – offenbar mit Erfolg. In den USA und in Westeuropa kam man zu der Ansicht, dass der damalige Status Quo im Kosovo nicht beibehalten werden könne. Und es war klar, dass der nächste Schritt nur ein Mehr an Eigenständigkeit für die Albaner bedeuten konnte. Vor allem die USA und Großbritannien traten für eine eingeschränkte beziehungsweise überwachte Unabhängigkeit des Kosovo ein.

Als schließlich Ende 2005 Verhandlungen zur Zukunft des Kosovo starteten, ging es denn auch vor allem um die Zukunft der Serben im Kosovo. Serbien war jedoch – so wie in der Vergangenheit – nicht bereit, eine Unabhängigkeit des Kosovo zu akzeptieren. Und auch die Kosovo-Albaner dachten nicht daran, von ihrer Forderung nach völliger Eigenstaatlichkeit abzurücken. Beide Seiten zementierten im Laufe der Verhandlungen ihren jeweiligen Standpunkt immer mehr ein, da beide mächtige Freuden hinter sich wussten. Den Albanern war klar, dass sich die USA und Teile der EU bereits für eine überwachte Unabhängigkeit entschieden hatten. Die Serben konnten sicher sein, dass Russland eine solche Lösung im UN-Sicherheitsrat blockieren würde.

Die Belgrader Verhandlungsdelegation schlug eine weitreichende Autonomie für die Kosovo-Albaner vor, die Provinz selbst sollte aber Teil Serbiens bleiben. An einer tatsächlichen Reintegration des Kosovo beziehungsweise der Albaner in den serbischen Staat war auch der Führung in Belgrad nicht gelegen. Hier scheint sich eine alte serbische Idee zu manifestieren: Man will das Territorium Kosovo – wenn auch nur symbolisch – besitzen. Mit der albanischen Mehrheitsbevölkerung dieses Territoriums will man jedoch nichts zu tun haben. In der neuen, „demokratischen“ Version sollen sich die Albaner einfach selbst verwalten, der völkerrechtliche „Besitz“ des Gebiets, in dem sie leben, wird ihnen jedoch verwehrt. Auch Slobodan Milošević ging zunächst nicht so weit, die Parallelstrukturen der Albaner zu zerstören. Er ließ die Albaner damit gleichsam in ihrer eigenen abgeschotteten Welt leben. Alle Versuche der Albaner, ihren Anspruch auf staatliche Kontrolle über das Territorium Kosovo in die Tat umzusetzen, wurden jedoch mit Polizeigewalt unterbunden. Während des Krieges 1999 ging das Regime dann einen Schritt weiter: Es versuchte, den Wunschtraum von einem serbischen Kosovo ohne Albaner mit Massenvertreibungen zu realisieren. Die serbische Seite stand spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts vor dem Problem, dass die Bevölkerungsmehrheit im alten „serbischen Stammland“ albanisch ist. Die Albaner begründen damit auch ihr Vorrecht auf den Kosovo. Aus serbisch nationalistischer Sicht haben die Serben aber ein „historisches Vorrecht“. Mit einer Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung zuungunsten der Albaner würden demnach nur die „alten gerechten Zustände“ wiederhergestellt.

Die Führung in Belgrad machte auch im Frühjahr 2008 keine Anstalten, sich damit zufrieden zu geben, dass der Kosovo nun auch symbolisch nicht mehr Teil Serbiens sein sollte. Serbien forderte neue Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo und erhielt dabei Unterstützung von Russland. Auf Druck Moskaus war zunächst auch nach Abschluss der Ahtisaari-Vermittlungen weiter verhandelt worden. Die Gespräche wurden von einer Troika

aus EU, USA und Russland geleitet. Der Verhandlungszeitraum war ursprünglich auf 120 Tage begrenzt gewesen, und keine der Parteien ging davon aus, dass in dieser Zeit tatsächlich noch ein Kompromiss zwischen Serben und Albanern gefunden werden könnte. Er wurde auch nicht gefunden. Westliche Diplomaten meinten sogar, die Gespräche dienten aus Sicht der EU in erster Linie dazu, um Zeit zu gewinnen und die Mitgliedsländer in der Kosovo-Frage auf eine gemeinsame Linie zu bringen.⁴⁹⁵ Das gelang jedoch nur zum Teil. Nicht alle EU-Staaten erkannten den Kosovo an, nachdem dessen Führung in Absprache mit Washington und Brüssel am 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit erklärt hatte. Schon während der Nato-Angriffe auf Jugoslawien gingen Bruchlinien durch die europäischen Nato-Staaten. Nur mit Mühe konnte die westliche Allianz die gemeinsame Front gegen Serbien aufrechterhalten. Für die Kosovo-Albaner bedeutete die Unabhängigkeitserklärung einen Sieg. Trotzdem herrschte Anfang 2008 eine Art politisches Patt. Der Kosovo wurde zwar von den USA und den wichtigsten EU-Staaten anerkannt, der Weg zu einem UNO-Vollmitglied blieb aber wegen des russischen Widerstands versperrt. Serbien wiederum kann die Unabhängigkeit des Kosovo nicht rückgängig machen. Es kann aber auf die Abspaltung des nördlichen Teils des neuen Staates hinarbeiten.

Die jüngsten militärischen und diplomatischen Auseinandersetzungen um den Kosovo bieten auch Stoff für neue serbische und albanische Mythen. Beide Male geht es um Opfermythen. Bei den Albanern gehen diese in Heldenmythen über, die etwa rund um Adem Jashari gesponnen werden – dem ersten UÇK-„Märtyrer“ im Kampf gegen Belgrad. Bei den Serben vermischen sich die neuen mit den alten Opfermythen. Zentral ist dabei das „Leid“ des serbischen Volkes im Kosovo: von der Schlacht auf dem Amselfeld und die Osmanenherrschaft über den Zweiten Weltkrieg bis hin zu den Nato-Angriffen und der Massenflucht der Serben aus dem Kosovo. Und in dem Mythos werden auch die angeblichen „Verschwörungen“ beklagt, denen das serbische Volk zum Opfer gefallen sei: in Rambouillet und bei den Wiener Status-Verhandlungen. „Verschwörungen“, die aus serbisch-nationalistischer Sicht schließlich zum „Raub“ des Kosovo geführt haben.

⁴⁹⁵ Aus Hintergrundgesprächen des Autors mit Diplomaten

Quellen- und Literaturverzeichnis

A) Gedruckte Quellen:

Ahtisaari, Martti: Comprehensive proposal for a Kosovo status settlement

Eide, Kai: A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo

Human Rights Watch: Under Orders – War Crimes in Kosovo, New York 2001

Institute for War and Peace – Balkan Crisis Report (Cvijanović, Željko): Belgrade Claims Diplomacy Coup, 25. März 2004, BCR No 489

Institute for War and Peace – Balkan Crisis Report (Xharra, Jeta): Kosovo Radicals Turn on UN and NATO, 26. März 2004, BCR No 489

International Crisis Group ICG: Reaction in Kosovo to Kostunica's Victory, 10. Oktober 2000, ICG Balkans Briefing Paper, Priština/Washington/Brussels

International Crisis Group: Violence in Kosovo – Who's Killing Whom?, ICG Balkans Reports N°78, November 1999

International Crisis Group ICG: Serbias U-Turn, 26. März 2004, ICG Europe Report N° 154, Belgrade/Brussels

International Helsinki Federation IHF: Human Rights in the OSCE Region – the Balkans, the Caucasus, Europe, Central Asia and North America – Report 2002 (Events of 2001), Wien 2002

OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Kosovo – Kosova, As Seen, As Told – An analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999

Political Declaration issued by the Second Assembly of the Kosova Democratic Alliance held in Prishtina on 14 July, 1994 – Punkt 2; zitiert aus: The Institute of History - Prishtina / The Institute of History - Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 4/1994, Tirana 1994

Presentation of the Prime Minister of Kosovo Mr. Agim Çeku, Saturday 10 March 2007 Hofburg, Vienna

Speech by President of Kosova Fatmir Sejdiu at the Vienna meeting, 10 March 2007

Statement by Dr. Ibrahim Rugova, President of the Republic of Kosova, February 16, 1993, zitiert aus: The Institute of History - Prishtina / The Institute of History - Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 3/1994, Tirana 1994

Statement by dr Nebojša Čović, Deputy Prime Minister of the Republic of Serbia and President of the Coordination Center of Serbia and Montenegro and the Republic of Serbia for Kosovo and Metohia, Vienna – October 14, 2003

Statement by President of Serbia Boris Tadić at the talks on the future status of Kosovo and Metohija, Vienna, 10 March

Statement by Prime Minister of Serbia Vojislav Koštunica at the talks on the future status of Kosovo and Metohija, Vienna, 10 March

The federal Secretariat of Information: The Autonomous Province of Kosovo and Metohija – Facts, Belgrade 1998

The Constitution of the Republic of Kosova, zitiert aus: The Institute of History - Prishtina / The Institute of History - Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 5/1995, Tirana 1995

The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – The Prosecutor against Milan Milutinović, Nikola Šainović, Dragoljub Ojdanić, Nebojša Pavković, Vladimir Lazarević, Vlastimir Djordjević, Sreten Lukić, Third amended joinder indictment, Case No: IT-05-87-PT, zu finden auf der Homepage des Tribunals: www.un.org/icty

The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia – The Prosecutor of the Tribunal against Ramush Haradinaj, Idriz Balaj, Lahi Brahimaj, Revised second amended indictment, Case No: IT-04-84-PT, zu finden auf der Homepage des Tribunals: www.un.org/icty

UNHCR Briefing Notes: Kosovo: protection needs for minority groups, 3. Mai 2002

UNHCR/OSCE: Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (Period covering November 1999 through January 2000)

Weltwoche (Roth, Jürgen): Rechtsstaat? Lieber nicht!, Nr. 43. 2005; S. 48 - 50

Wirtschaftskammer Österreich: AWO-Wirtschaftsreport Kosovo – 2. Halbjahr 2006, erschienen: 20.3.2007, auf: www.wko.at

Yugoslav Army Press Center: Daily Review Nr. 26, Statement by the Head of the Supreme Command HQ – Lieutenant General Dragoljub Ojdanić, 29. April 1999

B) Darstellungen:

Anamali, Skender: Kosova and the Ethnic Territories of the Former Yugoslavia in the Early Middle Ages, aus: The Institute of History - Prishtina / The Institute of History - Tirana: Kosova – Historical and Political Review, Heft Nr. 2/1993, Tirana 1993

Andjelković, Zoran (Hg.): Days of Terror – in the Presence of the International Forces, Belgrade 2000

Bartl, Peter: Albanien in der Vergangenheit – Vom Mittelalter zur osmanischen Herrschaft, aus: Jordan, Peter (Hg.) / Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut: Österreichische Osthefte – Albanien, Heft 1/2, Jahrgang 45, Wien 2003

Bataković, Dušan T.: Der Eintritt in die europäische Interessensphäre, aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989

Bataković, Dušan: The Kosovo Chronicles, Belgrade 1992

Bieber, Florian: Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević, Wien 2005

Bujošević, Dragan / Radovanović, Ivan: The Fall of Milošević – The October 5th Revolution, New York 2003

Clark, Howard: Civil Resistance in Kosovo, London 2000

Clewing, Konrad: Mythen und Fakten zur Ethnostruktur des Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Ćosić, Dobrica / Ministry of Information: Yugoslavia and the Serbian Question, Belgrade 1991

Cvetičanin, Radivoj: Serbian Media in the Anti-Bureaucratic Revolution, aus: Čurgus Kazimir, Velimir / Štajner, Hari (Hg.): The War started at Maksimir – Hate Speech in Yugoslav Media, Belgrade 1997

Davidov, Dinko: Cultural and spiritual Genocide of the Serbian People, aus: The Ministry of Information of the Republic of Serbia: War Damage sustained by Orthodox Churches in Serbian Areas of Croatia, Belgrade 1992

Doder, Duško / Branson, Louise: Milosevic – Portrait of a Tyrant, New York 1999

Djuretić, Veselin: Kosovo und Metochien in Jugoslawien; aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989

Eisele, Manfred: Die Vereinten Nationen und Kosovo, aus: Reuter Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Feichtinger, Walter: Die militärstrategische und operative Entwicklung im Konfliktverlauf, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Finger, Zuzana: Die albanische Nationsbildung, aus: Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut: Österreichische Osthefte – Albanien Heft 1/2, Jahrgang 45, Wien 2003

Giersch, Carsten: Die Europäische Union und der Krieg in Kosovo, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Giersch, Carsten: Nato und militärische Diplomatie im Kosovo-Konflikt, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Gligorijević, Milo: The Right of the Stronger and the Right of the Weaker, aus: Gligorijević, Milo: The Twilight of the West – Statements made by World Intellectuals on the Killing of Yugoslavia, Belgrade 1999

Hamzaj, Bardh: A Narrative about War and Freedom – Dialog with the Commander Ramush Haradinaj, Prishtina 2000

Hasani, Seit: Kosova – an entity waiting for a solution according to the right of self-determination, aus: Reiter, Erich (Hg.): Grenzen des Selbstbestimmungsrechts, Graz 1996

Hofbauer, Hannes: Balkankrieg – Die Zerstörung Jugoslawiens, Wien 1999

Holbrooke, Richard: To End a War, New York 1998

Jevtić, Atanasie: Leidenschronik der Serben in Kosovo und Metochien (1941 – 1989), aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989

Jevtić, Novica (Hg.): Crucified Kosovo and Metohija – The Holy Serbian Land, Belgrade 2007

Jovanović, Stanoje (Hg.): Trace of Inhumanity – Nato aggression on civilian population and facilities in Yugoslavia, Belgrade 1999

Judah, Tim: Kosovo – War and Revenge, London 2002

Jurekovič, Predrag: Die politische Dimension des Krieges im Kosovo und in der BR Jugoslawien – Konfliktentwicklung, politische Initiativen der Staatengemeinschaft, Auswirkungen auf das Umfeld, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Kramer, Helmut / Džihić, Vedran: Die Kosovo-Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft?, Wien 2005

Lauer, Reinhard: Das Wüten der Mythen – Kritische Anmerkungen zur serbischen heroischen Dichtung, aus: Lauer, Reinhard / Lehfeldt, Werner (Hg.): Das jugoslawische Desaster – Historische, sprachliche und ideologische Hintergründe, Wiesbaden 1995

Libal, Wolfgang: Das Ende Jugoslawiens – Chronik einer Selbstzerstörung, Wien 1991

Malcolm, Noel: Kosovo – A short History, Oxford 2002

Malek, Martin: Russland und der Kosovo-Krieg, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Marko, Joseph: Die staatsrechtliche Entwicklung des Kosovo/a von 1913 – 1995, aus: Marko, Joseph (Hg.): Gordischer Knoten Kosovo/a – Durchschlagen oder entwirren?, Baden-Baden 1999

Mićović, Vojislav: The Aggression against Yugoslavia – The “Angel of Mercy” of the New World Order, Belgrade 2000

Mihailović, Kosta / Krestić, Vasilije: Memorandum of the Serbian Academy of Sciences and Arts – Answers to Criticisms, Belgrade 1995

Milošević, Milan: The Happening of the People – How Media Fed Populism, aus: Ćurgus Kazimir, Velimir / Štajner, Hari (Hg.): The War started at Maksimir – Hate Speech in Yugoslav Media, Belgrade 1997

Naumann, Klaus: Kosovo – Ein Modell für die Zukunft, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Neuhold, Hanspeter: Die „Operation Allied Force der Nato“ – rechtmäßige humanitäre Intervention oder politisch vertretbarer Rechtsbruch?, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Olschewski, Malte: Der serbische Mythos – Die verspätete Nation, München 1998

Olschewski, Malte: Von den Karawanken bis zum Kosovo – Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien, Wien 2000

Paech, Norman: „Humanitäre Intervention“ und Völkerrecht, aus: Albrecht, Ulrich / Schäfer, Paul (Hg.): Der Kosovo-Krieg – Fakten, Hintergründe, Alternativen, Köln 1999

Petritsch, Wolfgang: Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton – Hat der Frieden eine Chance?, Klagenfurt 2001

Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert: Kosovo-Kosova – Der lange Weg zum Frieden, Klagenfurt 2004

Prochazka, Martin: Vom Krieg zu UN-Verwaltung – Kosovo 1999 bis 2004, aus: Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert: Kosovo-Kosova – Der lange Weg zum Frieden, Klagenfurt 2004

University of Belgrade / Center for Strategic Studies / Purić, Jagoš (Hg.): Nato-Aggression against Yugoslavia – Testimony of Dr Ramsey Clark, Belgrade 1999

Ramet, Sabrina P: Die politische Strategie der Vereinigten Staaten in der Kosovo-Krise – Parteipolitik und nationales Interesse, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Reuter, Jens: Die Kosovo-Politik der internationalen Gemeinschaft in den neunziger Jahren, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Reuter, Jens: Zur Geschichte der UÇK, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Rühl, Lothar: Die Lehren aus dem Kosovo-Krieg: „Eine knappe Sache“, aus: Reiter, Erich (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000

Schmidt, Fabian: Menschenrechte, Politik und Krieg in Kosovo 1989 bis 1999, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Schober, Wolfgang: Die 4. Front – Die PR der NATO im Krieg, Wien 2002

Segbers, Klaus / Zürcher, Christoph: Russland und der Kosovo-Konflikt, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Silber, Laura / Little, Allan: Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Graz 1995

Steinkamm, Armin A.: Völkerrecht, Humanitäre Intervention und Legitimation des Bundeswehreinsatzes – Völker- und wehrrechtliche Aspekte des Kosovo-Konfliktes 1999, aus: Reuter, Jens / Clewing, Konrad (Hg.): Der Kosovo Konflikt – Ursachen, Verlauf, Perspektiven, Klagenfurt 2000

Sundhaussen, Holm: Geschichte Serbiens – 19. bis 21. Jahrhundert, Köln/Weimar 2007

Suppan, Arnold: Schwarzes Loch oder Pulverfass? Der (westliche) Balkan 2004/2005, aus: Clewing, Konrad / Schmitt, Oliver Jens: Südosteuropa – Von vormoderner Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinheitlichung, München 2005

Thomas, Robert: The Politics of Serbia in the 1990s, New York 1999

Thompson, Mark: Forging War – The Media in Serbia, Croatia and Bosnia-Herzegovina, Avon 1994

Tričković, Radmila: Die große Aussiedlung der Serben, aus: Samardžić, Radovan (Hg.): Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989

Troebst, Stefan: The Kosovo War, Round One: 1998, aus: Südost-Europa – Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jahrgang 1999, München 1999

Von Kohl, Christine / Libal, Wolfgang: Kosovo – gordischer Knoten des Balkan, Wien 1992

Weller, Marc: The Crisis in Kosovo – From the Dissolution of Yugoslavia to Rambouillet and the Outbreak of Hostilities, Cambridge 1999

Abstract

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 und die darauffolgende Anerkennung des neuen Staates durch die USA und die wichtigsten EU-Staaten markieren nicht nur das – vorläufig – letzte Kapitel im Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien. Sie sind auch ein albanischer Sieg in einem serbisch-albanischen Territorialkonflikt, dessen Anfänge bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreichen. Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts klagten serbische Intellektuelle offen über eine angebliche Benachteiligung der Serben in Jugoslawien. Sie kritisierten vor allem die Verfassung von 1974, die der autonomen Provinz Kosovo weitgehende Kompetenzen einräumte. Aus Sicht der serbisch-nationalistischen Intellektuellen missbrauchten die Kosovo-Albaner ihre Autonomie zur Unterdrückung der Kosovo-Serben. Dieser Vorwurf verstärkte sich vor allem nach den Unruhen im Kosovo 1981. Serbische Medien starteten eine antialbanische Kampagne und berichteten massiv über angebliche albanische Gräueltaten an Kosovo-Serben. Mit dieser „Entmenschlichung“ der Kosovo-Albaner bereiteten serbische Intellektuelle und Journalisten bereits Jahre vor der Machtübernahme von Slobodan Milošević den Boden für ein hartes Vorgehen gegen die Albaner auf.

Nachdem Milošević 1989/90 wieder die volle Kontrolle Belgrads über den Kosovo hergestellt hatte, begannen die Kosovo-Albaner ihren Widerstand zu organisieren. Zwar gab es auch bereits 1989 einen Flügel unter den Albanern, der für einen bewaffneten Widerstand plädierte. Schließlich setzte sich aber die Fraktion um Ibrahim Rugova durch, die den Weg des nicht-militärischen Widerstands wählte. Man wählte diese Form des Widerstands, da man einerseits der Welt beweisen wollte, dass das Bild vom „gewalttätigen Albaner“ nicht stimme. Andererseits wollte man dem Regime in Belgrad keinen Vorwand für ein noch massiveres Vorgehen bieten. Neben Protestaktionen setzten die Kosovo-Albaner auf legislative Maßnahmen wie die Verabschiedung einer Verfassung und die Bildung eines „Schattenstaates“. Diese Maßnahmen sollten Belgrad und dem Ausland demonstrieren, dass ein eigener Kosovo-Staat bereits Realität sei und nur noch der internationalen Anerkennung harre. Neben den politischen Institutionen des „Schattenstaates“ errichteten die Kosovo-Albaner Parallelstrukturen, die ein Funktionieren der albanischen Gesellschaft außerhalb der staatlichen serbischen Strukturen garantieren sollten.

Nach dem Friedensschluss von Dayton 1995 hofierte der Westen Serbiens Machthaber Milošević als Garanten des neuen Friedens in Bosnien-Herzegowina. Um eine Lösung des Kosovo-Problems wollte man sich weiterhin nicht kümmern. Die Kosovo-Albaner waren

shockiert. Nun erhielten jüngere, radikalere Kräfte Auftrieb, die Untergrundarmee UÇK startete ihren militärischen Kampf. Ab 1998 begannen die serbischen Einheiten immer heftiger zurückzuschlagen, die Lage eskalierte. Als die internationalen Vermittlungsbemühungen einsetzten, war der Konflikt bereits in ein Stadium getreten, in dem eine rasche, friedliche Lösung kaum noch möglich war. Da Belgrad dem Vertrag von Rambouillet nicht zustimmte, machte die Nato schließlich ihre Drohung wahr und startete Luftangriffe gegen Jugoslawien. Milošević hatte offenbar gehofft, die Nato-Angriffe aussitzen und in der Zwischenzeit durch Massenvertreibungen den albanischen Faktor im Kosovo langfristig zugunsten des serbischen Faktors schwächen zu können.

Doch das militärische Eingreifen der Nato war eine Zäsur: Nun erhielten die Albaner die Oberhand im Kosovo, die serbischen Einheiten und zehntausende serbische Zivilisten mussten die Provinz verlassen. Milošević hatte damit bereits 1999 den Kosovo de facto für Serbien verloren. Die Kosovo-Albaner waren ihrem Ziel nach einem eigenen Staat ein großes Stück nähergerückt. In der Folge manifestierte sich ihr Wunsch nach Unabhängigkeit nicht nur in Opposition zu Belgrad und den Kosovo-Serben, sondern auch zur internationalen Präsenz im Kosovo. Vor allem die UN-Zivilmission Unmik wurde als Hindernis auf dem Weg zur vollen Eigenständigkeit gesehen. International wurde nämlich die Entscheidung über den künftigen Status des Kosovo hinausgezögert. Nach dem Regimewechsel in Belgrad tat der Westen alles, um eine Schwächung der neuen, demokratischen Führung zu vermeiden. Eine Unabhängigkeit des Kosovo erschien dabei kontraproduktiv.

Im Kosovo wuchs schließlich die Ungeduld, und im März 2004 setzten albanische Nationalisten erneut auf Gewalt, um internationale Aufmerksamkeit zu erhalten. In den USA und in Westeuropa gelangte man nun zu der Ansicht, dass der Status Quo im Kosovo nicht beibehalten werden könne. Ein nächster Schritt konnte deshalb nur ein Mehr an Eigenständigkeit für die Kosovo-Albaner bedeuten. Vor allem die USA und Großbritannien traten für eine eingeschränkte beziehungsweise überwachte Unabhängigkeit des Kosovo ein. Bei den Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo, die Ende 2005 beziehungsweise Anfang 2006 starteten, ging es denn auch vor allem um die Zukunft der Serben in einem – unabhängigen – Kosovo. Belgrad war jedoch nicht bereit, einer Souveränität des Kosovo zuzustimmen. Im Laufe der Verhandlungen zementierten sich beide Seiten immer mehr ein, da beide mächtige Verbündete hinter sich wussten: Den Albanern war klar, dass sich die USA und Teile der EU bereits für eine „überwachte Unabhängigkeit“ des Kosovo entschieden hatten. Die Serben konnten darauf vertrauen, dass Russland eine solche Lösung im UN-Sicherheitsrat blockieren würde. Westliche Diplomaten waren ursprünglich davon

ausgegangen, dass auch Moskau einer Eigenstaatlichkeit des Kosovo zustimmen würde. Das erwies sich jedoch als Fehlkalkulation. Als UN-Vermittler Martti Ahtisaari 2007 eine „überwachte Unabhängigkeit“ für den Kosovo vorschlug, war klar: Eine Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat werde es dafür nicht geben.

Das macht den Sieg der albanischen Seite in der serbisch-albanischen Auseinandersetzung um den Kosovo nur zu einem Teilsieg. Eine UN-Mitgliedschaft des Kosovo scheint auch Mitte 2008 weiterhin nicht in Sicht. Dazu kommt, dass sich der serbische Nordteil des Kosovo bereits de facto von dem neuen Staat abgespalten hat.

Lebenslauf : Wieland Schneider

Geboren am **11. Jänner 1971** in Steyr, Oberösterreich

Volksschule in St. Peter/Au, Niederösterreich

Besuch des **Öffentlichen Stiftsgymnasiums Seitenstetten**, Matura im Juni 1989

Präsenzdienst im **Landwehrstammregiment 35** in Amstetten

1990: Beginn des Studiums **Lebensmittel- und Biotechnologie** an der Universität für Bodenkultur in Wien

1991: Studienwechsel: Beginn des Studiums **Geschichte und Sozialkunde/Geographie und Wirtschaftskunde** an der Universität Wien

In meinem Hauptfach Geschichte versuchte ich einen **Schwerpunkt auf die Geschichte Südosteuropas** zu legen. Parallel zu meinem Studium startete ich 1992 eine **journalistische Karriere**, in deren Fokus bereits zu Beginn ebenfalls die Balkan-Region stand.

Sommer und Herbst 1992: Reisen nach **Kroatien** und **Bosnien-Herzegowina**: Reportage für die Tageszeitung „Kurier“

Ab 1993: Freie Mitarbeit bei den „**Niederösterreichischen Nachrichten**“ im Bezirk Amstetten. Gelegentliche freie Mitarbeit im Ressort „Wirtschaft und Politik“ des österreichischen Wochenmagazins „**Wirtschaftswoche**“.

Absolvierung des **Österreichischen Journalisten-Kollegs 1994/95** des **Kuratoriums für Journalistenausbildung**

September bis Dezember 1997: Absolvierung der Lehrredaktion in der Tageszeitung „**Die Presse**“

Ab 1998: Ständige Mitarbeit in der Tageszeitung „Die Presse“: zunächst im Ressort Innenpolitik, ab Mitte 1998 im Ressort Außenpolitik.

Als **Außenpolitikredakteur der „Presse“** betreue ich in erster Linie den Raum Südosteuropa und unternahm zahlreiche Reportagereisen in die Region, vor allem nach **Serbien** und in den **Kosovo**. Dazu kamen Reisen nach **Afghanistan** (2004), **Irak** (2003, 2006, 2007) und in den **Tschad** (2008).

In die vorliegende Diplomarbeit flossen nicht nur meine wissenschaftlichen Kenntnisse ein, die ich im Zuge meines Studiums an der Universität Wien erworben habe. Ich verarbeitete auch Informationen, die ich aus meinen Reisen beziehungsweise aus den zahlreichen Interviews mit serbischen und albanischen Politikern sowie mit internationalen Diplomaten gewonnen habe.